Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

3. September 1979
Jg. 7 Nr. 36

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21903 C

Panama: Am 1. Oktober von einem Trauma befreit!

z.rua. Am 1.10. wird der Vertrag wirksam, nach dem die US-Imperialisten die Kanalzone der Staatshoheit Panamas übergeben und ihre 9200 Mann Truppen von 14 Stützpunkten abziehen müssen. Sie wollen die Wirksamwerdung durch Debatten über die Form des Abzuges hinauszögern, bzw. den Vertrag revidieren. Die Arbeiter und Volksmassen Panamas und der Kanalzone hatten mit Streiks und Demonstrationen seine Unterzeichnung erzwungen. Präsident Royo erklärte bei der Einweihung des ersten Hafens außerhalb der Kanalzone: ,,Die Bedeutung des 1. Oktober liegt darin, daß er uns von einem Trauma befreit, das dieses Land mit dem Begriff der Kanalzone verband.'' General Torrijos erklärte auf einer Kundgebung in Nicaragua, daß Panama, egal wie der US-Kongreß entscheidet, sich die volle Kontrolle der Kanalzone erkämpfen wird.

US-Kriegsschiffe dringen in libysche Hoheitsgewässer ein

z.acr. Die US-Imperialisten sind in der letzten Woche mit mehreren Kriegsschiffen in libysche Hoheitsgewässer, den Golf von Sidra, eingedrungen. Auf den Protest der libyschen Regierung antworteten sie, diese Operation sei nicht als feindliche Handlung gegenüber Libyen anzusehen, sondern solle nur zur Unterstreichung ihrer festen Entschlossenheit dienen, ausschließlich Gewässer innerhalb der Drei-Meilen-Zone als territoriale Gewässer anzuerkennen. Außerdem hätten sie mit ihrer sechsten Flotte schon öfter Manöver im Golf von Sidra durchgeführt. Ähnliche Überfälle haben die US-Imperialisten auf über 20 Länder vor, in der nächsten Zukunft auf Länder in der Karibik, Uruguay und Birma. Die Mehrheit der Küstenländer hat auf der UN-Seerechtskonferenz die provokatorische Verletzung von Seegrenzen durch US-Schiffe verurteilt.

Sekou Touré gegen sozialimperialistische Hegemonie

z.pel. Der Staatspräsident Guineas Sekou Touré hat vorgeschlagen, die in Angola stationierten kubanischen Truppen nach Hause zu schicken, sobald die von der OAU geplante pan-

US-Kriegsschiffe dringen in libysche Hoheitsgewässer ein

z.acr. Die US-Imperialisten sind in der letzten Woche mit mehreren Kriegsschiffen in libysche Hoheitsgewässer, den Golf von Sidra, eingedrungen. Auf den Protest der libyschen Regierung antworteten sie, diese Operation sei nicht als feindliche Handlung gegenüber Libyen anzusehen, sondern solle nur zur Unterstreichung ihrer festen Entschlossenheit dienen, ausschließlich Gewässer innerhalb der Drei-Meilen-Zone als territoriale Gewässer anzuerkennen. Außerdem hätten sie mit ihrer sechsten Flotte schon öfter Manöver im Golf von Sidra durchgeführt. Ähnliche Überfälle haben die US-Imperialisten auf über 20 Länder vor, in der nächsten Zukunft auf Länder in der Karibik, Uruguay und Birma. Die Mehrheit der Küstenländer hat auf der UN-Seerechtskonferenz die provokatorische Verletzung von Seegrenzen durch US-Schiffe verurteilt.

Sekou Touré gegen sozialimperialistische Hegemonie

z.pel. Der Staatspräsident Guineas Sekou Touré hat vorgeschlagen, die in Angola stationierten kubanischen Truppen nach Hause zu schicken, sobald die von der OAU geplante pan-afrikanische Friedensstreitmacht aufgestellt sei. Über 20000 kubanische Soldaten und sowjetische ,,Berater'' sind heute das entscheidende Hindernis für das angolanische Volk, seine Einheit herzustellen. Ständige Angriffe auf die Besatzer und mehrere Regierungsumbildungen im letzten halben Jahr bezeugen den fortdauernden Kampf gegen die Fremdherrschaft. – Guinea, das 1958 unter Sekou Touré als erste der französischen Kolonien die Imperialisten hinauswarf und in den 60er Jahren seine Unabhängigkeit gegen US-imperialistische Putschversuche verteidigte, hat seit Anfang '79 allen sowjetischen Militärflugzeugen die Benutzung des Flughafens Conakry verboten.

Nigeria verlangt Abzug sowjetischer Militärberater

z.hef. Die Regierung Nigerias hat die Sowjetunion aufgefordert, die 40 im Land befindlichen Militärberater bis auf fünf im nächsten Jahr abzuziehen. Seit Anfang der sechziger Jahre versucht die Sowjetunion, mit Militärberatern ihren Einfluß auf Nigeria zu vergrößern. 1974 verkaufte sie eine größere Menge Waffen an Nigeria, u.a. 20 Kampfflugzeuge vom Typ MIG-21J. Die Regierung beendet die Anwesenheit der sowjetischen Militärberater gerade deshalb, weil die Sozialimperialisten versucht haben, mittels verzögerter Ersatzteillieferungen Druck auszuüben – ähnlich wie 1973/74 gegenüber Ägypten. Auch die andere Supermacht hat Soldaten im Land: Ein Pionierkorps der US-Armee ist mit Wasserbauarbeiten am Niger befaßt. Das US-Verteidigungsministerium zeigte sich ,,erfreut'' über die Aufforderung Nigerias an die Sozialimperialisten.

Steuerdiskussion à la Schmidt, Genscher, Strauß: Eine Herausforderung an die Arbeiterbewegung

z.maf. Die Chefs der bürgerlichen Parteien haben die Schleusen einer ungewöhnlich geschwätzigen Steuerdiskussion geöffnet. Noch strömt der Redeschwall dahin und daher, innerhalb der Regierungskoalition miteinander und gegeneinander, zwischen Regierung und Opposition. Die bürgerlichen Parteien wollen erreichen, daß eine allgemeine Gewißheit eintritt, daß nämlich eine Steuerreform kommt, bei allgemeiner Ungewißheit wann. Man plant eine mit dem Versprechen der Steuerreform gekoppelte Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge. Der Hitzigkeit der Versprechungen entspricht die Kaltblütigkeit der geplanten Inkassocoups. Der Kanzler Schmidt versteht die Vorzüge auszunutzen, die ein Ruf als Schwindler bringt. Neulich machte er den Finanzminister, der sich einer ,,Reform noch 1980'' widersetzt hatte, lächerlich, indem er mitteilte, er könne sich das schon vorstellen. Letzte Woche erklärte er vor der Kapitalistenklasse, an so was könne nur ein naiver Mensch denken. Er hat sich eben wieder mal geirrt und das macht ihn ja so menschlich. – Alle bürgerlichen Politiker offenbaren in Steuersachen ihre heißen Reformwünsche, aber sie legen sich auch schon mächtig ins Zeug, um von wegen Not der öffentlichen Haushalte und der Sozialversicherungskassen die Kurve zu neuerlichen höheren Abzügen zu kriegen. SPD, FDP, CDU, CSU, für die bürgerlichen Parteien ist es schon einige Anstrengung wert, über das Wahljahr hinweg das Würgewerkzeug intakt zu halten, das durch die angehobene Mehrwertsteuer und die grausam angesetzte Steuerprogressionszone geschaffen ist.

Mit zunehmender Unsicherheit der Konjunktur wächst das Interesse der Kapitalistenklasse, ihre Profite beim bürgerlichen Staat in Gestalt von Staatsanleihen in Pension zu geben. Als 75/76 die Schwierigkeiten für profitliche Wiederanlage von Profiten wuchsen, wurden von der Kapitalistenklasse eine Erhöhung des Zinses und eine Verkürzung der Laufzeit der Staatsanleihen durchgesetzt. Dies System wäre für die Profitmacher als Klasse witzlos, wenn die Steuer aus

einer ,,Reform noch 1980'' widersetzt hatte, lächerlich, indem er mitteilte, er könne sich das schon vorstellen. Letzte Woche erklärte er vor der Kapitalistenklasse, an so was könne nur ein naiver Mensch denken. Er hat sich eben wieder mal geirrt und das macht ihn ja so menschlich. – Alle bürgerlichen Politiker offenbaren in Steuersachen ihre heißen Reformwünsche, aber sie legen sich auch schon mächtig ins Zeug, um von wegen Not der öffentlichen Haushalte und der Sozialversicherungskassen die Kurve zu neuerlichen höheren Abzügen zu kriegen. SPD, FDP, CDU, CSU, für die bürgerlichen Parteien ist es schon einige Anstrengung wert, über das Wahljahr hinweg das Würgewerkzeug intakt zu halten, das durch die angehobene Mehrwertsteuer und die grausam angesetzte Steuerprogressionszone geschaffen ist.

Mit zunehmender Unsicherheit der Konjunktur wächst das Interesse der Kapitalistenklasse, ihre Profite beim bürgerlichen Staat in Gestalt von Staatsanleihen in Pension zu geben. Als 75/76 die Schwierigkeiten für profitliche Wiederanlage von Profiten wuchsen, wurden von der Kapitalistenklasse eine Erhöhung des Zinses und eine Verkürzung der Laufzeit der Staatsanleihen durchgesetzt. Dies System wäre für die Profitmacher als Klasse witzlos, wenn die Steuer aus Profiten aufgebracht werden müßte. Da aber der bürgerliche Staat das Steueraufkommen zum überwiegenden Teil aus der Besteuerung des Arbeitslohnes, der Renten und der Einkommen der Bauern und des Handwerks zieht, und daraus den Zins auf die Staatsschuld zahlt, findet eine Umwandlung von Lohngeld in Profit statt, und das lohnt sich freilich doppelt, weil die Einnahmen verwendet werden, um das Geschäft der Kapitalisten durch Infrastrukturmaßnahmen usw. zu entlasten. Dies war der Inhalt der Haushaltssicherungsgesetze vom Herbst 1975, eine neue und verbesserte Auflage ist in vollem Gange.

Die Lohnsteuerprogression ist so steil geworden und liegt so gehässig mitten im Feld der Einkommen aus unselbständiger Arbeit, daß es möglich geworden ist, zugleich die Löhne im Kaufkraftvergleich zu senken und den Steuerertrag, ebenfalls im Kaufkraftvergleich, zu heben. Das geht bereits bei der jetzigen Inflationsrate. Das einzelne Kapital bereichert sich privat, wenn die Lohnrate unter die Inflationsrate gepreßt wird. Das Gesamtkapital, vertreten durch den bürgerlichen Staat, bereichert sich per Steuerprogression aus dem geschrumpften Volumen nochmals. Schmidt lohnt sich; gäb es Aktien auf ihn, sie müßten steigen, er hat eine soziale Rarität geschaffen. Alle bürgerlichen Politiker sind zu einer Wechselbadtaktik gegen die Arbeiterbewegung in der Lage. Gegenüber dem Lohnkampf verweist man auf die Notwendigkeit der Steuerreform, gegenüber dem Kampf gegen die Steuerausplünderung auf den Lohnkampf. Ansonsten hofft man, daß der sozialdemokratische Einfluß ausreicht, um die notwendige Verbindung von wirtschaftlichem Kampf und politischem Kampf zum einheitlichen Klassenkampf zu verhindern, und überhaupt hat man ja in die Polizei investiert.

Mit der Mehrwertsteuer werden die Arbeiterlöhne, wie sie aus der Scheranlage der Lohnsteuerprogression herauskommen, nochmals gehäutet. Die Renten, bei denen die Beitragsleistung scheinheilig steuerteilbefreit ist, werden mit rund 8% und mehr besteuert. Bei den Bauern und dem selbstarbeitenden Kleingewerbe wirkt die Mehrwertsteuer als zusätzliche Besteuerung

vergleich, zu heben. Das geht bereits bei der jetzigen Inflationsrate. Das einzelne Kapital bereichert sich privat, wenn die Lohnrate unter die Inflationsrate gepreßt wird. Das Gesamtkapital, vertreten durch den bürgerlichen Staat, bereichert sich per Steuerprogression aus dem geschrumpften Volumen nochmals. Schmidt lohnt sich; gäb es Aktien auf ihn, sie müßten steigen, er hat eine soziale Rarität geschaffen. Alle bürgerlichen Politiker sind zu einer Wechselbadtaktik gegen die Arbeiterbewegung in der Lage. Gegenüber dem Lohnkampf verweist man auf die Notwendigkeit der Steuerreform, gegenüber dem Kampf gegen die Steuerausplünderung auf den Lohnkampf. Ansonsten hofft man, daß der sozialdemokratische Einfluß ausreicht, um die notwendige Verbindung von wirtschaftlichem Kampf und politischem Kampf zum einheitlichen Klassenkampf zu verhindern, und überhaupt hat man ja in die Polizei investiert.

Mit der Mehrwertsteuer werden die Arbeiterlöhne, wie sie aus der Scheranlage der Lohnsteuerprogression herauskommen, nochmals gehäutet. Die Renten, bei denen die Beitragsleistung scheinheilig steuerteilbefreit ist, werden mit rund 8% und mehr besteuert. Bei den Bauern und dem selbstarbeitenden Kleingewerbe wirkt die Mehrwertsteuer als zusätzliche Besteuerung des Einkommens, das sie aus ihrer eigenen Arbeit ziehen. Nichts wird geschont, was nicht vollständig auf der Ausbeutung der Arbeit anderer be-

ruht. Die Bauern und das Kleingewerbe, so weit ihre Abnehmer in der Arbeiterbevölkerung zu suchen sind, sind gar nicht in der Lage, die Mehrwertsteuer voll abzuwälzen. Sie können sich den Verlust mit der Arbeiterbevölkerung teilen. Es bestehen glänzende Möglichkeiten, die Bauern und Handwerker gegen die Arbeiterbewegung und umgekehrt aufzuhetzen.

Die Mineralölsteuer: Man benützt sie, um den ölproduzierenden Ländern der Dritten Welt den Zugang zum Marktpreis, wie er hier zu erzielen wäre, zu versperren und raubt ihnen den großen Teil des so bitter nötigen Verdienstes. Und jetzt geht die Kapitalistenklasse dazu über, den Energiepreis, der seine schwindelnden Höhen bloß wegen der Steuer erreicht, zu benutzen, um die anderen Energieträger aus eigener Produktion zu verteuern. Man spricht schon von einer Angleichung der Gas- und Strompreise an die Heizölpreise. Das ist alles schon im Plan. Und zusätzlich noch schöne Möglichkeiten, gegen die Länder der Dritten Welt zu hetzen.

Die Kapitalistenklasse liefert gegenwärtig einen sehr schlagenden Beweis dafür, wie sie bei schwacher politischer Gegenwehr der Arbeiterklasse wie der anderen werktätigen Klassen in der Lage ist, aber auch jede Konjukturlage zu neuen Triumphzügen der Bereicherung zu nutzen. Die Sozialdemokratie führt Beweis, daß der Reformismus, der Versuch, die Interessen der Kapitalistenklasse mit den Interessen der Arbeiterklasse auszugleichen, zum Weißbluten aller arbeitenden Klassen führt. Aber da immer mehr Leute dies verstehen, beginnen die Traumtänzer des Profites sich an der harten Realität der Arbeiterbewegung ganz schön zu stoßen, und zwar nicht gesund.

8000 Rotterdamer und Amsterdamer Hafenarbeiter im Streik für Lohnerhöhungen



Am 23.8. begannen 500 Arbeiter des Schlepperkapitalisten Smit für einen Lohnnachschlag von 50 Gulden netto/Woche zu streiken. Nachdem Smit die Arbeiter vom Gericht zur Arbeitsaufnahme verurteilen ließ, schlossen sich die Rotterdamer Hafenarbeiter und später für 24 Stunden 1000 in Amsterdam dem Streik an, um ihre Forderungen nach Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung im laufen-

zen, um die anderen Energieträger aus eigener Produktion zu verteuern. Man spricht schon von einer Angleichung

Profites sich an der harten Realität der Arbeiterbewegung ganz schön zu stoßen, und zwar nicht gesund.

8000 Rotterdamer und Amsterdamer Hafenarbeiter im Streik für Lohnerhöhungen



Am 23.8. begannen 500 Arbeiter des Schlepperkapitalisten Smit für einen Lohnnachschlag von 50 Gulden netto/Woche zu streiken. Nachdem Smit die Arbeiter vom Gericht zur Arbeitsaufnahme verurteilen ließ, schlossen sich die Rotterdamer Hafenarbeiter und später für 24 Stunden 1000 in Amsterdam dem Streik an, um ihre Forderungen nach Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung im laufen-den Tarifkampf durchzusetzen. Die Gewerkschaftsführung unterstützt den Streik nicht. Die Kapitalisten stehen unter großem Druck, da der gesamte Stückgutverkehr in Rotterdam lahmgelegt ist und ein Teil der Schiffe in andere holländische, belgische u d englische Häfen umgeleitet wird.

Italienische Bourgeois drängen auf beschleunigte Rentensenkung

Jährlicher Reformertrag: 5,7 Mrd. DM / Streichung von Invalidenrenten zur Füllung des Arbeitsmarkts

z.ulg.Rom. Wenn nicht sofort etwas geschehe, werde die Rentenversicherung in vier Monaten zahlungsunfähig sein, ließ der Präsident der italienischen Sozialversicherung Reggio kürzlich aus dem Urlaub verlauten. Der Mann sorgt sich nicht etwa, wie die Renten zu zahlen wären, sondern wie man es anstellen kann, sie *nicht* zu zahlen. Mit Rentensenkung und Beitragserhöhung soll die Sozialversicherung schleunigst wieder in den ,,Kapitalgeber'' verwandelt werden, der sie bis Anfang der 70er Jahre war.

Dazu hat die Regierung bereits im letzten Herbst eine umfassende Rentenreform ausgeheckt, die aber wegen der Auflösung des Parlaments noch nicht verabschiedet worden ist. Welches Malheur: *Mit* der Reform, so Reggio, hätte das Defizit bereits in diesem Jahr von voraussichtlich 5000 Mrd. Lire (11,3 Mrd. DM) auf 2500 Mrd. Lire gedrückt werden können. ,,Man muß in Rechnung stellen, daß die Zeit, die vergeht, kostet, und viel kostet'', kommentiert das Organ des Kapitalistenverbandes.

Dabei hatte das Parlament einen Großteil der ,,finanzwirksamen'' Maßnahmen bereits zu Jahresbeginn provisorisch in Kraft gesetzt. ,,Dämpfung'' der Rentenanpassung an die Lohn- und Preisentwicklung, macht 1979 248 Mrd. Lire (0,56 Mrd. DM). Beitragserhöhung für Bauern, Handwerker und Kleinhändler, bringt 565 Mrd. Lire (1,13 Mrd. DM) mehr im Jahr. Gesamt,,ersparnis'' durch dieses ,,Finanzgesetz'': mehr als 1000 Mrd. Lire, rund 2,33 Mrd. DM. Klingeling.

Wo der Herr Reggio da noch *zusätzlich* 5,7 Mrd. DM herausschlagen will, weiß seine eigene Pressestelle nicht genau zu sagen. Doch die Zahl verrät den gewaltigen Appetit der Finanzbourgeois auf Rentengelder. Und fest steht, daß dieser Appetit zum großen Teil aus Invalidenrenten befriedigt werden soll. Die Zahl der Invalidenrenten liegt höher als die der Altersrenten, Zeichen für den vorzeitigen Verschleiß der Arbeitskraft. Dazu kommt, daß viele alte Bauern mangels Versicherungsjahren keinen Anspruch auf Altersrente haben und sich mit der Mindestinvalidenrente von gerade 120000 Lire (270 DM) begnügen müssen. 80% aller Invalidenrenten sind Mindestrenten.

Mit der geplanten Reform soll der größte Teil der Invalidenrenten schlicht gestrichen werden. Statt wie bisher bei 50% *Erwerbs*minderung soll es künftig Rente nur noch bei 66% Minderung der physischen *Arbeitsfähigkeit* geben. Zusätzlich soll außer bei nachgewiesener ,,dauernder'' Arbeitsunfähigkeit alle drei Jahre überprüft werden, ob der Rentner nicht doch noch zur Überfüllung des Arbeitsmarkts beitragen kann. Daß die Invalidenrente bei ,,zeitweiliger'' Arbeitsunfähigkeit nicht mehr auf die Mindestrente aufgestockt wird, wird den Sozialversicherungsärzten die Mühe jener Überprüfung meist ersparen. Der jährliche Ertrag allein dieser Reform war ursprünglich auf 165 Mrd. Lire (370 Mio. DM) kalkuliert.

Inzwischen hat eine ,,Expertenkommission'' angeregt, den Regierungsentwurf um eine Änderung der 1969 von der Arbeiterbewegung erkämpften Rentenformel zu bereichern. Danach gibt es bisher pro Beitragsjahr 2%, maximal 80% des letzten, meist höchsten Einkommens als Rente. Die Experten schlagen jetzt eine Reform der Rentenformel nach westdeutschem ,,Vorbild'' vor.

Libanesen und Palästinenser verteidigen den Süd-Libanon gegen die zionistischen Aggressoren



Mit Bombardements und Vorstößen israelischer und falangistischer Truppen versuchen die Zionisten, den ganzen Süd-Libanon zu annektieren. Palästinensische Befreiungskämpfer und libanesische Revolutionäre stellen sich ihnen entgegen.

z.her. **„Das Beamtengesetz steht für uns nicht höher im Kurs als der Bundesangestelltentarif“.** Unter diesem Tenor nimmt der Vorsitzende der GEW Frister zu der Debatte um das Urteil des Karlsruher Landesverwaltungsgerichts in der nächsten Ausgabe der GEW-Zeitung „Erziehung und Wissenschaft“ Stellung. Auf Initiative der GEW hatte in Baden-Württemberg eine Lehrerin gegen ihren befristeten Teilarbeitszeitvertrag geklagt auf Übernahme ins Beamtenverhältnis. 1977 hatte Baden-Württemberg als erstes Bundesland solche Verträge für junge Lehrer eingeführt als Folge der von der Bourgeoisie bewußt konstruierten „Lehrerschwemme“. Sie hatte gehofft, über befristete Teilarbeitszeitverträge einen nachhaltigen Einbruch in das Lohnniveau der Lehrer erwirken und über die Befristung die Konkurrenz unter den Lehrern weiter schüren zu können. Etwa 7% aller Lehrer in Baden-Württemberg sitzen auf solchen Zeitverträgen, und im Durchschnitt liegt die Arbeitslosigkeit bei den Lehrern bei 11%. Das Urteil fordert Verbeamtung aller Lehrer, nicht gegen den rechtlosen Zustand, daß Lehrer als Kurzarbeiter auf befristeten Verträgen ohne Kündigung herausfliegen, sondern aus grundsätzlichen Erwägungen, als Antwort auf die Zersetzungserscheinungen des sog. Berufsbeamtentums, als Antwort auf die Kämpfe der Lehrer, die dabei sind sich das Streikrecht zu nehmen. Unter diesem Druck der Lehrerschaft stellt Frister die Frage: „Was wäre denn, wenn Lehrerinnen und Lehrer nicht unter das Beamtengesetz, sondern unter den BAT und dessen arbeitsrechtliche Vorschriften fielen?“, und gibt selbst die einzig richtige Antwort: „Lehrerinnen und Lehrer hätten das Recht, zur Durchsetzung ihrer Forderungen Arbeitskämpfe zu führen, das Streikrecht eingeschlossen.“ Wenn aber erst einmal die Lehrer ausscheiden, wäre für weite Bereiche der Beamtenschaft kein Halten mehr. So läßt die Bourgeoisie durch den Vorsitzenden des Deutschen Lehrerverbandes lamentieren. Ganz richtig, das wäre die Folge und eine denkbar gute dazu! Zunächst einmal wird man in den anstehenden Kämpfen der Lehrer Frister beim Wort nehmen müssen.

z.gek. **„Hans Dietrich Genscher wird für viele Araber mehr und mehr zu einer europäischen Vaterfigur, die auf einem Zauberteppich durch den Nahen Osten eilt ...“** – so ähnlich wie der Korrespondent der „Welt“ waren mehrere am Spinnen in Genschers Reisetroß, der sich zwischen dem 26. August und 2. September durch Syrien, Libanon, Jordanien und Ägypten wälzte. Genscher war begleitet von einer Wirtschaftsdelegation mit H.O. Thierbach, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank und Vorsitzender des „Nah- und Mittelostvereins“, und Paul Broicher, Hauptgeschäftsführer des DIHT. Offenbar hatten die Herren

nen und Lehrer nicht unter das Beamtengesetz, sondern unter den BAT und dessen arbeitsrechtliche Vorschriften fielen?“, und gibt selbst die einzig richtige Antwort: „Lehrerinnen und Lehrer hätten das Recht, zur Durchsetzung ihrer Forderungen Arbeitskämpfe zu führen, das Streikrecht eingeschlossen.“ Wenn aber erst einmal die Lehrer ausscheiden, wäre für weite Bereiche der Beamtenschaft kein Halten mehr. So läßt die Bourgeoisie durch den Vorsitzenden des Deutschen Lehrerverbandes lamentieren. Ganz richtig, das wäre die Folge und eine denkbar gute dazu! Zunächst einmal wird man in den anstehenden Kämpfen der Lehrer Frister beim Wort nehmen müssen.

z.gek. **„Hans Dietrich Genscher wird für viele Araber mehr und mehr zu einer europäischen Vaterfigur, die auf einem Zauberteppich durch den Nahen Osten eilt ...“** – so ähnlich wie der Korrespondent der „Welt“ waren mehrere am Spinnen in Genschers Reisetroß, der sich zwischen dem 26. August und 2. September durch Syrien, Libanon, Jordanien und Ägypten wälzte. Genscher war begleitet von einer Wirtschaftsdelegation mit H.O. Thierbach, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank und Vorsitzender des „Nah- und Mittelostvereins“, und Paul Broicher, Hauptgeschäftsführer des DIHT. Offenbar hatten die Herren spekuliert, politisch und ökonomisch ein Geschäft zu billigsten Preisen abschließen zu können, angesichts der weitgehenden Isolation der US-Imperialisten und der Abneigung der arabischen Staaten gegenüber dem Vordringen des Sozialimperialismus. Genschers „Friedensformel“, die der Nahost-Erklärung der EG entsprach, fand jedoch wenig Anklang. Danach sollen die arabischen Staaten zunächst die PLO dazu pressen bzw. sich selbst dazu pressen lassen, den Kolonialstaat Israel „innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen“ zu garantieren, nur damit die zionistischen Besatzer sich aus den 1967 bzw. 73 zusätzlich okkupierten arabischen Gebieten zurückziehen. Der PLO hat Genscher von ferne mit Anerkennung gewunken – *wenn* sie die Waffen streckt und sich bereit erklärt, das palästinensische Volk ein für allemal in ein sog. „Heimatland“ auf dem Westjordanufer einpferchen zu lassen, unter internationaler Überwachung. – Die Regierungen Syriens, Libanons und Jordaniens haben von der Bundesregierung statt dessen die Anerkennung der PLO ohne Bedingungen gefordert.

z.gek. **Der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Riemer hat den Vertrag über die Vorplanung einer Großanlage zur Kohleverflüssigung unterschrieben.** Damit ist der Stein ins Rollen gebracht. Inzwischen hat auch die Regierung des Saarlandes entsprechende Pläne angekündigt. – Die Investitionskosten von 3,5 Mrd. DM für das NRW-Werk sollen großteils aus Steuermitteln aufgebracht werden, den Profit sollen die sich beteiligenden Kapitalisten einstreichen. Schon jetzt wäre Benzin aus Kohle zu einem Kostpreis von 85 Pfg. je Liter zu produzieren (einschließlich Zinsen sowie 13 Pfg. für Transport und Tankstellenverkauf). Allerdings: weitere 61 Pfg. würde der Staat als Mineralöl- und Mehrwertsteuer kassieren. Riemer ist dafür, die Steuern *ausnahmsweise* fallen zu lassen, damit die Produktion profitabel wird. Was heißt, daß die Mineralölsteuer, die auf importiertes Erdöl bzw. Benzin erhoben wird, sich vollends als eine Schutzzollsteuer zur künstlichen Verteuerung herausstellt.

z.frb. **Minister Lambsdorff, soeben aus Südamerika zurück, sah sich dort heftiger Kritik an den westdeutschen Nukleargeschäften ausgesetzt.** In Brasilien griff die Presse während des ganzen Besuchs die Bedingungen an, die die westdeutschen Imperialisten Brasilien in den Verträgen über die Lieferung von acht Kernkraftwerken aufgenötigt haben. An dem zum Bau der Kraftwerke gebildeten gemeinsamen Unternehmen, Nuclen, hält die KWU 25%, die brasilianische Nukleargesellschaft 75%. Trotzdem, so hieß es, fühle sich Brasilien in wichtigen Fragen majorisiert. Als die Zeitung „Gazeta Mercantil“ Teile des Vertrages, den ihr ein ehemaliger Angestellter der Nuclen hatte zukommen lassen, in Faksimile veröffentlichte, wurde die Zeitung beschlagnahmt. „Denkbar unglücklich“ habe sich die brasilianische Regierung verhalten, meint das „Handelsblatt“, weil sie die Presseberichte nicht dementierte. Lambsdorff erklärte in Sao Paulo, die Beziehungen zwischen der BRD und Brasilien seien „trotz gewisser Schwierigkeiten ungetrübt“. Der Verdacht, die westdeutsche Regierung wolle den Vertrag mit Brasilien zum Modell gegenüber Lateinamerika machen, begleitete Lambsdorff nach Argentinien, der nächsten Station. Gleich nach der Ankunft mußte er behaupten, „daß die Bundesregierung weder diese Absicht trage noch sie geäußert habe“. Die KWU rechnet sich den Auftrag für das Kernkraftwerk Atucha II aus. Bei Buenos Aires läuft seit 1974 ein 340 Megawatt-Kraftwerk von Siemens. Letzten Winter gab es mehrere Störfälle. Siemens schaltete dann der argentinischen Hauptstadt den Strom ab. – Mitte August schloß Argentinien ein Kernenergie-Abkommen mit Uruguay und setzte damit seine Politik der lateinamerikanischen Zusammenarbeit fort.

z.brp. **38 Stunden und 30 Minuten war Spiegel-Herausgeber Augstein in Sardinien arrestiert.** 40 Gramm Haschisch unter Hemden im Handkoffer, Haschisch-Reste in der Tabakspfeife. Bild, 25.8.: „Vor dem Staatsanwalt sagte Augstein: ‚Ich weiß nicht, wie das Haschisch in meinen Koffer gekommen ist. Ich rauche kein Hasch. Mein Arzt hat mir sogar Zigaretten verboten‘.“ – Na also! Ein Mann, ein Wort? „Seine Anwälte dagegen: Es war bestimmt für ihn selbst bestimmt.“ Das ist in Italien legitim.

und Brasilien seien „trotz gewisser Schwierigkeiten ungetrübt“. Der Verdacht, die westdeutsche Regierung wolle den Vertrag mit Brasilien zum Modell gegenüber Lateinamerika machen, begleitete Lambsdorff nach Argentinien, der nächsten Station. Gleich nach der Ankunft mußte er behaupten, „daß die Bundesregierung weder diese Absicht trage noch sie geäußert habe“. Die KWU rechnet sich den Auftrag für das Kernkraftwerk Atucha II aus. Bei Buenos Aires läuft seit 1974 ein 340 Megawatt-Kraftwerk von Siemens. Letzten Winter gab es mehrere Störfälle. Siemens schaltete dann der argentinischen Hauptstadt den Strom ab. – Mitte August schloß Argentinien ein Kernenergie-Abkommen mit Uruguay und setzte damit seine Politik der lateinamerikanischen Zusammenarbeit fort.

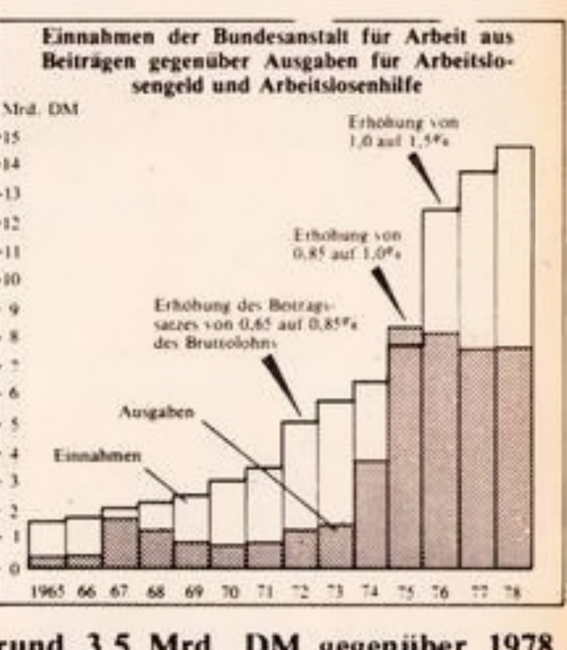
z.brp. **38 Stunden und 30 Minuten war Spiegel-Herausgeber Augstein in Sardinien arrestiert.** 40 Gramm Haschisch unter Hemden im Handkoffer, Haschisch-Reste in der Tabakspfeife. Bild, 25.8.: „Vor dem Staatsanwalt sagte Augstein: ‚Ich weiß nicht, wie das Haschisch in meinen Koffer gekommen ist. Ich rauche kein Hasch. Mein Arzt hat mir sogar Zigaretten verboten‘.“ – Na also! Ein Mann, ein Wort? „Seine Anwälte dagegen: Es war bestimmt für ihn selbst bestimmt.“ Das ist in Italien legitim. Und was wird nicht alles dafür getan, rechtzeitig bei der Geburtstagsschlemmerei des Bruders daheim zu sein. Wie es nun auch sei: „Josef Augstein (Rechtsanwalt) sagt: ‚In Deutschland wäre er wegen einer so kleinen Menge Hasch nie verhaftet worden‘.“ Zwei Tage später wird aus dem „Skandal“ in Springers Presse: „Seine Verhaftung war ein Racheakt!“ Noch einen Tag weiter, 28. August: „Augstein ist ‚in‘. ‚Es wird wieder mehr zu Hasch gegriffen‘.“ War's am Ende nur ein Trick, um die Spiegel-Auflage mit der Titel-Geschichte „Heroin“ anzukurbeln – und wenn Augstein solche Stimulanzien für Gehirnverrenkungen benötigt:



z.doj. **Verkehrsminister Gscheidle hat den Länderverkehrsministern vorgeschlagen, das Bußgeld für „einige Verstöße“ von 50 oder 60 DM auf mindestens 100 DM zu erhöhen.** Auf Grundlage des Ordnungswidrigkeitengesetzes von 1952 wurde die Belegung von Verkehrsübertretungen mit Bußgeldern zu einem wahren Schröpfinstrument gegen die Massen entwickelt. 1968 wurde zusätzlich das Verkehrszentralregister eingeführt, und die Bußgelder wurden im gleichen Jahr wie auch 1975 katalogisiert und erhöht. Der Bußgeldkatalog ist die nächsthöhere Stufe nach den zahlreichen „Verwarnungsgeldern“, die erhoben werden können. Von diesen „Verkehrssünden“ werden z.Zt. schon 42 mit über 100 DM geahndet, 30 liegen noch unter 100 DM. „Bild“ rührt nun heftig die Trommel gegen die „Verwilderung der Fahrsitten“, während der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU Schulte und der FDP-Abgeordnete Hoffie „Bedenken“ äußern. Nicht gegen die Erhöhung der Bußgelder, sondern gegen das Flensburger Zentralregister, über das inzwischen jeder 4. Führerscheininhaber erfaßt ist. Es taugt immer weniger als Einschüchterungsmittel. Im hessischen Landtag wurden Befürchtungen geäußert, daß die Aufklärung über die Punkteanzahl „Einsprüche gegen Bußgeldbescheide in erhöhtem Maße herausfordern“ würde. Seit Monaten werden deshalb Meldungen über „Erleichterungen“ lanciert, zuletzt der Vorschlag, den Mindestbetrag von 40 DM auf 100 DM zu erhöhen. Der Lockvogel soll die Bußgelderhöhung über 100 DM erleichtern und die Besteuerung per Bußgeld ausweiten.

z.frb. **Die Bundesbank hat für Lombardkredite, die bisher in unbeschränkter Höhe gewährt wurden, eine Höchstgrenze festgelegt.** Der Lombardkredit ist ein Kredit, den die Bundesbank an die Banken gegen Hinterlegung von Wertpapieren gewährt. Wie mit dem Rediskontkredit – bei ihm kauft die Bundesbank Wechsel von der Bank – beschaffen sich die Banken so Zentralbankgeld. Das Geld brauchen sie, um ihrerseits Kredite vergeben zu können. Wie das letzte halbe Jahr werden die Kredite an die vom Geschäftsfieber gepackten Kapitalisten auch weiterhin steigen, aber die Maßnahme der Bundesbank engt das Kreditangebot der Banken gerade so ein, daß sie den Zins zum Segen der Geldsäcke noch weiter nach oben treiben können.

z.evd. **Der Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit hat für 1980 einen Haushalt von 21,5 Mrd. DM (1979: 21,5) beschlossen und rechnet mit Mehreinnahmen aus Beiträgen von**



rund 3,5 Mrd. DM gegenüber 1978. 500 neue Stellen im Außendienst will die Bundesanstalt schaffen und ein Datenverbundnetz aufbauen, das Vermittlung der Arbeitslosen z.B. von Hamburg nach München ermöglicht. Da der Verwaltungsrat von sinkenden Zahlen der „Leistungsempfänger“ ausgeht (Durchschnitt 1978: 673383; 1979 – hochgerechnet – 595000; 1980 vorgesehen: 590000), sollen also noch mehr Kosten der Kapitalisten zur Erhöhung ihres Profits aus der Arbeitslosenversicherungskasse gedeckt werden in der Form von Kurzarbeitergeld, Ausbildungsmaßnahmen, Arbeitsbeschaffung, Konkursausfallgeld,

Westberliner Funkausstellung als Forum bürgerlicher Medienexperten

z.bek. „Die technische Entwicklung im Bereich der elektronischen Medien hat die Chance eröffnet, die Vielfalt von Information, Meinung und Unterhaltung durch marktwirtschaftliche Kräfte zu vergrößern“, begründet Dr. Schwarz-Schilling (CDU) die Absicht eines Teils der „Medien-Experten“ der bürgerlichen Parteien, hauptsächlich den Zeitungsverlegern die Produktion von eigenen Fernsehprogrammen und -diensten zu ermöglichen. Die Kapitalistenverbände BDA, BDI und die CDU halten das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1961, das das Rundfunk- und Fernsehmonopol des bürgerlichen Staates mit den „gegenwärtigen technischen Gegebenheiten“ begründete und private Träger prinzipiell erlaubte, für überholt.

Die in den letzten Jahre gemachten Fortschritte bei der Erforschung erweiterter Einsatzmöglichkeiten von Fernsehen und Telefon als Informations- und Datenübertragungssysteme haben einen Teil der westdeutschen Kapitalisten Profitluft riechen lassen. Bereits auf der Funkausstellung 1977 führte die Bundespost ein Videotextsystem vor, das allerdings noch ziemlich beschränkt war, weil die zusätzlichen Fernsehdienste nur neben den eigentlichen Fernsehprogrammen ausgestrahlt und über die sog. Austastlücke zwischen den einzelnen Fernsehbildern zum Empfänger transportiert werden. In Verbindung mit dem jetzt vorgestellten Zweiweg-Kabelfernseh-System erweitern sich die Anwendungsmöglichkeiten von Bildschirmtext beträchtlich. Neben dem möglichen Empfang von bis zu 40 Fernsehprogrammen und -diensten kann man über einen Rückkanal selbst in Verbindung mit der Zentrale einer Kabelfernsehanlage treten. So lassen sich dort gespeicherte Informationen und Daten von einem Rechnerverbundsystem abrufen, und man kann selbst Nachrichten an die Zentrale schicken, die diese aufbereitet und bei Anforderung sendet. In absehbarer Zeit ist es möglich, daß die westdeutschen Kapitalisten ihren Geschäftsverkehr untereinander über das Verbundsystem abwickeln oder die Entwicklung ihrer Umsätze ausrechnen lassen.

Ab 1980 will die Bundespost Bildschirmdienste anbieten, wobei das Fernsprechnetz zur Informationsübertragung benutzt wird. In 11 westdeutschen Städten wird mit dem Bau von Kabelfernseh-Anlagen begonnen, die bei Inbetriebnahme gleichzeitig die neuen Daten- und Bilddienste bedienen. 60 Mrd. DM soll die Verkabelung Westdeutschlands kosten. Postminister Gscheidle ließ bereits ankündigen, daß er damit nicht als Wohltäter auftreten wolle. Sollen also die Volksmassen für den Ausbau der neuen Kommunikationssysteme der Bourgeoisie verstärkt ausgeplündert werden, so wird die *individuelle* Nutzung von Bildschirm- und Videotext kaum möglich sein. Ein komplettes Gerätepaket zur Benutzung von Bildschirmtext (Textspeicher, Farbfernsehgerät, Drucker, Aufzeichnungsgerät) wird um 10000 DM kosten. Kollektiv wird die Arbeiterklasse allerdings die Mittel aufbringen, um diese neuen Medien für die Herstellung einer guten Nachrichtenlage zu nutzen, die für den Sturz der Bourgeoisie unerläßlich ist.

und über die sog. Austastlücke zwischen den einzelnen Fernsehbildern zum Empfänger transportiert werden. In Verbindung mit dem jetzt vorgestellten Zweiweg-Kabelfernseh-System erweitern sich die Anwendungsmöglichkeiten von Bildschirmtext beträchtlich. Neben dem möglichen Empfang



FAZ, 27.8.79 – Carstens für „mehr Klassiker im Unterricht ... Als Beispiel nannte er Lessings ‚Nathan der Weise‘ “ / Über die fast gleichzeitige Liebhaberaufführung im 27sten Stock der Deutschen Bank berichtete die FAZ nicht.

Die Blockfreienbewegung kämpft um ihre Einheit

Kubanische Intrigen, um das Demokratische Kampuchea von der Konferenz auszuschließen

z.pel. Die Außenminister der 89 Teilnehmerstaaten der Gipfelkonferenz der Blockfreien in Havanna haben zu Beginn ihrer Beratungen am 30.8. die Aufnahme von Bolivien, Grenada, Iran, Pakistan, Surinam, Nicaragua und der Patriotischen Front als Vollmitglieder der Bewegung beschlossen. Auf der gleichen Sitzung griff der kubanische Außenminister Malmierca neben dem US-Imperialismus die VR China und „einige Mitgliedsländer“ an und bezichtigte sie der Spalterpolitik, da sie Kuba verleumdeten. Das konnte den malaysischen Außenminister nicht daran hindern, wenig später Kuba gleichfalls zu beschuldigen, fundamentale Grundsätze der Blockfreienbewegung zu verletzen, indem es sich das Recht anmaße, das Demokratische Kampuchea als Mitglied der Bewegung an der Teilnahme der vorbereitenden Sitzungen zu hindern.

Während der Kampf der Völker für

Havanna den Durchbruch schaffen. Kubas Stellung als Gastgeber und Vorsitzender des Koordinationsbüros der Bewegung dient ihnen als Sprungbrett ihrer Aggression. Obwohl wegen seiner förmlichen Einladung an die Marionettenregierung Heng Samrin schon auf der New Yorker Vorbereitungskonferenz der UN-Botschafter heftig kritisiert und gezwungen, die Regierung des Demokratischen Kampuchea als offiziellen Vertreter nach Havanna einzuladen, hat es seine Manöver dort fortgesetzt. Die kampucheanische Delegation wurde als einzige dreißig Kilometer außerhalb der Stadt untergebracht und zur ersten Sitzung auf Botschafterebene gleich gar nicht eingeladen. Die algerische Zeitung „El Moudjahid“ berichtet am 30.8. von einer „stürmischen Debatte, in der die Regierung Pol Pot breit unterstützt wurde...“

Ihrer Natur nach ist die Politik der

Präsidenten Tito auf der Belgrader Außenministerkonferenz im Juli '78 bekräftigt, gilt der Angriff der Sozialimperialisten. Entsprechend hatte Kuba schon in seinem ersten Entwurf für die Schlußresolution von Havanna versucht, über die Legitimierung der Heng Samrin Clique die Rechtfertigung der sowjetisch-vietnamesischen Aggression einzuschmuggeln und die Blockfreienbewegung zum Werkzeug des „natürlichen Verbündeten“ Sowjetunion zu machen. „Wenn ein Land den Geist der Unabhängigkeit verliert, den Kräften eines Blockes folgt und der Beherrschung eines anderen Landes zustimmt, kann man es nicht blockfrei nennen.“ Die Mehrheit der Länder der Dritten Welt hat in der Debatte des Resolutionsentwurfes die Ausführungen der Partei der Arbeit der Volksdemokratischen Republik Korea unterstützt.

Kuba mußte die angegriffenen For-



FAZ, 27.8.79 – Carstens für „mehr Klassiker im Unterricht ... Als Beispiel nannte er Lessings ‚Nathan der Weise‘ “ / Über die fast gleichzeitige Liebhaberaufführung im 27sten Stock der Deutschen Bank berichtete die FAZ nicht.

Die Blockfreienbewegung kämpft um ihre Einheit

Kubanische Intrigen, um das Demokratische Kampuchea von der Konferenz auszuschließen

z.pel. Die Außenminister der 89 Teilnehmerstaaten der Gipfelkonferenz der Blockfreien in Havanna haben zu Beginn ihrer Beratungen am 30.8. die Aufnahme von Bolivien, Grenada, Iran, Pakistan, Surinam, Nicaragua und der Patriotischen Front als Vollmitglieder der Bewegung beschlossen. Auf der gleichen Sitzung griff der kubanische Außenminister Malmierca neben dem US-Imperialismus die VR China und „einige Mitgliedsländer“ an und bezichtigte sie der Spalterpolitik, da sie Kuba verleumdeten. Das konnte den malaysischen Außenminister nicht daran hindern, wenig später Kuba gleichfalls zu beschuldigen, fundamentale Grundsätze der Blockfreienbewegung zu verletzen, indem es sich das Recht anmaße, das Demokratische Kampuchea als Mitglied der Bewegung an der Teilnahme der vorbereitenden Sitzungen zu hindern.

Während der Kampf der Völker für nationale Unabhängigkeit und soziale Befreiung erstarkt, versuchen die Sowjetunion und ihre Vasallen, die Blockfreienbewegung in ein Instrument ihres Hegemoniestrebens zu verwandeln. Mit der politischen und diplomatischen Isolierung des Demokratischen Kampuchea und der Anerkennung ihrer Marionetten wollen sie in Havanna den Durchbruch schaffen. Kubas Stellung als Gastgeber und Vorsitzender des Koordinationsbüros der Bewegung dient ihnen als Sprungbrett ihrer Aggression. Obwohl wegen seiner förmlichen Einladung an die Marionettenregierung Heng Samrin schon auf der New Yorker Vorbereitungskonferenz der UN-Botschafter heftig kritisiert und gezwungen, die Regierung des Demokratischen Kampuchea als offiziellen Vertreter nach Havanna einzuladen, hat es seine Manöver dort fortgesetzt. Die kampucheanische Delegation wurde als einzige dreißig Kilometer außerhalb der Stadt untergebracht und zur ersten Sitzung auf Botschafterebene gleich gar nicht eingeladen. Die algerische Zeitung „El Moudjahid“ berichtet am 30.8. von einer „stürmischen Debatte, in der die Regierung Pol Pot breit unterstützt wurde...“

„Ihrer Natur nach ist die Politik der Blockfreiheit gegen Imperialismus, Neokolonialismus, Rassismus und jede andere Form *ausländischer Herrschaft und Ausbeutung* gerichtet. Sie kämpft gegen Machtpolitik, politischen und wirtschaftlichen Hegemonismus sowie alle Formen ausländischer Einmischung.“ Diesem Programm der Blockfreiheit, vom jugoslawischen Präsidenten Tito auf der Belgrader Außenministerkonferenz im Juli '78 bekräftigt, gilt der Angriff der Sozialimperialisten. Entsprechend hatte Kuba schon in seinem ersten Entwurf für die Schlußresolution von Havanna versucht, über die Legitimierung der Heng Samrin Clique die Rechtfertigung der sowjetisch-vietnamesischen Aggression einzuschmuggeln und die Blockfreienbewegung zum Werkzeug des „natürlichen Verbündeten“ Sowjetunion zu machen. „Wenn ein Land den Geist der Unabhängigkeit verliert, den Kräften eines Blockes folgt und der Beherrschung eines anderen Landes zustimmt, kann man es nicht blockfrei nennen.“ Die Mehrheit der Länder der Dritten Welt hat in der Debatte des Resolutionsentwurfes die Ausführungen der Partei der Arbeit der Volksdemokratischen Republik Korea unterstützt.

Kuba mußte die angegriffenen Formulierungen in dem am 30.8. vorgelegten überarbeiteten Entwurf streichen. Bis Samstag war jedoch über die Teilnahme des Demokratischen Kampuchea an der Konferenz nicht entschieden. Nur ein positiver Beschluß kann dem Kampf der Völker der Dritten Welt für ihre vollständige Befreiung dienen.

Erklärung des Staatspräsidenten des Demokratischen Kampuchea Khieu Samphan zur Blockfreienkonferenz

Erklärung auf einer Pressekonferenz in Wien am 30.8. – Eigene Übersetzung

Wie die gesamte Weltmeinung und alle blockfreien Länder sehr gut wissen, ist es das widerwärtige Ziel Vietnams und Kubas, das Demokratische Kampuchea aus der Blockfreienbewegung auszuschließen und gewaltsam die Kreaturen der Vietnamesen in Phom Penh an seine Stelle zu setzen, um ihre kurzfristige und langfristige Expansionsstrategie zu verfolgen.

In diesem Sinne haben Vietnam und Kuba im Juni in Colombo Manöver zu unternehmen versucht. Aber unter dem Druck des einheitlichen und entschlossenen Widerstandes der übergroßen Mehrheit der blockfreien Länder ist dieser unverschämte Versuch vollständig gescheitert, wie auch die folgenden. Dies bedeutet einen ersten wichtigen Sieg der Blockfreienbewegung, einen wichtigen Sieg der authentischen Prinzipien der Blockfreiheit über die Kräfte der Gewalt, der Blöcke und Fraktionen, einen wichtigen Sieg der Kräfte der Unabhängigkeit über diejenigen der Aggression und Expansion, über die Arroganz der Mächtigen und ihre Verachtung gegenüber den Schwachen.

Nach diesen schmerzlichen Niederlagen haben die vor Wut rasenden Expansionisten in Havanna skrupellos die Rolle Kubas als Gastgeberland und seinen Vorsitz auf der Konferenz mißbraucht, um neue schmutzige Manöver zu betreiben, die darauf abzielen, den Sitz des Demokratischen Kampuchea unbesetzt zu lassen. Es ist offensichtlich, daß dieses Manöver des „unbesetzten Sitzes" nicht nur eine flagrante und grobe Verletzung der legitimen Rechte des Demokratischen Kampuchea darstellt, sondern auch, unmittelbar wie langfristig, eine große Gefahr für unsere Bewegung darstellt. Dieses Manöver stellt die Prinzipien der Blockfreiheit grundsätzlich in Frage. Seine Durchsetzung würde die Rechte und die Machtposition Vietnams und Kubas stärken und ausdehnen, sie würde deren Kontrolle etablieren und es ihnen ermöglichen, sich zum Herren über unsere Bewegung aufzuschwingen in Verachtung aller anderen Mitgliedsländer. Es würde bedeuten, daß innerhalb unserer Bewegung die Kräfte eine Niederlage erleiden, die die authentischen Prinzipien der Blockfreiheit und der Unabhängigkeit verteidigen, und eine Stärkung der Kräfte bedeuten, die diese Prinzipien mit Füßen treten, nämlich der Kräfte der Blöcke und Fraktionen, der Aggression und Expansion, mitsamt ihrer Arroganz und Verachtung der Schwachen. Es würde gleichzeitig bedeuten, daß Vietnam und Kuba noch freiere Hand hätten, um ihre Politik der Aggression und Expansion in verschiedenen Regionen der Welt fortzusetzen, insbesondere in Asien und in Afrika.

Das ist die unmittelbare wie auch langfristige Gefahr, die unsere Bewegung, ihre grundlegenden Prinzipien wie auch die Charta der Vereinten Nationen und die grundlegendsten internationalen Rechtsgrundsätze bedroht, eine schwerwiegende Gefahr für den Frieden und die Stabilität in der Welt, besonders in Südostasien, eine Gefahr, die im Augenblick ein immer bedrohlicheres Ausmaß annimmt.

Angesichts dieser Situation dürfen alle blockfreien Länder, die an den grundlegenden Prinzipien der Blockfreiheit festhalten und an der Stärkung ihrer unabhängigen Rolle außerhalb der Blöcke interessiert sind, unter keinen Umständen dieses neue von Vietnam und Kuba initiierte Manöver des „unbesetzten Sitzes" unterschätzen.

Die Delegation des Demokratischen Kampuchea möchte hier ihren aufrichtigen und tiefempfundenen Dank an alle befreundeten blockfreien Länder wiederholen, die, entschlossen an den Prinzipien der Blockfreiheit festhaltend, auf der Grundlage dieser Prinzipien einen aktiven und zähen Kampf geführt haben zur Verteidigung der legitimen Rechte des Demokratischen Kampuchea innerhalb unserer Bewegung. Diese unermüdlichen Anstrengungen der befreundeten Länder bedeuten eine außerordentlich kostbare Unterstützung für den Kampf unserer Nation und unseres Volkes zur Verteidigung ihres Vaterlandes, ihrer Nation und ihres Rechtes auf ein Leben in Unabhängigkeit und Souveränität, auf ein ehrenhaftes und würdevolles Leben, mit unserer eigenen Kultur und Tradition.



Wir sind fest davon überzeugt, daß alle blockfreien Länder, die für die authentischen Prinzipien der Blockfreiheit, für die Charta der Vereinten Nationen und für den Frieden in der Welt sind, weiterhin größte Wachsamkeit zeigen werden, um das von Vietnam und Kuba angezettelte Manöver des „unbesetzten Sitzes" zu zerschlagen.

Wir sind davon überzeugt, daß die Prinzipien der Blockfreiheit kompromißlos verteidigt und mit der Entschiedenheit und Geschlossenheit gewahrt werden können, die notwendig sind, damit unsere Bewegung auf der internationalen Ebene ihre unabhängige und blockfreie Rolle wahren kann, um darüber ihre wichtige Mission zu erfüllen, die darin besteht, gegen alle Kräfte der Agression, der Expansion und der Einmischung zu kämpfen und in der ganzen Welt Frieden und Stabilität zu verteidigen, wie auch das Recht aller Länder, in Unabhängigkeit und Souveränität zu leben, seien sie groß oder klein, reich oder arm, und insbesondere die Rechte der großen Zahl von armen, kleinen und mittleren Nationen und Völkern, die ihr ganzes Vertrauen in diese unsere Bewegung gesetzt haben.

Wir glauben, daß das Blut, das die Nation und das Volk von Kampuchea in seinem gegenwärtigen Kampf, geführt von der Regierung des Demokratischen Kampuchea, zur Verteidigung seines Vaterlandes und zum Überleben der Nation vergießt, einen bescheidenen Beitrag darstellt im Kampf unserer Bewegung für ihre hohen Ideale und Ziele.

Wir sind davon überzeugt, daß die blockfreien Länder, die an den grundlegenden Prinzipien unserer Bewegung und an ihrer unabhängigen und blockfreien Rolle festhalten, es nicht zulassen werden, daß die Hanoier Machthaber das Demokratische Kampuchea über ihre flagrante und unverschämte Agression aus der Bewegung der blockfreien Staaten ausschließen.

Das Demokratische Kampuchea ist voll und ganz Mitglied der Bewegung blockfreier Länder. Niemandem, weder Vietnam noch Kuba, wird es gelingen, an seine Stelle die Marionetten zu setzen, die vietnamesische Kanonen in Phnom Penh an die Macht gehievt haben, und darüber den Sitz des Demokratischen Kampuchea innerhalb der Blockfreienbewegung zu usurpieren.



„Wir sind sicher, daß Vietnam angesichts seiner wirtschaftlichen, politischen und diplomatischen Schwierigkeiten mit Sicherheit einen langandauernden Krieg nicht durchstehen wird", erklärte Khieu Samphan auf der Pressekonferenz in Wien. – Das Bild stammt von der Großoffensive der Revolutionären Armee im Januar 1975 gegen die US-Imperialisten.



Einheiten der mittlerweile 2000 Sandinistischen Verteidigungskomitees bei der Wiederinstandsetzung des Straßennetzes

Nicaragua: Arbeiter und Bauern fordern vollständige Durchführung der Landreform

z.rua. 1972, nach dem Erdbeben in Nicaragua, beeilten sich die US-Imperialisten, ihrer Somoza-Marionette zu Hilfe zu kommen. Täglich landeten 30 US-Flugzeuge mit Nahrungsmitteln und anderen Waren in Nicaragua; breite finanzielle Unterstützung wurde Somoza zugesichert. Daß die Nahrungsmittel von der Nationalgarde schon auf dem Flughafen abgefangen und auf dem Schwarzmarkt zu Wucherpreisen verkauft wurden, war den US-Imperialisten nur recht.

Die Verwüstungen, die das Somoza-Regime mit Hilfe der US-Imperialisten angerichtet hat, um seinen Sturz hinauszuzögern, übertreffen die Erdbebenschäden um das Dreifache. Sie werden auf 2,5 Mrd. $ geschätzt. Heute lassen sich die US-Imperialisten Zeit mit ihrer „Unterstützung". Sie setzen darauf, das Land auszuhungern, um es wieder in ihren Einflußbereich zu zwingen. Nahrungsmittel werden in geringen Mengen über das Rote Kreuz nach Nicaragua geflogen – unter der Auflage, daß sie nicht an die FSLN-Kämpfer verteilt werden. Für die Gewährung eines Kredits von 35 Mio. $, der dem Somoza-Regime bewilligt, jedoch noch nicht ausgezahlt wurde, verlangen sie die Einhaltung und Inspizierung der US-imperialistischen Menschenrechte. Mit der Vergabe dieses Kredites würden sie der Revolutionsregierung die Schuldnernachfolge des Somoza-Regimes unterstellen, der das Land ausverkauft und in eine Auslandsverschuldung von 1,5 Mrd. $ getrieben hat. Ähnlich verfahren auch die BRD-Imperialisten, die Kredite an die Regierung Nicaraguas auf das bereits bestehende Schuldenkonto von 53,5 Mio. DM aufstocken wollen.

Die Sozialimperialisten versuchen mittels Kuba das verlorene Terrain der US-Imperialisten zu erobern. Kuba hat eine tägliche Luftbrücke nach Nicaragua errrichtet, auf der Milchpulver, Ärzte und Techniker transportiert werden. Castro erklärte am 26. Juli, dem kubanischen Staatsfeiertag: „Wir können mit den Vereinigten Staaten nicht konkurrieren, was die Anzahl der Flüge und die Lebensmittelladungen betrifft ... Aber wir haben menschliche Ressourcen ... Wir wissen, daß unsere Ärzte dorthin gehen, wo sie gebraucht werden, sei es in die Berge oder aufs Land, sei es in Kuba, Äthiopien, Vietnam, Jemen, Angola oder anderswo. Und Nicaragua liegt viel näher ..." (horizont 34/79)

Die Regierung Nicaraguas hat entschieden bekräftigt, daß sie kein „zweites Kuba" errichten will, sondern auf der Grundlage nationaler Unabhängigkeit den Aufbau des Landes vorantreiben will. Dazu ergreift sie entsprechende Maßnahmen. Nachdem die Hauptbanken des Landes verstaatlicht wurden, wurden am 27. und 28. August in einer landesweiten Umtauschaktion sämtliche Geldscheine im Wert von 500 und 1000 Cordobas (10 Cor. = 1 $) aus dem Verkehr gezogen und für ungültig erklärt. Grund für diese Maßnahme war, daß die Somoza-Clique vor ihrem Sturz 600 Mio. Cor. in großen Scheinen außer Landes geschafft hatte, die – wenn wieder auf den inländischen Markt geworfen – die Wirtschaft des Landes inflationär erschüttern würden. Zudem bewirkt diese Maßnahme, daß die ins Ausland geflohenen Kapitalisten ihrer Barmittel enteignet werden. Während der Umtauschaktion, die kurzfristig bekanntgegeben wurde, waren die Grenzen Nicaraguas geschlossen. Die Inhaber der Geldscheine erhielten Zertifikate, die sie nach 6 Monaten verzinst wieder einlösen können. Mit dieser Maßnahme hat sich die Regierung praktisch einen kurzfristigen Kredit (der auf 35 Mio. $ geschätzt wird) verschafft, der zum Aufbau der Wirtschaft und insbesondere, wie die Zeitung der FSLN „Barricada" berichtet, zur Wiederherstellung der Grundnahrungsmittelversorgung verwandt wird.

Im Zuge der Agrarreform wurden bisher 20000 ha des insgesamt 3,1 Mio. ha umfassenden Landbesitzes der Somoza-Clique nationalisiert und an Landarbeiter und kleine Bauern verteilt. Mit der Aussaat wurde bereits begonnen. Insgesamt 300000 Landarbeiterfamilien sollen jeweils ca. 5 ha zur Bewirtschaftung erhalten. Die Arbeiter und Bauern fordern jedoch die *vollständige* Enteignung, nicht nur des Somoza-Besitzes, sondern auch des Großgrundbesitzes der Offiziere der Nationalgarde, die jeweils über ca. 15000 ha verfügten. Unter der Forderung „Die Ländereien der Mörder an die Bauern!" schließen sie sich zusammen. Ende dieses Monats wird der erste Kongreß der Landarbeiter und Bauern Nicaraguas stattfinden, auf dem die vollständige Durchführung der Agrarreform beraten wird.

Nach diesen schmerzlichen Niederlagen haben die vor Wut rasenden Expansionisten in Havanna skrupellos die Rolle Kubas als Gastgeberland und seinen Vorsitz auf der Konferenz mißbraucht, um neue schmutzige Manöver zu betreiben, die darauf abzielen, den Sitz des Demokratischen Kampuchea unbesetzt zu lassen. Es ist offensichtlich, daß dieses Manöver des „unbesetzten Sitzes" nicht nur eine flagrante und grobe Verletzung der legitimen Rechte des Demokratischen Kampuchea darstellt, sondern auch, unmittelbar wie langfristig, eine große Gefahr für unsere Bewegung darstellt. Dieses Manöver stellt die Prinzipien der

die im Augenblick ein immer bedrohlicheres Ausmaß annimmt.

Angesichts dieser Situation dürfen alle blockfreien Länder, die an den grundlegenden Prinzipien der Blockfreiheit festhalten und an der Stärkung ihrer unabhängigen Rolle außerhalb der Blöcke interessiert sind, unter keinen Umständen dieses neue von Vietnam und Kuba initiierte Manöver des „unbesetzten Sitzes" unterschätzen.

Die Delegation des Demokratischen Kampuchea möchte hier ihren aufrichtigen und tiefempfundenen Dank an alle befreundeten blockfreien Länder wiederholen, die, entschlossen an den

und blockfreie Rolle wahren kann, um darüber ihre wichtige Mission zu erfüllen, die darin besteht, gegen alle Kräfte der Agression, der Expansion und der Einmischung zu kämpfen und in der ganzen Welt Frieden und Stabilität zu verteidigen, wie auch das Recht aller Länder, in Unabhängigkeit und Souveränität zu leben, seien sie groß oder klein, reich oder arm, und insbesondere die Rechte der großen Zahl von armen, kleinen und mittleren Nationen und Völkern, die ihr ganzes Vertrauen in diese unsere Bewegung gesetzt haben.

Wir glauben, daß das Blut, das die Nation und das Volk von Kampuchea in seinem gegenwärtigen Kampf, geführt von der Regierung des Demokratischen Kampuchea, zur Verteidigung seines Vaterlandes und zum Überleben der Nation vergießt, einen bescheidenen Beitrag darstellt im Kampf unserer Bewegung für ihre hohen Ideale und Ziele.

Wir sind davon überzeugt, daß die blockfreien Länder, die an den grundlegenden Prinzipien unserer Bewegung und an ihrer unabhängigen und blockfreien Rolle festhalten, es nicht zulassen werden, daß die Hanoier Machthaber das Demokratische Kampuchea über ihre flagrante und unverschämte Agression aus der Bewegung der blockfreien Staaten ausschließen.

auszuzögern, übertreffen die Erdbebenschäden um das Dreifache. Sie werden auf 2,5 Mrd. $ geschätzt. Heute lassen sich die US-Imperialisten Zeit mit ihrer „Unterstützung". Sie setzen darauf, das Land auszuhungern, um es wieder in ihren Einflußbereich zu zwingen. Nahrungsmittel werden in geringen Mengen über das Rote Kreuz nach Nicaragua geflogen – unter der Auflage, daß sie nicht an die FSLN-Kämpfer verteilt werden. Für die Gewährung eines Kredits von 35 Mio. $, der dem Somoza-Regime bewilligt, jedoch noch nicht ausgezahlt wurde, verlangen sie die Einhaltung und Inspizierung der US-imperialistischen Menschenrechte. Mit der Vergabe dieses Kredites würden sie der Revolutionsregierung die Schuldnernachfolge des Somoza-Regimes unterstellen, der das Land ausverkauft und in eine Auslandsverschuldung von 1,5 Mrd. $ getrieben hat. Ähnlich verfahren auch die BRD-Imperialisten, die Kredite an die Regierung Nicaraguas auf das bereits bestehende Schuldenkonto von 53,5 Mio. DM aufstocken wollen.

Die Sozialimperialisten versuchen mittels Kuba das verlorene Terrain der US-Imperialisten zu erobern. Kuba hat eine tägliche Luftbrücke nach Nicaragua errrichtet, auf der Milchpulver, Ärzte und Techniker transportiert werden. Castro erklärte am 26. Juli, dem

Maßnahme war, daß die Somoza-Clique vor ihrem Sturz 600 Mio. Cor. in großen Scheinen außer Landes geschafft hatte, die – wenn wieder auf den inländischen Markt geworfen – die Wirtschaft des Landes inflationär erschüttern würden. Zudem bewirkt diese Maßnahme, daß die ins Ausland geflohenen Kapitalisten ihrer Barmittel enteignet werden. Während der Umtauschaktion, die kurzfristig bekanntgegeben wurde, waren die Grenzen Nicaraguas geschlossen. Die Inhaber der Geldscheine erhielten Zertifikate, die sie nach 6 Monaten verzinst wieder einlösen können. Mit dieser Maßnahme hat sich die Regierung praktisch einen kurzfristigen Kredit (der auf 35 Mio. $ geschätzt wird) verschafft, der zum Aufbau der Wirtschaft und insbesondere, wie die Zeitung der FSLN „Barricada" berichtet, zur Wiederherstellung der Grundnahrungsmittelversorgung verwandt wird.

Im Zuge der Agrarreform wurden bisher 20000 ha des insgesamt 3,1 Mio. ha umfassenden Landbesitzes der Somoza-Clique nationalisiert und an Landarbeiter und kleine Bauern verteilt. Mit der Aussaat wurde bereits begonnen. Insgesamt 300000 Landarbeiterfamilien sollen jeweils ca. 5 ha zur Bewirtschaftung erhalten. Die Arbeiter und Bauern fordern jedoch die *vollständige* Enteignung, nicht nur des Somoza-Besitzes, sondern auch des

Förderung der Bauwirtschaft und Lohnzuschüssen.

z.frb. **Das wirtschaftswissenschaftliche Institut des DGB (WSI) macht in seinem jüngsten Konjunkturbericht einen tiefen Diener vor dem Profit.** Das Ganze geschieht unter der Hülle heftiger Kritik an der Kreditpolitik der Bundesbank. Sie könne gegen die Inflation nichts ausrichten, da diese vor allem auf höhere Einfuhrpreise zurückginge. Höchstens könnten die Kapitalisten von Preiserhöhungen abgehalten und so die Erhöhung der Gewinnmargen aufgehalten werden. Damit aber bringe die Bundesbank den Konjunkturaufschwung zum Stillstand und löse eine Krise aus. – In Wirklichkeit ist es nicht die Geldpolitik der Bundesbank, die die Krise *verursacht,* sondern die Tatsache, daß die Entwicklung der Produktivkräfte erneut auf die Grenze stößt, die ihr das Privateigentum an Produktionsmitteln setzt. Die Bundesbank-Maßnahmen sind eine bloße Reaktion auf die dafür kennzeichnende Kreditausweitung. Sie sollen der Kapitalistenklasse gerade die Profitrate retten, indem die hohen Zinsen wenig profitables Kapital frühzeitig vernichten. Daß sich trotz der hochgetriebenen Zinsen die langfristige Kreditvergabe der Banken auch im Juli weiter ausgedehnt hat, zeigt bloß, wie eifrig die Kapitalisten der Illusion nachjagen, mit Expansion auf Pump könnte jeder für sich seine Haut retten. Daß dies günstige Bedingungen für den Lohnkampf bedeutet, konnten die SPD-Forscher nicht erkennen.

z.ulg. **Die Dresdner Bank hat 720000 der am 21.8. vom US-Schatzamt versteigerten 750000 Unzen Gold aufgekauft, das sind 96%.** Bereits bei den vorhergegangenen Goldauktionen der US-Imperialisten und des Internationalen Währungsfonds hatte die Dresdner den Löwenanteil ergattert. Beide Supermächte müssen Gold verkaufen, um ihre gewaltigen Handelsbilanzdefizite zu finanzieren. Die Frankfurter Banken haben fast alle Konkurrenten ausstechen können, weil sie einen höheren Preis geboten hatten. Sie hatten auf weiter steigenden Goldpreis spekuliert und damit Recht behalten. Am 21.8. haben sie für 301,08 Dollar/Unze gekauft, am 30.8. stand der Londoner Goldpreis bei 319,15 Dollar. Angesichts der heraufziehenden Krise ziehen es die Kapitalisten vor, ihre Reservefonds in Gold statt in irgendeiner nationalen Währung zu halten. Daher trotz steigenden Angebots steigender Preis des Goldes. Die westdeutschen Banken haben sich unter der Meute der internationalen Goldhändler in die erste Reihe gedrängt.

z.pee. **VW-Betriebrat lehnt Urteil des Bundesfinanzhofes auf Besteuerung des Verkaufs von Jahreswagen Werksangehöriger ab.** Noch pünktlich zur Erhöhung der Mehrwertsteuer hat der Bundesfinanzhof des Ministers Matthöfer in einem Urteil festgelegt, daß der Verkauf von Jahreswagen durch Werksangehörige den Bestimmungen des Umsatzsteuergesetzes unterliegt. Das bedeutet, die Arbeiter, die beim Kauf schon die Mehrwertsteuer gezahlt haben, (z.B. VW-Passat 85 PS, 4-türig, 13350 DM einschließlich 1430,20 DM Mehrwertsteuer) sollen noch zusätzlich mit 4% den Verkauf versteuern. Dagegen hat sich der Gesamtbetriebsrat VW in einem Schreiben an die VW Belegschaft ausgesprochen und „mit entsprechenden Fachabteilungen der VW AG, insbesondere mit der Fachabteilung des VW-Vorstandes Gespräche geführt..." Der Bundestagsabgeordnete und Betriebsrat aus dem VW-Werk Kassel, Albert Nehm, soll sich „für eine arbeitnehmerfreundliche Änderung des Umsatzsteuergesetzes" einsetzen. In einem Brief des Betriebsrates an Matthöfer und Leisler Kiep wird zur Änderung des Gesetzes aufgefordert.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Helga Rosenbaum / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27-29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/720876-77, Redakteur: Gerd Heinemann / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelle internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung – Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Chemische Industrie; Stahl; Bau · *Heft 04:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 05:* Druck; Textil, Bekleidung; Handel · *Heft 06:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 07:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 08:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 09:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 10:* Juristisches Register · Entscheidungsdienst

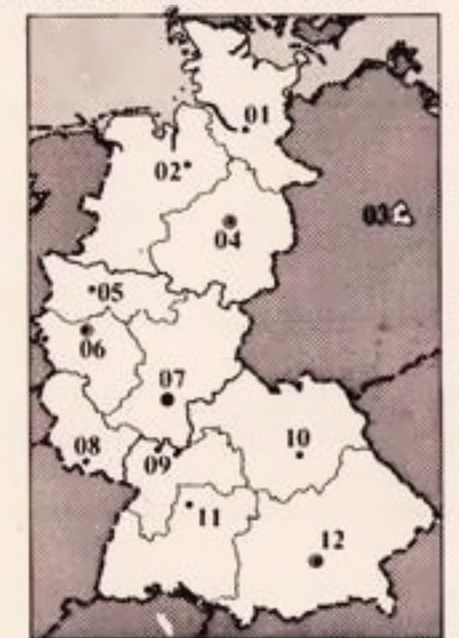
Die Hefte 01 bis 09 erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM · Heft 10 monatlich, Preis 2,40 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2),** Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3),** Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4),** Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5),** Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6),** Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7),** Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8),** Beethovenstraße 24, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/38791 / **Geschäftsstelle Mannheim (9),** J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10),** Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11),** Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12),** Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



r.scd. **Die VEBA erwartet noch für dieses Jahr Baubeginn in Brokdorf.** Eine dafür nötige Baugenehmigung erwartet der Vorstandsvorsitzende, von Bennigsen-Foerder, vom Oberlandesgericht im Oktober. Nach Angaben auf der Hauptversammlung der VEBA soll die Anlage bereits 1981/82 fertiggestellt sein. Die VEBA ist über die Norddeutsche Kraftwerke GmbH (NWK) als Gesellschafter an dem geplanten 1300 MW-Druckwasserreaktor in Brokdorf beteiligt. Bennigsen-Foerder, der den Aktionären (Bund 44% Anteil) für 1979 „ein deutlich verbessertes Ergebnis in Aussicht“ stellte, also über die 12% Dividende von 1978, spekuliert dabei auf einen reibungslosen Baubeginn und -durchführung. Nach den „Krisenjahren“, in denen der Bau bisher verhindert werden konnte, erwartet die VEBA jetzt Profitsteigerungen auf dem Kernenergiesektor. Der Bund sicherte für Ende 1980 ein Zwischenlager in Schleswig-Holstein, auf der Sitzung der Staatssekretäre, am gleichen Tag zu.

b.wik.Husum. **Der Kreis Nordfriesland hat die Geldsammlung zur Unterstützung des Demokratischen Kampuchea verboten.** „Als Empfänger des Sammlungserlöses bestimmen Sie die Regierung des Demokratischen Kampuchea. Ich kann aufgrund des von Ihnen genannten Verwendungszweckes nicht feststellen, daß eine zweckentsprechende, einwandfreie Verwendung des Sammlungsertrages gewährleistet ist“, schreibt ein Regierungsrat z.A. Kilian, in der Ablehnungsbegründung. Wie das? Wieso soll die rechtmäßige Regierung des Demokratischen Kampuchea nicht die zweckentsprechende Verwendung (d.h. wirksamste Verwendung im Kampf gegen die vietnamesische Aggression) der gesammelten Gelder gewährleisten können? Wie will der werdende Regierungsrat das bezweifeln? Offensichtlich bezweifelt der Herr, wohl mit Rückendeckung von Landrat Petersen und höherer Regierungsstellen in Kiel und Bonn, die Existenz der rechtmäßigen Regierung des kampucheanischen Volkes, die erfolgreich den Widerstandskrieg gegen die vietnamesischen Aggressoren an allen Frontabschnitten leitet. Sicherlich will der BRD-Imperialismus die rechtmäßige Regierung Kampucheas international isolieren, weil dies jedwede Einmischungsabsichten erleichtert. Bloß: Das sowjetisch-vietnamesische Statthalterregime hat es noch nicht gewagt, anzuerkennen. Der Regierungsrat z.A. wird zurückgepfiffen werden.

b.sul. **Das Hamburger Magazin „Arbeiterkampf“ droht sein Erscheinen einzustellen wegen politischem und finanziellem Bankrott.** Das öffentliche Interesse an dieser Zeitung sei zu gering, und die Mitglieder des KB hätten keine Lust, aus Lohngeldern die 10000 DM Schulden, die je Nummer „erwirtschaftet werden, zu zahlen“. (Alles nachzulesen in einem Aufruf an die Leser) Zu radikal und zu links sei das Magazin für die hierzulande herrschenden Verhältnisse. Die Konkurrenz unter dieser Sorte „Linker“ ist halt zu groß. Andere Magazine z.B. der „Stern“ will ja auch mit „links-sein“ sein Geschäft machen. Das Sackhüpfen zum Rathaus hat sich nicht ausgezahlt. Die Arbeiterklasse wird den „Arbeiterkampf“ nicht vermissen. Sie braucht für die Führung ihrer Kämpfe eine revolutionäre Zeitung, die wir mit der Kommunistischen Volkszeitung wöchentlich herausgeben.

b.chv.Preetz. **Die Bourgeoisie setzt die politischen Flüchtlinge als billige Arbeitskräfte ein.** Die Flüchtlinge haben in der BRD Gastrecht. Das bedeutet Meldepflicht vor jedem beabsichtigten Verlassen des Kreises, Nachweisen von Arbeit und Wohnsitz. Verboten sind jede Art von politischer Betätigung, Aufbau einer eigenen Organisation, Teilnahme oder Organisierung von Demonstrationen oder Bewegungen. Als „Starthilfe“ der Landesregierung werden 100 Stunden Deutsch an der Volkshochschule angeboten, die gerade für eine Hilfsarbeitertätigkeg ausreichen. Entsprechend bietet dann auch das Ausländeramt den Flüchtlingen gleich eine Arbeitserlaubnis bei Flora Torf (Kreis Pinneberg) an. Dort werden Flüchtlinge aus der ganzen BRD eingesetzt. Sie wohnen in einem Anbau des Gefängnisses. Dort müssen sie für 68 DM brutto die Woche Torfballen wenden zusammen mit Strafgefangenen, die dort auch ausgebeutet werden. Nachdem sich einige Inder dann eine bessere Arbeit im Kreis Plön gesucht hatten, wurden sie aus der Wohnung als „unerwünschte Ausländer“ hinausgeworfen. Da die Angst vor der Ausweisung sehr groß ist, haben die Kapitalisten und der bürgerliche Staat große Chancen, die Flüchtlinge auszubeuten. So sieht die „humanitäre“ Hilfe aus, die die Kapitalisten den Flüchtlingen gewähren.

b.wik.Husum. **Wegen angeblicher Geschwindigkeitsüberschreitung soll ein Arbeiter aus Husum neben dem „Bußgeld“ von 110 DM zusätzlich laut Strafbefehl des Amtsgerichts Rendsburg 1229 DM zahlen.** Ersatzweise 45 Tage Haft. Statt der vorgeschriebenen 80 km/h ist der Arbeiter nach Schätzung eines Polizeihauptkomissars mindestens 110 km/h gefahren. Weil er sich bei der anschließenden Kontrolle weigerte, neben dem Führerschein auch den Personalausweis vorzuzeigen, verurteilte ihn das Amtsgericht wegen Nötigung und Gewalttätigkeit.

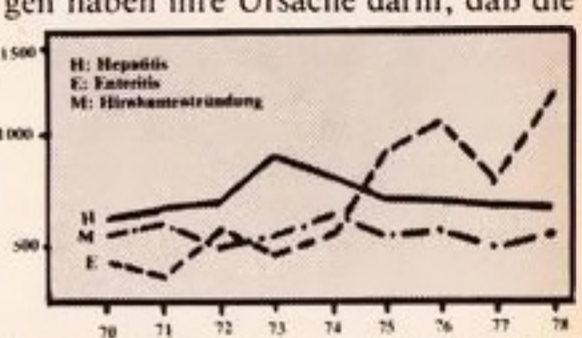
r.scc. **1.9.79. Seit einer Woche liegt der Rotterdamer Hafen fast vollständig lahm.** Zuerst waren am 23.8. die 500 Matrosen und Maschinisten der Schlepperfirma Smit in den Streik getreten: Sie fordern einen Lohnnachschlag von 50 hfl netto/Woche (1 hfl = 0,91 DM), nachdem sie mit dem letzten Tarifvertrag eine Lohn„erhöhung“ von gerade 4,80 hfl/Woche erhalten hatten. Ein Matrose kommt bei Vollkontischicht derzeit auf rund 1750 hfl netto im Monat. Als der Kapitalist 16 Arbeiter vor Gericht zerrte und bei Strafe von 500 hfl pro Tag zur Arbeitsaufnahme verurteilen ließ, griff der Streik am 27.8. auf den gesamten Hafen und später auch für 24 Stunden auf den Amsterdamer Hafen über. – Seit mehreren Monaten stehen die niederländischen Hafenarbeiter im Tarifkampf. Die Forderung der Rotterdamer Schauerleute nach 30 hfl netto/-Woche, 35-Stundenwoche für Vollkontischichtarbeiter und Möglichkeit zur Verrentung ab 60 bei 85% des letzten Lohns hatte die Gewerkschaftsführung vom Tisch gebügelt und sich mit den Hafenkapitalisten auf eine Lohnerhöhung von 20 hfl brutto/Monat geeinigt. 55% der Hafenarbeiter – in Rotterdam war die Mehrheit noch deutlicher – hatte den Tarifvertrag abgelehnt. Jetzt erheben die Rotterdamer Hafenarbeiter, unterstützt von den Amsterdamern, ihre ursprünglichen Forderungen aufs Neue. Die Gewerkschaftsführung unterstützt den Streik nicht, aber die meisten Vertrauensleute und viele örtliche Gewerkschaftsfunktionäre beteiligen sich aktiv. Mit jedem Streiktag wächst der Druck auf die Kapitalisten; zahlreiche Schiffe wurden bisher in andere niederländische, belgische und englische Häfen umgeleitet. Seit Freitag verhandeln Kapitalisten und Gewerkschaften wieder über den neuen Tarifvertrag.

b.hel. **Der Senatsentwurf für ein Hamburger Datenschutzgesetz ist vom Bundesdatenschutzgesetz, das die systematische Bespitzelung der Volksmassen erstmals auf eine gesetzliche Grundlage gestellt hat, abgeschrieben.** Danach kann jede Behörde über die von den Volksmassen gespeicherten Erkenntnisse frei verfügen (§ 10). Der Senat hat jetzt eine „Verstärkung der Rechte des Bürgers“ angekündigt. Angeblich soll man Auskunft über die zu seiner Person vorhandenen Kenntnisse verlangen können. „Ein Recht auf Auskunft besteht nicht gegenüber dem Verfassungsschutz, ...der Staatsanwaltschaft und der Polizei sowie gegenüber den Landesfinanzbehörden...“ (§ 14, Abs. 2). Wer die Weitergabe von Informationen über sich an Private – also z.B. einen Kapitalisten, der ihn einstellen will – sperren lassen will, muß gegenüber den Behörden „ ein berechtigtes Interesse darlegen“ (§ 12, Abs. 3). Dazu muß er aber wissen, was die Behörde über ihn weiß, was in den Fällen von § 14, Abs. 2 gerade verhindert wird. Ein offenbarer Schwindel.

b.hej. **Die „Hamburger Morgenpost“ wird als Zeitung doch noch eine Chance haben... so SPD-Schatzmeister Halstenberg im NDR.** Seit fast fünf Jahren gibt es immer wieder Gerüchte um die Stillegung der Morgenpost. Begleitet wurden diese Gerüchte jedesmal von Rationalisierungen und Entlassungen beim Auerdruck. „Lieber zehn Kollegen weniger als keine Zeitung und somit gar keinen Arbeitsplatz mehr“, war damals der Tenor der SPD. Fast 170 Kollegen wurden so in den letzten fünf Jahren entlassen. Jetzt geht es wieder einmal ums „Überleben“ und diesmal werden es 240 Arbeitsplätze sein, die dabei draufgehn. Daß die Druckerei dicht gemacht werden soll, ist schon sicher. Für die Zeitung wird noch ein neuer Verleger gesucht. Denn der SPD geht es diesmal um Höheres...„um den letzten Garant für das Recht des Bürgers auf eine freie und gleichzeitig der Meinungsvielfalt entsprechende Information...“. Was sind dagegen schon 240 entlassene Kollegen?

b.clm. **Wieso und seit wann gelten westdeutsche Polizeigesetze auf dem ganzen Globus?** Weil es überall für deutsche Bürger Nothilfe zu leisten gibt und das gilt, seitdem das Bundesgrenzschutzgesetz das so regelt. Das ist der Tenor der Begründung der Rechtmäßigkeit des Einsatzes der GSG 9 in Mogadischu durch die Staatsschutzkammer Flensburg. „Selbst wenn sie (die Umstände der Flugzeugstürmung durch die GSG 9, wie sie von der Verteidigung aufgedeckt wurden) so zutreffen, sind sie in Anbetracht der Gesamtlage, die den Einsatz der GSG 9 in Mogadischu erforderlich machte, unter keinen rechtlichen Gesichtspunkten geeignet, die Rechtmäßigkeit dieses konkreten Einsatzes in Frage zustellen, da hier eindeutig ein Fall von Nothilfe vorgelegen hat. Es kann insbesondere kein Zweifel daran bestehen, daß die Art des taktischen Vorgehens und die eingesetzten Mittel bei der akuten Gefährdung so vieler Menschenleben dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entsprach“. Je mehr das Gericht politisch und rechtlich unter Druck steht, desto mehr wird es in seinen Beschlüssen zum offenen Vertreter jeder imperialistischen Intervention. Der Vorsitzende Richter Sauer will und muß verurteilen, egal unter welchen Umständen. Daß sich das Gericht bei diesem Vorhaben nicht einmal uneingeschränkt auf seine Zeugen aus dem Unteroffizierskorps verlassen kann, zeigt die Vernehmung des ersten Zeugen: Der konnte sich an nichts wesentliches mehr errinnern.

b.ulw. **Die Erkrankungen an Enteritis infectiosa (durch Salmonellen übertragene Krankheit des Magen-Darm-Traktes) nehmen in Schleswig-Holstein weiter zu.** Die gleichfalls meldepflichtigen Krankheiten Hepatitis infectiosa und Meningitis infectiosa (übertragbare Leberentzündung und übertragbare Hirnhautentzündung) bleiben in der Häufigkeit konstant. Von der Hirnhautentzündung werden hauptsächlich Kinder betroffen, vor allem Kinder, die auf engem Raum und mit ungenügender Zufuhr von Vitaminen und wertvollen Nahrungsmitteln, Luft und Sonne auskommen müssen; gerade auch die schwereren Krankheitsverläufe betreffen diese Kinder, deren körperliche Abwehrkräfte nicht sehr groß sind. Auch die Salmonellenerkrankungen haben ihre Ursache darin, daß die



Versorgung der Massen mit hochwertiger Nahrung nicht gewährleistet ist. Die Erreger, verschiedene Arten der Salmonellen, können am besten bei Abwesenheit von Sauerstoff gedeihen und Formen bilden, in denen sie z.B. in Fleisch, Konserven und Tiefkühlkost überleben können. Sie können nur durch längeres Kochen abgetötet werden. Dazu bleibt häufig die Zeit nicht.

r.ank. **Lingen. Eine „geschlossene Front“ gegen den Bau der geplanten Bundesbahnversuchsstrecke Rheine-Freren wollen die Bauern aufbauen.** 1500 Unterschriften haben sie bisher gesammelt. Die 23 km lange Versuchsstrecke – Kosten ca. 250 Millionen DM – will das Bundesministerium für Forschung und Technologie bis 1981 bauen lassen. Mit bis zu 350 km/h sol-

Kultusminister Remmers in der Deffensive – um so frecher die Drohungen und Spaltungsmanöver

r.mah. Es war zu erwarten, daß zu Beginn des neuen Schuljahres sich der Dienstherr gegen die geplanten Kampfmaßnahmen der Lehrer zur Durchsetzung einer Arbeitszeitverkürzung äußern würde.

Der Kultusminister schreibt zu Beginn seines Briefes an die Lehrer Niedersachsensens: „Die gegenwärtig geführte Diskussion über die Arbeitszeit der Lehrer berührt das berufliche Selbstverständnis der Lehrer im Kern“. In der Tat. Allerdings tut Remmers so, als ob es sich nur um eine „Diskussion über die Arbeitszeit“ der Lehrer handeln würde und als ob es das Volk sei, das gegen eine Arbeitszeitverkürzung ist: „Von vielen Seiten wird die Schule für immer mehr Aufgaben in Anspruch genommen – auch für schulfremde Zwecke – ... Ich bin bemüht, auch die Öffentlichkeit über die tatsächlichen Arbeitsbelastungen der Lehrer aufzuklären“. Um welche Tätigkeiten es sich dabei handelt, verschweigt er lieber: z.B. um das Ausfüllen der von ihm eingeführten Schülerbegleitbögen in Grundschule und Orientierungsstufe, um das Korrigieren der vermehrten Tests und Klassenarbeiten, um das Eintragen in den von ihm neu eingeführten Karteikarten für die Grundschule, wo mit polizeilicher Genauigkeit Daten und Werdegang der Schüler erfasst werden sollen. Der Kampf der Lehrer bringt nicht nur die Arbeitszeitregelung ins Wanken, sondern auch das Beamtenrecht, nach dem die Unterdrückung und Auslese der Schüler dem Lehrer zur Dienstpflicht gemacht werden.

Der Kultusminister geht auf Verhinderung der Einheit der Lehrer mit der Arbeiterbewegung und auf Spaltung innerhalb der Lehrerbewegung. Daher die Hinweise, er würde sich für eine „differenzierte Arbeitszeitregelung“ einsetzen, gegen „besonders offensichtliche Überbelastungen einzelner Lehrergruppen“. Freilich zeigt dies auch, daß er unter Druck steht und taktieren muß.

Nach den Spaltungsmanövern die blanke Drohung: „Deshalb wäre ich bei einem Streik während der Unterrichtszeit, bei der Weigerung, Zeugnisse zu schreiben und schrifliche Arbeiten zu korrigieren oder bei der Verletzung sonstiger Dienstpflichten zur Einleitung von Disziplinarverfahren gezwungen“.

Eine schnelle Antwort der Gewerkschaft war nach dem Angriff des Dienstherrn dringend geboten. Der Landesvorsitzende der GEW Niedersachsen, Gallas, hat sich in einem öffentlichen Brief ebenfalls an die Lehrer gewandt. Zutreffend bemerkt er zu den heuchlerischen Beteuerungen des Dienstherrn: „Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß Verhandlungen und Gespräche keinen einzigen Schritt weitergeführt haben.“ Gerade diese Erfahrungen werden jedoch von Gallas verstellt, wenn er im selben Brief dem Dienstherrn vorwirft, „seine Fürsorgeyflicht“ gegenüber den Lehrern nicht nachgekommen zu sein. Denn auf diese verzichten die Lehrer gerne. Sie greifen das „Fürsorgeverhältnis zwischen Dienstherrn und Bediensteten“ gerade an und organisieren sich als Lohnabhängige. Daß ausgerechnet der GEW-Landesvorsitzende mit Äußerungn wie „Ihre Bediensteten öffentlich vor Angriffen in Schutz zu nehmen, tun sich Kultusminister offenbar schwerer als die Innenminister, für die es selbstverständlich ist, sich erst einmal vorbehaltlos vor ihre Polizeibeamten zu stellen“ den Lehrern in den Rücken fällt, ist gefährlich. Was Gallas für Ironie hält, bedeutet dem Feind Flanken zu öffnen.

Die Lehrerbewegung hat genug Kraft, um den Kampf auf der richtigen Grundlage zu organisieren: das Streikrecht wahrnehmen, das Beamtenrecht angreifen.

Es wird nicht verkehrt sein, die beiden „Problemtelefone“, die Remmers brandneu beim Kultusministerium eingerichtet hat (um die „anstehenden Probleme aufzunehmen“, Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 31.8.) vom Lehrerkollegium auszunutzen, um ihm dies mitzuteilen: 0511/1908518 und 1908648 von 9 bis 15.30 Uhr.

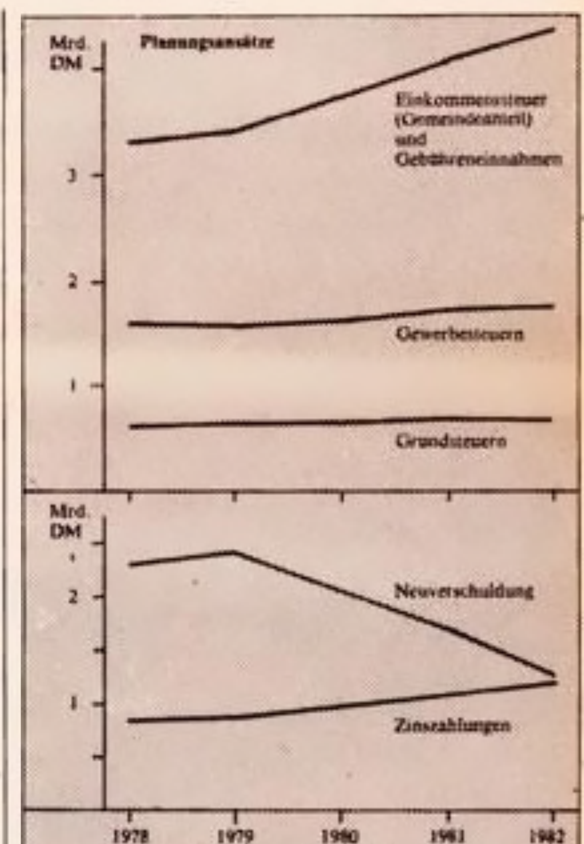
Mittelfristige Finanzplanung der Kommunen

Nicht die Kommunen, das Finanzkapital beherrscht die Planung

r.gör. Seit der Neufassung der Niedersächsischen Gemeindeordnung vom 1.1.1974 sind die Gemeinden und Gemeindeverbände gezwungen, mehrjährige Finanzpläne vorzulegen. Sie dienen der staatlichen Zentralgewalt, um Eingriffs- und Ausplünderungsmöglichkeiten auszumachen. Für die Aufstellung ihrer Finanzplanungen werden den Gemeinden/Gv. von der Landesregierung sog. „Orientierungsdaten“ vorgegeben; die Landesregierung ist dabei wiederum von Vorgaben der Bundesregierung abhängig. Die laufende Finanzplanung bezieht sich auf den Zeitraum 1978 – 1982. Die Tabelle zeigt einige der hierfür maßgeblichen Orientierungsdaten, die von einer Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts (einschließlich Preissteigerungen) in Höhe von 7,5% für 1979 und 7% für die folgenden Jahre ausgehen. Es zeigt sich: 1. das Finanzvolumen der Gemeinden/Gv. soll unterdurchschnittlich langsam wachsen; 2. die Löhne und Gehälter sollen noch langsamer ansteigen (also abzüglich der Preissteigerungen stagnieren); 3. die Einnahmen sollen weiterhin drastisch umgeschichtet werden: weniger Steuern der Kapitalisten, mehr aus Löhnen und Gehältern.

Nach Veröffentlichung der kommunalen Finanzplanungen (Stat. Monatshefte Niedersachsen, 7/79) kann man sich ein Bild von der Umsetzung dieser Orientierungsdaten machen (s. Schaubild). Die Umschichtungen auf der Einnahmenseite folgen im wesentlichen den Vorgaben. Das langsame Ansteigen der Gewerbesteuer verdankt sich der unterstellten weit schnelleren Zunahme von Kapitalbesitz und Umsätzen. Trotzdem bringt die Umschichtung den Kapitalisten noch eine jährlich steigende relative Gewerbesteuerersparnis, 1982 schon über 243 Mio. DM.

Der Planung zufolge soll die *Neu*verschuldung erheblich verringert werden; aber die Gesamtverschuldung nimmt



weiterhin zu und ermöglicht dem Finanzkapital vermittels Zinsen rasch wachsenden Zugriff auf die kommunalen Einnahmen. Die Fortschreibungen der Finanzplanungen in den letzten Jahren mußten hauptsächlich in der Schuldenaufnahme insgesamt immer höhere Ansätze zugrundelegen. – Die kommunalen Finanzengpässe sind vom Finanzkapital gesteuert. Weder der Lohnkampf im öffentlichen Dienst noch der Kampf gegen die wachsende Gebührenausplünderung kann diese „Sachzwänge“ anerkennen.

Planungsdaten	1979	1980	1981	1982
Gemeindeanteil a. d. Einkommensteuer	1,9	17,7	12,5	11,4
Gewerbesteuer (n. Ertrag Kapital)	5,1	6,0	3,8	6,0
Lohnsummensteuer	5,4	—	—	—
Grundsteuern	4,9	4,1	3,9	3,9
Sonstige Gemeindesteuern	4,5	4,5	4,5	4,5
Bruttoausgaben	6,5	6,5	6,0	5,5
Personalausgaben (ohne für Personalvermehrungen)	5,3	5,5	5,5	5,5
Investitionsausgaben	5,5	5,5	5,5	5,5

Wie das? Wieso soll die rechtmäßige Regierung des Demokratischen Kampuchea nicht die zweckentsprechende Verwendung (d.h. wirksamste Verwendung im Kampf gegen die vietnamesische Aggression) der gesammelten Gelder gewährleisten können? Wie will der werdende Regierungsrat das bezweifeln? Offensichtlich bezweifelt der Herr, wohl mit Rückendeckung von Landrat Petersen und höherer Regierungsstellen in Kiel und Bonn, die Existenz der rechtmäßigen Regierung des kampucheanischen Volkes, die erfolgreich den Widerstandskrieg gegen die vietnamesischen Aggressoren an allen Frontabschnitten leitet. Sicherlich will der BRD-Imperialismus die rechtmäßige Regierung Kampucheas international isolieren, weil dies jedwede Einmischungsabsichten erleichtert. Bloß: Das sowjetisch-vietnamesische Statthalterregime hat es noch nicht gewagt, anzuerkennen. Der Regierungsrat z.A. wird zurückgepfiffen werden.

b.sul. Das Hamburger Magazin „Arbeiterkampf“ droht sein Erscheinen einzustellen wegen politischem und finanziellem Bankrott. Das öffentliche Interesse an dieser Zeitung sei zu gering, und die Mitglieder des KB hätten keine Lust, aus Lohngeldern die 10000 DM Schulden, die je Nummer „erwirtschaftet werden, zu zahlen“. (Alles

aufnahme verurteilen ließ, griff der Streik am 27.8. auf den gesamten Hafen und später auch für 24 Stunden auf den Amsterdamer Hafen über. – Seit mehreren Monaten stehen die niederländischen Hafenarbeiter im Tarifkampf. Die Forderung der Rotterdamer Schauerleute nach 30 hfl netto/-Woche, 35-Stundenwoche für Vollkontischichtarbeiter und Möglichkeit zur Verrentung ab 60 bei 85% des letzten Lohns hatte die Gewerkschaftsführung vom Tisch gebügelt und sich mit den Hafenkapitalisten auf eine Lohnerhöhung von 20 hfl brutto/Monat geeinigt. 55% der Hafenarbeiter – in Rotterdam war die Mehrheit noch deutlicher – hatte den Tarifvertrag abgelehnt. Jetzt erheben die Rotterdamer Hafenarbeiter, unterstützt von den Amsterdamern, ihre ursprünglichen Forderungen aufs Neue. Die Gewerkschaftsführung unterstützt den Streik nicht, aber die meisten Vertrauensleute und viele örtliche Gewerkschaftsfunktionäre beteiligen sich aktiv. Mit jedem Streiktag wächst der Druck auf die Kapitalisten; zahlreiche Schiffe wurden bisher in andere niederländische, belgische und englische Häfen umgeleitet. Seit Freitag verhandeln Kapitalisten und Gewerkschaften wieder über den neuen Tarifvertrag.

b.hel. Der Senatsentwurf für ein Hamburger Datenschutzgesetz ist vom Bundesdatenschutzgesetz, das die systema-

Schüler erfasst werden sollen. Der Kampf der Lehrer bringt nicht nur die Arbeitszeitregelung ins Wanken, son-

letzten Jahre haben gezeigt, daß Verhandlungen und Gespräche keinen einzigen Schritt weitergeführt haben.“

um ihm dies mitzuteilen: 0511/1908518 und 1908648 von 9 bis 15.30 Uhr.

Mittelfristige Finanzplanung der Kommunen

Nicht die Kommunen, das Finanzkapital beherrscht die Planung

r.gör. Seit der Neufassung der Niedersächsischen Gemeindeordnung vom 1.1.1974 sind die Gemeinden und Gemeindeverbände gezwungen, mehrjährige Finanzpläne vorzulegen. Sie dienen der staatlichen Zentralgewalt, um Eingriffs- und Ausplünderungsmöglichkeiten auszumachen. Für die Aufstellung ihrer Finanzplanungen werden den Gemeinden/Gv. von der Landesregierung sog. „Orientierungsdaten“ vorgegeben; die Landesregierung ist dabei wiederum von Vorgaben der Bundesregierung abhängig. Die laufende Finanzplanung bezieht sich auf den Zeitraum 1978 – 1982. Die Tabelle zeigt einige der hierfür maßgeblichen Orientierungsdaten, die von einer Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts (einschließlich Preissteigerungen) in Höhe von 7,5% für 1979 und 7% für die folgenden Jahre ausgehen. Es zeigt sich: 1. das Finanzvolumen der Gemeinden/Gv. soll unterdurchschnittlich langsam wachsen; 2. die Löhne und Gehälter sollen noch langsamer ansteigen (also abzüglich der Preissteigerungen stagnieren); 3. die Einnahmen sollen weiterhin drastisch umgeschichtet werden: weniger Steuern der Kapitalisten, mehr aus Löhnen und Gehältern.

Nach Veröffentlichung der kommunalen Finanzplanungen (Stat. Monatshefte Niedersachsen, 7/79) kann man sich ein Bild von der Umsetzung dieser Orientierungsdaten machen (s. Schaubild). Die Umschichtungen auf der Einnahmenseite folgen im wesentlichen den Vorgaben. Das langsame Ansteigen der Gewerbesteuer verdankt sich der unterstellten weit schnelleren Zunahme von Kapitalbesitz und Umsätzen. Trotzdem bringt die Umschichtung den Kapitalisten noch eine jährlich steigende relative Gewerbesteuerersparnis, 1982 schon über 243 Mio. DM.

Der Planung zufolge soll die Neuverschuldung erheblich verringert werden; aber die Gesamtverschuldung nimmt

weiterhin zu und ermöglicht dem Finanzkapital vermittels Zinsen rasch wachsenden Zugriff auf die kommunalen Einnahmen. Die Fortschreibungen

Dollarthafen verschärft Konkurrenz zwischen westdeutschen und niederländischen Imperialisten

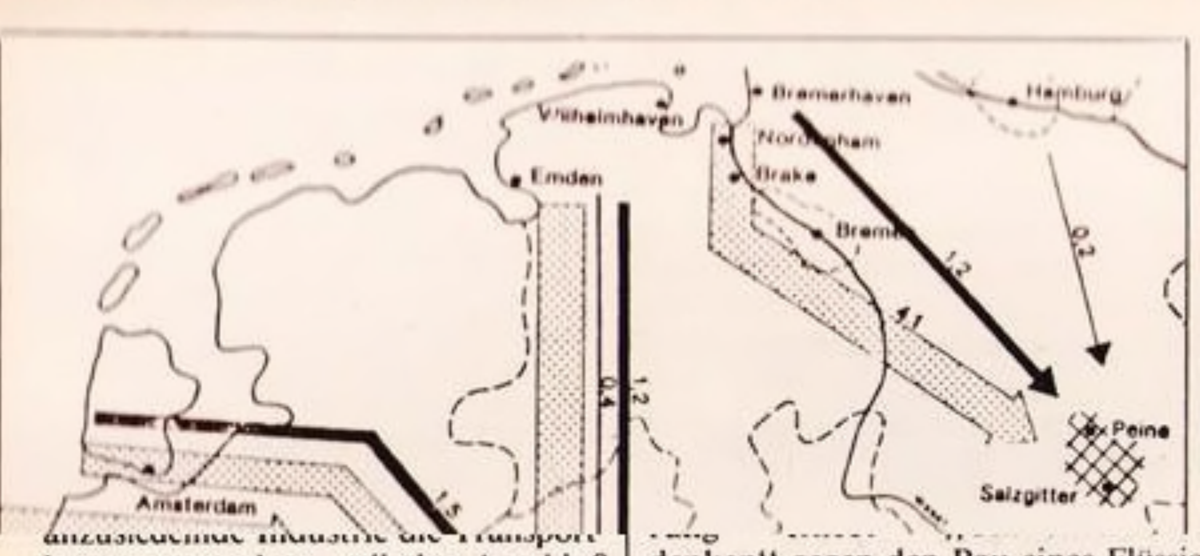
r.sww. Die niedersächsische Landesregierung treibt gegenwärtig forciert das Dollarthafenprojekt in Emden voran. Der jetzige Hafen genügt den westdeutschen Ansprüchen nicht mehr. Der Erzumschlag ist hier in den letzten Jahren bis auf konjunkturelle Schwankungen zurückgegangen. Der Import über Rotterdam verschlingt weniger Transportkosten. Aufgrund langfristiger Verträge kostet der Transport von Eisenerz zwischen Rotterdam und Duisburg 3,35DM/Tonne, für die Strecke Emden - Dortmund werden 4,52DM verlangt (1973).

1 Milliarde DM will die Bourgeoisie in Emden investieren, um einen Hafen zu bauen, wo Schiffe bis zu 80000 tdw leichtern können (bisher mußte über 45000 tdw vor Borkum geleichtert werden). Emden soll dabei von seiner bisherigen Funktion als reiner Transithafen ausgebaut werden zum Industriehafen. Auf 500 ha neugeschaffenem Hafen- und Industriegelände soll sogenannter Loco-Verkehr angesiedelt werden wie z.B. das Ferro-Eisenschwammwerk, wo das importierte Eisenerz im Hafengelände zu Eisenschwamm verarbeitet und als Zwischenprodukt weiter in Richtung Ruhrgebiet transportiert wird. Um für anzusiedelnde Industrie die Transportkosten zu senken, soll der Anschluß durch den Autobahnbau A 31 ins Ruhrgebiet und durch den Bau einer Magnetschwebebahn, die in der Planung ist, gewährleistet werden.

Dies wären auch Vorrausetzungen, um den Stückgutverkehr, der sich bisher fast ausschließlich aus Autos zusammensetzt, zu erhöhen. „Der geringe Stückgutanteil der niedersächsischen Seehäfen ist insofern nachteilig, als wegen des höheren Personaleinsatzes bei der Behandlung von Stückgut im Hafen eine wesentlich höhere Wertschöpfung als beim Massengutumschlag erzielt werden kann. Beim Umschlag von trockenem Massengut beträgt die Wertschöpfung etwa 1/5 und beim Umschlag von Mineralöl nur 1/15 der Wertschöpfung beim Stückgut.“, bemerkt dazu der Verkehrsbericht der Landesregierung.

Wo Profite locken, macht sich Birgit Breuel stark. Oberste Priorität hat sie dem Bau der A 31 eingeräumt und die feste Absicht bekundet, die A 31 beim Bundesverkehrsministerium durchzusetzen. Auch sonst ist sie wie ihre Vorgänger nicht zimperlich. Zum Bau des Dollarthafens muß das Emsfahrwasser umgeleitet, eine neue Fahrrinne ausgebaggert und das gewonnene Bodenmaterial auf einem Geiserücken als Halbinsel aufgespült werden. Hier liegt bereits ein Haken, über den die niedersächsische Regierung bisher durch Grenzverletzungen hinweggehen wollte: Das Gewässer, wo der Sand aufgespült werden soll, ist bereits holländisches Territorium! Im Ems-Dollart-Vertrag von 1962 wird zwar festgelegt, daß aus der Grenzführung resultierende Probleme „im Bewußtsein der gemeinsamen Interessen und in Achtung der besonderen Interessen der anderen Vertragspartei“ geregelt werden sollen. Aber ständige Konsultationen mit der niederländischen Regierung sind notwendig, um die westdeutschen Interessen abzustecken. Die Landesregierung erhebt „Umweltschutzbedenken“ gegen den Bau eines Flüssiggasterminals im Hafen von Delfzijl. Gleichzeitig beantragt eine niedersächsisch-niederländische Initiative bei der EG-Kommission in Brüssel Gelder für ein Kohleveredlungsprojekt, was seinen Standort in der BRD haben soll.

Derartige Abmachungen heben die Konkurrenz nicht auf. Ende August läßt Breuel vermelden, daß die Verhandlungen über die wirtschaftlichen Fragen zum Dollarthafen-Projekt abgeschlossen seien. Ob den westdeutschen Imperialisten mit dem Ausbau der Seehäfen und hier besonders des Dollarthafens der Einbruch in die niederländische Konkurrenz gelingt, ist noch nicht entschieden.

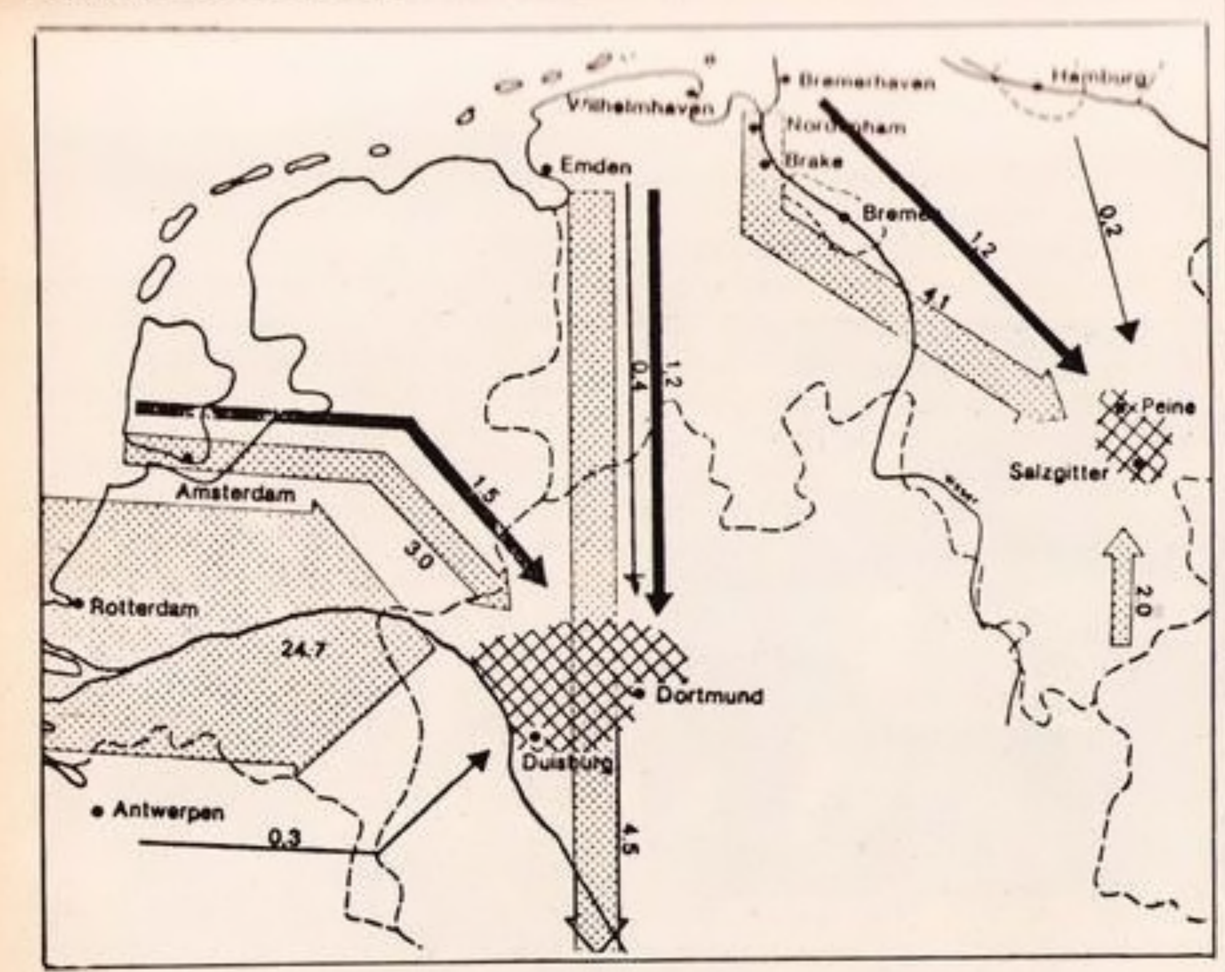


kosten zu senken, soll der Anschluß durch den Autobahnbau A 31 ins Ruhrgebiet und durch den Bau einer Magnetschwebebahn, die in der Planung ist, gewährleistet werden.

Dies wären auch Vorrausetzungen, um den Stückgutverkehr, der sich bisher fast ausschließlich aus Autos zusammensetzt, zu erhöhen. „Der geringe Stückgutanteil der niedersächsischen Seehäfen ist insofern nachteilig, als wegen des höheren Personaleinsatzes bei der Behandlung von Stückgut im Hafen eine wesentlich höhere Wertschöpfung als beim Massengutumschlag erzielt werden kann. Beim Umschlag von trockenem Massengut beträgt die Wertschöpfung etwa 1/5 und

denken“ gegen den Bau eines Flüssiggasterminals im Hafen von Delfzijl. Gleichzeitig beantragt eine niedersächsisch-niederländische Initiative bei der EG-Kommission in Brüssel Gelder für ein Kohleveredlungsprojekt, was seinen Standort in der BRD haben soll.

Derartige Abmachungen heben die Konkurrenz nicht auf. Ende August läßt Breuel vermelden, daß die Verhandlungen über die wirtschaftlichen Fragen zum Dollarthafen-Projekt abgeschlossen seien. Ob den westdeutschen Imperialisten mit dem Ausbau der Seehäfen und hier besonders des Dollarthafens der Einbruch in die niederländische Konkurrenz gelingt, ist noch nicht entschieden.



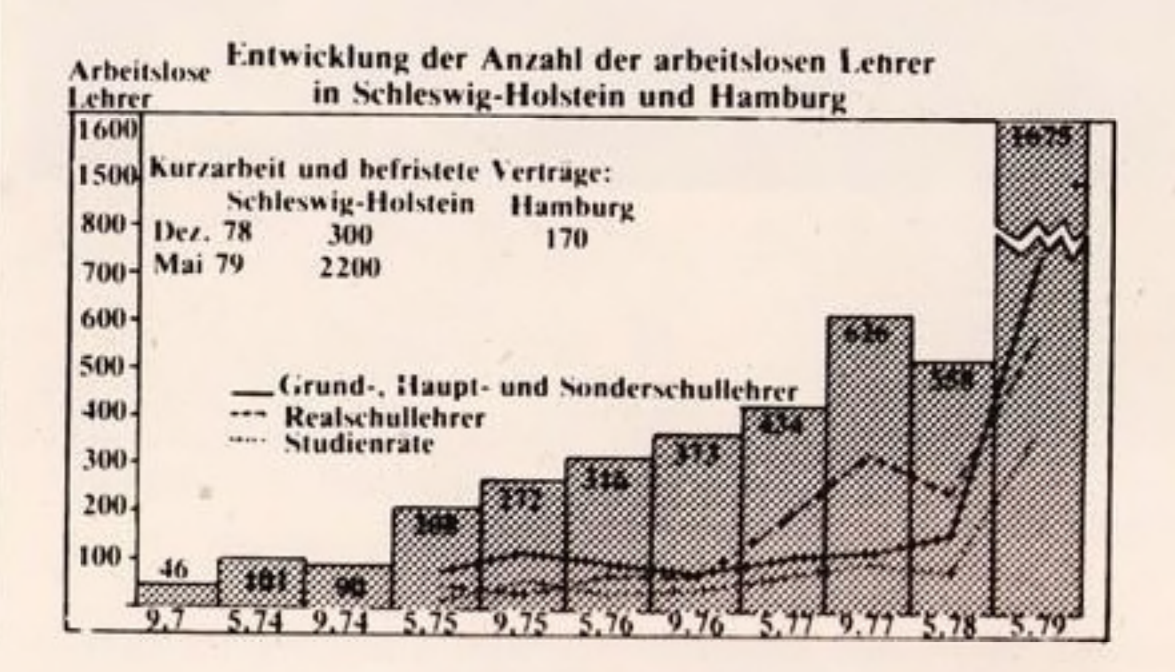
„Verbesserung“ à la Stoltenberg

Arbeitslosigkeit und Stundenverträge setzen Lehrer unter Druck

b.ols. Eine „Verbesserung“ auch der Arbeitsbedingungen für die Lehrer versprach Gerhard Stoltenberg am 12.7. dieses Jahres in einem Brief dem schleswig-holsteinischen GEW-Vorsitzenden Jens. In der ersten Woche des neuen Schuljahres hat Kultusminister Bendixen sie vorgestellt. Bekanntgegeben wurden errechnete leichte Senkungen der Klassenfrequenzen sowie die Zahl der eingestellten und nicht eingestellten Lehrer. Von wegen „Verbesserung“. Mag sein, daß 26,6 Schüler in einer Hauptschulklasse etwas weniger Arbeit machen als 27,8 oder 30,6 Gymnasialschüler statt 30,7 im Jahre zuvor. Aber jede zusätzliche Klassenarbeit, die das Kultusministerium vorschreibt, jeder Beurteilungsbogen mehr macht man immer noch für alle diese Schüler. Und über solche Vorschriften und viele anderen zusätzlichen bürokratische Tätigkeiten, die den Lehrern aufgeladen wurden, hat der Dienstherr die Arbeitszeit für Lehrer in den letzten Jahren erheblich ausgedehnt. Die Lehrer führen den Kampf dagegen.

Die Landesregierung will ihre Druckmittel ausbauen. Die Zahl der arbeitslosen Lehrer soll gesteigert werden. Allein von den 1458 Bewerbern bei den Lehramtsanwärtern wurden fast die Hälfte, nämlich 701 zum neuen Schuljahr nicht eingestellt. Hinzu kommt die Ablehnung von 334 Bewerbungen (von 565) bei den fertig ausgebildeten Grund- und Hauptschullehrern mit 2. Staatsexamen. Ebenso systematisch, wie die Sache von der Landesregierung verschleiert wurde, ebenso systematisch wurde die Reservearmee an arbeitslosen Lehrern produziert, wie wir in dem Schaubild anhand der Zahlen des Landesarbeitsamtes zeigen. Die absoluten Zahlen sind dabei sicher mindestens doppelt so hoch, weil viele von den Arbeitsämtern nicht erfaßt wurden. So werden für Mai 78 für Schleswig-Holstein/Hamburg 558 arbeitslose Lehrer gezählt, während allein in Schleswig-Holstein zum Schuljahresbeginn 78/79 1052 Referendarsanwärter mit dem 1. Staatsexamen abgelehnt wurden.

Selbst vorhandene Planstellen werden laut Bericht der Landesregierung vom 20.12.78 z.T. nicht besetzt, und immer mehr Lehrer – schon jetzt sind es gut 2200 – zur Annahme von Teilzeit- und Stundenverträgen zu zwingen, die eine gewaltige Lohneinbuße und völlige Rechtlosigkeit bedeuten. Gegen den Aufbau dieses Spaltkeils wehren sich die Lehrer. Die GEW hat bereits eine Veranstaltung geplant.



Arbeitsbedingungen der Lehrer verschlechtert

Steigende Krankheitsfälle, aber immer kürzere Fehlzeiten

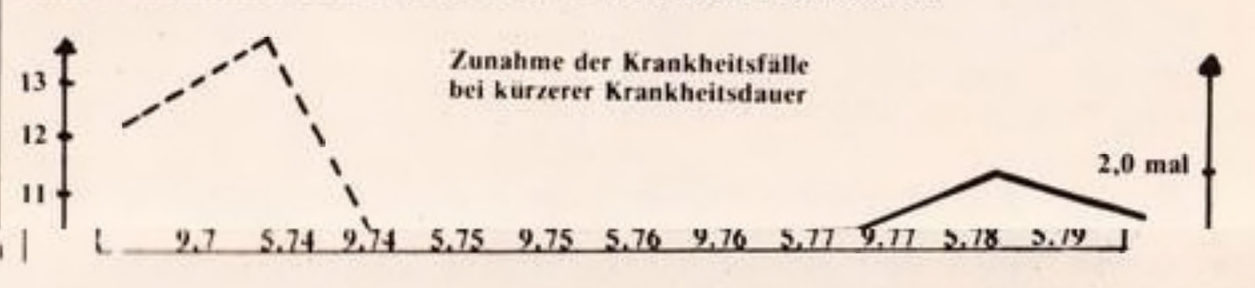
b.rad. Zu Schuljahrsbeginn haben sich in Hamburg die Arbeitsbedingungen für die Lehrer spürbar verschlechtert. Gemessen am behördlichen Bedarf fehlen im Stellenplan 222 Planstellen, was Unterrichtsausfall, bzw. Mehrarbeit bedeutet. An Gymnasien hatte die Behörde schon 700 Stunden Mehrarbeit geplant, mußte dies aber zurücknehmen und macht es nun so, daß durch Überbelegung von Oberstufenkursen (30 Schüler statt 20 sind keine Seltenheit) die Arbeit intensiviert und ausgedehnt wird. Viele Berufsschulen machen „Notstundenpläne“. So bekam ein neueingestellter Lehrer an der G 5 einen Plan überreicht mit 33 Unterrichtsstunden statt 25. Auch sollen Referendare zum selbständigen Unterrichten herangezogen werden , bis zu 4 Stunden die Woche.

Nach dem Beschluß der Ministerpräsidenten vom 5. Juli, die Arbeitszeit der Lehrer nicht zu verkürzen, ist durch die jüngsten Maßnahmen der

senarbeiten zu korrigieren, beschließen.

Gefährdet wird der Zusammenschluß der Lehrer durch falsche sozialdemokratische Begründungen. „Die zentrale Begründung für unsere Forderung“, schreibt der Hamburger GEW-Vorsitzende Lemke in der HLZ 7/79, ist „die Arbeitsüberlastung der Kollegen und ihre Teilhabe am allgemeinen gesellschaftlichen Fortschritt.“ Wir haben in der KVZ an vielen Punkten nachgewiesen, wie sich die Lage der Arbeiter und Angestellten durch Lohnsenkung, Intensivierung der Arbeit, den Zwang zur Überstundenarbeit und durch Nacht- und Schichtarbeit ständig verschlechtert. Die Lehrer machen da keine Ausnahme. Wenn nun versucht wird den Lehrern einzureden, sie seien die einzigen, die Verschlechterungen hätten hinnehmen müssen, dann kann dies nur bezwecken, den Kampf der Lehrer zu isolieren und ins Leere laufen zu lassen.

Erst jüngst haben 100000 badenwürttembergische Metallarbeiter in einer Umfrage der IG Metall bestätigt, daß 54% der Arbeiter sich nicht für gesund halten; jeder Dritte fürchtet Nachteile, wenn er sich krankschreiben läßt. Bei den Lehrern ist dies nicht anders, wie das Schaubild zeigt. Die beiden gestrichelten Kurven zeigen, daß durch den Druck der wachsenden Lehrerarbeitslosigkeit die Lehrer ihre Krankheiten nicht mehr auskurieren, dafür aber häufiger krank werden (durchgezogene Linie), ablesbar an der rechten Koordinate.



fast die Hälfte, nämlich 701 zum neuen

Arbeitsbedingungen der Lehrer verschlechtert

Steigende Krankheitsfälle, aber immer kürzere Fehlzeiten

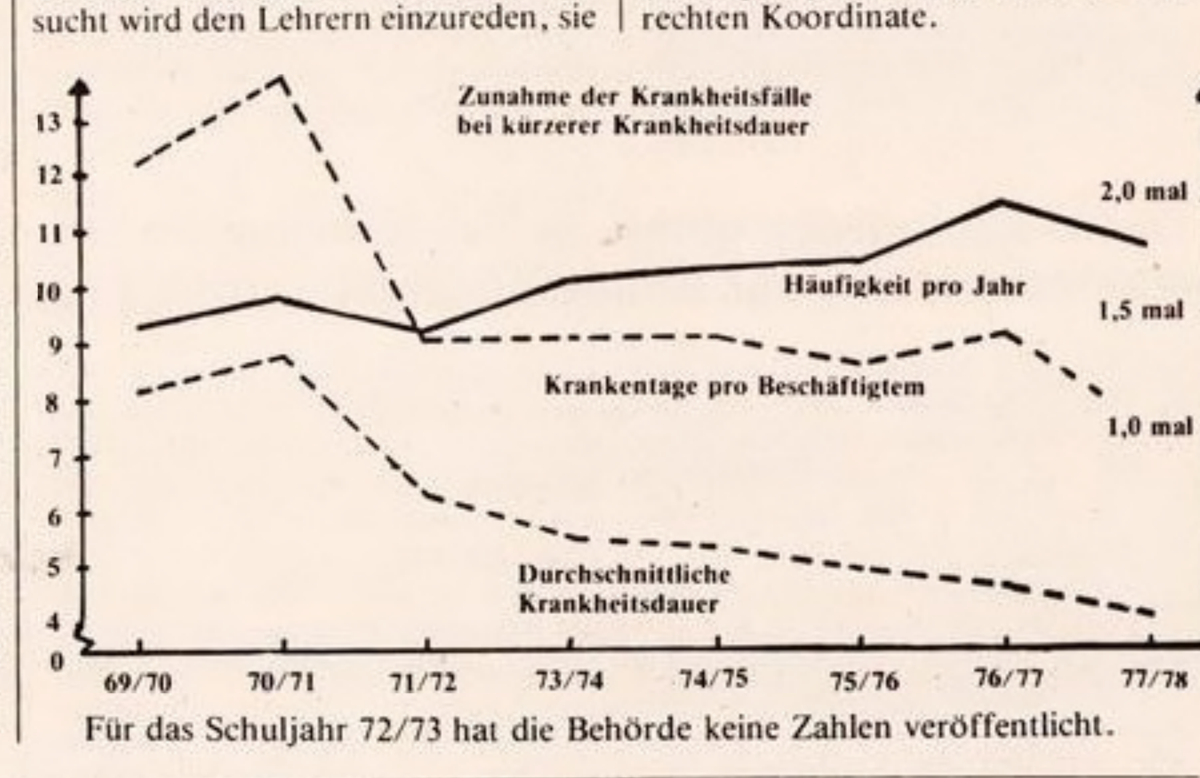
b.rad. Zu Schuljahrsbeginn haben sich in Hamburg die Arbeitsbedingungen für die Lehrer spürbar verschlechtert. Gemessen am behördlichen Bedarf fehlen im Stellenplan 222 Planstellen, was Unterrichtsausfall, bzw. Mehrarbeit bedeutet. An Gymnasien hatte die Behörde schon 700 Stunden Mehrarbeit geplant, mußte dies aber zurücknehmen und macht es nun so, daß durch Überbelegung von Oberstufenkursen (30 Schüler statt 20 sind keine Seltenheit) die Arbeit intensiviert und ausgedehnt wird. Viele Berufsschulen machen „Notstundenpläne“. So bekam ein neueingestellter Lehrer an der G 5 einen Plan überreicht mit 33 Unterrichtsstunden statt 25. Auch sollen Referendare zum selbständigen Unterrichten herangezogen werden , bis zu 4 Stunden die Woche.

Nach dem Beschluß der Ministerpräsidenten vom 5. Juli, die Arbeitszeit der Lehrer nicht zu verkürzen, ist durch die jüngsten Maßnahmen der
Schulbehörde die Einsicht und die Bereitschaft der Lehrer gewachsen, daß dem staatlichen Dienstherrn nur mit Kampfmaßnahmen beizukommen ist. Die Landesverbände der GEW sind aufgefordert, im neuen Schuljahr „von der Möglichkeit entschiedener Protestmaßnahmen einschließlich kurzfristiger Arbeitsniederlegungen Gebrauch zu machen.“ Darüberhinaus würden die Landesverbände weitere Maßnahmen wie die Weigerung, Halbjahreszeugnisse zu schreiben und Klas-

senarbeiten zu korrigieren, beschließen.

Gefährdet wird der Zusammenschluß der Lehrer durch falsche sozialdemokratische Begründungen. „Die zentrale Begründung für unsere Forderung“, schreibt der Hamburger GEW-Vorsitzende Lemke in der HLZ 7/79, ist „die Arbeitsüberlastung der Kollegen und ihre Teilhabe am allgemeinen gesellschaftlichen Fortschritt.“ Wir haben in der KVZ an vielen Punkten nachgewiesen, wie sich die Lage der Arbeiter und Angestellten durch Lohnsenkung, Intensivierung der Arbeit, den Zwang zur Überstundenarbeit und durch Nacht- und Schichtarbeit ständig verschlechtert. Die Lehrer machen da keine Ausnahme. Wenn nun versucht wird den Lehrern einzureden, sie seien die einzigen, die Verschlechterungen hätten hinnehmen müssen, dann kann dies nur bezwecken, den Kampf der Lehrer zu isolieren und ins Leere laufen zu lassen.

Erst jüngst haben 100000 badenwürttembergische Metallarbeiter in einer Umfrage der IG Metall bestätigt, daß 54% der Arbeiter sich nicht für gesund halten; jeder Dritte fürchtet Nachteile, wenn er sich krankschreiben läßt. Bei den Lehrern ist dies nicht anders, wie das Schaubild zeigt. Die beiden gestrichelten Kurven zeigen, daß durch den Druck der wachsenden Lehrerarbeitslosigkeit die Lehrer ihre Krankheiten nicht mehr auskurieren, dafür aber häufiger krank werden (durchgezogene Linie), ablesbar an der rechten Koordinate.



Für das Schuljahr 72/73 hat die Behörde keine Zahlen veröffentlicht.

len neuartige Rad-Schiene-Systeme erprobt werden. „Rationalisierung, Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit der Bundesbahn“, Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie, so benennt Bundesbahndirektor Althammer die Ziele dieses Programms. Als kürzeste Verbindung zwischen den Kriegshäfen und dem Ruhrgebiet (ca. 250 km) hat diese Güterzugstrecke strategische Bedeutung. Für die Bauern bedeutet der Bau weitere Zerschneidung und Beschlagnahme ihrer Wirtschaftsflächen, Erschwernisse durch wenig Übergänge, Lärmbelästigung. Für die Arbeiter, z.B. des Landmaschinenherstellers Krone, Verlängerung ihres Weges zur Arbeit, Unfall- und Katastrophengefahr. – Schließen sich die Bauern mit den Arbeitern zusammen, wird dieser Regierungsplan genauso scheitern wie zuvor in Donauried.

b.pes. **Im senatseigenen Wohnungsunternehmen SAGA führt der Betriebsrat zur Zeit eine Erhebung durch, wieviel Kollegen und Kolleginnen an der Einrichtung eines Betriebskindergartens interessiert sind.** Ausgelöst wurde diese Aktion durch den Zusammenschluß einiger Kollegen aus verschiedenen Abteilungen, die die Einrichtung eines Kindergartens forderten und den Betriebsrat gewonnen haben, diese Sache zu unterstützen.

b.suk. **Die Hamburger Gesundheitsbehörde (GB) plant am 1.1.80 das AK-Rissen aufzulösen.** Das DRK-Schlump und der Helenenstift sollen bis Ende dieses Jahres in die Gebäude von Rissen verlegt werden. 1984 soll das Elisabeth-Krankenhaus folgen. Rund 400 Betten sind in der neuen „Deutsches Rotes Kreuz- und Freimaurer-Krankenhaus gemeinnützige GmbH“ geplant. Für das Personal der drei kleinen Krankenhäuser bedeutet dies lange Fahrzeiten nach Rissen, oder sie können sehen, wo sie bleiben. Das Personal von Rissen kann entweder unter dem neuen Träger arbeiten mit dem Versprechen, vom Senat weiter gezahlt zu werden, oder sie bekommen einen neuen Arbeitsplatz in einem anderen Krankenhaus der GB. Im Krankenhausbedarfsplan von 1972 sollte das AK Rissen mit 324 Betten bestehen bleiben und die drei anderen Häuser in einen Neubau nach Rahlstedt verlegt werden. Dies hätte schon bis 1985 einen Bettenverlust von 246 bedeutet. Die jetzigen Absichten der Senatorin Elstner sind noch dreister, sie kosten insgesamt 421 Betten.

Revolutionäres Volksbildungsprogramm – Sommerhalbjahr 1979 –

Kolonisierung des amerikanischen Kontinents
Itzehoe, 10. bis 14. September, 20.00 bis 22.00 Uhr, Zum Kulmbacher, Große Paaschburg

Das russische Reich ist von den Zaren zusammengeraubt worden. Die neuen Zaren sitzen auf einem Pulverfaß
Kiel-West, 10. bis 14. September, 20.00 bis 22.00 Uhr, Holstengaststätte, Waitzstraße

Das Christentum
Flensburg, 10. bis 14. September, 20.00 bis 22.00 Uhr, Pestalozzischule, Waitzstraße

Mit dem Faschismus schlägt die deutsche Finanzbourgeoisie die Arbeiterbewegung nieder und greift erneut nach der Weltherrschaft
Preetz, 10. bis 14. September, 20.00 bis 22.00 Uhr, „Schellhorner Berg“, Plöner Landstraße

Kritik der christlichen Soziallehre
Kiel-Ost, 3. bis 7 September, 20.00 bis 22.00 Uhr, „Wikinger Klause“, Wikingerstraße

Marx: „Bürgerkrieg in Frankreich“
Lübeck, 10. bis 14. September, 20.00 bis 22.00 Uhr, „Zur Tonne“, Marliring

Engels: „Anti-Dühring“
Schleswig, 3. bis 7. September, 20.00 bis 22.00 Uhr, Gosch's Gasthof

Lenin: „Was tun?“
Husum, 10. bis 14. September, 20.00 bis 22.00 Uhr, Bahnhofsgaststätte

Lenin: „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“
Neumünster, 10. bis 14. September, 20.00 bis 22.00 Uhr, Hotel Stadt Rendsburg, Rendsburger Straße
Hamburg-Harburg, 10. bis 14. September, 19.30 bis 21.30 Uhr, „Union-Kate“, Eddelbüttelstraße 24a
Hamburg-Wandsbek, 10. bis 14. September, 19.30 bis 21.30 Uhr, Studentenwohnheim Ölmühlenweg 14
Hamburg-Altona, 10. bis 14. September, 19.30 bis 21.30 Uhr, Gymnasium Neu-Altona, Billrothstraße
Lüneburg, 10. bis 14. September, 19.30 bis 21.30 Uhr, Stucksaal, An der Münze

Mao Zedong: „Fünf philosophische Monographien“
Rendsburg, 3. bis 7. September, 20.00 bis 22.00 Uhr, Am Rothenhof, Rothenhöfer Weg
Ahrensburg, 10. bis 14. September, 20.00 bis 22.00 Uhr, Ort wird noch bekanntgegeben

Vereinigung für revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten –

Probe des Musikzuges
Hamburg-Eimsbüttel, Mittwoch, 5. September, 19.00 Uhr, Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer, Lieder zur Unterstützung des Demokratischen Kampuchea gegen die sowjetisch-vietnamesische Aggression

Sportkurs
Hamburg, Sonntag, 9. September, 10.00 Uhr, Stadtparkwiese

Prozeß wegen Wehrkraftzersetzung
Flensburg, Mittwoch, 5. September, und Freitag, 7. September, 9.15 Uhr, Landgericht Südergraben, gegen M.Lohnstein, G.J.Ludwig, B.Bartels und K.Pollmann wegen Verteilung der Volksmiliz

Prozeß wegen Wahlkampfeinsatz in Schleswig-Holstein
Pinneberg, Dienstag, 4. September, 10.00 Uhr, Amtsgericht, Bahnhofstr. 17, Saal 4, gegen Hartmut Obloch

Boehringer – lange Tradition in der Ausbeutung der Kolonien

b.hör. Die Firma C.H. Boehringer Sohn, Ingelheim, hat ihr Kapital in zwölf westdeutschen Firmen angelegt, darunter die Firmen Thomae, Anasco, Basotherm und Cela Merck, alles pharmazeutische Firmen. Die Cela Merck produziert das HCH-haltige Jacutin zur Ungeziefervernichtung. Im Ausland hat Boehringer 25 Niederlassungen. 1978 waren bei dem Konzern 8364 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Der Umsatz betrug 752,8 Mio. DM, davon 545,5 Mio. DM auf dem Pharmasektor.



Mit der Produktion von Chinin, bekannt als Mittel gegen Malaria und Fieber, begannen die Boehringer Kapitalisten in Mannheim 1859. Den Rohstoff, die Chinarinde, importierten sie aus der damals holländischen Kolonie Java. Dort wurden die Chinchona-Pflanzen in großen Kulturen gezüchtet, von den Eingeborenen und ihren Kindern geerntet und geschält. ,,Chinin ermöglicht der weißen Rasse Leben und Herrschaft in den Tropen...'', steht in Schmidt-Wetters Taschenbuch der Pharmakognosie, S.333. Die Gewinnung dieses Stoffes war ein großer Fortschritt für die Medizin im vorigen Jahrhundert, die Kolonialisten nutzten sie jedoch für ihre reaktionären Ziele.

Billig und schädlich – HCH in der kapitalistischen Landwirtschaft

b. hör. Nach zweijährigem Verbot wird zum 1. September 79 Lindan (gamma-Hexachlorcyclohexan, HCH) in flüssiger Form wieder zugelassen zur Anwendung an Pferden, Rindern, Schweinen, Schafen und Ziegen, bei Läusen, Räude und anderen Parasiten. Verboten bleibt Lindan für milchgebende Tiere und Mastgeflügel. Verboten bleiben auch seine alpha- und beta-Formen, die für Mensch und Tier äußerst giftig, für Parasiten dagegen wenig wirksam sind. Diese schädlichen Verbindungen waren vor dem Verbot als technisches HCH in der Landwirtschaft weit verbreitet, da sie auch billiger waren als das reine Lindan.

In der kapitalistischen Landwirtschaft wird das Vieh z.B. in Rindermastbetrieben und in Legefabriken auf engstem Raum in große Beständen nach Profitgesichtspunkten gehalten und gemästet. Es mangelt an tiergerechter Pflege und ausgewogener Ernährung. Unter diesen Bedingungen haben sich in den letzten Jahren Parasitenerkrankungen in nie gekanntem Ausmaß vermehrt. Die Räude z.B. ist eine Milbenerkrankung, bei der das Fell beschädigt wird und bei Mastrindern Gewichtsverlust auftritt. Um diesen Erkrankungen Einhalt zu gebieten, wurden verstärkt so scharfe Gifte wie HCH eingesetzt, so daß laut ,,Bauernblatt'' vom 11.8.79 Giftrückstände in Milch und Milcherzeugnissen festgestellt werden konnten. Bei einer nur einmaligen Anwendung von Lindan bei Geflügel weisen Fleisch und Eier noch nach 56 Tagen so hohe Rückstände auf, daß sie nicht als Lebensmittel abgegeben werden dürfen. Nach dem Verbot von HCH wurden vor allem die Phosphorsäureester Neguvon und Tiguvon von Bayer verwendet, die sich jedoch als ungeeignet herausgestellt haben sollen (laut schleswig-Holsteinischem Landwirtschaftsministerium) 1 l Neguvon kostet 84,84 DM, 1 l Tiguvon 18,56 DM, 100 g Jacutin-Puder (Lindan-haltig) kosten 4,18 DM. Die Tochterfirma Cela Merck der Firma Boehringer wird sich über die Aufhebung des Verbots gewiß freuen, denn das wird ihren Jacutin-Umsatz fördern.

Diana-Kapitalisten plündern Versicherungskassen und stützen sich auf Bundespflegesatzverordnung

b.irs. Ca. 15,5 Mio. DM konnten sich die Diana-Kapitalisten 1978 aus den Versicherungskassen aneignen. Der Zugriff auf die Versicherungskassen wird ihnen durch die Bundespflegesatzverordnung (BPflV) gesichert. In ihr ist festgelegt, wie sich der tägliche

Klinik angelegt, die ihnen 445375 DM Versicherungsgelder einbrachten. Fast die gleiche Summe, also 440125 DM, konnten sie für Instandsetzung und -haltung kassieren. Auch der Schulbetrieb fällt unter die ,,Selbstkosten''. So sind die ca. 723500 DM Schulgeld, die

b. hör. Nach zweijährigem Verbot wird zum 1. September 79 Lindan (gamma-Hexachlorcyclohexan, HCH) in flüssiger Form wieder zugelassen zur Anwendung an Pferden, Rindern, Schweinen, Schafen und Ziegen, bei Läusen, Räude und anderen Parasiten. Verboten bleibt Lindan für milchgebende Tiere und Mastgeflügel. Verboten bleiben auch seine alpha- und beta-Formen, die für Mensch und Tier äußerst giftig, für Parasiten dagegen wenig wirksam sind. Diese schädlichen Verbindungen waren vor dem Verbot als technisches HCH in der Landwirtschaft weit verbreitet, da sie auch billiger waren als das reine Lindan.

In der kapitalistischen Landwirtschaft wird das Vieh z.B. in Rindermastbetrieben und in Legefabriken auf engstem Raum in große Beständen nach Profitgesichtspunkten gehalten und gemästet. Es mangelt an tiergerechter Pflege und ausgewogener Ernährung. Unter diesen Bedingungen haben sich in den letzten Jahren Parasitenerkrankungen in nie gekanntem Ausmaß vermehrt. Die Räude z.B. ist eine Milbenerkrankung, bei der das Fell beschädigt wird und bei Mastrindern Gewichtsverlust auftritt. Um diesen Erkrankungen Einhalt zu gebieten, wurden verstärkt so scharfe Gifte wie HCH eingesetzt, so daß laut ,,Bauernblatt'' vom 11.8.79 Giftrückstände in Milch und Milcherzeugnissen festgestellt werden konnten. Bei einer nur einmaligen Anwendung von Lindan bei Geflügel weisen Fleisch und Eier noch nach 56 Tagen so hohe Rückstände auf, daß sie nicht als Lebensmittel abgegeben werden dürfen. Nach dem Verbot von HCH wurden vor allem die Phosphorsäureester Neguvon und Tiguvon von Bayer verwendet, die sich jedoch als ungeeignet herausgestellt haben sollen (laut schleswig-Holsteinischem Landwirtschaftsministerium) 1 l Neguvon kostet 84,84 DM, 1 l Tiguvon 18,56 DM, 100 g Jacutin-Puder (Lindan-haltig) kosten 4,18 DM. Die Tochterfirma Cela Merck der Firma Boehringer wird sich über die Aufhebung des Verbots gewiß freuen, denn das wird ihren Jacutin-Umsatz fördern.

Diana-Kapitalisten plündern Versicherungskassen und stützen sich auf Bundespflegesatzverordnung

b.irs. Ca. 15,5 Mio. DM konnten sich die Diana-Kapitalisten 1978 aus den Versicherungskassen aneignen. Der Zugriff auf die Versicherungskassen wird ihnen durch die Bundespflegesatzverordnung (BPflV) gesichert. In ihr ist festgelegt, wie sich der tägliche
Pflegesatz errechnet, nämlich aus den jährlichen Gesamtkosten geteilt durch die Pflegetage aller Patienten. Zu den Gesamtkosten wird auch der Profit gezählt, auf den die Kapitalisten Anspruch erheben. § 19 der BPflV regelt: ,,Als Selbstkosten (können) ... berücksichtigt werden ... Zinsen für Fremdkapital'', also kostenlose Kredite, weil die Zinsen die Versicherten zahlen, und ,,Zinsen für Eigenkapital, ... bis zur Höhe von eins vom Hundert über den Zinssatz für Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist''. Dieser Zinssatz betrug 1978 2,5%, also konnten die Kapitalisten 3,5% vom Eigenkapital als ,Selbstkosten' anrechnen. Am 21.4.1977 hatten die Diana-Kommandisten 12,725 Mio. DM in der Klinik angelegt, die ihnen 445375 DM Versicherungsgelder einbrachten. Fast die gleiche Summe, also 440125 DM, konnten sie für Instandsetzung und -haltung kassieren. Auch der Schulbetrieb fällt unter die ,,Selbstkosten''. So sind die ca. 723500 DM Schulgeld, die die Krankengymnastik- und Massageschüler jährlich zahlen, reiner Profit.

125,60 DM beträgt der Pflegesatz und liegt weit unter dem Satz anderer Krankenhäuser. Senkung der Lohnkosten ist die Hauptursache dafür. Mußten die Kapitalisten 1975 noch 1,5 Mio. DM Lohn mehr zahlen als 1974, so konnten sie diesen Betrag in den darauf folgenden drei Jahren auf ca. 700000 DM jährlich reduzieren. Mittel dazu war die Einführung der Sechstagewoche im Pflegebereich und die Eröffnung der Massage- bzw. Krankengymnastikschule 1975 und 1978, die ihnen die kostenlose Vernutzung der Arbeitskraft von ca. 150 Schülern ermöglicht.



Im Krankengymastiksaal müssen Patienten allein an Geräten üben. Zur Aufsicht werden Schüler eingesetzt, deren Arbeitskraft nichts kostet.

170 DM/8% mindestens findet breite Unterstützung

Metallkapitalisten sehen rot/Argumente gegen die Forderung

b.hat. In der Lohnbewegung der Metallindustrie konzentrieren sich die Belegschaften jetzt auf die Festlegung der Tarifforderung. Bei AEG hat der VK 170-200 DM/8% mindestens beschlossen. Als die Forderung auf der Betriebsversammlung bei AEG mit großem Beifall begrüßt wurde, schnappten die Kapitalisten fast über. Sie wollten die Debatte um den Tarifkampf verbieten, was ihnen aber nicht gelang.

Wir haben schon verschiedentlich die Argumente, die für die Forderung 170 DM/8% mindestens sprechen, erörtert. Es wird notwendig, sich mit den Argumenten, die gegen die Forderung vorgebracht werden, auseinanderzusetzen.

Häufiges Argument ist, daß die Forderung in der Höhe nicht ausreichen würde, daß es richtiger wäre, 250 DM zu fordern. Betrachtet man diese Frage subjektiv, wäre diese Höhe nicht abwegig, denn das Loch, das sich über die letzten Jahre bei niedrigen Prozentabschlüssen in den Haushaltskassen ergeben hat, wäre dadurch noch kaum ausgeglichen. Diese Ansicht birgt zwar Richtiges, ist aber für die Festlegung der Forderung zu eng. Beschränkt man sich auf diese Betrachtungsweise, würde es viele verschiedene Forderungen geben, weil die Lage des einzelnen immer verschieden ist. Die Forderungshöhe und -art muß also Ergebnis der Bedürfnisse *und* der Kraft, die die Arbeiterklasse zu ihrer Durchsetzung hat, sein. 250 DM auf die Tarife macht bei AEG 11,5% auf die Gesamtlohnsumme. Man spürt, daß die Einheit kaum reichen wird, diesen Betrag den Kapitalisten abzunötigen. In den meisten Fällen wird aber davon ausgegangen, daß man hoch fordern müsse, damit dann auch 170 DM rauskommen. So hätte die Forderung dann aber höchstens einen begrenzenden Charakter nach oben. Die Grenze muß aber nach unten gezogen werden, und da muß klar sein, daß unter diesem Betrag gestreikt wird und gestreikt werden muß. Bleibt dieser Betrag nicht festgelegt, hätten die Arbeiter entweder das Problem, ohne konkrete Forderung in den Streik zu gehen, oder sie muß dann erst erneut festgelegt werden. Was schwer ist.

Unverständlich ist, wenn von verschiedenen Sozialdemokraten aus dem IGM-Vorstand immer noch das Argument kommt, daß die IG Metall noch nie eine Festgeldforderung aufgestellt hätte und dies deshalb Unsinn wäre. Unsinn ist, daß die Metallarbeiter für Prozentforderungen wären. Fest steht, daß es immer die Kapitalisten waren, die prozentuale statt Festgeldbeträge der IG Metall aufgenötigt haben, weil sie die Spaltung über die Lohnstruktur verschärfen wollen. Das Problem ist, daß sich die IGM das bisher hat aufzwingen lassen. Eine Festgelderhöhung entspricht den Interessen der ganzen Klasse, die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen nicht weiter absinken zu lassen. Darum hat auch die Vertreterversammlung der IGM Hamburg schon am 13.6.79 folgendes beschlossen: ,,Die Lage ist besonders günstig, da der bislang geltende Lohngruppenschlüssel gekündigt worden ist ... Wir sind der Meinung, daß die aufzustellenden Lohn- und Gehaltsforderungen als eine Festgeldforderung aufzustellen sind, daß auf jeden Fall aber ein Mindestbetrag gefordert wird, um die wachsende Spaltung der Lohngruppen abzuschwächen.'' Daran sollte sich doch die Ortsverwaltung halten.

Zu einem Trick kann es werden, wenn bei den 170 DM/8% mindestens von einer ,,Mischforderung'' gesprochen wird. Bei einer Mischforderung ist die Reihenfolge relativ unerheblich. In diesem Fall ist es erheblich, weil so der Charakter der Forderung vollständig verdreht werden kann. 170 DM/8% mindestens ist eine Festgeldforderung. Alle Tariflohngruppen erhalten einen Festbetrag und die Mehrheit der Angestellten. Die 8% sind dafür da, die höheren Gehaltsgruppen in die Tarifbewegung einzubeziehen. Es ist schon wichtig, von einer Festgeldforderung zu reden und den Kapitalisten die Festgelderhöhung abzunötigen. Sie werden sowieso versuchen, nur Prozente zu verhandeln; wenn die IG Metall dann eine schwankende Haltung hat, ist es ziemlich schlecht.

Auch im Metallhandwerk 170 DM/ 8% mindestens im Tarifkampf fordern

b.wik. Arbeiter der Schlosserei Carstensen in Husum haben rückwirkend ab 1. Juli eine Erhöhung des Stundenlohnes um 2,50 DM auf 12,50 DM gegenüber ihrem Handwerksmeister durchgesetzt. Tariflich abgesichert ist dieser Lohn nicht, und die betrieblichen Vereinbarungen zwischen den Arbeitern und dem Meister sind mündlich getroffen worden. Letzteres ist die Regel in kleinen Handwerksbetrieben, in denen es weder Betriebsrat noch Betriebsobmann gibt und ein Handwerksmeister in der Regel 1-2 Gesellen und zwei Lehrlinge.

Die Zersplitterung der Arbeiter in viele kleine Handwerksbetriebe führt zu einem Hinterherhinken ihres effektiven und auch tariflich abgesicherten Lohnes hinter dem industriellen Lohnstandard:

Jahr	Handwerk	Industrie
1969......	5,41 DM	6,00 DM
1971......	6,82 DM	7,73 DM
1973......	8,69 DM	9,30 DM

Für das Jahr 1978 ist der niedrigste Tariflohn in der Metallindustrie 6,71 DM (LG 2). Der höchste Tariflohn liegt bei 11,16 DM (LG 9). Im Vergleich dazu beträgt der niedrigste Tariflohn im Schlosser- und Schmiedehandwerk 4,57 DM und im Klempner- und Installateur-Handwerk 7,52 DM. Der höchste Tariflohn liegt bei 10,18 DM bzw. 9,66 DM (Nach Angaben der IG-Metall). Innerhalb von 10 Jahren hat sich somit der Abstand Handwerks- zu den Industrielöhnen von 0,59 DM auf 0,98 DM bei den Schlossern bzw. 1,50 DM bei den Klempnern in den höchsten Tarifklassen verschoben. Diese Verelendung des Handwerkslohnes hat stattgefunden, obwohl schrittweise Zusammenfassung von mehr Arbeitern in weniger Handwerksbetrieben stattgefunden hat. Allerdings nicht einheitlich in den verschiedenen Handwerken. So beschäftigten die Handwerksbetriebe in der Metallerzeugung und Metallverarbeitung sowie im Maschinenbau 1977 durchschnittlich 5 Arbeiter mit einem Pro-Kopf-Umsatz von 67000 bzw. 76000 DM. Insgesamt betrug die Zahl der ausgebeuteten Arbeiter in den Gewerken 6433. Für die Kapitalisten hinreichendes Druckmittel auch auf den industriellen Lohn. In Husum, wo sich der Lohn für Gesellen im Metallhandwerk bei 10 DM eingependelt hat, liegt der effektiv gezahlte Lohn für Rohrschlosser auf der Husumer Werft



höhe und -art muß also Ergebnis der Bedürfnisse *und* der Kraft, die die Arbeiterklasse zu ihrer Durchsetzung hat, daß sich die IGM das bisher hat aufzwingen lassen. Eine Festgelderhöhung entspricht den Interessen der ganzen nur Prozente zu verhandeln; wenn die IG Metall dann eine schwankende Haltung hat, ist es ziemlich schlecht.

Auch im Metallhandwerk 170 DM/ 8% mindestens im Tarifkampf fordern

b.wik. Arbeiter der Schlosserei Carstensen in Husum haben rückwirkend ab 1. Juli eine Erhöhung des Stundenlohnes um 2,50 DM auf 12,50 DM gegenüber ihrem Handwerksmeister durchgesetzt. Tariflich abgesichert ist dieser Lohn nicht, und die betrieblichen Vereinbarungen zwischen den Arbeitern und dem Meister sind mündlich getroffen worden. Letzteres ist die Regel in kleinen Handwerksbetrieben, in denen es weder Betriebsrat noch Betriebsobmann gibt und ein Handwerksmeister in der Regel 1-2 Gesellen und zwei Lehrlinge.

Die Zersplitterung der Arbeiter in viele kleine Handwerksbetriebe führt zu einem Hinterherhinken ihres effektiven und auch tariflich abgesicherten Lohnes hinter dem industriellen Lohnstandard:

Jahr	Handwerk	Industrie
1969......	5,41 DM	6,00 DM
1971......	6,82 DM	7,73 DM
1973......	8,69 DM	9,30 DM

Für das Jahr 1978 ist der niedrigste Tariflohn in der Metallindustrie 6,71 DM (LG 2). Der höchste Tariflohn liegt bei 11,16 DM (LG 9). Im Vergleich dazu beträgt der niedrigste Tariflohn im Schlosser- und Schmiedehandwerk 4,57 DM und im Klempner- und Installateur-Handwerk 7,52 DM. Der höchste Tariflohn liegt bei 10,18 DM bzw. 9,66 DM (Nach Angaben der IG-Metall). Innerhalb von 10 Jahren hat sich somit der Abstand Handwerks- zu den Industrielöhnen von 0,59 DM auf 0,98 DM bei den Schlossern bzw. 1,50 DM bei den Klempnern in den höchsten Tarifklassen verschoben. Diese Verelendung des Handwerkslohnes hat stattgefunden, obwohl schrittweise Zusammenfassung von mehr Arbeitern in weniger Handwerksbetrieben stattgefunden hat. Allerdings nicht einheitlich in den verschiedenen Handwerken. So beschäftigten die Handwerksbetriebe in der Metallerzeugung und Metallverarbeitung sowie im Maschinenbau 1977 durchschnittlich 5 Arbeiter mit einem Pro-Kopf-Umsatz von 67000 bzw. 76000 DM. Insgesamt betrug die Zahl der ausgebeuteten Arbeiter in den Gewerken 6433. Für die Kapitalisten hinreichendes Druckmittel auch auf den industriellen Lohn. In Husum, wo sich der Lohn für Gesellen im Metallhandwerk bei 10 DM eingependelt hat, liegt der effektiv gezahlte Lohn für Rohrschlosser auf der Husumer Werft bei 11,20 DM. Für die Arbeiter Grund genug, einheitlich 170 DM/8% mindestens zu verlangen.



Nach der Ausbildung arbeiten viele Schlosserlehrlinge im kleinen Handwerksbetrieb

Wirkungsvollere Unterstützung der dänischen Fährarbeiter durch die ÖTV würde jetzt die Entscheidung bringen

b.clm. Folgenden Brief hat die Blockadewacht Römö-Sylt an die ÖTV-Kreisverbände in Schleswig-Holstein und Hamburg und an den ÖTV-Hauptvorstand in Stuttgart geschickt:

Liebe Kollegen! Römö, den 22.8.79
Es würde uns von der Blockadewacht Römö-Sylt freuen, wenn wir auf einer Veranstaltung von Euch Informationen über den Konflikt der Römö-Sylt-Fähre geben könnten. Wenn Ihr das organisieren wollt, werden wir gerne einen oder mehrere Sprecher der Blockadewacht und den Vorsitzenden des Seemannsbundes, Preben Möller Hansen, schicken. Das würde uns freuen, weil es überwiegend deutsche Passagiere sind, die die Fähre benutzen.

Mit freundlichen Grüßen
Blockadewacht

Trotz der langen Dauer des Kampfes ist es den dänischen Fährarbeitern und ihrer Gewerkschaft gelungen, die Boykottmaßnahmen gegen die Fährlinie Römö-Sylt nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern deren Wirkung ständig zu erhöhen. Die Zahl der Passagiere und insbesondere der dänischen Passagiere nimmt immer mehr ab, und immer öfter fahren die Fähren tatsächlich schon leer. Dabei konnten die Fährarbeiter geschickt die Widersprüche zwischen der ehemaligen Geschäftsführung der Lindingerreederei Bielefeld und der Fördereederei ausnutzen, die auf der gleichen Linie ein Konkurrenzschiff einsetzt.

Die Hartnäckigkeit des Kampfes, die große Unterstützung, die die Fährarbeiter von allen Teilen der dänischen Arbeiterklasse erhalten – nicht zuletzt deshalb, weil die Mitglieder der Blockadewacht auf zahlreichen Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen über ihren Kampf und dessen Ziele berichtet haben – droht, das ganze Expansionsprogramm der Fördereederei nach Dänemark über den Haufen zu schmeißen.

Dies hat inzwischen zwar schon die nächste Fährlinie aufgekauft und wollte sie zum 1. September zwischen Kopenhagen und Malmö in Betrieb nehmen, doch wird sie aus dieser Linie vorerst genau so wenig Profite ziehen, wie aus der Linie Römö-Sylt. Der Boykott ist nämlich sofort auf diese Linie ausgedehnt worden.

Am Samstag, den 1.September, haben die Fährarbeiter die Auseinandersetzungen zu einer großen Demonstration in Havneby auf Römö zusammengefaßt. Mehr als 2000 Leute haben daran teilgenommen. Auf dieser Demonstration haben Vertreter des Seemannsbundes, der Gewerkschaft Handel und Büro und des dänischen Gewerkschaftsbundes LO gesprochen und unterstrichen, daß die Maßnahmen gegen die Fördereederei fortgeführt und ausgeweitet werden, bis diese einen kollektiven Tarifvertrag unterschrieben hat. Die Front der dänischen Arbeiter gegen die Fördereederei hat sich gefestigt, allein können sie diese aber nicht besiegen. Wenn die ÖTV jetzt die Unterstützung verstärkt, kann das die Entscheidung bringen. Ein wichtiger Schritt wären Informationsveranstaltungen, auf denen die Fährarbeiter sprechen. In Flensburg, Kiel, Lübeck und Hamburg müssen solche Veranstaltungen auf jeden Fall stattfinden.





,,An der Küste'' wimmelt es von Schlupfwinkeln der Sklavenhändler. Die eingefangenen Arbeiter werden in Kleinbusssen in den Hafen geschleust (links). Im Bananenumschlag werden regelmäßig Aushilfsarbeiter eingesetzt. Die Arbeit ist verhaßt wegen der akkordähnlichen Bedingungen (rechts).

Legitimer Sklavenhandel im Hamburger Hafen

DGB fordert Einschränkung des ,,Zwischenhandels mit menschlicher Arbeitskraft''

b.ruo. 1973 wurde das ,,Gesetz zur Regelung der gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung ''(AÜG) im Bundestag verabschiedet. Im Kommentar dazu heißt es: damit reihe sich die Bundesrepublik Deutschland in die Reihe jener Staaten ein, die durch eine spezialgesetzliche Reglementierung die aufgetretenen Mißstände und Auswüchse bei der gewerblichen Arbeitnehmerüberlassung zu unterbinden versuchen. (Kommentar zum AÜG, Luchterhand 1973) Das Gegenteil ist der Fall: ,,Im Hamburger Hafen blüht der Sklavenhandel.'' (Überschrift der WELT vom 25.8.79) Insbesondere in den vergangenen Wochen, wo infolge des Urlaubs die ohnehin schmale Belegschaftsdecke in den Hafenbetrieben stark zusammengeschmolzen war, hätten die Hafenkapitalisten ohne die mobile Reservearmee ,,unständiger Arbeiter'' und ,,Wilder'' starke Verluste hinnehmen müssen. Die Zahl dieser Arbeiter beträgt nach Schätzungen Unständiger über 1000. Dem stehen gegenwärtig knapp 12000 ,,feste Leute'' in den Hafenbetrieben gegenüber.

Da die Zahl der Schiffsankünfte im Hamburger Hafen immer noch starken Schwankungen unterliegt – bei Stauerei Tiedemann Schwankungen zwischen 5 und 20 Schiffen pro Tag – haben die Hafenkapitalisten ein ungebrochenes Interesse an dieser täglich verschiebbaren Reservearmee. Das AÜG trägt dem Rechnung: Zwar heißt es: ,,Das AÜG ist von seiner Grundkonzeption her ein Schutzgesetz zugunsten der Leiharbeitnehmer. Dieser Schutzcharakter offenbart sich insbesondere in der Errichtung administrativer Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen, in der Herausbildung von Vorschriften über die zwingende Vertragsgestaltung, in der Einführung neuer Straf- und Ordnungswidrigkeitstatbestände sowie in der Schaffung sozialversicherungsrechtlicher Schutzbestimmungen.'' (Kommentar, Vorwort.) Für die Durchführung und Einhaltung dieser Bestimmungen ist jedoch an keinem Punkt der Entleiher und damit der eigentliche Ausbeuter der Arbeitskraft zuständig, sondern immer der Sklavenhändler. Der wiederum operiert mehr oder weniger illegal und entzieht sich so jeglicher Kontrolle. So wimmelt es ,,an der Küste'' (Landungsbrücken bis Baumwall) von Schlupfwinkeln solcher Sklavenhändler, die dort unbehelligt ihre Vermittlungen abwickeln. 366 Anzeigen soll das Landesarbeitsamt seit 1963 insgesamt gegen derartige Verleiher erstattet haben. 111 rechtskräftige Bußgeldbescheide zwischen lächerlichen 500 bis 10000 DM kamen dabei heraus. Nutznießer ist in jedem Fall der Hafenkapitalist. Er kann die Arbeitskraft je nach Bedarf konsumieren, um sie anderntags dann wieder liegen zu lassen. Der tariflich erkämpfte Garantielohn (wenn nicht genug Schiffe da sind), der Urlaubsanspruch, die einmalige Jahreszuwendung, das alles entfällt für ihn. Während er innerbetrieblich meist mehrere Lohngruppen übertariflich zahlen muß (statt LG III, LG VI) zahlt er hier nur Lohngruppe II oder III.

nehmerüberlassung zu unterbinden versuchen. (Kommentar zum AÜG, Luchterhand 1973) Das Gegenteil ist der Fall: ,,Im Hamburger Hafen blüht der Sklavenhandel.'' (Überschrift der WELT vom 25.8.79) Insbesondere in den vergangenen Wochen, wo infolge des Urlaubs die ohnehin schmale Belegschaftsdecke in den Hafenbetrieben stark zusammengeschmolzen war, hätten die Hafenkapitalisten ohne die mobile Reservearmee ,,unständiger Arbeiter'' und ,,Wilder'' starke Verluste hinnehmen müssen. Die Zahl dieser Arbeiter beträgt nach Schätzungen Unständiger über 1000. Dem stehen gegenwärtig knapp 12000 ,,feste Leute'' in den Hafenbetrieben gegenüber.

Da die Zahl der Schiffsankünfte im Hamburger Hafen immer noch starken Schwankungen unterliegt – bei Stauerei Tiedemann Schwankungen zwischen 5 und 20 Schiffen pro Tag – haben die Hafenkapitalisten ein ungebrochenes Interesse an dieser täglich verschiebbaren Reservearmee. Das AÜG trägt dem Rechnung: Zwar heißt es: ,,Das AÜG ist von seiner Grundkonzeption her ein Schutzgesetz zugunsten der Leiharbeitnehmer. Dieser Schutzcharakter offenbart sich insbesondere in der Errichtung administrativer Kontroll- und Überwachungsmaßnah-

Vom Sklavenhändler werden 60 DM netto ausgezahlt für die 1. Schicht. Zwar haben auch einige Sklavenhändler einen kleinen Stamm, der nach LG VI bezahlt wird und sofern Angebote vorliegen als erster beschäftigt wird. Der Großteil muß jedoch mit dem Lohn einer Schicht die Reprodukton oft für mehrere Tage bestreiten. So im Lohn gedrückt, ohne Rechte und gewählte Vertretungsorgane wie Betriebsräte, werden die ,,Unständigen'' und ,,Wilden'' als Keil gegen die Hafenarbeiter eingesetzt. Am deutlichsten ist das im Falle eines Streiks.

das Landesarbeitsamt seit 1963 insgesamt gegen derartige Verleiher erstattet haben. 111 rechtskräftige Bußgeldbescheide zwischen lächerlichen 500 bis 10000 DM kamen dabei heraus. Nutznießer ist in jedem Fall der Hafenkapitalist. Er kann die Arbeitskraft je nach Bedarf konsumieren, um sie anderntags dann wieder liegen zu lassen. Der tariflich erkämpfte Garantielohn (wenn nicht genug Schiffe da sind), der Urlaubsanspruch, die einmalige Jahreszuwendung, das alles entfällt für ihn. Während er innerbetrieblich meist mehrere Lohngruppen übertariflich zahlen muß (statt LG III, LG VI) zahlt er hier nur Lohngruppe II oder III.

Vom Sklavenhändler werden 60 DM netto ausgezahlt für die 1. Schicht. Zwar haben auch einige Sklavenhändler einen kleinen Stamm, der nach LG VI bezahlt wird und sofern Angebote vorliegen als erster beschäftigt wird. Der Großteil muß jedoch mit dem Lohn einer Schicht die Reprodukton oft für mehrere Tage bestreiten. So im Lohn gedrückt, ohne Rechte und gewählte Vertretungsorgane wie Betriebsräte, werden die ,,Unständigen'' und ,,Wilden'' als Keil gegen die Hafenarbeiter eingesetzt. Am deutlichsten ist das im Falle eines Streiks.

Zu der ganzen Unsicherheit der Existenz kommt bei einem erheblichen Teil der ,,Wilden'' noch die Abhängigkeit vom Alkohol. Schon vor der Arbeit gehen viele Arbeiter und holen sich beim Sklavenhändler einen ,,Schuß'', um sich die eine Schicht mit einer Buddel über Wasser halten zu können. Am schlimmsten ist es, wenn einer in dieser Lage dann noch ohne Papiere arbeitet. Ohne Helm, ohne Sicherheitsschuhe, Handschuhe und angemessene Kleidung (dem Verleiher und Entleiher ist jede Ausrüstung für einen Tag zu teuer) geht der Arbeiter sowieso schon ein erhöhtes Verletzungsrisiko ein. Passiert dann ein Unfall, so ist seine größte Sorge notwendig, wie er ohne Arzt, Polizei etc, aus dem Hafen herauskommt, um das gerichtliche Nachspiel zu umgehen.

Was auf den ersten Blick als selbstverantworteter Ruin erscheint, ist tatsächlich Ergebnis der Ausbeutung: 35,5 Jahre beträgt das Durchschnittsalter der Schauerleute beim GHB 1978. Noch ganze 16,6% betrug der Anteil der über 50 jährigen an allen Berufsgruppen im Jahr zuvor. Wer nicht als Decksmann eine Weiterbeschäftigung findet, wird weit vor dem Rentenalter als ,,hafenuntauglich'' abgeschoben.

Vielleicht reicht es noch, um sich ab und zu zum Verkauf anzubieten, als ,,Unständiger'' beim Arbeitsmarkt oder als ,,Wilder'' beim Sklavenhändler. Doch nicht nur der raschere Verschleiß der Arbeitskraft bringt die Arbeiter in diese Lage: Zerrüttete Ehe, Scheidung, hohe Unterhaltsverpflichtung, so daß der Lohn nicht reicht; wochenlanges Warten auf Arbeitslosengeld oder gar eine Sperre; hohe Verschuldung für dringliche Anschaffungen, all dies sind Ursachen, die das Heer der ,,Wilden'' immer wieder auffüllen.

dem Hafen herauskommt, um das gerichtliche Nachspiel zu umgehen.

Was auf den ersten Blick als selbstverantworteter Ruin erscheint, ist tatsächlich Ergebnis der Ausbeutung: 35,5 Jahre beträgt das Durchschnittsalter der Schauerleute beim GHB 1978. Noch ganze 16,6% betrug der Anteil der über 50 jährigen an allen Berufsgruppen im Jahr zuvor. Wer nicht als Decksmann eine Weiterbeschäftigung findet, wird weit vor dem Rentenalter als ,,hafenuntauglich'' abgeschoben.

Vielleicht reicht es noch, um sich ab und zu zum Verkauf anzubieten, als ,,Unständiger'' beim Arbeitsmarkt oder als ,,Wilder'' beim Sklavenhändler. Doch nicht nur der raschere Verschleiß der Arbeitskraft bringt die Arbeiter in diese Lage: Zerrüttete Ehe, Scheidung, hohe Unterhaltsverpflichtung, so daß der Lohn nicht reicht; wochenlanges Warten auf Arbeitslosengeld oder gar eine Sperre; hohe Verschuldung für dringliche Anschaffungen, all dies sind Ursachen, die das Heer der ,,Wilden'' immer wieder auffüllen.

Alle gesetzlichen Maßnahmen zur Einschränkung des ,,Zwischenhandels mit menschlicher Arbeitskraft'', wie sie der DGB Bezirk Nordmark am 29.8. erneut gefordert hat, sind wirkungslos, solange dem beschleunigten Ruin der Arbeitskraft und ihrem ausreichenden Schutz bei Arbeitslosigkeit keine wirksamen Grenzen gesetzt sind.

Plumpe Tricks der Hamburger SPD: Beim Tiefwasserhafen alles offen?

b.uwh. SPD-Fraktionschef Hartmann greift in die Hamburger Trickkiste. Er glaube nicht, ,,daß wir einen Tiefwasserhafen brauchen.'' (Bild, 24.8.) Dabei haben die Kapitalisten schon 1971 dem damaligen SPD-Senator Kern in sein ,,Modell für die wirtschaftliche Entwicklung der Region Unterelbe'' diktiert, daß sie ihre Entscheidung zur Ansiedlung im Raum wesentlich vom Standortvorteil ,,seeschifftiefes Wasser'' abhängig machen. Klose am 15.6.78 gehorsam in der Nordsee-Zeitung: ,,Wir wären schlecht beraten, wenn wir uns die Option einer Entwicklung im Bereich Neuwerk/Scharhörn selber verstellen würden.''

Einzig die Aluminiumindustrie ,,dränge in absehbarer Zeit nicht an das tiefe Wasser'', stellte die Tiefwasserhafenkommission des Senats 1972 fest. Alle anderen, insbesondere die krisengeschüttelte Stahlindustrie braucht Standorte an der Küste. Neuwerk bietet anders als Wilhelmshafen ideale Bedingungen, ein erschlossenes Umland mit Hamburg als Unterelbe-Zentrum sowie entsprechende Verkehrsbedingungen. Geplant ist schon ein Damm von Neuwerk nach Cuxhaven mit Anschluß nach Hamburg und Bremen.

Daß Hartmann gegen die ,,ökonomische Vernunft'' spricht, ist unwahrscheinlich. Die Kapitalisten brauchen die Entwicklung der Region Unterelbe. Mit der Schaffung des Standortvorteils billiger Energie sind sie schon im Verzug. Mit weiteren Kämpfen der Arbeiter müssen sie rechnen. Daran denkt Hartmann, wenn er jetzt so tut, als ob. Den Anschein zu erwecken, als sei noch alles offen und müsse erst im Planfeststellungsverfahren entschieden werden, wird nicht gelingen.



Die Fischer haben Erfahrungen mit den Sperr- und Warngebieten gemacht

b.dam. Die einstweilige Anordnung des Schleswiger Verwaltungsgerichts gegen die geplanten Raketenschießübungen in der Meldorfer Bucht ist in der letzten Woche wieder aufgehoben worden. Nachdem das Verteidigungsministerium mit Schadenersatz in Millionenhöhe gedroht hatte, zogen der eine Kläger, ein Fischer, und zwei Schiffseigner ihre Klage zurück. Nach dem abgeschlossenen Vergleich ist die Erprobung erlaubt. Die westdeutschen Fischer der Ost- und Nordsee haben in den Jahren vom letzten Weltkrieg bis jetzt immer gegen Sperr- und Warngebiete kämpfen müssen. 34000 ha Wasserfläche der Hohwachter Bucht hatte die britische Besatzungsmacht für Schießübungen 1953 gesperrt. Schon damals haben die Fischer in diesem Sperrgebiet ums Überleben gekämpft. ,,Wenn sich auch die wirtschaftliche Lage der Ostseefischer im Jahre 1953 gebessert hat, so gilt das leider nicht für die kleinen und mittleren Betriebe, die darauf angewiesen sind, in der Hohwachter Bucht zu fischen.'' (Jahresbericht der Landwirtschaftskammer SH, 1953, S. 110).

Nach der Wiederbewaffnung der aufstrebenden westdeutschen Bourgeoisie heißt es im Jahresbericht 1961/62: ,,Ein Teil der Kutterflotte, vor allem in der Ostsee, hat erhebliche Schwierigkeiten mit der Bundesmarine... Darüberhinaus werden noch außerhalb der Sperrgebiete Übungen abgehalten.'' 1964 wird das große Unterwasserwaffensperrgebiet südöstlich von Schleimünde errichtet, die Fischer von Kappeln, Maasholm und Arnis führen jahrelang um die Aufhebung den Kampf. Sie verklagen 1965 das Bundesverteidigungsministerium auf Schadenersatz. Dieser wird abgelehnt mit der Begründung, es bestehe für den Staat nur eine moralische, aber keine rechtliche Verpflichtung zur Entschädigungszahlung. Die Fischer gehen vor das Verwaltungsgericht, das 1967 endgültig die Klage der betroffenen Fischer ablehnt.

Da, wo sie sich Entschädigungen erkämpfen, ist sie zu wenig. Für den Verlust mehrerer Wadenzüge in der Flensburger Förde durch Brückenbauten der Marine stellte der Landesfischereiverband 1966/67 im Jahresbericht fest, daß sie ,, nur einen Mindererertrag von 3 Jahren berücksichtigt, obwohl die Schädigung über einen weit längeren Zeitraum hinausgeht''.

Bei dem Vergleich in der letzten Woche wurde ,,zugesichert, daß die Fischer ... bei ihrer Berufsausübung in keiner Weise behindert werden'' (DLZ, 31.8.79). Mit derartigen Warngebieten oder dem ,,Clear Range'' haben die Fischer ebenfalls schon Erfahrungen gemacht: ,,Dazu kommen die Behinderungen durch die Warngebiete, wo zwar nur geschossen werden soll, wenn das Schußfeld frei ist, wo aber die Fischer meist doch zum Ausweichen veranlaßt werden.'' (Jahresbericht 1968/69).

1956 1966 Veränderg.

bungen in der Meldorfer Bucht ist in der letzten Woche wieder aufgehoben worden. Nachdem das Verteidigungsministerium mit Schadenersatz in Millionenhöhe gedroht hatte, zogen der eine Kläger, ein Fischer, und zwei Schiffseigner ihre Klage zurück. Nach dem abgeschlossenen Vergleich ist die Erprobung erlaubt. Die westdeutschen Fischer der Ost- und Nordsee haben in den Jahren vom letzten Weltkrieg bis jetzt immer gegen Sperr- und Warngebiete kämpfen müssen. 34000 ha Wasserfläche der Hohwachter Bucht hatte die britische Besatzungsmacht für Schießübungen 1953 gesperrt. Schon damals haben die Fischer in diesem Sperrgebiet ums Überleben gekämpft. ,,Wenn sich auch die wirtschaftliche Lage der Ostseefischer im Jahre 1953 gebessert hat, so gilt das leider nicht für die kleinen und mittleren Betriebe, die darauf angewiesen sind, in der Hohwachter Bucht zu fischen.'' (Jahresbericht der Landwirtschaftskammer SH, 1953, S. 110).

Nach der Wiederbewaffnung der aufstrebenden westdeutschen Bourgeoisie heißt es im Jahresbericht 1961/62: ,,Ein Teil der Kutterflotte, vor allem in der Ostsee, hat erhebliche Schwierigkeiten mit der Bundesmari-

das Verwaltungsgericht, das 1967 endgültig die Klage der betroffenen Fischer ablehnt.

Da, wo sie sich Entschädigungen erkämpfen, ist sie zu wenig. Für den Verlust mehrerer Wadenzüge in der Flensburger Förde durch Brückenbauten der Marine stellte der Landesfischereiverband 1966/67 im Jahresbericht fest, daß sie ,, nur einen Mindererertrag von 3 Jahren berücksichtigt, obwohl die Schädigung über einen weit längeren Zeitraum hinausgeht''.

Bei dem Vergleich in der letzten Woche wurde ,,zugesichert, daß die Fischer ... bei ihrer Berufsausübung in keiner Weise behindert werden'' (DLZ, 31.8.79). Mit derartigen Warngebieten oder dem ,,Clear Range'' haben die Fischer ebenfalls schon Erfahrungen gemacht: ,,Dazu kommen die Behinderungen durch die Warngebiete, wo zwar nur geschossen werden soll, wenn das Schußfeld frei ist, wo aber die Fischer meist doch zum Ausweichen veranlaßt werden.'' (Jahresbericht 1968/69).

	1956	1966	Veränderg.
Fahrzeuge	2066	1499	-27%
Besatzung	3306	2160	-35%
Anlandung			
in 1000 t	95,7	107	+12%
in Mio DM	26,2	40,1	+53%

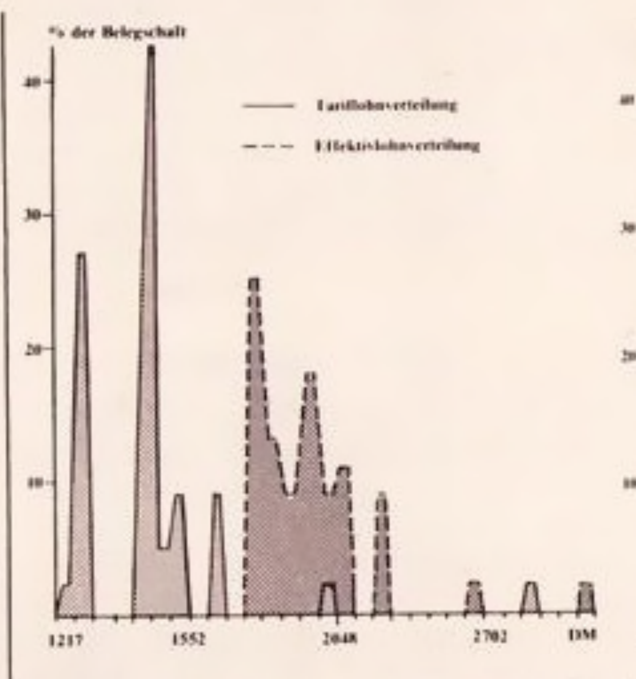
Im betreffenden Zeitraum erhöhte sich die Produktion, während die Anzahl der Flotte sich um 25%, deren Besatzung um 32% verringerte.

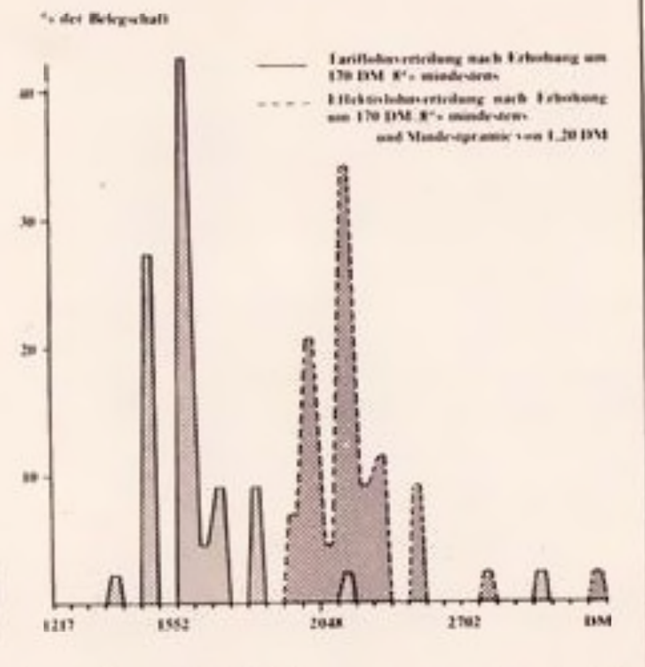
Prämienvergabe zur Spaltung der VAW-Arbeiter

b.thc. Die VAW-Kapitalisten haben, um den Arbeitstag zu verdichten, Betriebsvereinbarungen durchgesetzt, die zusätzlich die Arbeiter spalten sollen. Neben dem Tariflohn und der Zeitlohnzulage (16% der Lohnsumme) zahlen sie Prämien, die fast in jeder Abteilung nach einem anderen Schlüssel vergeben werden. Die Hofkolonne, deren Aufgabe es ist, Arbeitsmaterial für andere Abteilungen heranzuschaffen, erhalten eine Zulage, die sich folgendermaßen errechnet: Prämie Strangpresse + Prämie Butzen + Prämie Gießerei geteilt durch vier gleich Prämie Hofkolonne in DM/Std. Arbeitet die Strangpressenabteilung nicht schnell genug, sinkt die Prämie der Hofkolonne. Arbeitet die Hofkolonne nicht schnell genug, so sinkt die Prämie der anderen Abteilungen und damit wiederum die der Hofkolonne.

In der Schlosserei muß der Meister jeden Monat die Arbeiter neu für eine bestimmte Höhe der Zuschlagprozente (max. 20%) einstufen. Die Anzahl der Monatsarbeitsstunden geteilt durch 100 mal z.B. 18% ergibt Stundenzahl, deren Geldbetrag – je nach Lohngruppe verschieden – die Prämie ausmacht. Diese Prämie auf den tariflich abgesicherten Lohn ergibt den Effektivlohn. Die Höhe dieser Prämie hängt scheinbar vom Arbeiter selbst ab.

In Wirklichkeit bietet die Spanne zwischen Effektivlohn und Tariflohn Manövriermasse (s. KVZ Nr. 31/79) für den Kapitalisten, mit der er willkürlich verfährt.





Die Schaubilder zeigen, wie a) das Verhältnis von Tarif- zu Effektivlohn und b) daß bei einer Lohnerhöhung von 170 DM/8% mindestens eine Anhebung der unteren Lohngruppen um bis zu drei Lohngruppen erfolgt. Bei einer Absicherung der Zulage von 1,20 DM (Profilweiterbearbeitung) verstärkt sich dieser Effekt. Die Spaltungsmöglichkeit der Kapitalisten wird damit sichtbar eingeschränkt.

Sozialminister Braun verstärkt Ausbau der Sozialstationen

b.chc. Ehrenbergs Ruf nach Kosteneinsparung im Gesundheitswesen hallt dieser Tage wider durch die bürgerliche Presse. Mit weiteren Krankenkassenkosteneinsparungen gedenkt Ehrenberg zusätzliche Gelder aus den Versicherungskassen der Lohnabhängigen den Kapitalisten zuschanzen zu können. Modelle wie die ,,ambulante OP'' gilt es durchzusetzen. Die Landesregierung zeigt, wie dies zu machen ist. Sozialminister Braun wie sein Vorgänger Claussen haben sich Ehrenbergs Schuhe angezogen, wenn es um die sozialen Dienste und die Ausweitung der Sozialstationen geht. Braun: ,,Sie (die Sozialstationen) sollen vorhandene Dienste ergänzen und die Selbst- und Nachbarschaftshilfe aktivieren.'' Innerhalb von vier Jahren wurden in Schleswig-Holstein 15 Sozialstationen errichtet. 1979 investiert das Land hierin allein 4,8 Mio. DM. Ein lohnendes Geschäft, wird hierdurch doch die Verweildauer in den Krankenhäusern weiter gesenkt und kleinere OPs in ,,Selbst- und Nachbarschaftshilfe'' erledigt. 3,2 Mio. DM stellt das Land 1979 für die Hauspflegekräfte zur Verfügung. Wie weit die Kostendämpfung betrieben wird, Braun: ,,Da die räumlichen Anforderungen gering sind, können die Investitionskosten gering gehalten werden... Den an der Erprobung beteiligten Sozialstationen ist es weitgehend gelungen, die nebenberuflichen und ehrenamtlichen Mitarbeiter zu aktivieren.''

Die AWO, Diakonisches Werk, Paritätischer Wohlfahrtsverband wie die Kirchen stellen in Schleswig-Holstein 1979 zusammen 1509 Hauspflegekräfte, davon 159 hauptberuflich im Einsatz, 673 nebenberuflich und 676 ehrenamtliche. Fürwahr, das Geschäft der Landesregierung mit den sozialen Diensten und Sozialstationen lohnt sich in barer Münze. Für die Kapitalisten zählt nur die ausbeutbare Arbeitskraft, alles, was zusätzliche Kosten bereitet und auf den Profit schlägt, muß unter dem Deckmantel sozialer Dienste kostengünstig beseitigt werden. Braun und Claussen haben mit Ehrenberg einiges gemeinsam.

Raumordnung Unterelbe: Verbesserte Standortbedingungen

b.brp. Bereits Ende Juni einigten sich die Landesregierungen der Bundesländer Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen mit Zustimmung Bremens auf ein gemeinsames Raumordnungskonzept für den Unterelberaum. Die Landfläche dieses Gebietes, das längs der Elbe einen je 10 km langen Streifen umfaßt, beträgt zusammen 3200 qkm. Hiervon sollen laut Raumordnungsplan 190 qkm gleich 5,9% für Industrieansiedlungen und gewerbliche Zwecke genutzt werden; 370 qkm werden für Siedlungsflächen berechnet; zwei Drittel als überwiegend landwirtschaftliche Nutzfläche und der Rest wird als Naturschutz- und Erholungsgebiet ausgewiesen. – Damit werden bisher überwiegend landwirtschaftlich genutzte Flächen umgewandelt in Standorte für Industrieansiedlungen: vor allem bei Stade, Drochtersen sowie bei Brunsbüttel, Glückstadt und Cuxhaven. Das Gebiet von Scharhörn wird als Reservefläche für den geplanten Tiefwasserhafen vorbehalten.

Die Handelskammer Hamburg sieht mit dem Raumordnungskonzept, das im wesentlichen aus einer Zusammenstellung der in den drei Bundesländern bestehenden Raumordnungspläne und -programme nach dem Stand von Mitte 1978 besteht, einen Großteil ihrer in einem Positionspapier von 1977 erhobenen Forderungen an den Hamburger Senat erfüllt. In diesem Positionspapier verlangten die Hamburger Pfeffersäcke:

„Das Achsensystem sollte nicht nur den räumlichen Bezugsrahmen für die Infrastruktur-, sondern auch für die betriebsbezogene Förderung bilden. Das bedeutet, daß es in der Hamburger Region grundsätzlich keine flächendeckende, sondern eine differenzierte Förderung geben kann. Sie muß so abgestuft sein, daß einerseits passive Sanierungsvorgänge größeren Umfangs in den peripherer gelegenen Räumen vermieden und andererseits die in den stärker entwickelten Gebieten vorhandenen Entwicklungsimpulse im Interesse der Gesamtregion voll entfaltet werden."

Achsensystem heißt, daß von einem außerhalb Hamburgs liegenden Ort über weitere Ortschaften eine Verbindung zur Metropole Hamburg gezogen wird, so daß diese Achsen strahlenförmig auf Hamburg zulaufen. Dieses Achsensystem entspricht den wirtschaftlichen Gegebenheiten: der wirtschaftlichen Verflechtung Hamburgs mit dem Umland und der Pendlerbewegung aus dem Hamburger Umland in die Metropole. Mit dem Raumordnungskonzept für den Unterelberaum werden die Endpunkte dieser Achsen neu bestimmt und, was das Entscheidende ist, die Achsen-Städte werden ausgedünnt. Das heißt, daß die neu festgelegten Industrie- und Gewerbezentren von den jeweiligen Landesregierungen höchste Förderpriorität ge-

„Das Achsensystem sollte nicht nur den räumlichen Bezugsrahmen für die Infrastruktur-, sondern auch für die betriebsbezogene Förderung bilden. Das bedeutet, daß es in der Hamburger Region grundsätzlich keine flächendeckende, sondern eine differenzierte Förderung geben kann. Sie muß so abgestuft sein, daß einerseits passive Sanierungsvorgänge größeren Umfangs in den peripherer gelegenen Räumen vermieden und andererseits die in den stärker entwickelten Gebieten vorhandenen Entwicklungsimpulse im Interesse der Gesamtregion voll entfaltet werden."

Achsensystem heißt, daß von einem außerhalb Hamburgs liegenden Ort über weitere Ortschaften eine Verbindung zur Metropole Hamburg gezogen wird, so daß diese Achsen strahlenförmig auf Hamburg zulaufen. Dieses Achsensystem entspricht den wirtschaftlichen Gegebenheiten: der wirtschaftlichen Verflechtung Hamburgs mit dem Umland und der Pendlerbewegung aus dem Hamburger Umland in die Metropole. Mit dem Raumordnungskonzept für den Unterelberaum werden die Endpunkte dieser Achsen neu bestimmt und, was das Entscheidende ist, die Achsen-Städte werden ausgedünnt. Das heißt, daß die neu festgelegten Industrie- und Gewerbezentren von den jeweiligen Landesregierungen höchste Förderpriorität ge-

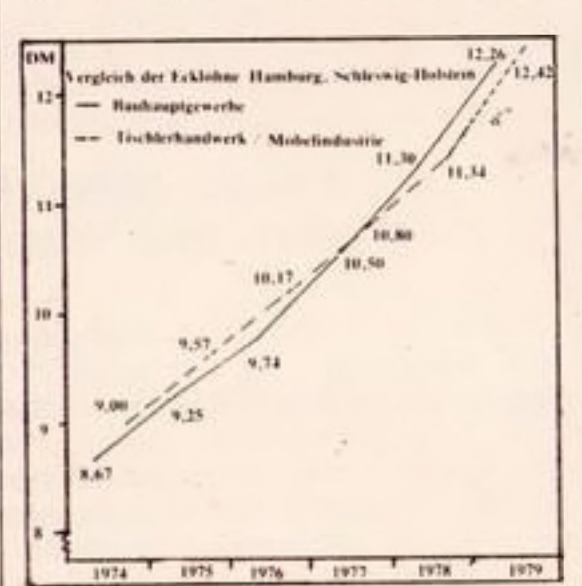
nießen, die sich dort ansiedelnden Kapitalisten entsprechend hohe Subventionen verlangen können – und das Land dazwischen veröden wird.

Die Hamburger Handelskammer preist diese erzielte Regelung mit: „Von ‚Zupflastern' keine Rede" und „Keine Überindustrialisierung". Warum dies, wo doch nur – neben Hamburg – sieben Industriegebiete ausgewiesen sind? Rückendeckung und Argumentationshilfe für den Hamburger „ökologischen" Oberbürgermeister Klose ist nicht der einzige Grund. Das Raumordnungskonzept für den Unterelberaum ist ein weiterer Schritt vor allem der Hamburger Kapitalisten, bestehende Standortvorteile gegenüber anderen Regionen zu verbessern und weiter ins Hinterland, sowohl in die angrenzenden Bundesländer als auch in die Ostblockländer zu expandieren. „Eine mit einem weiteren Abbau der industriellen Basis verbundene noch stärkere Beschränkung Hamburgs auf seine Funktion als Dienstleistungszentrum könnte zu Ungleichgewichten in der Wirtschaft- und Angebotsstruktur auf dem Arbeitsmarkt führen." (Positionspapier der IHK HH, 1977) Soll Hamburg als Basis und Sprungbrett für die industriellen Kapitalisten dienen, muß Hamburg selbst Industriezentrum sein mit vorgeschobenen Posten und einer ausreichenden Infrastruktur, weswegen die Handelskammer auch fordert, Fertigstellung der Küstenautobahn, Autobahnverbindung Hamburg-Berlin, Ausbau der Eisenbahnverbindung in die DDR, Verhandlungen mit der DDR über die Wiederaufnahme der seit 1939 unterbrochenen Arbeiten an der Kanalbrücke über die Elbe bei Magdeburg.

Tischler fordern 9% Lohnerhöhung

Angleichung an Löhne des Bauhauptgewerbes erforderlich

r.kaq. Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff fordert 9% Lohnerhöhung für den am 30.9.79 auslaufenden Tarifvertrag des Tischlerhandwerks und der Möbelindustrie für Hamburg und Schleswig-Holstein. Auf der Hamburger Mitgliederversammlung der Gewerkschaft wurde die Forderung nach 170 DM/ 9% mindestens erhoben. In der Abstimmung konnte sich der Vorstand durchsetzen. Der seit 1966 bestehende Lohnrahmentarifvertrag läßt eine Festgeldforderung nicht zu. In dem Vertrag sind die Verhältnisse der fünf bestehenden Lohngruppen festgeschrieben. Dieser Lohnrahmentarifvertrag war bereits am 31.12.72 zum erstenmal kündbar und kann jetzt wieder zum 31.12.79 gekündigt werden. Daß die Bewegung für Festgeld sich noch nicht durchsetzen konnte, hat objektive Gründe. Die Spaltung in den Lohngruppen ist geringer als in anderen Branchen. Von der Ecklohngruppe 100% – 11,39 DM bis zur untersten Lohngruppe 1 beträgt der Unterschied



1,71 DM. Die meisten seien in Lohngruppe 4 = 100% wurde von den Sozialdemokraten angeführt, was auch in den kleinen Tischlereien überwiegend der Fall ist. Doch die Holzverarbeitende Branche befindet sich im Umbruch. In der Hamburger Tischlerei Beyer, 110 Beschäftigte, bedient ein einziger Mann die ganze maschinengekoppelte Fensterstraße. Die erforderlichen Maße werden am Beginn am Schaltpult elektronisch eingegeben und von hier aus an allen Stellen automatisch geschaltet. Bei Bahner's Innenausbau, 20 Beschäftigte, werden nur noch IP 20-Spanplatten wie am Fließband verarbeitet. Der Einsatz größerer Maschinerie verändert den Arbeitsablauf und auch die Zusammensetzung des Arbeitskörpers. Werden in den Tischlereien noch die handwerklichen Fertigkeiten gebraucht, so steigt jetzt der Anteil der angelernten Kräfte in den unteren Lohngruppen, bei gleichzeitiger Verringerung der Arbeiterzahl. 25000 Holzarbeiter sind in den letzten Jahren wegrationalisiert worden. Auf einer Konferenz der Spanplattenindustrie der Gewerkschaft Holz und Kunststoff vom Juni dieses Jahres wurde sich einstimmig gegen die Ausweitung der Arbeit auf den Sonntag und die damit verbundene Konti-Schicht gewandt. 17 Schichten die Woche sind in vielen Betrieben bereits durchgesetzt. Das Ergebnis: 1960 produzierten 26316 Arbeiter eine Million Kubikmeter Platten. 1978 wurden 6,3 Millionen Kubikmeter Platten produziert, die Zahl der Arbeiter fiel dabei auf 23720. Der Umsatz pro Beschäftigtem stieg in der gesamten Holzindustrie von 53310 DM 1969 auf 122208 DM 1977. Die Löhne der Arbeiter dagegen sind nicht entsprechend gestiegen und haben auch, wie der Vergleich der Ecklöhne mit dem Bauhauptgewerbe zeigt, die Führung verloren und hinken hinteran. Der Abschluß muß hoch sein, damit eine Angleichung stattfindet. Das Problem mit dem Lohnrahmentarifvertrag und der spaltenden Prozentforderung kann damit für künftige Lohnkämpfe dabei auch gleich miterledigt werden.

Klöckner GMHütte: Neues KSE-Verfahren soll SM-Stahlwerk ersetzen

r.hej. Im Dezember 78 verkündete Gienow, Vorstandshäuptling der Klöckner-Kapitalisten, in der „Pütt und Hütte: „... Wir legen die gesamte Metallurgie in Georgsmarienhütte still und ersetzen sie durch ein KSE-Stahlwerk". Das KSE-Verfahren, gleich Klöckner-Stahlerzeugungsverfahren mit nachgeschaltetem Elektroofen, wird seit 1974 als KYS-Verfahren in GMHütte erprobt. In einem durch Gas/Öl-Brenner beheizten Gefäß wird im wesentlichen Schrott, möglich ist auch Eisenschwamm, eingeschmolzen. Über eine ständige Abstichrinne wird die flüssige Schmelze dann in einen nebenstehenden Elektroofen geleitet, indem durch Überhitzen und Legieren hochwertiger Edelstahl abgestochen wird. Eine Demonstrationsanlage für 600000 Jahrestonnen für 120 Mio. DM soll gebaut werden. Ein Kostenvorteil gegenüber dem Elektro- und SM-Stahl um 50 DM/t und Energieeinsparung von 40%, das ist schon was für die Konkurrenzschlacht.

Gebaut werden sollte die KSE-Anlage in das SM-Stahlwerk. Die alten Siemens-Martin-Öfen abreißen, die Hochofenbetriebe stillegen und entlassen, war geplant. Jetzt soll die Anlage, deren Bauzeit 2 Jahre beträgt, nicht ins SM-Stahlwerk gebaut werden. Ist damit aber die Stillegung verhindert, oder nur verschoben? Bisher ist das Verfahren noch nicht gesichert. Während der Bauzeit und der Erprobung ist eine Rohstahlversorgung der Walzstraßen von Bremen her nicht möglich. Bei Abriß und Stillegung müßte gleich die ganze Produktion auf der GMHütte eingestellt werden, bis die KSE-Anlage funktioniert. Die Stillegung der Hochofenbetriebe ist wohl nur verschoben. Denn Umrüstung auf hochwertige Edelstähle ist Ziel der Klöckner-Kapitalisten.

Dieses risikobehaftete Forschungsprojekt, das KSE-Verfahren, soll die Konkurrenzfähigkeit der Kapitalisten und „Arbeitsplätze sichern", tönen sie, womit eine Finanzierung der Anlage durch Steuergelder im Großen erhofft wird. Rund 50 bis 60 Mio. DM vom Bund, 20 Mio. DM vom Landkreis und 4 Mio. DM von der EG wollen die Klöckner-Kapitalisten einstreichen. Also für sie kein „Risiko". – Zielvorstellung der Kapitalisten ist, die Belegschaft von ca. 3800 auf 3200 zu reduzieren. Von wegen „Sicherung der Arbeitsplätze".

Bremer Senat will Blockunterricht ausweiten HBV faßt Beschluß dagegen

r.dib. Der Bremer Senat versucht seit 1976 an den Bremer Berufsschulen den Blockunterricht einzuführen. Er ist dabei von Beginn an auf heftigen Widerstand gestoßen. 1976 mußte er die für beginn des Schuljahres angekündigte Einführung aufgrund des Widerstands von Seiten der Berufsschüler zurücknehmen. Die Berufsschüler erhoben gegen die Pläne des Senats die Forderung nach 12 Stunden Berufsschule an zwei arbeitsfreien Wochentagen.

Diese Forderung richtete sich direkt gegen die Bestrebungen der Kapitalisten, die Berufsschulpflicht einzuschränken und, wenn möglich, ganz abzuschaffen. So heißt es im zweiten Berufsbildungsbericht des Bremer Senats: „Besonders umstritten war bei den Betrieben das Verbot der Beschäftigung an Berufsschultagen, wenn die Unterrichtszeit einschließlich der Pausen mehr als 5 Stunden beträgt. Diese

zwei arbeitsfreien Berufsschultagen und gegen den Blockunterricht die Taktik eingeschlagen, den Blockunterricht nur einzelnen Bereichen einzuführen. Im Nahrungs- und Genußmittelbereich ist es ihm bis zum Schuljahr 78/79 gelungen, den Blockunterricht vollständig einzuführen. Im Bereich Elektrotechnik betrug der Blockunterrichtsanteil im Schuljahr 76/77 45,9% und im Schuljahr 78/79 waren es 57,14%. Im Einzelhandel betrug er 10,5%. Bei der Einführung des Blockunterichts hat der Bremr Senat sich auf bestimmt Schulen, vor allem Schulzentren mit einzelnen stark ausgeprägten Fachbereichen konzentriert.

Am Berufsschulzentrum haben im Fachbereich E-Technik die Siemenskapitalisten einen erneuten Vorstoß unternommen. Die Ausbildungsleitung von Klöckner hat scheinheilig erklärt, sie sei auch dagegen. Die Ursache ist

gänge, Ausbau des Blockunterrichts mit dem Ziel, auf Halbjahreskurse in der NGO zu kommen."

Bildungssenator Thape hat auf einer Elternversammlung am Gymnasium

Waller Ring für dieses Modell, das nach seinen Worten auch den Arbeiterkindern eine Chance geben soll, keinen Beifall ernten können. Die Einheitsschulforderung dafür umso mehr.

Ausbeutung von Jungarbeitern über Berufsschulpflicht

r.wia. Die Kurt Lüer KG (Groß- und Einzelhandel in Osnabrück, Bramsche und Bersenbrück) nutzt die Berufsschulpflicht, um besonders profitable Ausbeutung von Jungarbeitern durchzusetzen. Die sich bewerbenden Jugendlichen unter 18 Jahre werden mittels Zeitverträgen eingestellt. Stellt sich für die Geschäftsleitung heraus, daß sie zu allen Arbeiten fähig sind, können sie bleiben.

Mit der Begründung, daß die Jun-

die ebenfalls für ganze Tage ihre Arbeitskraft verkauft haben. Eine Jungarbeiterin, 17 1/2, bekommt 600 DM brutto, das sind 491 DM netto. Die niedrigst bezahlte Arbeiterin, die ebenfalls wie die Jungarbeiterin im Lager Waren auszeichnet und abpackt, bekommt 1200 DM brutto. Für vier oder fünf Tage monatlich, die die Jungarbeiterin weniger für Lüer schuften kann, zahlt er gleich 600 DM weniger Lohn. Wenn die Jungarbeiterin 18 Jahre ist – in einem halben Jahr – soll sie als Kassiererin in Wechselschicht eingesetzt werden. Zwischen 1300 und 1600 DM zahlt Lüer seinen

Kubikmeter Platten. 1978 wurden 6,3 Millionen Kubikmeter Platten produziert, die Zahl der Arbeiter fiel dabei auf 23720. Der Umsatz pro Beschäftigtem stieg in der gesamten Holzindustrie von 53310 DM 1969 auf 122208

Konkurrenzschlacht.

Gebaut werden sollte die KSE-Anlage in das SM-Stahlwerk. Die alten Siemens-Martin-Öfen abreißen, die Hochofenbetriebe stillegen und entlassen, war geplant. Jetzt soll die Anlage,

len die Klöckner-Kapitalisten einstreichen. Also für sie kein „Risiko". – Zielvorstellung der Kapitalisten ist, die Belegschaft von ca. 3800 auf 3200 zu reduzieren. Von wegen „Sicherung der Arbeitsplätze".

Bremer Senat will Blockunterricht ausweiten
HBV faßt Beschluß dagegen

r.dib. Der Bremer Senat versucht seit 1976 an den Bremer Berufsschulen den Blockunterricht einzuführen. Er ist dabei von Beginn an auf heftigen Widerstand gestoßen. 1976 mußte er die für beginn des Schuljahres angekündigte Einführung aufgrund des Widerstands von Seiten der Berufsschüler zurücknehmen. Die Berufsschüler erhoben gegen die Pläne des Senats die Forderung nach 12 Stunden Berufsschule an zwei arbeitsfreien Wochentagen.

Diese Forderung richtete sich direkt gegen die Bestrebungen der Kapitalisten, die Berufsschulpflicht einzuschränken und, wenn möglich, ganz abzuschaffen. So heißt es im zweiten Berufsbildungsbericht des Bremer Senats: „Besonders umstritten war bei den Betrieben das Verbot der Beschäftigung an Berufsschultagen, wenn die Unterrichtszeit einschließlich der Pausen mehr als 5 Stunden beträgt. Diese Bestimmung wirkt sich jedoch nicht mehr aus, wenn der Berufsschulunterricht verblockt ist."

Die Kapitalisten hatten das Zugeständnis mit den 5 Stunden machen müssen, weil es gegen die Praxis der Kapitalisten, die Lehrlinge nach der Schule wieder in den Betrieb zu bestellen, heftigen Widerstand gegeben hatte. Diese Methode hatte in den einzelnen Branchen und den verschiedenen Lehrjahren unterschiedliche Wirkungen. In der metallverarbeitenden Industrie, wo die Lehrlinge im ersten Lehrjahr oft in der Lehrwerkstatt sind, hat es in der Hauptseite den Charakter einer Schikane zur Erziehung zum „richtigen" Verhältnis zur Ausbeutung. Im zweiten und in den weiteren Lehrjahren sieht es damit schon anders aus, weil die Lehrlinge da schon in der Produktion beschäftigt werden. Die Schwierigkeit liegt für den Kapitalisten allerdings darin, daß die Lehrlinge an den Berufsschultagen schwer in die Produktion einzuspannen sind. Wie soll man z.B. einen Lehrling bei Siemens um 14 Uhr am Nachmittag noch auf eine vielleicht 20 km weit entfernte Baustelle schaffen, wenn um 16 Uhr Feierabend ist.

Am schärfsten stellt sich die Sache in Bereichen wie z.B. dem Einzelhandel, wo mittags eine längere Pause ist und die Arbeitszeit bis 18.30 Uhr geht. Hier haben die Kapitalisten bei Nichtdurchsetzung der Forderung nach zwei arbeitsfreien Berufsschultagen die Lehrlingen jeweils einen vollen halben Arbeitstag zur Ausbeutung zur Verfügung.

Der Bremer Senat hat bei Erkennen der Bewegung für die Forderung nach zwei arbeitsfreien Berufsschultagen und gegen den Blockunterricht die Taktik eingeschlagen, den Blockunterricht nur einzelnen Bereichen einzuführen. Im Nahrungs- und Genußmittelbereich ist es ihm bis zum Schuljahr 78/79 gelungen, den Blockunterricht vollständig einzuführen. Im Bereich Elektrotechnik betrug der Blockunterrichtsanteil im Schuljahr 76/77 45,9% und im Schuljahr 78/79 waren es 57,14%. Im Einzelhandel betrug er 10,5%. Bei der Einführung des Blockunterichts hat der Bremr Senat sich auf bestimmt Schulen, vor allem Schulzentren mit einzelnen stark ausgeprägten Fachbereichen konzentriert.

Am Berufsschulzentrum haben im Fachbereich E-Technik die Siemenskapitalisten einen erneuten Vorstoß unternommen. Die Ausbildungsleitung von Klöckner hat scheinheilig erklärt, sie sei auch dagegen. Die Ursache ist die Einheit der Lehrlinge bei Klöckner in dieser Frage. So sind sämtliche Jugendvertreter auf der Grundlage eines Programms gewählt worden, in dem die Forderung nach zwei Berufsschultagen an zwei arbeitsfreien Tagen enthalten war.

Einen erneuten Vorstoß in Sachen Blockunterricht wollen jetzt auch die Bremer Einzelhandelskapitalisten unternehmen. In einem „Informationsschreiben" der Einzelhandelsabteilung der Handelskammer Bremen an alle Ausbildungsbetriebe werden die Ausbilder darauf hingewiesen, daß sie für das Schuljahr 80/81 mit der Einführung des Blockunterrichts rechnen können. Die Einzelhandelskapitalisten wollten den Blockunterricht ursprünglich zum Schuljahr 79/80 einführen. Damals war geplant, von den 12 Berufsschulstunden in der Woche 8 in Blöcke von drei Wochen zusammenzufassen und die verbleibenden 4 Stunden wöchentlich zu geben. Gegen die Einführung des Blockunterrichts hat die Fachgruppe Einzelhandel der HBV zum 1. Mai einen Beschluß gefaßt.

Der Ausbau des Blockunterrichts steht in engem Zusammenhang mit der gesamten imperialistischen Bildungsreform und dient der Verfeinerung des Aussieb- und Absaugsystems. In Bremen soll von der Neugestalteten Gymnasialen Oberstufe ein weiter Kanal direkt in die Fabriken der Kapitalisten geschaffen werden. In seinem Bericht schreibt der Senat dazu: „Die Gleichsetzung beruflicher und allgemeiner Bildung bis zum Jahre 1985 bedeutet, ... Ausbau der Sek.-2-Zentren einschließlich der Verbesserung der Fachraumstruktur für berufliche Bildungsgänge, Ausbau des Blockunterrichts mit dem Ziel, auf Halbjahreskurse in der NGO zu kommen."

Bildungssenator Thape hat auf einer Elternversammlung am Gymnasium Waller Ring für dieses Modell, das nach seinen Worten auch den Arbeiterkindern eine Chance geben soll, keinen Beifall ernten können. Die Einheitsschulforderung dafür umso mehr.

Ausbeutung von Jungarbeitern über Berufsschulpflicht

r.wia. Die Kurt Lüer KG (Groß- und Einzelhandel in Osnabrück, Bramsche und Bersenbrück) nutzt die Berufsschulpflicht, um besonders profitable Ausbeutung von Jungarbeitern durchzusetzen. Die sich bewerbenden Jugendlichen unter 18 Jahre werden mittels Zeitverträgen eingestellt. Stellt sich für die Geschäftsleitung heraus, daß sie zu allen Arbeiten fähig sind, können sie bleiben.

Mit der Begründung, daß die Jungarbeiter einmal wöchentlich zur Berufsschule müssen, bekommen die Jungarbeiter ca. die Hälfte der Bruttolöhne der niedrigst bezahlten Arbeiter, die ebenfalls für ganze Tage ihre Arbeitskraft verkauft haben. Eine Jungarbeiterin, 17 1/2, bekommt 600 DM brutto, das sind 491 DM netto. Die niedrigst bezahlte Arbeiterin, die ebenfalls wie die Jungarbeiterin im Lager Waren auszeichnet und abpackt, bekommt 1200 DM brutto. Für vier oder fünf Tage monatlich, die die Jungarbeiterin weniger für Lüer schuften kann, zahlt er gleich 600 DM weniger Lohn. Wenn die Jungarbeiterin 18 Jahre ist – in einem halben Jahr – soll sie als Kassiererin in Wechselschicht eingesetzt werden. Zwischen 1300 und 1600 DM zahlt Lüer seinen Kasiererinnen. „Großzügig" 200 DM bis 300 DM drauflegen und dann für 900 DM brutto eine ganz billige Kassiererin, so sind die Pläne.

„Praktische Ausbildung"

r.gec. Eine „praktische Ausbildung" hat der Niedersächsische Landtag den Bewerbern für Fachhochschulen mit dem 10.8. für die Aufnahme des Studiums vorgeschrieben. Dies gilt erstmals mit dem Studienbeginn fürs Wintersemester 1979/80. Das Praktikum umfaßt eine Zeit von 12 Monaten für die Studiengänge Forstwirtschaft, Gartenbau, Landbau und Landschaftspflege und von 6 Monaten für alle übrigen Studienfächer mit Ausnahme des Faches Bibliothekarwesen. Weitere Unterteilung gibt es nach entsprechendem „Reifestand". Für das jetzt beginnende Semester im Studiengang Forstwirtschaft ist das Praktikum noch auf 6 Monate begrenzt worden. Durch diese Verordnung werden die Aufnahmebedingungen zum Wintersemester drastisch verschärft. Bis zum 20.9. werden nicht viele das Praktikum nachweisen können, und es bis zum nächsten Wintersemester ableisten. Billige Arbeitskraft für die Kapitalisten springt so gleich mit heraus.

Arbeit macht frei

r.klm. Für „arbeitstherapeutische" Betriebe im Jugendknast werden jetzt acht Meister gesucht. Durch ein System von Zuckerbrot und Peitsche sollen Jugendliche zu Lohnsklaven abgerichtet werden. „Der Staat alleine kann das alles nicht schaffen, was da von ihm verlangt wird. Wir brauchen viele von Ihnen für eine... Mitarbeit!" warb Niedersachsens Justizminister Schwind auf dem letzten Weihnachtsmarkt. Ministerpräsidentengattin und Schmalstieg, SPD-Oberbürgermeister in Hannover, rührten ihm die Werbetrommel: „Lernen für die Freiheit" und „Nicht Mitleid: Anteilnahme" tönten ihre Parolen. Pfaffen salbaderten im Knastgottesdienst: „Zur Freiheit berufen". So ideologisch gerüstet geht die Bourgeoisie nun in Hameln-Tündern in die Offensive. Mit einem Heer von Sozialarbeitern, Psychologen und Werkmeistern wird den Jugendlichen ein „abgestuftes Intervalltraining" abverlangt: Schulische Bildung und Berufsausbildung stehen in Verbindung mit mit einem System von „sozialem Training", ständigen Gesprächsgruppen und Vollzugslockerungen. Am Ende dieses raffinierten Privilegiensystems steht der Freigang, wenn der Jugendliche gelernt hat, „mit den späteren Belastungssituationen fertigzuwerden." Morgens wird er dann bei einem Kapitalisten in die Produktion gesperrt, abends wieder in die Zelle. Ausbeutung unter Kontrolle des Staates – Arbeitsdienst reinsten Wassers ist das.

Überfüllung und sinkende Preise auf dem Rindermarkt

Ausbeutung der Bauern und der Dritten Welt durch Futtermittelmonopole und Landhandelskapitalisten

z.evd. Der Rindviehbestand in der Bundesrepublik hat in den letzten Jahren leicht zugenommen, von 1977: 15,19 Mio. auf 1979: 15,44 Mio. Stück. Gleichzeitig wurden 1978/79 6,7% mehr Rinder geschlachtet, 4,79 Mio. Stück, während der Verbrauch in der BRD nicht zunahm (ca. 24 kg pro Person im Jahr). 590874 Betriebe halten Rindvieh, vor allem in den Größenklassen von Betrieben von 5 bis 50 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche. Die Schlachtrindpreise sind letztes Jahr und dieses Jahr leicht gesunken.

Auf dem Rindviehmarkt drückt die Konkurrenz der Agrarkapitalisten. Für sie stellen die Rinder Kapital dar. Um die Vorteile gegenüber dem Konkurrenten zu erringen, müssen sie mit geringeren Kosten einen schnelleren Verkauf des Fleisches erreichen, damit sich das Futter, das sie in die Rinder investieren, schnell wieder versilbert. Der Kapitalist läßt daher ständig an der Veredelung der Rindviehproduktion arbeiten. Durch den Einsatz von Kraftfutter kann er erreichen, daß sich die Zeit der Mast verringert und er gleichzeitig mehr Fleisch pro Rindvieh verkaufen kann. Angenommen, es gelingt ihm, das Rind anstatt in 2 Jahren in einem Jahr zu mästen, kann er nach einem Jahr mit dem Erlös aus dem Verkauf wieder neues Rind und Futter ankaufen, worauf er früher 2 Jahre hat warten müssen. Er könnte also mit demselben Kapital die doppelte Menge Fleisch verkaufen. Er wird solange mit der schnelleren Mast Extraprofite machen, bis die anderen Kapitalisten ebenso schnell mästen können, und sie wieder neue Methoden finden müssen.

	1969/70	1976/77
Gesamtfutteraufkommen (in 1000 t Getreideeinh.) ...	50380	51538
Gesamtfuttereinfuhr	8822	12171
in Prozent	17,5	23,6
Anteil des Ölkuchens am Gesamtfutteraufkom. in %	16,7	22,3
Anteil der Einfuhr bei Ölkuchen in %	98,2	97,9
Anteil des Fisch- u. Fleischmehls Ges.futteraufk. in %	2,8	1,8
Anteil der Einfuhr bei Fisch- u. Fleischmehl in %	74,7	50,7
Anteil des Getreides am Gesamtfutteraufkom. in %	69,5	63,7
Anteil der Einfuhr bei Getreide in %	19,8	25,4

Für den Bauern, der nur für seine Lebenshaltung arbeitet, besteht der Zwang, seine Rindviehproduktion in eben derselben Weise zu verändern, weil er sonst niederkonkurriert wird. Mehr Rinder züchten bedeutet für ihn aber, mehr Land besitzen zu müssen. Entweder muß er sich dafür verschulden, oder er bekommt es nicht. Zusätzlich muß er auf jeden Fall Kraftfutter zukaufen. Eine Milchkuh z.B. liefert, nur mit Rauhfutter gefüttert (das sind z.B. Rüben, Silagen, Heu), nicht mehr als 8 – 10 l Milch am Tag, während sie mit Kraftfutter bis auf 30 l am Tag gebracht werden kann. Dieses Kraftfutter (Geschrotetes und im wesentlichen importierter Abfall von Kokos- und Palmölprodukten, sog. Ölkuchen, Tapioka, Maniok, Fischmehl) muß der Bauer aber beim Landhandelskapitalist kaufen. Damit gerät er in dessen Abhängigkeit. Zur Zeit ist Ernte. Lagerhaltung kann sich ein kleinerer Bauer nicht leisten. Die Landhandelskapitalisten zwingen den Bauern somit, ihnen jetzt z.B. die Gerste billig zu verkaufen. Im Winter muß der Bauer dann wieder Kraftfutter einkaufen, was verhältnismäßig teuer ist. Dieses Jahr kommt noch hinzu, daß die Ernte feucht ist und die Bauern sich die Trocknung nicht leisten können. Die Regierung unterstützt diese Ausbeutung der Bauern, indem sie die Lagerhaltung der Landhandelskapitalisten bezuschußt.

Außer den Bauern beuten die Landhandelskapitalisten und die Futtermittel erzeugenden Monopole auch die Völker und Länder der Dritten Welt aus. Der Raub von Futtermitteln für Vieh macht den Imperialisten überhaupt erst die Konzentration auf die Viehzucht möglich. Tapioka z.B. holen sie sich im wesentlichen aus Thailand, Soja z.B. aus Brasilien.

Die Imperialisten bringen den Stoffwechsel völlig durcheinander. Der Stickstoff, den sie der Erde in der Dritten Welt entziehen, wird nicht mehr dem Boden dort zurückgeführt. Der Mist der Rinder, die dieses Futter verwerten, kommt nicht mehr zurück. Die Länder sind gezwungen, ihren Boden künstlich zu düngen; die Düngemittel müssen sie bei den Imperialisten kaufen. Durch diese Abhängigkeit sichern sich die Imperialisten ihre billigen Importe und damit das Material zur Vernichtung des kleinen Bauern.

Manöverkritik über die Organisation der „Schneekatastrophe"

r.scm. Der niedersächsiche Innenminister Möcklinghoff hat jetzt in seinem „Bericht über den Schneenotstand im Februar 1979" Manöverkritik geübt. „Die Regelungen für Fahrverbote müssen klarer umrissen werden", verlangt er. Die Rechtsgrundlage für die Fahrverbote sieht Möcklinghoff im Gesetz über öffentliche Sicherheit und Ordnung, wobei Verstöße gegen dieses Gesetz „nicht mit Bußgeld geahndet ... werden können", weshalb er sich dafür verwendet, daß „eine Ergänzung der bundesrechtlichen Straßenverkehrsvorschriften herbeizuführen" ist. Schwierigkeiten seien aufgetreten, weil die verschiedenen Kreise unterschiedliche Verfügungen erlassen hatten und dadurch die Radiodurchsagen in der gebotenen Kürze nur ungenaue Angaben machen konnten. Der Einsatz des NDR für die „Unterrichtung der Öffentlichkeit" – „dabei handelte es sich in erster Linie um die Bekanntgabe der angeordneten verkehrsbeschränkenden Maßnahmen" – hatte entscheidende Bedeutung für die bürgerliche Katastrophenbewältigung, die darin bestand, die Straßen für die Volksmassen, die selbständig die Folgen des Unwetters beseitigten, unpassierbar zu machen. Verhandlungen mit dem NDR seien eingeleitet, „daß bei ähnlichen weiträumigen Schadensereignissen kurzfristig auch dort eine personelle Verstärkung der Stellen erfolgt, die zur Entgegennahme von Durchsageersuchen der staatlichen Stellen bestimmt sind." Auch das Kommunikationssystem der verschiedenen staatlichen Stellen untereinander will Möcklinghoff verbessert sehen. Die Bezirksregierungen sollen mit mehr Fernschreibgeräten ausgerüstet werden. Die Linie des Katastrophenschutzgesetzes, die paramilitärische Organisation, sieht Möcklinghoff als nunmehr bewährt an. Die Unterbrechung der Verbindungen unter den Massen durch die Fahrverbote seien von allen Stellen positiv beurteilt worden und würden in Zukunft wieder verhängt werden.

Sicherstellung der Versorgung der Kapitalisten mit Arbeitskraft und Rohstoff, das ist der Zweck des Ausbaus des bürgerlichen Katastrophenschutzes. Für die Volksmassen soll dagegen gelten: „Der Staat kann dem Einzelnen jedoch nicht jedes Risiko abnehmen. Die Bevölkerung muß ihren eigenen Teil an Vorsorge erbringen." Die Versorgung der Volksmassen soll als Privatsache dastehen, damit sich die zwangsmobilisierten Kräfte ganz der Versorgung der Kapitalisten widmen können.

An den Dieselpreisen verdient der Finanzminister kräftig mit

z.gab. Die gestiegenen Dieselpreise bedeuten für den Bauern erheblich höhere Betriebskosten. Das Diesel für einen 70 PS-Schlepper, der 8,5 l in der Stunde verbraucht, kostete 1978 bei einem Literpreis von 0,83 DM 7,06 DM je Stunde. Darin sind enthalten: 3,50 DM Mineralölsteuer, 0,34 DM Mehrwertsteuer auf Diesel, plus 0,42 DM Mehrwertsteuer auf die Mineralölsteuer. 1979 kostet das Diesel 1,03 DM je l. Die stündlichen Kosten betragen jetzt 8,76 DM. Die Mineralölsteuer beträgt weiterhin 3,50 DM, die erhöhte Mehrwertsteuer auf die Mineralölsteuer jetzt 0,46 DM, die Mehrwertsteuer auf den reinen Produktenpreis des Diesels 0,55 DM. Nach dem Gasölverwendungsgesetz erhält der Bauer eine „Verbilligung für versteuertes Gasöl" zum Betrieb von Ackerschleppern, Arbeitsmaschinen usw. Dafür wird er einer ganzen Serie von Polizeirechten unterworfen. Über jede Verwendung des Diesels muß er einen Buchungsnachweis führen und ihn drei Jahre lang geordnet aufbewahren. Die Kontrollbehörde hat das Recht, seine Gebäude einschließlich der Wohnräume jederzeit zu durchsuchen. Zwar kann der Bauer 41,15 DM je 100 l Gasöl und damit gerade die von ihm gezahlte Mineralölsteuer erstattet bekommen, nicht erstattet aber bekommt er die Mehrwertsteuer, die er auf die Mineralölsteuer gezahlt hat. Von 1978 bis 79 stieg die gesamte Mehrwertsteuer um 33%.

Die Bauern sollen für Manöververwüstungen zur Kasse

z.evd. 1000 Soldaten beim kanadischen Manöver „Summer Concentration" haben für mehrere 10000 DM Flurschäden angerichtet. Über das Ausmaß der Verwüstungen durch die 30000 Soldaten, 2600 Panzer, 10000 Radfahrzeuge und 300 Hubschrauber, die die Besatzer beim diesjährigen Herbstmanöver „Constant Enforcer" einsetzen werden, kann man sich demzufolge eine Vorstellung machen. Für die Bauern, deren Land verwüstet wird, und die lange streiten müssen um Entschädigung, bedeuten die Manöver grundsätzlich Verluste. Denn ersetzt werden „materielle Schäden". Was aber, wenn auf Kredit Samen eingekauft wurde, die Zinsen dafür gezahlt werden müssen, das Geld für die Entschädigungen aber wesentlich später kommt als der Ernteerlös da wäre, und dann noch um einiges niedriger? Vielerorts sind bis heute noch nicht mal die letztjährigen Schäden bezahlt, zum Teil hat wie z.B. im Schwalm-Eder-Kreis noch nicht mal eine Abschätzung stattgefunden. Die Bauern aus Oberaula bei Kirchheim haben den Gemeindevorstand beauftragt, bei der zuständigen Behörde auf eine baldige Abschätzung und Bezahlung der Schäden zu drängen und für eine frühzeitige Beseitigung der diesjährigen Manöverschäden zu sorgen. Insgesamt sollen die Manöverschäden 1978 um 20% hö-

Eine beherzte Aktion, von Erfolg gekrönt

Die Arbeiter der niederländischen Fleischindustrie erstreiken 20 Gulden pro Woche mehr

z.sec. Als die Herren Fleischfabrikanten der Niederlande am Vormittag des 24. August den Verhandlungssaal betreten, haben sie die Schlacht praktisch schon verloren. 14 Stunden später ist ihre Niederlage besiegelt: Die 12000 Lohnabhängigen in der niederländischen Fleischindustrie erhalten einheitlich 20 Gulden mehr pro Woche, rückwirkend zum 1. August 1978.

Die Löhne, die die Kapitalisten den Arbeitern in der Fleischindustrie zahlen, liegen um rund 1720% niedriger als der Durchschnittslohn der niederländischen Lohnabhängigen. 1926

(in 1000 t Getreideeinh.) 50380 51538
Gesamtfuttereinfuhr 8822 12171
in Prozent 17,5 23,6
Anteil des Ölkuchens am Gesamtfutteraufkom. in % 16,7 22,3
Anteil der Einfuhr bei Ölkuchen in % 98,2 97,9
Anteil des Fisch- u. Fleischmehls Ges.futteraufk. in % 2,8 1,8
Anteil der Einfuhr bei Fisch- u. Fleischmehl in % 74,7 50,7
Anteil des Getreides am Gesamtfutteraufkom. in % 69,5 63,7
Anteil der Einfuhr bei Getreide in % 19,8 25,4

sten, erhöhte Gittervorrichtungen zum Schutz gegen die Bodennässe aufzustellen –, die kniehohen Gummistiefel verhindern nicht, daß schon nach kurzer Zeit die Nässe hochklettert und sich die Arbeitshosen vollsaugen. Der Krankenstand ist überdurchschnittlich hoch; ältere Arbeiter sieht man in den Fleischfabriken nur wenig – sie schaffen die schwere Arbeit bei immer rücksichtsloserer Antreiberei nicht.

Seit Jahr und Tag fordert die Gewerkschaft – rund 40% der Beschäftigten in der niederländischen Fleisch-
talisten zwingen den Bauern somit, ihnen jetzt z.B. die Gerste billig zu verkaufen. Im Winter muß der Bauer dann wieder Kraftfutter einkaufen, was verhältnismäßig teuer ist. Dieses Jahr kommt noch hinzu, daß die Ernte feucht ist und die Bauern sich die Trocknung nicht leisten können. Die Regierung unterstützt diese Ausbeutung der Bauern, indem sie die Lagerhaltung der Landhandelskapitalisten bezuschußt.

Außer den Bauern beuten die Landhandelskapitalisten und die Futtermit-

falls Lohnerhöhungen – aber nur für einen Teil der Arbeiter und mehrfach gekoppelt mit dem Versuch, den bisher gezahlten Zeitlohn in Stücklohn umzuwandeln.

Die Gewerkschaft antwortet auf diese Spaltungsversuche prompt und entschlossen: Am 18. Juli fordert sie die Kapitalisten auf, über die Kündigung des laufenden Tarifvertrages zu verhandeln. Bei den ersten Verhandlungen am 15. August bekräftigt sie nochmals ihre Forderungen nach 20 Gulden pro Woche mehr, rückwirkend zum 1. Juli, und nach unverzüglichem Vorle-
ben machen konnten. Der Einsatz des NDR für die „Unterrichtung der Öffentlichkeit" – „dabei handelte es sich in erster Linie um die Bekanntgabe der angeordneten verkehrsbeschränkenden Maßnahmen" – hatte entscheidende Bedeutung für die bürgerliche Katastrophenbewältigung, die darin bestand, die Straßen für die Volksmassen, die selbständig die Folgen des Unwetters beseitigten, unpassierbar zu machen. Verhandlungen mit dem NDR seien eingeleitet, „daß bei ähnlichen weiträumigen Schadenser-

der Arbeiter, ihn zu einem entsprechenden Vertrag zu bewegen. In kürzester Zeit weitet sich die Streikbewegung aus, greift über auf Coveco und fast alle großen Betriebe der Fleischindustrie. Am 21. August beschließen die gewerkschaftlichen Vertrauensleute auf einer gemeinsamen Sitzung die endgültige, vereinheitlichende Forderung: 20 Gulden rückwirkend zum 1. Juli, einmalige Auszahlung von 500 Gulden netto zum Ausgleich für die einjährige Zahlungsverweigerung. Über 4000 der 12000 Lohnabhängigen der Fleischindustrie stehen inzwischen im Streik.

Sicherstellung der Versorgung der Kapitalisten mit Arbeitskraft und Rohstoff, das ist der Zweck des Ausbaus des bürgerlichen Katastrophenschutzes. Für die Volksmassen soll dagegen gelten: „Der Staat kann dem Einzelnen jedoch nicht jedes Risiko abnehmen. Die Bevölkerung muß ihren eigenen Teil an Vorsorge erbringen." Die Versorgung der Volksmassen soll als Privatsache dastehen, damit sich die zwangsmobilisierten Kräfte ganz der Versorgung der Kapitalisten widmen können.

Die Bauern sollen für Manöververwüstungen zur Kasse

z.evd. 1000 Soldaten beim kanadischen Manöver „Summer Concentration" haben für mehrere 10000 DM Flurschäden angerichtet. Über das Ausmaß der Verwüstungen durch die 30000 Soldaten, 2600 Panzer, 10000 Radfahrzeuge und 300 Hubschrauber, die die Besatzer beim diesjährigen Herbstmanöver „Constant Enforcer" einsetzen werden, kann man sich demzufolge eine Vorstellung machen. Für die Bauern, deren Land verwüstet wird, und die lange streiten müssen um Entschädigung, bedeuten die Manöver grundsätzlich Verluste. Denn ersetzt werden „materielle Schäden". Was aber, wenn auf Kredit Samen eingekauft wurde, die Zinsen dafür gezahlt werden müssen, das Geld für die Entschädigungen aber wesentlich später kommt als der Ernteerlös da wäre, und dann noch um einiges niedriger? Vielerorts sind bis heute noch nicht mal die letztjährigen Schäden bezahlt, zum Teil hat wie z.B. im Schwalm-Eder-Kreis noch nicht mal eine Abschätzung stattgefunden. Die Bauern aus Oberaula bei Kirchheim haben den Gemeindevorstand beauftragt, bei der zuständigen Behörde auf eine baldige Abschätzung und Bezahlung der Schäden zu drängen und für eine frühzeitige Beseitigung der diesjährigen Manöverschäden zu sorgen. Insgesamt sollen die Manöverschäden 1978 um 20% hö-
her gewesen sein als ein Jahr zuvor.

Eine beherzte Aktion, von Erfolg gekrönt

Die Arbeiter der niederländischen Fleischindustrie erstreiken 20 Gulden pro Woche mehr

z.sec. Als die Herren Fleischfabrikanten der Niederlande am Vormittag des 24. August den Verhandlungssaal betreten, haben sie die Schlacht praktisch schon verloren. 14 Stunden später ist ihre Niederlage besiegelt: Die 12000 Lohnabhängigen in der niederländischen Fleischindustrie erhalten einheitlich 20 Gulden mehr pro Woche, rückwirkend zum 1. August 1978.

Die Löhne, die die Kapitalisten den Arbeitern in der Fleischindustrie zahlen, liegen um rund 1720% niedriger als der Durchschnittslohn der niederländischen Lohnabhängigen. 1926 Gulden brutto pro Monat, netto ca. 1060, verdient bisher der in der niedrigsten Tariflohngruppe B eingestufte Arbeiter, maximal 2082 Gulden brutto ein Facharbeiter (netto: 1145), und selbst ein Meister der höchsten Lohngruppe kann mit brutto 2246 Gulden (netto: 1235) die Lebenshaltungskosten, die denen in der BRD, den Devisenkurs in Rechnung gestellt, ungefähr entsprechen, kaum bestreiten. Dabei kommen die Arbeiter auf diesen Lohn erst nach sechs Berufsjahren – vorher liegt er bis zu 6% und bei jungen Arbeitern unter 22 Jahren noch einmal bis zu 48% niedriger –, vorausgesetzt, sie halten sechs Jahre Schwerstarbeit unter unzumutbaren Bedingungen durch.

Von 1973 auf 1978 haben die Kapitalisten z.B. die Schweinefleischproduktion hauptsächlich durch Intensivierung der Arbeit um knapp 30% steigern können. Die Arbeitshetze, berichtet uns ein Funktionär der Gewerkschaft, ist schier unerträglich. Pausenlos laufen Schweinetransporte ein, werden die Tiere zum Schlachten zusammengetrieben, im Akkordtempo Stück für Stück per Stromschlag getötet, aufgehängt, aufgeschlitzt, damit Blut und Eingeweide abtropfen, zum Brühofen transportiert, durchgeschoben, damit die Borsten abbrennen, zur nächsten Station transportiert, zerlegt, weiterverarbeitet. Vor allem in den ersten Stufen der Produktion schaffen die Arbeiter in ständigem Zug, bei Temperaturen, die zwischen 10° und 40° schwanken. Knöcheltief stehen sie in dem schlammigen Blut-Wasser-Gemisch – oft weigern sich die Kapitalisten, erhöhte Gittervorrichtungen zum Schutz gegen die Bodennässe aufzustellen –, die kniehohen Gummistiefel verhindern nicht, daß schon nach kurzer Zeit die Nässe hochklettert und sich die Arbeitshosen vollsaugen. Der Krankenstand ist überdurchschnittlich hoch; ältere Arbeiter sieht man in den Fleischfabriken nur wenig – sie schaffen die schwere Arbeit bei immer rücksichtsloserer Antreiberei nicht.

Seit Jahr und Tag fordert die Gewerkschaft – rund 40% der Beschäftigten in der niederländischen Fleischindustrie sind gewerkschaftlich organisiert – die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und vor allem, daß die Kapitalisten eine Lohnuntersuchung vorlegen, mit dem Ziel der Angleichung der Löhne an die in anderen Industrien. Seit dem vorigen Jahr erhebt sie, in Erwartung dieser Untersuchung, die Forderung nach vorläufiger Lohnerhöhung von 20 Gulden die Woche. Noch konnten die Kapitalisten indes nicht zur Zahlung gezwungen werden. Auch der jüngste Tarifvertrag, dessen Abschluß die Fleischfabrikanten drei Monate, bis in den April hinein, verzögern, enthält die 20 Gulden zusätzliche Lohnerhöhung nicht. Unruhe und Zorn der Fleischarbeiter wachsen.

Zum 1. Juli dann kann die Unilever Fleischgruppe Niederlande, mit 2700 Lohnabhängigen zweitgrößter Fleischbetrieb, zum Abschluß einer Betriebsvereinbarung mit der Gewerkschaft gezwungen werden, wonach sie den Arbeitern und Angestellten 30 Gulden pro Woche mehr zahlen muß, dazu zwei einmalige Zahlungen von jeweils 70 Gulden netto. Die Lage ist für die Arbeiter günstig: Die großen Fleischkapitalisten expandieren und suchen dringend neue Arbeitskräfte, die sie zu diesem Lohn nicht bekommen können. Mit der Betriebsvereinbarung bei Unilever gerät die Front der Kapitalisten ins Wanken. Zwei weitere Betriebe, darunter Coveco, mit 3200 Beschäftigten der größte der Branche, versuchen mit „freiwilligen" Zahlungen in Höhe von 20 – 30 Gulden pro Woche dem Abschluß eines bindenden Tarifvertrages zuvorzukommen. Andere Kapitalisten ziehen nach und „bieten" ebenfalls Lohnerhöhungen – aber nur für einen Teil der Arbeiter und mehrfach gekoppelt mit dem Versuch, den bisher gezahlten Zeitlohn in Stücklohn umzuwandeln.

Die Gewerkschaft antwortet auf diese Spaltungsversuche prompt und entschlossen: Am 18. Juli fordert sie die Kapitalisten auf, über die Kündigung des laufenden Tarifvertrages zu verhandeln. Bei den ersten Verhandlungen am 15. August bekräftigt sie nochmals ihre Forderungen nach 20 Gulden pro Woche mehr, rückwirkend zum 1. Juli, und nach unverzüglichem Vorlegen der Lohnuntersuchung, damit noch zum 1. Oktober ein neuer Tarifvertrag ausgehandelt werden kann. Noch immer aber geben sich die Kapitalisten hart; sie werden es bezahlen müssen. Die Verhandlungen jedenfalls werden ergebnislos abgebrochen.

Tags darauf, am 16.8., streiken die 45 Beschäftigten der Fleischfabrik Bent. Die Gewerkschaft unterstützt den Streik sofort und handelt noch am gleichen Tag die 20 Gulden Lohnerhöhung aus, plus einer Zahlung von 350 Gulden netto. Bei einem anderen Kapitalisten genügt die Streikankündigung der Arbeiter, ihn zu einem entsprechenden Vertrag zu bewegen. In kürzester Zeit weitet sich die Streikbewegung aus, greift über auf Coveco und fast alle großen Betriebe der Fleischindustrie. Am 21. August beschließen die gewerkschaftlichen Vertrauensleute auf einer gemeinsamen Sitzung die endgültige, vereinheitlichende Forderung: 20 Gulden rückwirkend zum 1. Juli, einmalige Auszahlung von 500 Gulden netto zum Ausgleich für die einjährige Zahlungsverweigerung. Über 4000 der 12000 Lohnabhängigen der Fleischindustrie stehen inzwischen im Streik.

Als die Herren Fleischfabrikanten am Vormittag des 24. August den Verhandlungssaal betreten, steht fest, daß die meisten unter dem Druck des Streiks auf Abschluß des Vertrages drängen und notfalls auch einzeln die Forderungen unterschreiben werden. Zwar sträuben sie sich noch eine Zeitlang gegen die 500 Gulden netto, aber ihr Widerstand bricht schließlich zusammen. Mit der rückwirkenden Zahlung zum 1.8.1978 hat die Gewerkschaft ihre Forderungen ohne Abstrich durchgesetzt. Auch die Streiktage müssen die Kapitalisten bezahlen.



Als die Arbeiter der Fleischindustrie ihre Forderung nach 20 Gulden mehr durch Streiks bekräftigen, können die Kapitalisten ganz plötzlich zahlen.

Spanische Bauern setzen Erhöhung der Weinpreise durch

z.evh. Mit 9000 Traktoren besetzten vom 12. bis 18.8. die Bauern in der südspanischen Provinz Bajadoz die Straßenkreuzungen und zwangen damit das Agrarministerium zu Verhandlungen über die Preise und Kreditbedingungen für Wein, Oliven und Getreide. Für Getreide und Oliven gibt es einen gesetzlichen Mindestpreis, für Wein einen Interventionspreis. Auch nach Aufnahme der Verhandlungen führten die Bauern die Blockaden solange fort, bis Ergebnisse erzielt wurden. Während das Ministerium die Verhandlungen über Oliven mit der Begründung abbog, daß diese auf nationaler Ebene geführt werden müßten, setzte die Bauernvereinigung beim Wein folgendes durch: Alle Restbestände in den Lagerkellern von Bajadoz werden von der Regierung vor der neuen Ernte aufgekauft. Der Preis bei Weinen niedriger Qualität wird auf 120 Ptas erhöht (100 Ptas = 2,75 DM). Dies wurde jetzt von der Regierung national als Preis festgesetzt. Außerdem erreichten die Bauern, daß die Rückzahlungsfristen für Ausgleichskredite bei Getreidemißernten um drei Jahre verlängert werden. Die Regierung muß die Subventionen für die am schlimmsten von Mißernten betroffenen Gebiete von 8000 Ptas pro Hektar (dies geht bis zu 100 ha) auf 16000 erhöhen. Diese Übereinkünfte müssen von Agrarminister Espinoza noch unterzeichnet werden.

Die MTV-Spartenanhänge und die Beschäftigten in ihrem Geltungsbereich

Anhang	*Beschäftigte*
A, Allgemeiner Anhang, Verhandlungen 2.10.79	99000 Facharbeiter u. 49000 Hilfskräfte
B, Anhang Druckformherstellung	
II. Satzherstellung	39000 Facharbeiter, davon
a) manueller Bleisatz	15200
manueller Fotosatz	3300
b) maschineller Bleisatz	9400
maschineller Fotosatz	2000
elektronischer Fotosatz	600
Perforatoren	3600
III. Korrektur	4900
IV. Reproduktion (Druckvorlagenherstellung)	7400
V. Formherstellung	12200
C, Anhang Druck	
I. Bogendruck, abgeschlossen am 12.7.79	
Offsetbogendruck*	
davon Einfarbenmaschinen*	8200
davon Mehrfarbenmaschinen*	14600
Buchdruck*	12200
II. Rollenrotation, abgeschlossen am 13.6.79	
a) Buchdruckrotation*	5400
b) Offsetrotation	
davon unter Format DIN A3*	2000
davon über Format DIN A3*	2800
c) Tiefdruckrotation*	7200
d) Endlosrotation*	1300
D, Anhang Weiterverarbeitung	13600
E, Anhang Hilfskräfte	49000
F, Anhang Ausbildung	11717

* Die Angaben sind hochgerechnet aus den Angaben einer Stichprobenerfassung der Druckkapitalisten von 1977, bei der 78000 Beschäftigte erfaßt wurden, die Hochrechnung erfolgte auf eine Zahl von 200000 Beschäftigten. (Angabe Bundesverband der Druckkapitalisten). Alle Angaben beziehen sich auf 1977, bis auf die Zahl der Lehrlinge (F, 1979).

Stuttgarter Sonntagszeitung: 7-Tage-Arbeitswoche, Nachtarbeit verlängert

r.has. Wer rechnet schon gerne mit einem Kapitalisten über eine so kindische Frage wie: ,,Wieviel Arbeitstage hat eine Fünf-Tage-Woche''? Der Betriebsrat der Turmhausdruckerei im Stuttgarter Druckzentrum hätte allen Grund dazu gehabt, nachdem die dortige Geschäftsführung zum Auftakt der Sonntagszeitungsproduktion in einem Schreiben der Belegschaft dieses anbot: ,,Für die TUHA gilt... die Fünf-Tage-Woche. Durch die Aufnahme der Produktion von ,Sonntag aktuell' wird sich daran nichts ändern, d. h. es können – auch ungleichmäßig – maximal 10 Arbeitstage auf zwei Wochen verteilt werden.'' Dies steht seit Mai 1979 neben einigen anderen Unerträglichkeiten in einer Betriebsvereinbarung der Turmhausdruckerei, deren praktische Anwendung man dem Schichtplan der Abteilung Offsetrotation entnehmen kann:

tigt. Dies sowie die vom Betriebsrat mitunterschriebene Drohung an die Belegschaft, Änderungskündigungen zu verhängen, falls nicht genügend Arbeiter zu Samstagsarbeit bereit sein sollten, war es den Kapitalisten wert, einen hundertprozentigen Lohnzuschlag plus 30 DM für Samstagsarbeit zu zahlen sowie sämtliche Facharbeiter bei 120% und die Hilfsarbeiter in Lohngruppe V einzugruppieren.

Seit Anfang August haben die Betriebsräte der 4 Belegschaften, die zur Herstellung der Sonntagszeitung gezwungen wurden, einen Konzernbetriebsrat gebildet, um der planmäßigen Spalterei der Kapitalisten einen Riegel vorzuschieben; für ,,nicht existent'' versuchen ihn die Kapitalisten zu erklären. Existent ist er trotzdem, wie auch die Forderungen, die einer der beteiligten Betriebsräte – Stuttgarter Nach-

Nachtschicht	(1 freie Nacht wechselweise)	Tagschicht
Mo. od. Di.	19.30 – 4.15 = 8.25 Std.	
Mittwoch	19.30 – 4.15 = 8.25 Std.	8.00 – 18.30 = 10.00 Std.
Donnerstag	19.30 – 4.15 = 8.25 Std.	6.00 – 15.30 = 9.00 Std.
Freitag	19.30 – 4.15 = 8.25 Std.	9.15 – 19.30 = 9.75 Std.
Samstag	19.30 – 6.00 = 10.00 Std.	
Sonntag	19.30 – 4.15 = 8.25 Std.	
Gesamt	*51.25 Std.*	*28.75 Std.*

r.has. Wer rechnet schon gerne mit einem Kapitalisten über eine so kindische Frage wie: ,,Wieviel Arbeitstage hat eine Fünf-Tage-Woche''? Der Betriebsrat der Turmhausdruckerei im Stuttgarter Druckzentrum hätte allen Grund dazu gehabt, nachdem die dortige Geschäftsführung zum Auftakt der Sonntagszeitungsproduktion in einem Schreiben der Belegschaft dieses anbot: ,,Für die TUHA gilt... die Fünf-Tage-Woche. Durch die Aufnahme der Produktion von ,Sonntag aktuell' wird sich daran nichts ändern, d. h. es können – auch ungleichmäßig – maximal 10 Arbeitstage auf zwei Wochen verteilt werden.'' Dies steht seit Mai 1979 neben einigen anderen Unerträglichkeiten in einer Betriebsvereinbarung der Turmhausdruckerei, deren praktische Anwendung man dem Schichtplan der Abteilung Offsetrotation entnehmen kann:

tigt. Dies sowie die vom Betriebsrat mitunterschriebene Drohung an die Belegschaft, Änderungskündigungen zu verhängen, falls nicht genügend Arbeiter zu Samstagsarbeit bereit sein sollten, war es den Kapitalisten wert, einen hundertprozentigen Lohnzuschlag plus 30 DM für Samstagsarbeit zu zahlen sowie sämtliche Facharbeiter bei 120% und die Hilfsarbeiter in Lohngruppe V einzugruppieren.

Seit Anfang August haben die Betriebsräte der 4 Belegschaften, die zur Herstellung der Sonntagszeitung gezwungen wurden, einen Konzernbetriebsrat gebildet, um der planmäßigen Spalterei der Kapitalisten einen Riegel vorzuschieben; für ,,nicht existent'' versuchen ihn die Kapitalisten zu erklären. Existent ist er trotzdem, wie auch die Forderungen, die einer der beteiligten Betriebsräte – Stuttgarter Nach-

Nachtschicht	(1 freie Nacht wechselweise)	Tagschicht
Mo. od. Di.	19.30 – 4.15 = 8.25 Std.	
Mittwoch	19.30 – 4.15 = 8.25 Std.	8.00 – 18.30 = 10.00 Std.
Donnerstag	19.30 – 4.15 = 8.25 Std.	6.00 – 15.30 = 9.00 Std.
Freitag	19.30 – 4.15 = 8.25 Std.	9.15 – 19.30 = 9.75 Std.
Samstag	19.30 – 6.00 = 10.00 Std.	
Sonntag	19.30 – 4.15 = 8.25 Std.	
Gesamt	*51.25 Std.*	*28.75 Std.*

Mit dieser Betriebsvereinbarung haben die Kapitalisten den letzten seither arbeitsfreien Wochentag, den Samstag, in zehnstündige Nachtschicht verkehrt, die Nachtarbeit pro Woche um 2¼ Stunden ausgedehnt und den achtstündigen Arbeitstag vollständig besei-

richten – jetzt dort einbringen wird: Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden in der Woche! 60 Stunden ununterbrochene Ruhezeit für Redakteure während der Woche! Die anderen Betriebsräte sollten diese Forderungen ebenfalls aufgreifen.

Übersicht über die Verhandlungen zu den Spartenanhängen in der Druckindustrie

z.gis. Zur Zeit finden in der Druckindustrie die Verhandlungen über die Spartenanhänge zum Manteltarif statt. Im folgenden geben wir eine Übersicht über das Ergebnis der bisherigen Abschlüsse, die Forderungen der IG Druck und Papier und das Angebot der Kapitalisten.

Anhang A, allgemeiner Anhang. *I. Sicherheit und Arbeitsplatz.* Die Bestimmung des Rastertarifvertrages, der im letzten Jahr für rechnergesteuerte Textsysteme abgeschlossen wurde, daß bei zusammenhängender Bildschirmarbeit von mehr als 4 Stunden pro Stunde 5 Minuten Pause oder alle 2 Stunden 15 Minuten Pause eingerichtet werden müssen und die Bildschirmarbeit 6 Stunden am Tag nicht überschreiten darf, wenn diese Pausen aus arbeitsorganisatorischen Gründen nicht eingehalten werden, wurde auf alle Arten von Bildschirmgeräten ausgedehnt.

Weiter wurde neu festgelegt, daß bei Arbeiten an durchlaufenden Maschinen dem Arbeiter das Verlassen der Maschine zur Verrichtung persönlicher Bedürfnisse ermöglicht werden muß. Gefordert hatte die IG Druck 5 Minuten bezahlte Pause pro Stunde.

In den noch folgenden Verhandlungen will die IG Druck die Vereinbarung von betrieblichen Stellenplänen zwischen Kapitalisten und Betriebsräten durchsetzen, in denen die Anzahl der Stellen und die erforderlichen Qualifikationen festgelegt werden. Die anderen, bereits verhandelten Festlegungen entsprechen den bisherigen, wobei entgegen der Forderung der IG Druck die Hausarbeit (was vor allem den Satz betrifft), nicht grundsätzlich verboten ist, sondern die alten Ausnahmebestimmungen (betriebliche Notwendigkeiten) weiter gelten.

Anhang B, Druckformherstellung. Die Forderungen der IG Druck zielen darauf, die Bestimmungen, an welchen Maschinen Fachkräfte der Druckindustrie beschäftigt werden müssen und mit welchen Qualifikationen, auszuweiten, was insbesondere auch die Zahlung des entsprechenden Facharbeiterlohnes beinhaltet. So fordert sie z.B. unter *Punkt IIb, maschinelle Satzherstellung,* daß an Anlagen der Datenerfassung, Datenverarbeitung und Datenkorrektur für die Textbearbeitung in sämtlichen Herstellungsverfahren Schriftsetzer zu beschäftigen und mit Maschinensetzerlohn zu bezahlen sind, während die Kapitalisten das nur auf die rechnergesteuerten Textsysteme und auf Bleisatz- und Gießmaschinen einschränken wollen. Wichtig ist, daß die IG Druck die Stundenleistung an Fotosatzmaschinen auf 8000 Zeichen pro Stunde festlegen will, was im Rastertarifvertrag 1978 nicht durchgesetzt

Stellen und die erforderlichen Qualifikationen festgelegt werden. Die anderen, bereits verhandelten Festlegungen entsprechen den bisherigen, wobei entgegen der Forderung der IG Druck die Hausarbeit (was vor allem den Satz betrifft), nicht grundsätzlich verboten ist, sondern die alten Ausnahmebestimmungen (betriebliche Notwendigkeiten) weiter gelten.

Anhang B, Druckformherstellung. Die Forderungen der IG Druck zielen darauf, die Bestimmungen, an welchen Maschinen Fachkräfte der Druckindustrie beschäftigt werden müssen und mit welchen Qualifikationen, auszuweiten, was insbesondere auch die Zahlung des entsprechenden Facharbeiterlohnes beinhaltet. So fordert sie z.B. unter *Punkt IIb, maschinelle Satzherstellung,* daß an Anlagen der Datenerfassung, Datenverarbeitung und Datenkorrektur für die Textbearbeitung in sämtlichen Herstellungsverfahren Schriftsetzer zu beschäftigen und mit Maschinensetzerlohn zu bezahlen sind, während die Kapitalisten das nur auf die rechnergesteuerten Textsysteme und auf Bleisatz- und Gießmaschinen einschränken wollen. Wichtig ist, daß die IG Druck die Stundenleistung an Fotosatzmaschinen auf 8000 Zeichen pro Stunde festlegen will, was im Rastertarifvertrag 1978 nicht durchgesetzt
wurde.

Für den Bereich *Vb, Formherstellung für Tiefdruck,* will die IG Druck eine Vergrößerung der Maschinenbesetzung mit Facharbeitern durchsetzen, außerdem die Besetzung mit Hilfskräften tariflich regeln, was bisher nicht festgelegt ist. Schichtführer und Qualitätskontrolleure sollen nicht zur Maschinenbesetzung zählen, was bisher bei Schichtführern nur der Fall ist, wenn sie überwiegend Aufsichtsfunktionen wahrnehmen.

Der **Anhang C, Druck,** ist bereits vollständig abgeschlossen. Die Absicht der Kapitalisten war, die Maschinenbesetzungen drastisch zu reduzieren, während die IG Druck insbesondere Festlegungen über die Besetzung mit Hilfskräften sowie Erhöhung der Maschinenbesetzung bei schnell laufenden Maschinen forderte. Außerdem sollte die Besetzung der Rollensterne (Beschickung der Maschinen mit Papierrollen) tariflich festgelegt werden, was auch durchgesetzt wurde.

Im *Punkt I, Bogendruck,* wollten die Kapitalisten durchsetzen, daß jeder Drucker in der Regel bis zu 2 Druckmaschinen (vorher 1), 3 Tiegel (vorher 2) oder 3 Einfarben-Offsetmaschinen (vorher 2) bedienen muß, außerdem in der Regel an Mehrfarbendruckmaschinen 4 Druckwerke (vorher 2). Durchsetzen konnten sie die Bedienung von 3 Einfarben-Offsetmaschinen, die andere Besetzung mußte beibehalten werden, wobei der Zusatz ,,in der Regel'', der in der alten Vereinbarung enthalten war, vollständig gestrichen wurde. Außerdem wurde die Besetzung mit Hilfskräften festgelegt, wenn auch niedriger als die IG Druck gefordert hatte.

Auch im Bereich *Druck II, Rollenrotation, Buchdruckrotationsmaschinen,* wurde die Besetzung mit Hilfskräften festgelegt. Die Besetzung der Maschinen mit Druckern entspricht dem bisher gültigen Manteltarif-Anhang, neu ist jedoch, daß bei zusätzlichen Erschwernissen wie bei Bedienung von Zusatzaggregaten (Postkartenankleber, Beiheftung u.ä.) die Maschinenbesetzung erhöht werden muß.

Wollten die Kapitalisten im Bereich der *Offset-Rotationsmaschinen* die Besetzung um die Hälfte reduzieren – statt bisher mindestens 2 Druckern pro Maschine nur noch einer – , so mußten sie stattdessen der Festlegung der Maschinenbesetzung an Maschinen mit mehr als 2 Bedienungsebenen zustimmen, die bisher betrieblich geregelt wurde. Nicht durchgesetzt wurde die Erhöhung der Maschinenbesetzung bei hohen Maschinengeschwindigkeiten.

Für den Bereich *Tiefdruckrotationsmaschinen* hatten die Kapitalisten vor, nur noch Betriebsvereinbarungen abzuschließen. Durchgesetzt haben sie das nicht, jedoch konnte auch die IG Druck nicht durchsetzen, daß bei Maschinen mit mehr als 10000 Zylinderumdrehungen pro Stunde die Maschinenbesetzung erhöht wird. Neu festgelegt wurde, daß an jeder normal ausgestatteten Maschine mindestens 2 Hilfskräfte eingesetzt werden müssen und die Besetzung der Rollensterne im Verhältnis 1:1 erfolgt.

Im **Anhang D, Weiterverarbeitung,** (Buchbindereien, Verpackung u.ä.) ist bisher die Festsetzung der Akkorde in diesem Bereich festgelegt. Die IG Druck fordert zusätzlich die Festlegung der Maschinenbesetzungen, die Kapitalisten wollen den Anhang ganz streichen.

Für den **Anhang E, Hilfskräfte,** fordert die IG Druck, daß generell keine Jugendlichen an Rotationsmaschinen arbeiten dürfen (bisher gültig nur für Jugendliche unter 17) und an sonstigen laufenden Druckmaschinen nur mit Bogenfangen beschäftigt werden dürfen (bisher unter 16 Jahre). Die Kapitalisten wollen den Anhang streichen.

Im **Anhang F, Ausbildung,** soll durchgesetzt werden, daß die Kapitalisten den Lehrlingen nicht nur wie bisher die Schul- und Fahrtkosten beim Besuch von auswärtigen Berufsschulen sondern auch sämtliche Kosten für Ausbildungsmaßnahmen in überbetrieblichen oder überörtlichen Einrichtungen zahlen müssen.

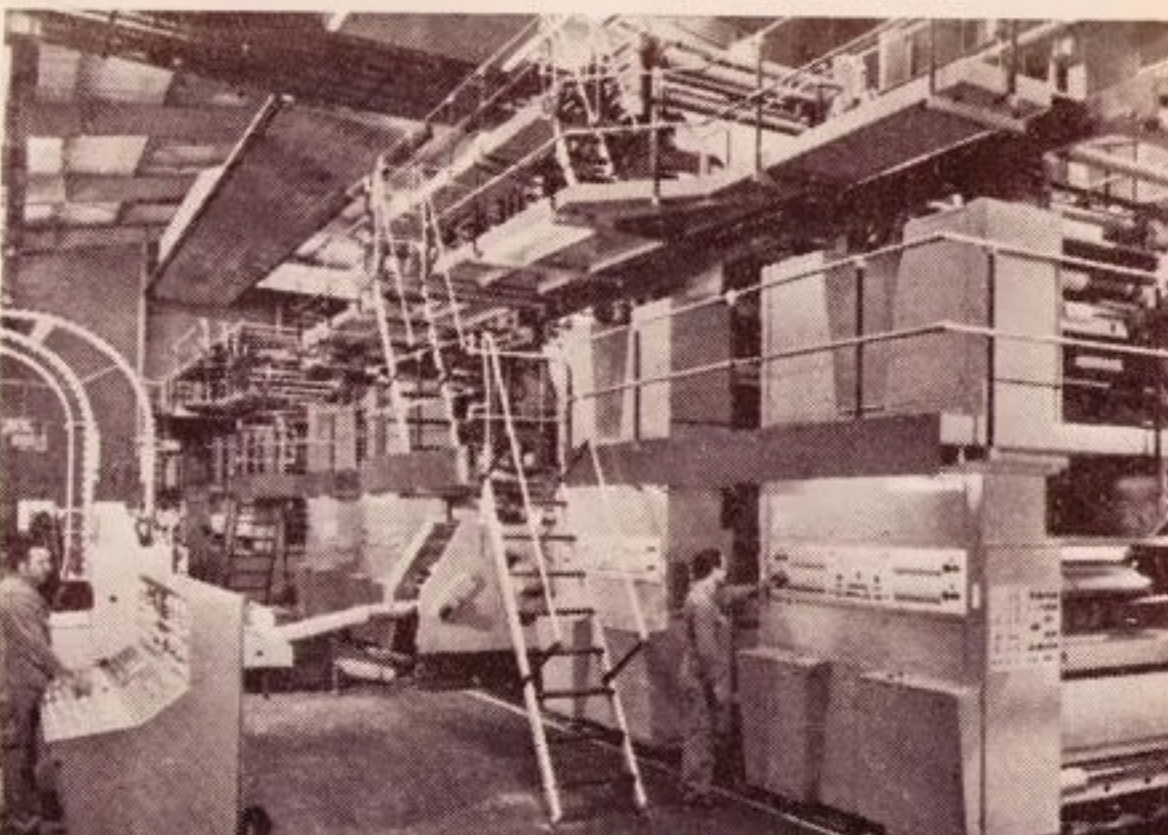


Auch im Bereich *Druck II, Rollenrotation, Buchdruckrotationsmaschinen,* wurde die Besetzung mit Hilfskräften festgelegt. Die Besetzung der Maschinen mit Druckern entspricht dem bisher gültigen Manteltarif-Anhang, neu ist jedoch, daß bei zusätzlichen Erschwernissen wie bei Bedienung von Zusatzaggregaten (Postkartenankleber, Beiheftung u.ä.) die Maschinenbesetzung erhöht werden muß.

Wollten die Kapitalisten im Bereich der *Offset-Rotationsmaschinen* die Besetzung um die Hälfte reduzieren – statt bisher mindestens 2 Druckern pro

Jugendliche unter 17) und an sonstigen laufenden Druckmaschinen nur mit Bogenfangen beschäftigt werden dürfen (bisher unter 16 Jahre). Die Kapitalisten wollen den Anhang streichen.

Im **Anhang F, Ausbildung,** soll durchgesetzt werden, daß die Kapitalisten den Lehrlingen nicht nur wie bisher die Schul- und Fahrtkosten beim Besuch von auswärtigen Berufsschulen sondern auch sämtliche Kosten für Ausbildungsmaßnahmen in überbetrieblichen oder überörtlichen Einrichtungen zahlen müssen.



Offsetrotationsmaschine mit 6 Doppeldruckwerken und 2 Bedienungsebenen für den Zeitungsdruck. Besetzung nach dem neu abgeschlossenen Manteltarif: 3 Drucker und 3 Hilfskräfte (wie bisher), für die Papierbeschickung mindestens 4 Hilfskräfte (vorher nicht festgelegt).



z.hef. **Am 3. und 4. September führen die britischen Metallarbeitergewerkschaften nach mehreren eintägigen Warnstreiks einen zweitägigen Warnstreik für die Forderung nach 80 Pfund Mindestwochenlohn für Facharbeiter (die bisher 60 Pfund verdienen) und 60 Pfund für ungelernte Arbeiter (bisher 45 Pfund) durch.** Weit über eine Million von den zwei Millionen betroffenen Metallarbeitern hatten sich an den bisherigen Streiks beteiligt. Zahlreiche Kapitalisten außerhalb des Kapitalistenverbandes und elf Mitglieder des Verbandes haben inzwischen mit 80 Pfund abgeschlossen. Für die Arbeiter ist es schwer, die Einheit in diesem Kampf herzustellen. Denn erst *nach* den nationalen Verhandlungen werden die *betrieblichen Verhandlungen* über die eigentliche Lohnerhöhung geführt. Außer in Bezug auf Zuschlags- und Überstundenberechnung haben die 80 Pfund nur für eine Minderheit direkte Auswirkungen auf den Lohn. Und die Gewerkschaftsführung tut nichts zur Vereinheitlichung der betrieblich erhobenen Forderungen gegen die Kapitalisten. Teile der Belegschaften sind deshalb unzufrieden mit dem Streikaufruf, auch deshalb, weil die Gewerkschaft kein Streikgeld zahlt. Mit Anzeigenkampagnen und Fernsehberichten versuchen die Kapitalisten die Unzufriedenheit zu nutzen.

z.jon. **Bei Ford Spanien in Almusafes (Valencia) – der Autofabrik mit den niedrigsten Löhnen in Spanien – streikten die 10200 Arbeiter am 20.8., dem ersten Tag nach den Betriebsferien.** Sie fordern Rücknahme der Disziplinarmaßnahmen (Lohnstreichung) gegen zwölf Arbeiter und der Entlassung von 25 Arbeitern, die sich an den seit Januar geführten Aktionen für einen neuen Tarifvertrag beteiligten. Seit Monaten werden Überstunden und Samstagsarbeit verweigert. Am 23.8. wurde erneut gestreikt. Die US-Kapitalisten wollen nicht mehr als die Lohnleitlinie der spanischen Regierung zahlen. Die Regierung hat jetzt diese Lohnleitlinie von 14% um 1,7% erhöht und an eine ,,Preissteigerungsrate von 16% angepaßt''. Sie erklärte, in diesen 16% sei nicht der ,,Kaufkraftverlust aus den Ölpreiserhöhungen enthalten'', den ,,das ganze Land'' zu tragen habe.

z.evh.Paris. **Auf Aufruf der Gewerkschaften CGT und CFDT legten am 17.8. die Arbeiter der Renaultwerke/-Mans in Frankreich die Arbeit für eine Stunde nieder.** Sie forderten, daß die Erhöhung der Bandgeschwindigkeit um 20% im Motorenbau zurückgenommen wird, und eine allgemeine Lohnerhöhung. Um die erhöhte Produktionsgeschwindigkeit durchzusetzen, hatten die Kapitalisten denen, die das neue Tempo halten würden, eine Prämie von 1000 Francs (425 DM) versprochen. Ein Gewerkschafter aus Mans erklärte dazu, daß die Arbeiter die neue Bandgeschwindigkeit unmöglich einhalten könnten. Wenn man es aus Geldmangel trotzdem versuche, sei man spätestens nach einem Monat kaputt. Der Lohn der betroffenen unteren Facharbeiter beträgt durchschnittlich 3200 Francs brutto (1450 DM). ,,Die Firmenleitung hat uns gegenüber die Prämie damit begründet, daß sie die Arbeiter an einer Produktivitätssteigerung beteiligen will. Wir haben ihr geantwortet, daß die Produktivität in der ganzen Fabrik erhöht wird und *alle* mehr Lohn bekommen müssen.'' Die während der Urlaubszeit anwesenden 3000 Arbeiter (von 9000) schlossen sich alle dem Streik an. Weitere Aktionen werden vorbereitet.

z.mat.Sydney. **Die Arbeiter des Autozulieferbetriebs Wylie in Adelaide organisieren mit Hilfe der Metallarbeitergewerkschaft AMWSU den Streik für ausreichenden Tariflohn.** 131 Dollar beträgt der Tariflohn. Die betriebliche Zulage beträgt bei Chrysler über 30 Dollar, bei Wylie, 100% in Chrysler-Besitz, 5 Dollar. Nach Beginn des Tarifkampfs beschlossen die Wylie-Arbeiter zusätzlich zu den zwei nationalen 48-Stundenstreiks einen Überstundenstreik, den die Kapitalisten durch Entlassung von zehn Arbeitern brechen wollten. Die Australasian Society of Engineers Ase, bei der viele Wylie-Arbeiter organisiert waren, war nicht bereit, einen Streik zu ihrer Wiedereinstellung zu organisieren. Inzwischen sind 400 der 600 Arbeiter AMWSU-Mitglieder, und der Streik begann am 8. August.

z.ulg.Rom. **Die Stahlarbeiter von Piombino in Mittelitalien stehen im Kampf gegen eine Erhöhung der gleichzeitig abzustechenden Stahlmenge.** Die Geschäftsleitung des staatsmonopolistischen Stahlwerks hatte die Menge kürzlich von 96 auf 106 Tonnen heraufgesetzt. Die Gießpfannen, in die der 1600 Grad heiße flüssige Stahl aus den Konvertern zunächst gefüllt wird, sind damit bis auf wenige Zentimeter unter den Rand gefüllt. Mit Kränen werden die vollen Gießpfannen dann zum Block- oder Strangguß transportiert – über die Köpfe der an den Gußanlagen beschäftigten Arbeiter. Der kleinste Zwischenfall kann zum Überschwappen des flüssigen Stahls und damit zu tödlichen Unfällen führen. Seit dem 22.8. weigern sich die betroffenen 300 Arbeiter, an den überfüllten Gießpfannen zu arbeiten. Sind mehr als 96 Tonnen abgestochen worden, wird eine Stunde gestreikt. In den ersten drei Tagen waren dadurch bereits sechs Gießpfannen vorerst unbrauch-

AEG: Angriff auf die IGM zurückgeschlagen – Vertrauensleute beschließen Übertarifforderung

z.hat. Mit der Neuwahl des Vertrauensleutekörpers der IG Metall verstärken die AEG Kapitalisten ihre Angriffe auf die IGM. Gegipfelt hatte dies in dem Vorhaben, den ehemaligen Jugendvertreter und jetziges Mitglied in der Vertrauenskörperleitung, Uwe Zabel, nicht weiter zu beschäftigen.

Mit der Wahl des Vertrauenskörpers schaffte sich die AEG Belegschaft ein starkes Instrument gegen die Angriffe der Kapitalisten. Die Vertrauenskörperleitung legte im Juni ein Programm vor, nach dem die Lohnverteilung, die Akkord- und Schichtarbeit und die Umsetzungen untersucht werden sollten. Die Lohnfrage und die Vorbereitung der Lohnbewegung wurden als Schwerpunkt der Vertrauensleutetätigkeit festgelegt. Am 1. Mai forderte der Vertrauenskörper das Verbot der Schichtarbeit.

Dieses Programm widersprach völlig den Interessen der AEG Kapitalisten. In einer Flugschrift des KBW, zu den Betriebsversammlungen herausgegeben, wird zu den Absichten der AEG Kapitalisten ausgeführt: „Die Ausbeutung an ‚neuen Techniken', wie NC-Werken oder dem Bestrahlungszentrum bringt den Kapitalisten schon in Tagbetrieb einen Extraprofit. Um diesen zu steigern, müssen sie die Maschinerie rund um die Uhr am Laufen halten...

Bei AEG N4 arbeiten bisher ca. 32 Arbeiter, vor allem an den numerischen Fräs- und Drehbänken, in Schicht. Maschinenbediener in der mechanischen Werkstatt müssen neben der laufenden Kontrolle auch noch Nebenarbeiten (Entgraten) machen, das alles bei ständigem Lärm und schlechter Luft durch Kühlschmierdämpfe. Diese Belastung müssen vor allem die Junggesellen oder ehemalige Lehrlinge auf sich nehmen, weil der Tarif (beim Normalarbeitstag) nicht reicht. Diese Arbeiter stellt AEG bevorzugt zu Hungerlöhnen ein. In der Industriestraße werden seit einiger Zeit Einstellungen nur noch mit ‚schichttauglich' vorgenommen."

Auf der Betriebsversammlung jammerte der Personalchef Elsebrook dann auch über die „zu hohen Löhne". Durchkreuzt wurde ihnen dieses Manöver, als der Beschluß des VK, in diesem Jahr eine Forderung von 170-200 DM / 8% mindestens aufzustellen, mit großem Beifall begrüßt wurde. Die Kapitalisten wollten nun die Erörterung als nicht rechtmäßig erklären und damit beenden. Dies scheiterte an dem schroffen Angriff des IGM Sekretärs, Oskar Schröder, der die Forderung unterstützte.

Die Angriffe der AEG Kapitalisten sind an der Einheit der Belegschaft gescheitert. Noch vor den Betriebsversammlungen, einen Tag vor der Gerichtsverhandlung, wurde der Arbeiter Uwe Zabel als Feinmechaniker eingestellt. Lehrlinge eines Lehrjahres hatten sich beim Richter angemeldet und einen großen Saal bestellt.

Die Kapitalisten durchlöchern systematisch die Lohnfortzahlungspflicht

z.evd. Die Arbeiterklasse hat in großen Streikkämpfen in den 50er Jahren die Lohnfortzahlung durchgesetzt. Nach der gesetzlichen Festlegung müssen die Kapitalisten aber nicht zahlen, wenn den Arbeiter ein angebliches „Verschulden" trifft. Die Fälle, in denen die Kapitalisten Lohnfortzahlung verweigern, kann man in zwei Gruppen einteilen: erstens in Arbeitsunfälle, bei denen die Kapitalisten den Arbeitern heuchlerisch vorwerfen, persönliche Schutzvorrichtungen nicht beachtet zu haben; zweitens Fälle, bei denen sich die Kapitalisten aus der Lohnfortzahlungspflicht rauswinden, indem sie durch die bürgerlichen Gerichte „einen gröblichen Verstoß gegen das von einem verständigen Menschen im eigenen Interesse gebotene Verhalten" feststellen lassen. Trunkenheit am Steuer nach Biertrinken auf der Baustelle; überhöhte Geschwindigkeit bei regennasser Fahrbahn; Unfall bei Schwarzarbeit; Kniegelenkbeschwerden wegen Fußballspielen; Verletzung, weil der Arbeiter während der Arbeit die Schutzbrille nicht trug. „Ein pflichteifriger Arbeitnehmer, der sich im Dienste seines Arbeitgebers überar-

Die Kapitalisten durchlöchern systematisch die Lohnfortzahlungspflicht

z.evd. Die Arbeiterklasse hat in großen Streikkämpfen in den 50er Jahren die Lohnfortzahlung durchgesetzt. Nach der gesetzlichen Festlegung müssen die Kapitalisten aber nicht zahlen, wenn den Arbeiter ein angebliches „Verschulden" trifft. Die Fälle, in denen die Kapitalisten Lohnfortzahlung verweigern, kann man in zwei Gruppen einteilen: erstens in Arbeitsunfälle, bei denen die Kapitalisten den Arbeitern heuchlerisch vorwerfen, persönliche Schutzvorrichtungen nicht beachtet zu haben; zweitens Fälle, bei denen sich die Kapitalisten aus der Lohnfortzahlungspflicht rauswinden, indem sie durch die bürgerlichen Gerichte „einen gröblichen Verstoß gegen das von einem verständigen Menschen im eigenen Interesse gebotene Verhalten" feststellen lassen. Trunkenheit am Steuer nach Biertrinken auf der Baustelle; überhöhte Geschwindigkeit bei regennasser Fahrbahn; Unfall bei Schwarzarbeit; Kniegelenkbeschwerden wegen Fußballspielen; Verletzung, weil der Arbeiter während der Arbeit die Schutzbrille nicht trug. „Ein pflichteifriger Arbeitnehmer, der sich im Dienste seines Arbeitgebers überar-

beitet und dadurch krank wird (‚Manager-Herzinfarkt')", hat Raubbau mit seiner Gesundheit getrieben, in so einem Fall wird aber noch nicht von Selbstverschulden gesprochen. Wenn sich aber ein „schwerbeschädigter Bauarbeiter im Akkord" übernimmt und dadurch arbeitsunfähig wird, so dürfe man die Anwendung des Selbstverschuldungsprinzips nicht ausschließen, empfiehlt ein Kommentar zum Gesetz.

Um dieses „Verschulden des Arbeitnehmers" (§1 des Lohnfortzahlungsgesetzes) gibt es laufend Gerangel seitens der Kapitalisten und ständige Aushöhlung der Lohnfortzahlungspflicht.

Die Ausgaben der Kassen für Krankengeld steigen in größerem Maße als die Nettolohnsumme, was einen Begriff von dem anwachsenden Krankenstand und der Überwälzung der Kosten dafür auf die Kassen gibt. Man muß die bedingungslose Lohnfortzahlung fordern, weil man sonst in Teufels Küche kommt. Ist die Abhängigkeit der Lohnfortzahlung vom „Nicht-Selbstverschulden" gang und gäbe, wäre der nächste Schritt, daß „Selbstverschulden" zu „Vorsätzlichkeit" erklärt wird. Und dafür hat die Reichsversicherungsordnung die Streichung des Krankengeldes vorgesehen: „Die Satzung kann Mitgliedern das Krankengeld ganz oder teilweise für die Dauer einer Krankheit versagen, die sie sich

dürfe man die Anwendung des Selbstverschuldungsprinzips nicht ausschließen, empfiehlt ein Kommentar zum Gesetz.

Um dieses „Verschulden des Arbeitnehmers" (§1 des Lohnfortzahlungsgesetzes) gibt es laufend Gerangel seitens der Kapitalisten und ständige Aushöhlung der Lohnfortzahlungspflicht.

Die Ausgaben der Kassen für Krankengeld steigen in größerem Maße als die Nettolohnsumme, was einen Begriff von dem anwachsenden Krankenstand und der Überwälzung der Kosten dafür auf die Kassen gibt. Man muß die bedingungslose Lohnfortzahlung fordern, weil man sonst in Teufels Küche kommt. Ist die Abhängigkeit der Lohnfortzahlung vom „Nicht-Selbstverschulden" gang und gäbe, wäre der nächste Schritt, daß „Selbstverschulden" zu „Vorsätzlichkeit" erklärt wird. Und dafür hat die Reichsversicherungsordnung die Streichung des Krankengeldes vorgesehen: „Die Satzung kann Mitgliedern das Krankengeld ganz oder teilweise für die Dauer einer Krankheit versagen, die sie sich

vorsätzlich zugezogen haben." (§192,1 RVO) Sowieso beträgt Krankengeld nur 80% des Nettolohnes. Die Lohnfortzahlung entspricht dem Nettolohn, aber mit dem Pferdefuß, daß „Zuschläge, die ausschließlich erhöhte Aufwendungen des Arbeiters abgelten sollen", nicht fortgezahlt werden.

R.T.T.-Arbeiter fordern Höhergruppierungen

„Diensteiferstreik"-Aktionen der belgischen Telefon- und Telegrafenarbeiter

z.zik.Brüssel. Seit dem 20. August führen die Beschäftigten der belgischen Régie des Télégraphes et des Téléphones (R.T.T.) einen sogenannten „Diensteiferstreik" durch, was bedeutet, sie arbeiten streng nach Vorschrift. Hauptforderungen sind: Erhöhung der Gehaltstarife für einige der unteren und mittleren Gehaltsstufen, Neueinstellungen und Aufrechnung der mit der Einführung der 38-Stundenwoche zum 1.10.1979 freiwerdenden Stunden auf volle Tage. Die Forderungen sind seit März 1979 aufgestellt. Der im Mai 1978 geschlossene Tarifvertrag im öffentlichen Dienst ist bis Ende 1979 gültig. Es wurde aber gleichzeitig beschlossen, im Laufe der Jahre 1978 und '79 über eine Veränderung der Gehaltstarife der unteren Gruppen in Verhandlungen zu treten, die Forderungen der Gewerkschaften beziehen sich auf diese Vereinbarung.

Nach Angaben der „gemeinsamen Front" der Christlichen und der Sozialistischen Gewerkschaft im Bereich der R.T.T. wird die Aktion im ganzen Land durchgeführt: Die Telegrammboten fahren jetzt mit normaler Geschwindigkeit, anstatt wie bisher unter Zeitdruck zu rasen, und sie suchen sich einen „legalen Parkplatz"; Telegrammanweisungen, die nicht korrekt sind, werden rigoros zurückgeschickt; die Telefonvermittlungen arbeiten im normalen Rhythmus und sehr sorgfältig; Überstunden werden grundsätzlich keine mehr gemacht.

Über die Wirkung dieser Aktion berichtet die Presse: In Charleroi sei der Telefonverkehr zu 70% zusammengebrochen, in Liège hätte eine unbekannte Stimme sich in Gespräche eingemischt, sogar ein Gespräch zwischen einem Rechtsanwalt und dem Justizministerium sei brutal unterbrochen worden mit dem Hinweis, die Leitung freizumachen. „Verletzung des Fernmeldegeheimnisses" tönt der „Libre Belgique" und zitiert den Bürgermeister von Liège, der die Übernahme der R.T.T. durch das Innenministerium fordert (die R.T.T. untersteht dem Postminister).

Bei der staatlichen Telefon- und Telegrafengesellschaft sind derzeit 27535 Beschäftigte in Dienst. 1976 waren es noch 28096 und 1975 noch 28739. Unter den derzeit Beschäftigten sind ca. 15000 Arbeiter, ca. 9000 Angestellte und ca. 1900 Beamte. Diese sinkende Anzahl an Beschäftigten muß ein ständig wachsendes Maß an Arbeitskraft für den staatlichen Dienstherrn verausgaben. Betrug die Anzahl der Telefonanschlüsse 1975 noch 1,84 Mio., so 1976 1,9 Mio., und 1978 waren es bereits über 2 Mio. Anschlüsse. – Von 2,1 Mrd. 1975 über 2,3 Mrd. 1976 ist die Anzahl der Telefonminuten auf über 3 Mrd. 1978 gestiegen. – Ähnlich

Über die Wirkung dieser Aktion berichtet die Presse: In Charleroi sei der Telefonverkehr zu 70% zusammengebrochen, in Liège hätte eine unbekannte Stimme sich in Gespräche eingemischt, sogar ein Gespräch zwischen einem Rechtsanwalt und dem Justizministerium sei brutal unterbrochen worden mit dem Hinweis, die Leitung freizumachen. „Verletzung des Fernmeldegeheimnisses" tönt der „Libre Belgique" und zitiert den Bürgermeister von Liège, der die Übernahme der R.T.T. durch das Innenministerium fordert (die R.T.T. untersteht dem Postminister).

Bei der staatlichen Telefon- und Telegrafengesellschaft sind derzeit 27535 Beschäftigte in Dienst. 1976 waren es noch 28096 und 1975 noch 28739. Unter den derzeit Beschäftigten sind ca. 15000 Arbeiter, ca. 9000 Angestellte und ca. 1900 Beamte. Diese sinkende Anzahl an Beschäftigten muß ein ständig wachsendes Maß an Arbeitskraft für den staatlichen Dienstherrn verausgaben. Betrug die Anzahl der Telefonanschlüsse 1975 noch 1,84 Mio., so 1976 1,9 Mio., und 1978 waren es bereits über 2 Mio. Anschlüsse. – Von 2,1 Mrd. 1975 über 2,3 Mrd. 1976 ist die Anzahl der Telefonminuten auf über 3 Mrd. 1978 gestiegen. – Ähnlich

beim Telex: Die Belegung der Telexleitungen betrug 1975 noch 109 Mio., 1976 bereits 116 Mio. Telexminuten.

Diese Zahlen zeigen das Ausmaß der Intensivierung der Arbeit bei der R.T.T. Dazu kommt, daß – nach Angaben der Gewerkschaft CGSP – 75% der R.T.T.-Beschäftigten Schichtarbeiten (im Vergleich: 1975 betrug der Durchschnitt der Schichtarbeiter in der belgischen Industrie 18,5%). Die durch in Rente gehende Arbeiter und Angestellte freiwerdenden Stellen werden nicht mehr besetzt oder mit sogenannten Praktikanten besetzt, die nach Angaben der R.T.T.-Verwaltung zwei Prozent der Beschäftigten ausmachen. Es handelt sich dabei um staatliche Arbeitsbeschaffung, die „Praktikanten" erhalten nur einen Teil des Lohnes der übrigen Beschäftigten.

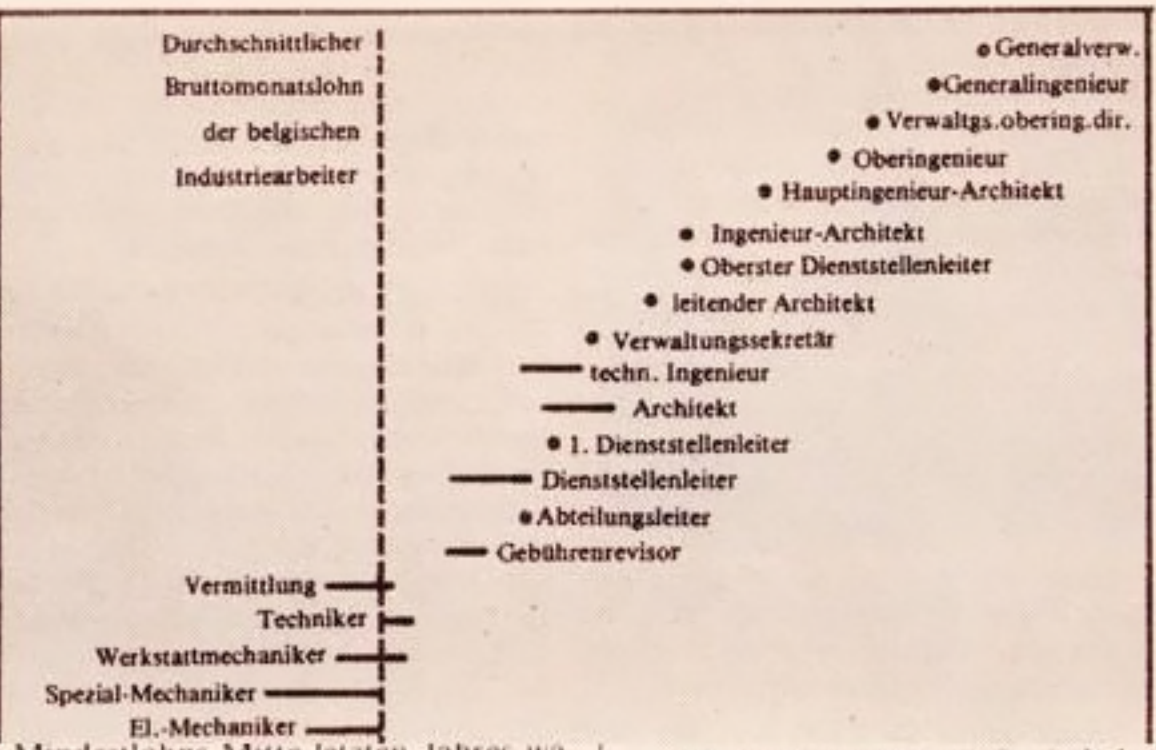
Der Lohn der Masse der Arbeiter und Angestellten der R.T.T. liegt, wie aus dem Schaubild ersichtlich, unter dem Durchschnitt der Industriearbeiter. Wir haben für alle aufgeführten Berufsklassen das siebte Dienstjahr genommen, die Anfangsgehälter liegen noch erheblich darunter; in den unteren drei Kategorien (die Berufsbezeichnungen sind aus insgesamt 17 Berufskategorien herausgenommen, die in diesen drei Gehaltstarifgruppen eingestuft sind) befinden sich 36,3% aller R.T.T.-Beschäftigten, in der vierten bis einschließlich der siebten Stufe weitere 40,7%, zusammen also 77% der Arbeiter und Angestellten, die selbst nach sieben Dienstjahren ein Bruttogehalt erhalten, das unter dem Durchschnittsbruttolohn der belgischen Industriearbeiter liegt. Den Ortszuschlag dazugerechnet, der ca. 8% ausmacht, liegen immer noch beträchtliche Teile darunter.

Nach der Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns Mitte letzten Jahres waren alle Gehaltstarife bei R.T.T., die darunter lagen, auf dieses Niveau angehoben worden. Das betraf vor allem die ersten Dienstjahresgruppen bei den Hilfskräften und den Installateuren, für die diese Anhebung bis zu umgerechnet ca. 94 DM pro Monat ausmachte.

Die Durchsetzung der jetzt erhobenen Forderungen würde bei den Hilfskräften im ersten Dienstjahr ca. 4800 bfr im Jahr oder etwa 25 DM im Monat ausmachen, bei den Installateuren ca. 60 DM/Monat, bei den Elektromechanikern umgerechnet ca. 77 DM/-Monat. Obwohl die Spaltung unter ihnen nicht verringert würde, könnte doch der Druck auf das gesamte Lohnniveau gemildert werden.

Gleichzeitig fordert die „gemeinsame Front" die Aufrechnung der durch die für den 1. Oktober geplanten Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 38 Stunden freiwerdenden Stunden auf volle Tage. Die belgische Regierung will die 24 Minuten, die sich pro Tag bei Umrechnung der Verkürzung ergeben, aufsplitten auf einen Teil morgens und einen Teil abends. Sie beabsichtigt damit eine weitere Intensivierung der Arbeit, darüber hinaus würde diese Maßnahme den Kampf für die Verkürzung des Arbeitstages zur Farce machen. Denn zwölf Minuten abends und zwölf Minuten morgens wären tatsächlich keine spürbare Verbesserung mehr. Die Gewerkschaften bei der R.T.T. fordern dagegen – wie auch die Gewerkschaften in den anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes – die Aufsummierung auf volle Tage und die Gewährung in der Form von einem zusätzlichen Urlaubstag alle zwei Monate. Gegenüber der Aufsplitterung durch die Regierung scheint das vernünftig, dem Kampf für die Verkürzung des Normalarbeitstages aber ist, so sehr die Lohnabhängigen den längeren Urlaub brauchen, damit nicht gedient.

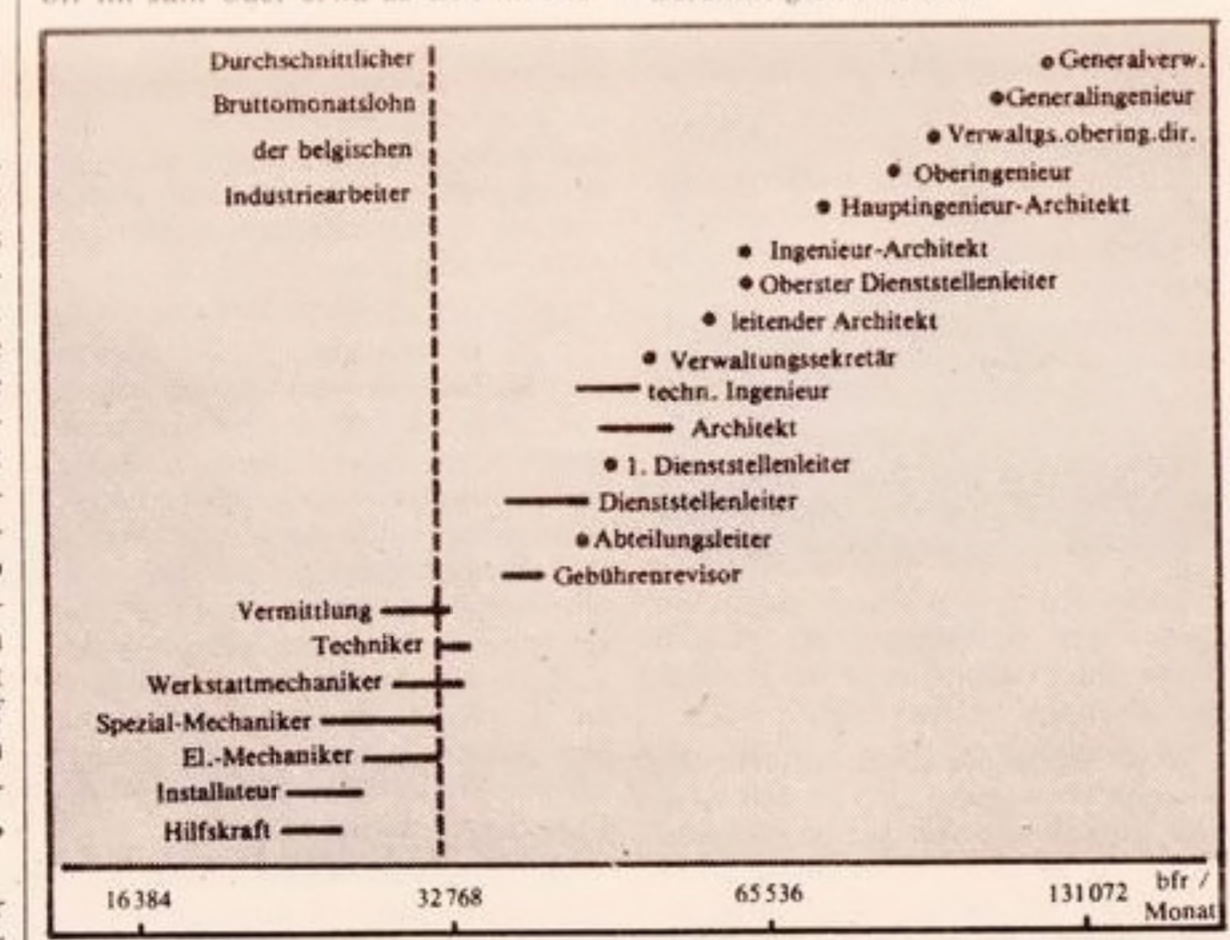
Den Forderungen nach Anhebung der Gehaltstarife hat die belgische Regierung bisher noch nicht nachgegeben. Sie versucht, die R.T.T.-Beschäftigten mit solchen „Angeboten" hinzuhalten wie: Ab Ende Dezember 1982 wolle sie für jedes Prozent neuer Telefonanschlüsse 0,4% mehr Arbeiter der unteren Gehaltsstufen einstellen. Wenn sie am 5. September, bei den nächsten Verhandlungen, die Forderungen nicht erfüllt, wollen die R.T.T.-Beschäftigten streiken.



Mindestlohns Mitte letzten Jahres waren alle Gehaltstarife bei R.T.T., die darunter lagen, auf dieses Niveau angehoben worden. Das betraf vor allem die ersten Dienstjahresgruppen bei den Hilfskräften und den Installateuren, für die diese Anhebung bis zu umgerechnet ca. 94 DM pro Monat ausmachte.

Die Durchsetzung der jetzt erhobenen Forderungen würde bei den Hilfskräften im ersten Dienstjahr ca. 4800 bfr im Jahr oder etwa 25 DM im Mo-

Den Forderungen nach Anhebung der Gehaltstarife hat die belgische Regierung bisher noch nicht nachgegeben. Sie versucht, die R.T.T.-Beschäftigten mit solchen „Angeboten" hinzuhalten wie: Ab Ende Dezember 1982 wolle sie für jedes Prozent neuer Telefonanschlüsse 0,4% mehr Arbeiter der unteren Gehaltsstufen einstellen. Wenn sie am 5. September, bei den nächsten Verhandlungen, die Forderungen nicht erfüllt, wollen die R.T.T.-Beschäftigten streiken.



Lage der Gehälter der R.T.T.-Beschäftigten zum Durchschnittslohn der Industriearbeiter, jeweils siebtes Dienstjahr. Die Spanne in einigen Gehaltsgruppen kommt durch verschiedene Untergruppen in diesen Gruppen.

---

bar geworden, weil der Stahl darin erkaltet war. Um den Widerstand der Belegschaft zu brechen, hat die Geschäftsleitung neun an den Aktionen beteiligten Arbeitern jeweils einen Tageslohn abgezogen. Dagegen haben die Arbeiter des ganzen eigentlichen Stahlwerks am letzten Donnerstag zwei Stunden gestreikt.

Die Arbeiter des Reifentestgeländes des österreichischen Reifenkonzerns Semperit haben eine Resolution an den Betriebsrat gerichtet. Darin erklären sie, daß ihre „Zustimmung" zu Gratisschichten von den Kapitalisten durch Kündigungsdrohung erpreßt worden ist. Alle 13000 Semperit-Arbeiter waren in den letzten Wochen aufgefordert worden, „freiwillig und unwiderruflich auf ihren Lohn bzw. Gehalt für je einen Arbeitstag in den Monaten September und November 1979 sowie Januar und Juni 1980 zu verzichten", um „zu den Sanierungsbemühungen des Unternehmens beizutragen". Arbeiter, die die Unterschrift verweigerten, wurden gekündigt. Im Juni hatten die Semperit-Kapitalisten versucht, den Arbeitern den „freiwilligen Verzicht" auf den ohnehin lumpigen Chemieabschluß von 4% abzuringen. Diese Unverschämtheit wurde zurückgeschlagen. Die Belegschaft des Reifentestgeländes fordert nun den Betriebsrat auf, gegen die Kündigungen vorzugehen.

z.pel.Paris. **Nachdem der französische Transportminister den Eisenbahnerstreik vom 22. bis 24.8. offensichtlich als gewerkschaftliche Pflichtübung betrachtet hatte und keinerlei Verhandlungsbereitschaft über seinen Erlaß von Anfang August erkennen ließ, haben die drei Gewerkschaften CGT, CFDT und FGAAG für die Zeit vom 10. bis 15. September erneut zur Arbeitsniederlegung aufgerufen.** Diesmal wird der Streik über das fahrende Personal hinaus auf alle Lohnabhängigen bei der staatlichen Eisenbahn SNCF ausgedehnt. Der Erlaß sieht die Ersetzung aller zweiten Lokführer auf Güterzügen durch Funkgeräte vor. Allein auf der Strecke Paris-Marseille würde das 600 Lokführer überflüssig machen, auf das gesamte Streckennetz berechnet wären es knapp 10000. Der im März des Jahres ausgehandelte Vertrag, der der Direktion der SNCF mehr Selbständigkeit für die Durchsetzung des Ziels, profitbringend zu wirtschaften, zugesteht, diktiert 40000 Entlassungen bis 1982. Er sieht weiterhin die Stillegung von 15000 Kilometern Bahnstrecke und jährliche Tariferhöhungen von bis zu 10% über der jeweiligen Preissteigerungsrate vor. Für Löhne zwischen 2800 FF und 4300 FF (1 FF = 42 Pf.), die 63% der bei der SNCF Beschäftigten erhalten – 12% liegen noch darunter – will die Finanzbourgeoisie die Kilometertonnenleistung pro Beschäftigten, die sie zwischen 1975 und 1977 schon um 6,3% auf 274 Mio. t/Jahr hatte hochdrücken können, weiter steigern.

z.hku. **Kürzung der Staatsausgaben, Anhebung der Bankzinsen und Lohnstop bis Jahresende hat die griechische Regierung beschlossen; die Arbeiter und Bauern setzen ihre Kampfaktionen dagegen fort.** Die Eisenbahner des Landes stehen weiter im Streik für 17% mehr Lohn; es fahren nur zwei Züge ins Ausland (Stand 30.8.). Die Zuckerbauern sind in Lieferboykott getreten; sie fordern von von den drei großen Zuckerfabriken 2000 Drachmen/t statt der bislang gezahlten 1500, und daß Schluß gemacht wird mit den betrügerischen Abzügen für „Schmutz, Blätter" usw., mit denen die Zuckermonopole die Preise nochmal drücken. In der Stadt Mesolongi bei Patras sind Rat und Bürgermeister in Hungerstreik getreten gegen die Industrieansiedlungspläne der Regierung, die den 2000 Fischern der Gegend die Existenz bedroht. Am Mittwoch letzter Woche hatten schon 60 Bürgermeister ihre Solidarität erklärt.

z.rül.London. **Nach mehrwöchigen Bummelstreiks vor allem bei der Müllabfuhr in Limerick, Cork, Wexford und in Dublin setzten am 24.8. 3100 Gemeindefacharbeiter der Republik Irland eine Erhöhung des Wochenlohns um 10,17 Punt durch (ca. 166 DM brutto im Monat).** Gegenwärtig verdienen sie zwischen 60 und 70 Punt in der Woche oder 977 bis 1140 DM brutto im Monat. 900 Dubliner Facharbeiter, von denen 80 bereits seit Ende Mai bei der Müllabfuhr einen Bummelstreik durchführen, beschlossen, den Kampf fortzusetzen. Sie fordern 14 Punt Lohnerhöhung die Woche. Die Regierung versucht seit Anfang Juni erfolglos, den Bummelstreik der Dubliner Müllfacharbeiter mit dem Einsatz von 150 Soldaten als Streikbrecher zu zerschlagen.

z.elb. **Zehn Tage lang haben 7000 Arbeiter in der Provinz Limón in Costa Rica für eine Lohnerhöhung von 47% gestreikt.** Anfang des Jahres betrug die Inflationsrate 30%. Die Arbeiter des Hafens von Limón führten den Streik an, organisiert wurde er von sieben Gewerkschaften, darunter den Ölarbeiter- und Eisenbahnergewerkschaften. Am 16.8. demonstrierten die Arbeiter zur Bekräftigung ihrer Entschlossenheit, die Lohnerhöhung durchzusetzen. Am gleichen Tag wurde der Streik per Gerichtsbeschluß für illegal und die Entlassung der Arbeiter, die sich nicht für Streikbrecherarbeiten hergeben wollen, für Recht erklärt. Die totale Stillegung des Hafens durch den Streik brachte die Regierung schon nach kurzer Zeit in schwere Bedrängnis. Fast der gesamte Export, vor allem Kaffee und Bananen, und der Import werden in diesem Hafen umgeschlagen. Die Versorgung der Provinz Limón und der größeren Städte wurde empfindlich gestört. Von seiten der Imperialisten, bei denen Costa Rica hoch verschuldet ist, ist die Regierung großem Druck ausgesetzt, die Löhne so niedrig wie möglich zu halten. Nach acht Tagen konnte sie dennoch zu Verhandlungen gezwungen werden. Nach weiteren zwei Tagen setzten die Arbeiter Lohnerhöhungen durch, deren Höhe uns nicht bekannt ist, und die Zusicherung, daß die streikenden Arbeiter keine Sanktionen zu erwarten haben.

Auf leisen Sohlen wirksamer die Schulpflicht durchsetzen

z.ans. ,,Wem nützt drakonische Härte gegen unentschuldigtes Fehlen? Weder dem Schüler noch dem Lehrer; denn der Schüler, der gelegentlich aus eigenem Entschluß fehlt, wird... zur weiteren Verhaltensabweichung geradezu gedrängt. Und der Lehrer verliert seine pädagogische Glaubwürdigkeit, wenn er wie ein ,Gefängniswärter' unnachgiebig auf ständige Anwesenheit drängen muß.'' Dieses Problem erörtern drei Wissenschaftler der Pädagogischen Hochschule des Saarlandes und die Rektorin einer Sonderschule: ,,Unregelmäßiger Schulbesuch – Verbreitung, Bedingungen, Interventionsmöglichkeiten'' haben sie ihre im März veröffentlichte Studie genannt.

Die untersuchten Lehrer haben jeweils ordnungsgemäß den Schulbesuch in den Klassenbüchern registriert; doch läßt sich daraus keine ausreichende Schwänzerstatistik erstellen, weil mehr als 10% der Lehrer Entschuldigungen annehmen, von denen sie wissen, daß sie nicht stimmen. Pädagogische Bedeutung gewinnt das Problem, weil ,,auch in westdeutschen Regelschulen stundenweise schon eine ,Schwänzerquote' von bis 50% auftritt ...und Schulleiter praktisch ratlos und machtlos gegenüber einzelnen dauerhaft fehlenden Schülern sind.'' Besonders bei Sonderschülern, die durchschnittlich im Laufe ihrer Schulzeit insgesamt mehr Tage versäumen als ein Schuljahr hat.

Entsprechend soll die Vorbereitung in der Lehreraus- und Fortbildung auf zweckmäßiges Verhalten gegenüber häufig abwesenden Schülern ausgerichtet und sollen die Klassenlehrer, Beratungslehrer, Sozialarbeiter oder Schulpsychologen zu vorbeugenden Maßnahmen ermutigt werden.

,,Dienst nach Vorschrift'' heißt ein Projekt: ,,Zum Beispiel könnten sich die Lehrer vornehmen oder verpflichten, für den Zeitraum von 8 Wochen auf folgende Verhaltensweisen zu achten: besonders strenge Interpretation dienstlicher Verhinderung infolge Krankheit..., wenn erforderlich auch durch Übernahme eines erträglichen Umfangs von Mehrarbeit; Anwesenheit im Klassenzimmer bzw. im Pausenhof vor Unterrichtsbeginn und nach der großen Pause fünf Minuten vor dem Pausenzeichen.'' Bewirken soll das, daß die Schüler von diesem guten Beispiel angesteckt werden. Die Schulleitung würde sich die Hände reiben. Für die Schüler würde verschärfte Schulaufsicht rauskommen.

Neben einem Programm, bei dem die Schüler sich gegenseitig bespitzeln sollen, gibt es auch noch den ,,Elternkontakt''. Geplant ist systematische Beschnüffelung der Eltern durch Telefongespräche, schriftliche Mitteilungen und Hausbesuche. Die Professorenhirne wissen, daß es dabei Schwierigkeiten geben würde wegen ,,bestehender Aversionen und Feindseligkeiten.'' Die Geld- oder Gefängnisstrafe mit dem Beratungs- und Fürsorgeschleim zu vertauschen, verdeckt den Charakter der Schulunterdrückung nicht.

International Pharmacy Student Federation (IPSF) fordert Ausbildungs- und Tarifvertrag

z.mek. ,,In Hinblick darauf, daß die Arbeitszeit während des Studiums weit über 40 Std. Woche liegt; in Anbetracht dessen, daß die meisten Studenten entweder kein Geld vom Staat erhalten oder es nicht ausreicht; in Erkenntnis, daß die Politik der Überzufuhr immer mehr Oberhand gewinnt, die nicht nur die Studenten in immer stärkere Konkurrenz treibt, sondern einen erfolgreichen Studienabschluß immer mehr in Frage stellt; erklärt der 25. IPSF-Kongreß, daß es unbedingt notwendig ist, daß die Studenten Rechte erhalten, die es ihnen ermöglichen, ihre Interessen erfolgreich durchzusetzen. Dafür brauchen wir einen Ausbildungs- und Tarifvertrag (Education contract and wage agreement). Der Vorstand des IPSF soll alle Tätigkeiten der Mitglieder, die in diese Richtung gehen, voll unterstützen.''

Diese Resolution wurde auf dem diesjährigen Weltkongreß des IPSF in Malta ohne Gegenstimme bei etlichen Enthaltungen verabschiedet.

Ist es schon ein Fortschritt für die Studentenbewegung, daß sie sich weltweit organisiert, um ihre Studienprobleme zu beraten, so ist durch diese Resolution ein weiterer Fortschritt erzielt worden. So wurde die westdeutsche Delegation beauftragt, diesem Beschluß entsprechend einen Fragebogen auszuarbeiten, um eine Dokumentation zu den Studienbedingungen im allgemeinen und der Prüfungssituation bezüglich des Multiple Choice im besonderen zu erstellen.

Darüberhinaus soll das Publikationsorgan des IPSF, das ,news bulletin', jetzt regelmäßig erscheinen (4 mal im Jahr) und Berichte über die Studienbedingungen und über die Erfolge, die aufgrund der oben angeführten Resolution in den einzelnen Ländern erreicht worden sind, enthalten.

Hatte sich der IPSF bisher vorrangig mit den verschiedenen Studieninhalten der Pharmazieausbildung der einzelnen Länder befaßt und hatten nur am Rande Diskussionen über die verheerenden Studienbedingungen stattgefunden, so wurde duch diese Resolution die Grundlage geschaffen, zu international koordinierten Tätigkeiten im Interesse der besitzlosen Studenten zu kommen. Studentenorganisationen aus dem Sudan und aus Venezuela haben aufgrund von Untersuchungen entsprechende Verhandlungen mit den Regierungen aufgenommen.

Wenn die Fachtagung Pharmazie in den VDS auf dieser Grundlage ihre Arbeit fortsetzt, wird das für alle Studenten von Vorteil sein.

48100 Kinder und Jugendliche in England per Gerichtsbeschluß in Heimerziehung gezwungen

z.acr.London. Im Londoner Stadtteil Tower Hamlets stehen bei 150000 Einwohnern 1200 Kinder und Jugendliche unter staatlicher ,,Aufsicht'', das sind ca. 3% der unter 18-jährigen. Für einen Teil von ihnen hat der Staat die gesetzliche ,,Pflicht'', sich ihrer ,,anzunehmen'', weil sie Waisen sind, oder die Eltern sie wegen Krankheit nicht versorgen können. Einen wachsenden Teil jedoch hat der bürgerliche Staat durch Zwangsmaßnahmen unter seine direkte Kontrolle gestellt, weil die Eltern ,,unfähig'' sind, sie zu erziehen.

Per Gerichtsbeschluß wird den Eltern ihre ,,Unfähigkeit'' bestätigt, damit auch alles seine Ordnung hat. Doch bevor das Gericht seines Amtes waltet, fertigt das Sozialamt einen Bericht über den ,,Fall'' an und beantragt den Entzug der Erziehungsrechte der Eltern. Angefertigt werden diese Berichte von Sozialarbeitern. Der bürgerliche Staat hat sie angestellt, damit sie in einem ihnen zugewiesenen Gebiet die Familienverhältnisse erforschen, um Verstöße gegen die zum ,,Schutze der Kinder'' erlassenen Gesetze festzustellen.

Im Children and Young Persons Act 1969 (Gesetz über Kinder und Jugendliche) hat die Bourgeoisie angegeben, wann sie die Erziehungsgewalt direkt ausüben will. Unter anderem, wenn die ,,anständige Entwicklung in vermeidbarer Weise verhindert oder vernachlässigt wird'', oder die ,,Gesundheit in vermeidbarer Weise geschädigt oder vernachlässigt wird'', oder wenn das Kind ,,moralischer Gefahr ausgesetzt ist'' und wenn das Kind ,,seinen Eltern oder Erziehungsberechtigten über den Kopf wächst''.

Die Arbeiterfamilien im Londoner Stadtteil Tower Hamlets müssen die Arbeitskraft beider Elternteile verkaufen. So sind sie gezwungen, tagtäglich die ,,anständige Entwicklung'' ihrer Kinder zu vernachlässigen, weil beide mindestens acht Stunden am Tag nicht zu Hause sind. Schlechtes Essen aufgrund niedriger Löhne schädigt natürlich die Gesundheit. Viele Familien müssen von Arbeitslosenunterstützung in kleinen Wohnungen zusammengepfercht leben. Da sind die Kinder schnell ,,moralischer Gefahr ausgesetzt''. Jede Rebellion gegen die herrschenden Verhältnisse verstößt gegen die ,,anständige Entwicklung'' im Sinne der Bourgeoisie oder bedeutet, daß die Eltern dem Kind nicht mehr ,,gewachsen'' sind.

101200 Kinder und Jugendliche hatte die britische Bourgeoisie 1977 in England und Wales unter ihrer direkten Kontrolle. Während ein großer Teil bei speziell ausgesuchten Pflegeeltern untergebracht ist oder unter behördlicher Kontrolle bei Eltern, Verwandten oder Freunden wohnt, müssen 33700 bis sie 18 sind in staatlich betriebenen Heimen leben. Einige Tausend in geschlossenen Heimen. Besonders die Heiminsassen müssen sich frühzeitig als billige Arbeitskräfte verdingen, um sich z.B. zusätzliche Nahrung und Kleidung kaufen zu können. Mit ihnen hat der Staatsapparat große Schwierigkeiten, weil sie nicht bereit sind, ihr ,,Schicksal'' zu erdulden, Tag und Nacht unter der Kontrolle des Aufsichtspersonals zu leben und von einem Heim ins andere geschoben zu werden. Vor einem halben Jahr löste die Bourgeoisie ein Heim auf, weil die Jugendlichen gemeinsam mit dem Erziehungspersonal gegen die schlechten Verhältnisse in diesem Heim gekämpft haben.

Bei Rebellion gegen die Unterdrückung in den Heimen, vor allem in ihrer gebräuchlichsten Form, dem Weglaufen, droht die ,,geschlossene Einheit''. 1960 unterhielt der britische Staatsapparat 60 Plätze in diesen Kindergefängnissen, 1978 waren es 200, 1980 sollen es 500 sein. Als Grund reicht auch schon der Gebrauch von Schimpfwörtern. 55% der Insassen sind Jungen von 12½ Jahren bis 14½ Jahren, und das Durchschnittsalter sinkt. Gegen das Einsperren in der ,,Mülltonne'', wie Beamte im Sozialministerium die Kindergefängnisse nennen, gibt es kein Berufungsrecht. Die meisten bleiben vier bis fünf Jahre eingesperrt und verlassen die ,,geschlossene Einheit'' erst, wenn sie über 16 sind.

Kinder in staatlich kontrollierten Kinderheimen England und Wales (in 1000)

	1972	1973	1974	1975	1976	1977
– Waisenkinder, Kinder kranker Eltern etc.	48,1	49,0	50,3	50,6	49,0	47,6
– durch vorläufige ,,Pflegeeinweisung''	0,9	1,5	1,7	1,8	1,9	1,4
– durch Gerichtsbeschluß eingewiesen	40,1	40,9	41,7	44,2	46,6	48,1
– andere	1,5	1,8	2,1	2,5	3,1	4,1
gesamt	*90,6*	*93,2*	*95,9*	*99,1*	*100,6*	*101,2*



Szene aus einem Heim um 1840. Die britische Bourgeoisie versucht mit viel Kosmetik, ihre lange Tradition bei der staatlichen Zwangserziehung zu vertuschen.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Westberlin, Oranienstr. 159
Kommunistische Hochschulgruppe
TFH, FH für Post, FH für Optik u. Fototechnik
FH für Verwaltung, Film- und Fernsehakademie, ZBW
20. August 1979

seinen Lebensunterhalt ausschließlich von Arbeit zu diesem Lohn, hat er im Monat 788,94 DM netto einschließlich Berlin-Zulage. Dies unter der Bedin-

Ist es schon ein Fortschritt für die

Sonderschülern, die durchschnittlich im Laufe ihrer Schulzeit insgesamt mehr Tage versäumen als ein Schuljahr hat.

Entsprechend soll die Vorbereitung in der Lehreraus- und Fortbildung auf

rigkeiten geben würde wegen ,,bestehender Aversionen und Feindseligkeiten.'' Die Geld- oder Gefängnisstrafe mit dem Beratungs- und Fürsorgeschleim zu vertauschen, verdeckt den Charakter der Schulunterdrückung nicht.

International Pharmacy Student Federation (IPSF) fordert Ausbildungs- und Tarifvertrag

z.mek. ,,In Hinblick darauf, daß die Arbeitszeit während des Studiums weit über 40 Std. Woche liegt; in Anbetracht dessen, daß die meisten Studenten entweder kein Geld vom Staat erhalten oder es nicht ausreicht; in Erkenntnis, daß die Politik der Überzufuhr immer mehr Oberhand gewinnt, die nicht nur die Studenten in immer stärkere Konkurrenz treibt, sondern einen erfolgreichen Studienabschluß immer mehr in Frage stellt; erklärt der 25. IPSF-Kongreß, daß es unbedingt notwendig ist, daß die Studenten Rechte erhalten, die es ihnen ermöglichen, ihre Interessen erfolgreich durchzusetzen. Dafür brauchen wir einen Ausbildungs- und Tarifvertrag (Education contract and wage agreement). Der Vorstand des IPSF soll alle Tätigkeiten der Mitglieder, die in diese Richtung gehen, voll unterstützen.''

Diese Resolution wurde auf dem diesjährigen Weltkongreß des IPSF in Malta ohne Gegenstimme bei etlichen Enthaltungen verabschiedet.

schluß entsprechend einen Fragebogen auszuarbeiten, um eine Dokumentation zu den Studienbedingungen im allgemeinen und der Prüfungssituation bezüglich des Multiple Choice im besonderen zu erstellen.

Darüberhinaus soll das Publikationsorgan des IPSF, das ,news bulletin', jetzt regelmäßig erscheinen (4 mal im Jahr) und Berichte über die Studienbedingungen und über die Erfolge, die aufgrund der oben angeführten Resolution in den einzelnen Ländern erreicht worden sind, enthalten.

Hatte sich der IPSF bisher vorrangig mit den verschiedenen Studieninhalten der Pharmazieausbildung der einzelnen Länder befaßt und hatten nur am Rande Diskussionen über die verheerenden Studienbedingungen stattgefunden, so wurde duch diese Resolution die Grundlage geschaffen, zu international koordinierten Tätigkeiten im Interesse der besitzlosen Studenten zu kommen. Studentenorganisationen aus dem Sudan und aus Venezuela haben aufgrund von Untersuchungen

gesamt 90,6 93,2 95,9 99,1 100,6 101,2

Szene aus einem Heim um 1840. Die britische Bourgeoisie versucht mit viel Kosmetik, ihre lange Tradition bei der staatlichen Zwangserziehung zu vertuschen.

Nacht unter der Kontrolle des Aufsichtspersonals zu leben und von einem Heim ins andere geschoben zu werden. Vor einem halben Jahr löste die Bourgeoisie ein Heim auf, weil die Jugendlichen gemeinsam mit dem Erziehungspersonal gegen die schlechten Verhältnisse in diesem Heim gekämpft haben.

Bei Rebellion gegen die Unterdrückung in den Heimen, vor allem in ihrer gebräuchlichsten Form, dem Weglaufen, droht die ,,geschlossene Einheit''. 1960 unterhielt der britische Staatsapparat 60 Plätze in diesen Kindergefängnissen, 1978 waren es 200, 1980 sollen es 500 sein. Als Grund reicht auch schon der Gebrauch von Schimpfwörtern. 55% der Insassen sind Jungen von 12½ Jahren bis 14½ Jahren, und das Durchschnittsalter sinkt. Gegen das Einsperren in der ,,Mülltonne'', wie Beamte im Sozialministerium die Kindergefängnisse nennen, gibt es kein Berufungsrecht. Die meisten bleiben vier bis fünf Jahre eingesperrt und verlassen die ,,geschlossene Einheit'' erst, wenn sie über 16 sind.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Westberlin, Oranienstr. 159
Kommunistische Hochschulgruppe
TFH, FH für Post, FH für Optik u. Fototechnik
FH für Verwaltung, Film- und Fernsehakademie, ZBW
20. August 1979

Antikriegsdemonstration des DGB mit starker Beteiligung deutscher und ausländischer Jugendlicher

r.hek. Der Landesbezirk Westberlin des DGB hatte für den 31.8.79 zu einer Antikriegsdemonstration aufgerufen. Die Initiative für eine Demonstration gegen Faschismus und Krieg war ausgegangen von der Gewerkschaftsjugend. Das wurde auch auf der Demonstration mit insgesamt 5000 Teilnehmern deutlich. Die Blöcke der Gewerkschaftsjugend und ausländischer Jugendlicher traten am geschlossensten auf. Parolen und Forderungen gegen Faschismus, Neofaschismus und gegen den faschistischen Krieg wurden von den Jugendlichen getragen und gerufen. Das starke Gerechtigkeitsempfinden der Jugend, bestärkt durch den Befreiungskampf der unterdrückten Völker, unterscheidet klar zwischen gerechten und ungerechten Kriegen.



Die Sozialdemokraten aus dem DGB-Landesvorstand hatten am Tage der Demonstration über die bürgerliche Presse verbreiten lassen, daß die Demonstration in Form eines Schweigemarsches durchgeführt werden solle. Daraus wurde nichts. Ebenso scheiterten die Versuche der Revisionisten, durch Buh-Rufe die Parolen zur Unterstützung des gerechten Krieges des Volkes von Zimbabwe gegen das rhodesische Siedlerregime und zur Unterstützung des Widerstandskrieges des Demokratischen Kampuchea gegen die sowjetisch-vietnamesische Aggression zu unterdrücken.

Der einzige Redner der Abschlußkundgebung, Olaf Sund (SPD), Senator für Arbeit und Sozialordnung, versuchte, die radikalen Bestrebungen in der Gewerkschaftsjugend auf SPD-Wahlkampfmühlen zu lenken.

TUSMA: Anstalt zur Lohndrückerei

b.gib. Wir haben an vier Tagen, am 30. und 31.7. sowie am 2. und 3.8.1979, die Jobs untersucht, die bei der Arbeitsvermittlungsstelle für Studenten TUSMA angeboten wurden. Untersucht wurden 175 Angebote. Gesucht wurden hauptsächlich: Metallfach-und Hilfsarbeiter, Bauhilfsarbeiter, Maschinenschreiberinnen, Stenokontoristinnen, Fahrer (Führerschein Kl. III), Hilfskräfte im Gaststättengewerbe sowie überdurchschnittlich viele Putzhilfen (60). Daß die TUSMA (Telefoniere und Studenten machen alles) ihrem Namen alle Ehre macht, kann man daran sehen, daß Studenten u.a. für folgende Tätigkeiten gesucht werden: Teppich klopfen, Keller entrümpeln, Badewanne und große Pappkartons wegfahren – wo irgend ein Bourgeois zu faul ist, es selbst zu machen.

Zu den Löhnen. Bei den 175 ausgewerteten Stellen wurde durchschnittlich ein Lohn von 10,29 DM gezahlt, wobei ¾ darunter und ¼ darüber lagen. 51 Stellen wurden zu Löhnen zwischen 8,30 und 9,29 DM angeboten, 78 zwischen 9,30 und 10,29 DM.

Jobs wie Nachhilfeunterricht (16 DM, was für Nachhilfe wirklich nicht viel ist) und solche, die besondere Qualifikation erfordern, die kaum ein Student hat, verfälschen dabei noch das Bild zum positiven. Wenn man als Frau nicht Maschineschreiben kann, wird man außer Putzen, was immer nur ein paar Stunden in der Woche ist, oder Küchenhilfe zu 8,50 bis 9,50 DM nichts finden. Insgesamt zeigt der Vergleich zu den Löhnen der festangestellten Arbeiter, die vergleichbare Tätigkeiten ausüben, eine Differenz von 1,50 bis 2,50 DM (s. Tabelle).

Arbeitszeiten u.a.: 12.30 – 20 Uhr, 17 – 1 Uhr, 10 – 22 Uhr, (Fernsehtechniker), 14 – 23 Uhr, 12 – 21 Uhr, 14.30 – 23 Uhr (Wurstfabrik).

Die Kapitalisten sind ganz gierig auf solch billige und rechtlose Arbeitskräfte. Die ,,Morgenpost'' berichtet am 29.7.: ,,Da die TUSMA reichlich mit Angeboten eingedeckt war, konnten am Tag immerhin fast dreihundert Vermittlungen verbucht werden''. Geht man von den 10,29 DM Durchschnitt aus, was erst mal willkürlich, aber eher zu hoch als zu niedrig ist, und nimmt an, ein Student bestreitet seinen Lebensunterhalt ausschließlich von Arbeit zu diesem Lohn, hat er im Monat 788,94 DM netto einschließlich Berlin-Zulage. Dies unter der Bedingung, daß er durchschnittlich im Jahr pro Woche 19,5 Stunden arbeitet, was die Grenze für die Sozialversicherungspflicht ist. Die TUSMA hat ihm dabei schon 3% (24,40 DM) abgeknöpft vom Nettolohn. Ein ausländischer Student, der ja höchstens 60 Tage im Jahr arbeiten darf, hat nach Abzug der 3% 431,18 DM zum Leben. Bei 9,50 DM, Stundenlohn sind das – jetzt wieder bei 19,5 Stunden in der Woche – 728,38 DM, bei 9 DM 703,08 DM im Monat. Dazu kommt, daß die Lohnsteuer, die der Student erst mal zahlen muß, noch höher liegt, weil er einen Teil erst zurückbekommt, wenn er einen Antrag auf Lohnsteuerjahresausgleich stellt, und er solange den bürgerlichen Staat kreditiert. In den Zahlen ist der Lohnsteuerjahresausgleich also schon berücksichtigt.

Art der Arbeit	Zahl Jobs	Löhne (in DM) 7.0	8.0	8.5	9.0	10.0	10.5	11.0	12.0	13.0	13.5	Durchschnitt	Vergl.: Festeingestell.
Metall/Facharb.	10	-	-	-	-	-	1	-	-	9	-	11.80	
angel.	1	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	10.50	11.68(1)
ungel.	14	-	-	6	1	5	2	-	-	-	-	9.10	10.33(1)
Bau-Steine FA.	6	-	-	-	-	-	-	-	-	6	-	12.00	13.50(2)
-Erden ungel.	14	-	-	-	2	-	12	-	-	-	-	9.86	11.50(2)
ÖTV Schreibm.	22	-	-	-	4	-	5	-	2	9	2	11.00	10.23(3)
Sekretärin	10	-	-	-	-	-	-	-	-	5	-	13.50	15.10(4)
Fahren Kl.2	2	-	-	-	-	-	1	-	1	-	-	11.00	12.20(5)
Fahren Kl.3	12	-	1	-	2	-	8	-	-	1	-	9.83	10.40(5)
HBV Einzelhan.	4	-	-	1	-	-	3	-	-	-	-	9.63	10.20(1)
NGG Gaststätt.	12	1	-	-	4	2	5	-	-	-	-	9.33	-
Post Aushilfe	3	-	-	-	3	-	-	-	-	-	-	9.20	-
DruPa ungel.	1	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	9.50	-
Sonst. Putzen	60	-	-	-	27	1	32	-	-	-	-	9.54	-
Nachh.	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	15.00	-
Flugzeugreinig.	1	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	9.00	-
Summe	175	1	1	7	44	9	69	1	2	31	2	10.29	-

Anmerkungen: (1) Statistisches Landesamt, April 79 (2) BZ Angaben von Arbeitern (3) BAT VIII/23 Jahre/ unverh. (4) Stundenvergütung BAT IVb (Sekretärin 2 Fremdsprachen, Steno, Buchh., Maschine perfekt) (5) Lohn nach Einarbeitungszeit von 3 Monaten, Speditionsgewerbe, Mindestlohn

ÖTV: Für gewerkschaftliche Rechte in der Armee! Einheitliche Personalvertretung?

z.jöd. Nur die Zivilbeschäftigten in der Armee haben gewerkschaftliche Rechte in der Armee und fallen unter das Personalvertretungsgesetz. Die Berufs- und Zeitsoldaten, aber auch die Wehrpflichtigen, unterliegen dem Soldatengesetz. Das Personalvertretungsgesetz ist ähnlich wie das Betriebsverfassungsgesetz erkämpftes Recht der Arbeiter und Angestellten. Das Soldatengesetz ist ein Zwangsgesetz, das die gesamte Unterdrückung in der Armee organisiert. Seit Jahren kämpfen die Soldaten in der Armee gegen die Unterdrückung, gegen die Prinzipien des Soldatengesetzes nach ,,Befehl und Gehorsam'' und für gewerkschaftliche Freiheiten in der Armee.

Nachdem der Gewerkschaftstag der ÖTV 1976 den Antrag 455 beschloß, in dem die Forderung ,,Volle Einbeziehung der Berufs- und Zeitsoldaten in das Bundespersonalvertretungsgesetz'' aufgestellt wurde, sollte dieser Antrag zuerst keine große Verbreitung finden. Nachdem die Solderhöhung bei gleichzeitig großspurigen Worten von Minister Apel eine derartige Schmalheit erhielt, daß sie vielen Soldaten überhaupt nicht auffiel, mußte etwas geschehen. Die Gewerkschaft ÖTV hat jetzt einen kleinen, aber stolzen Schritt in Richtung Vertretung der gewerkschaftlichen Interessen getan. Die ÖTV hat den alten Antrag 455 wieder aus der Versenkung herausgeholt und im neuen ,,wehrreport'' gewerkschaftliche Rechte für Berufssoldaten, Zeitsoldaten und Wehrpflichtige gefordert:

,,Damit will die Gewerkschaft ÖTV eine Diskussion weiterführen, deren Ziel es ist, die Bundeswehr als Institution noch stärker als bisher in die Gesellschaft einzuordnen, aber auch den Interessen der Bundeswehrsoldaten besser Rechnung zu tragen, als es die einschlägigen Vorschriften des Soldatengesetzes bisher ermöglichen.

Dieser Gedankengang von Albrecht Rothländer, Mitglied im Hauptvorstand der ÖTV, wird sicher Unterstützung finden, denn das Soldatengesetz ist bei den Soldaten verhaßt, denn die Einspruchsmöglichkeiten hängen jeweils von der Allgewalt des Kompanieschefs oder der Aburteilung des Truppendienstgerichtes ab. Da ist jeweils das Schlagwort ,,Befehl und Gehorsam'' Trumpf. Dies sieht Rothländer vom Hauptvorstand der ÖTV nicht so, wenn er im Ernstfall und bei Manövern die Außerkraftsetzung des Personalvertretungsgesetzes zugesteht: ,,Der verantwortliche Führer muß verläßlich davon ausgehen können, daß erteilte Befehle nach besten Kräften vollständig, gewissenhaft und unverzüglich ausgeführt werden – wie es im Soldatengesetz steht.'' Die gewerkschaftlichen Rechte sollen in dem Moment eingeschränkt werden, wenn die eigentliche Arbeit der Soldaten beginnt. Die gewerkschaftlichen Rechte brauchen sich die Soldaten nicht bereits vor dem Krieg beschneiden zu lassen. Zur Einleitung und während eines Krieges wird die Bourgeoisie das sicher versuchen, und nicht nur in der Armee, sondern den gesamten öffentlichen Dienst in die Kriegsvorbereitungen und Übungen einbeziehen. Das Soldatengesetz wird dann Bestandteil des Kriegsrechts, das Personalvertretungsgesetz gegenstandslos sein. Solche Entwicklung ist möglich. Besser wäre es, die Arbeiterklasse entscheidet, auf wen zu welcher Zeit die Waffen gerichtet werden, und überläßt diese Frage nicht der Profitgier der Bourgeoisie. Dazu sind aber gewerkschaftliche und demokratische Rechte in der Armee notwendig. Da die Vorstellungen von Albrecht Rothländer nicht auf dem Gewerkschaftstag verabschiedet wurden, muß darüber noch einmal gesprochen werden. Sicher werden sich verschiedene Soldaten dazu äußern.

Für die Wehrpflichtigen soll, nach der Auffassung Rothländers, überhaupt keine Anbindung an die Personalräte stattfinden. Sondern es sollen Wehrpflichtigenvertretungen geschaffen werden, die Bestandteil des Soldatengesetzes bleiben. Warum diese Festlegung getroffen werden soll, ist dann aus dem ,,wehrreport'' nicht mehr ersichtlich. Daß die Wehrdienstzeit ,,nur 15 Monate'' dauert, kann doch kein ernstzunehmender Grund sein. Ganz im Gegenteil! Durch das schnelle Durchlaufen der Armee im Verhältnis zu den Berufs- und Zeitsoldaten sind die Wehrpflichtigen sehr schnell mit den Offizieren in Konfrontation und müssen in die vollständige Interessenvertretung der Soldaten einbezogen werden. ,,In Einzelpunkten abweichende Interessenlagen'' gibt es in allen Betrieben und Dienststellen, gerade dies ist eine grundlegende Aufgabe, die jede Gewerkschaft lösen muß, sonst unterliegt sie der Spaltung des Feindes, hier des Verteidigungsministeriums.

Sicher sind die Überlegungen der ÖTV richtig, die Unterdrückung durch das Soldatengesetz zu bekämpfen. So wäre es nach den Vorstellungen der ÖTV sogar möglich, daß die Vertretungen der Soldaten auf der Ebene des Bataillons zusammentreffen können. Darum hat es zahlreiche Kämpfe gegeben. Es muß aber die Interessenvertretung der Soldaten, also auch der Wehrpflichtigen, aus dem Soldatengesetz herausgenommen werden und im Personalvertretungsgesetz festgelegt werden. Dies würde eine breite Unterstützung bei allen Soldaten finden.

,,Wird in Braunschweig gekämpft?'' Strategien zum Ortskampf

r.kea. Während in diesem Herbst ganz Niedersachsen mit Panzermanövern überzogen wird – ,,Die Truppe hat dort zu üben, wo auch im Krieg ihr Einsatzgebiet wäre'' (Sprecher des Verteidigungsministeriums; Die Welt, 31.8.79) – befassen sich in letzter Zeit die Militärzeitschriften der Bourgeoisie verstärkt mit Fragen der Kriegsführung in den Industrieballungsräumen Europas, insbesondere der sogenannten ,,Vorneverteidigungs'' – Zone an der Ostgrenze der BRD.

In der Zeitschrift ,,Kampftruppen'' 4/79 stellt der Inspizient der Infanterie, Oberst Viezenz, Überlegungen zum *Ortskampf* an. Unter dem Titel ,,Wird in Braunschweig gekämpft?'' schreibt Oberst V., ,,daß die Entscheidung darüber, ob eine Stadt z.B. mit einer Größe von ca. 250000 Einwohnern wegen ihrer Lage an der Kreuzung wichtiger Durchgangsstraßen in die Verteidigung einbezogen werde oder ob sie unter Inkaufnahme taktischer Risiken wegen der Gefährdung wichtiger überregionaler Versorgungseinrichtungen ausgespart bleiben müsse, dem Truppenführer hohe Verantwortung auferlegt.'' Im niedersächsischen Raumordnungsprogramm ist das Braunschweiger Industriegebiet als Ballungsraum des ,,wirtschaftlichen Oberzentrums'' Braunschweig und der ,,Mittelzentren'' Peine, Salzgitter, Wolfenbüttel, Helmstedt, Wolfsburg und Gifhorn dargestellt. Für die Verteidigung dieses Gebietes schlägt Oberst V. auch ,,Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung, deren Versorgung mit dem Notwendigsten und deren Überleben alle Verteidigungsanstrengungen erst lohnenswert werden lassen'' vor. ,,Lohnenswert'' ist für die Kapitalistenklasse die Verteidigung der Verfügungsgewalt über die Arbeiterklasse als Quelle des Profits, erst recht, wenn die Reproduktionskosten der Arbeiterklasse auf das ,,Notwendigste'' herabgedrückt sind.

,,Ortskampf in Ballungsräumen'' – die westdeutsche Militärführung denkt dabei allerdings auch an weitergesteckte Ziele. Die Einverleibung des osteuropäischen Wirtschaftsraumes muß militärisch geplant und geübt werden. Und zwar gegen die Wünsche des westdeutschen Volkes. Die gegenwärtig anlaufenden Großmanöver in Niedersachsen sollen einmal mehr gerechtfertigt werden mit der tatsächlichen Gefahr eines Angriffs der sozialimperialistischen Sowjetunion auf Westeuropa. Beim Manöver *Springendes Roß*, einer Panzergefechtsübung, erstreckte sich das Manövergebiet genau entlang der Autobahnlinie Bremen – Hamburg. Das war kein Zufall. ,,Ziel des Manövers (war) es, den schnellen Wechsel von Angriff, Verteidigung und Gegenangriff zu üben'' (,,Berichte vom Tage'', 29.8.79) und im Ernstfall sind Autobahnen und andere Durchgangsstraßen wichtige Faktoren für die sogenannte ,,Vormarschrate'' von Panzerverbänden. Die Streichung der geplanten Autobahn Wolfsburg – Lüneburg hängt sicherlich auch von militärischen Überlegungen ab. (Vgl. KVZ 30/79, ,,Veränderungen im niedersächsischen Straßenverkehrsnetz'')

Ein entscheidendes Problem, das die imperialistische Kriegführung hat, ist die militärische Schwierigkeit des Ortskampfes selbst. Die geballte Produktivkraft in Städten und Industrieregionen stellt einen ungleich größeren Widerstandsfaktor dar, als etwa die Naturbedingungen in schwer gangbarem Gelände. In der Heeresvorschrift für den Ortskampf heißt es: ,,Der Kampf um Ortschaften erfordert viel Zeit und starke Kräfte und führt meist zu einem zähen Ringen.'' Oberst V. warnt vor ,,Untergrundkampf in Großstädten'' und schlägt schließlich einen Lehrstuhl für ,,Verteidigung in Ballungsräumen'' an einer Kampftruppenschule des Heeres vor. Die Wirksamkeit der vorgeschlagenen Maßnahme darf aber bezweifelt werden. Immerhin war ein Ergebnis des 1. Weltkrieges auch in Braunschweig die Ausrufung einer sozialistischen Räterepublik.

,,Dritte Generation'' der Panzerwaffe der Bundeswehr in Vorbereitung

z.rev. Gleichzeitig mit der Intensivierung der Kampfkraft der Bundeswehr durch Apels Heeresstrukturreform (KVZ 35/75) führen die westdeutschen Imperialisten eine Modernisierung der Panzerwaffe durch, die sich in 2 Stufen aufteilt.

1. Stufe: Bis 1986 soll die Produktion des neuen *Leopard 2* abgeschlossen sein. Zur Überbrückung für diese Zeit werden unter anderem 650 der 1200 Kampfpanzer M48 für 180 Mio. DM von der 48 mm Kanone auf eine britische 105 mm Kanone umgerüstet. Die Schießleistung entspricht dann der des Leopard 1. Zum Überqueren von Grenzflüssen werden neue Panzerschnell- und Schwimmbrücken angeschafft. Den Nachschub sollen 110000 Radfahrzeuge vom Jeep bis zum Schwerlasttransporter sichern.

2. Stufe: Bau des neuen *Kampfpanzers 3*. Der Auftrag an die Panzerbauer Krauss-Maffei in München lautet: einen Kampfpanzer ,,evolutionär aus dem Leopard 2 zu entwickeln'' mit verbessertem Panzerschutz und ,,Erhöhung der Erstschußtreffwahrscheinlichkeit''. Wie dieses Gerät genauer aussehen soll, darüber ist man sich in der Bundeswehr noch nicht ganz klar. Einiges ist in die Planung mit eingegeben. Der Kanonenturm wird verkleinert, die Panzerung verstärkt, entweder durch Verwendung von härterem und zäherem Stahl in einer Schuppen- und Vielplattenanordnung oder durch den Einsatz neuer Materialien wie Aluminium, Keramik, Glas oder Glasfaser. Eventuell ist daran gedacht, Flüssigkeit in die Hohlräume zu schütten.

Die ,,Erstschußtreffwahrscheinlichkeit'' ist schon beim Leopard 2 erhöht worden. Mit Laserstrahlen tastet er sein Ziel auf 3 km ab. Der Kampfpanzer 3 soll eine verbesserte Ausrüstung bekommen. Eine über Mikroprozessoren gesteuerte Kanone, etwas stärker ausgelegt als beim Leopard 2, einsetzbar bei jedem Wetter mit größerer Reichweite durch Infrarot, Laser oder Millimeterwellen. Auch mobile Bodenziele sollen durch eine Endphasenlenkung getroffen werden (das Geschoß wird noch während des Fluges gesteuert).

Mit dem Kampfpanzer 3 und den anderen Modernisierungen in der Bundeswehr erhoffen sich die westdeutschen Imperialisten eine Lage herbei, in der sie mit ihrem Konzept der ,,Vorwärtsverteidigung'' den Sozialimperialisten in einem Krieg gewachsen sind. Zu etwas anderem eignet sich der Kampfpanzer 3 gar nicht, als die feindlichen Reihen zu durchstoßen und auf dessen Boden den Krieg auszutragen.

Darüberhinaus rechnen sich die westdeutschen Imperialisten auch noch ein Geschäft innerhalb der NATO aus. In der ,,Standardisierung'' der Waffen in der NATO hat der Leopard schon manchesmal den US-Panzer MX-1 niederkonkurriert. Der Leopard 1 wird schon in den Niederlanden, Belgien, Norwegen, Dänemark, Italien und Kanada eingesetzt. Mit den australischen zusammen macht das 4441 Stück. Vom Leopard 2, das Stück zu 2,8 Mio. DM, hat die niederländische Regierung erst kürzlich 440 bestellt.



Leopard 2 – nach Durchqueren eines Flusses sofort wieder im Gefecht

Rechte brauchen sich die Soldaten nicht bereits vor dem Krieg beschneiden zu lassen. Zur Einleitung und während eines Krieges wird die Bourgeoisie das sicher versuchen, und nicht nur in der Armee, sondern den gesamten öffentlichen Dienst in die Kriegsvorbereitungen und Übungen einbeziehen. Das Soldatengesetz wird dann Bestandteil des Kriegsrechts, das Personalvertretungsgesetz gegenstandslos sein. Solche Entwicklung ist möglich. Besser wäre es, die Arbeiterklasse entscheidet, auf wen zu welcher Zeit die Waffen gerichtet werden, und überläßt diese Frage nicht der Profitgier der Bourgeoisie. Dazu sind aber gewerkschaftliche und demokratische Rechte in der Armee notwendig. Da die Vorstellungen von Albrecht Rothländer nicht auf dem Gewerkschaftstag verabschiedet wurden, muß darüber noch einmal gesprochen werden. Sicher werden sich verschiedene Soldaten dazu äußern.

Für die Wehrpflichtigen soll, nach der Auffassung Rothländers, überhaupt keine Anbindung an die Personalräte stattfinden. Sondern es sollen Wehrpflichtigenvertretungen geschaffen werden, die Bestandteil des Soldatengesetzes bleiben. Warum diese Festlegung getroffen werden soll, ist dann aus dem ,,wehrreport'' nicht mehr ersichtlich. Daß die Wehrdienstzeit ,,nur 15 Monate'' dauert, kann doch kein ernstzunehmender Grund sein. Ganz im Gegenteil! Durch das schnelle Durchlaufen der Armee im Verhältnis zu den Berufs- und Zeitsoldaten sind die Wehrpflichtigen sehr schnell mit den Offizieren in Konfrontation und müssen in die vollständige Interessenvertretung der Soldaten einbezogen werden. ,,In Einzelpunkten abweichende Interessenlagen'' gibt es in allen Betrieben und Dienststellen, gerade dies ist eine grundlegende Aufgabe, die jede Gewerkschaft lösen muß, sonst unterliegt sie der Spaltung des Feindes, hier des Verteidigungsministeriums.

Sicher sind die Überlegungen der ÖTV richtig, die Unterdrückung durch das Soldatengesetz zu bekämpfen. So wäre es nach den Vorstellungen der ÖTV sogar möglich, daß die Vertretungen der Soldaten auf der Ebene des Bataillons zusammentreffen können. Darum hat es zahlreiche Kämpfe gegeben. Es muß aber die Interessenvertretung der Soldaten, also auch der Wehrpflichtigen, aus dem Soldatengesetz herausgenommen werden und im Personalvertretungsgesetz festgelegt werden. Dies würde eine breite Unterstützung bei allen Soldaten finden.

z.rev. Gleichzeitig mit der Intensivierung der Kampfkraft der Bundeswehr durch Apels Heeresstrukturreform (KVZ 35/75) führen die westdeutschen Imperialisten eine Modernisierung der Panzerwaffe durch, die sich in 2 Stufen aufteilt.

1. Stufe: Bis 1986 soll die Produktion des neuen Leopard 2 abgeschlossen sein. Zur Überbrückung für diese Zeit werden unter anderem 650 der 1200 Kampfpanzer M48 für 180 Mio. DM von der 48 mm Kanone auf eine britische 105 mm Kanone umgerüstet. Die Schießleistung entspricht dann der des Leopard 1. Zum Überqueren von Grenzflüssen werden neue Panzerschnell- und Schwimmbrücken angeschafft. Den Nachschub sollen 110000 Radfahrzeuge vom Jeep bis zum Schwerlasttransporter sichern.

2. Stufe: Bau des neuen Kampfpanzers 3. Der Auftrag an die Panzerbauer Krauss-Maffei in München lautet: einen Kampfpanzer ,,evolutionär aus dem Leopard 2 zu entwickeln'' mit verbessertem Panzerschutz und ,,Erhöhung der Erstschußtreffwahrscheinlichkeit''. Wie dieses Gerät genauer aussehen soll, darüber ist man sich in der Bundeswehr noch nicht ganz klar. Einiges ist in die Planung mit eingegeben. Der Kanonenturm wird verkleinert, die Panzerung verstärkt, entweder durch Verwendung von härterem und zäherem Stahl in einer Schuppen- und Vielplattenanordnung oder durch den Einsatz neuer Materialien wie Aluminium, Keramik, Glas oder Glasfaser. Eventuell ist daran gedacht, Flüssigkeit in die Hohlräume zu schütten.

Die ,,Erstschußtreffwahrscheinlichkeit'' ist schon beim Leopard 2 erhöht worden. Mit Laserstrahlen tastet er sein Ziel auf 3 km ab. Der Kampfpanzer 3 soll eine verbesserte Ausrüstung bekommen. Eine über Mikroprozessoren gesteuerte Kanone, etwas stärker ausgelegt als beim Leopard 2, einsetzbar bei jedem Wetter mit größerer Reichweite durch Infrarot, Laser oder Millimeterwellen. Auch mobile Bodenziele sollen durch eine Endphasenlenkung getroffen werden (das Geschoß wird noch während des Fluges gesteuert).

Mit dem Kampfpanzer 3 und den anderen Modernisierungen in der Bundeswehr erhoffen sich die westdeutschen Imperialisten eine Lage herbei, in der sie mit ihrem Konzept der ,,Vorwärtsverteidigung'' den Sozialimperialisten in einem Krieg gewachsen sind. Zu etwas anderem eignet sich der

dessen Boden den Krieg auszutragen.

Darüberhinaus rechnen sich die westdeutschen Imperialisten auch noch ein Geschäft innerhalb der NATO aus. In der ,,Standardisierung'' der Waffen in der NATO hat der Leopard schon manchesmal den US-Panzer MX-1 niederkonkurriert. Der Leopard 1 wird schon in den Niederlanden, Belgien, Norwegen, Dänemark, Italien und Kanada eingesetzt. Mit den australischen zusammen macht das 4441 Stück. Vom Leopard 2, das Stück zu 2,8 Mio. DM, hat die niederländische Regierung erst kürzlich 440 bestellt.



Leopard 2 – nach Durchqueren eines Flusses sofort wieder im Gefecht

Besatzer- und Aggressionsarmee für den Krieg um Europa – ,,Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland''

z.krk. Seit der Niederlage des deutschen Imperialismus im 2. Weltkrieg befinden sich sowjetische Truppen auf dem Territorium der DDR, zuerst den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, später denen des Warschauer Paktes und bilateralen Abkommen mit der DDR entsprechend. Mit der Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion und der DDR änderte auch die Sowjetarmee ihren Charakter. Diente sie nach 1945 der Abwehr des Vorstoßes der US-Imperialisten gegen die Volksdemokratien Osteuropas und der Sowjetunion, so dient sie heute den imperialistischen Zielen der UdSSR selbst.

1957 schlossen die Sowjetrevisionisten mit einer Reihe von Volksdemokratien, so auch mit der DDR, ,,Abkommen über die zeitweilige Stationierung sowjetischer Streitkräfte'' auf ihrem Territorium ab. Im Vertrag mit der DDR wird als Grund für die Truppenstationierung der fehlende Friedensvertrag und die Stationierung von NATO-Truppen auf dem Gebiet der BRD angegeben. Im Abkommen wird zwar versichert, daß die ,,zeitweilige Stationierung'' die Souveränität der DDR nicht beeinträchtigt, der Regierung der DDR wird jedoch nur das Recht auf *Konsultationen* über die Stärke und die Standortverteilung der sowjetischen Truppen zugestanden. Ebenfalls nur konsultiert wird sie ,,im Falle der Bedrohung der Sicherheit der sowjetischen Streitkräfte'' zu den Maßnahmen, die das sowjetische Oberkommando ,,zur Beseitigung einer derartigen Bedrohung'' trifft.

Nicht nur gegen die Kämpfe der Volksmassen gegen die Besatzer haben sich die Sozialimperialisten vertraglich abgesichert. Im Freundschaftsvertrag von 1975 ist festgelegt, daß die SU jeden Angriff auf die DDR als Angriff auf sich selbst betrachtet und somit ist jede Aggressionshandlung sowjetischer Truppen vom Gebiet der DDR aus gerechtfertigt. Über den Auftrag dieser Truppen sagte Jewgeni Iwanowski, Oberkommandierende der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD): ,,Den Angehörigen der Gruppe, wie auch allen Sowjetmenschen, liegen am Herzen die Interessen des sozialistischen Bruderlandes, auf dessen Territorium sie als Kampfposten die Westgrenzen der sozialistischen Staatengemeinschaft verteidigen.'' Nicht der DDR, der ,,sozialistischen Staatengemeinschaft'' – wohlgemerkt. In diesem Sinne nahmen Truppen der GSSD 1968 an der Besatzung der CSSR maßgeblich teil.

Stärke und Ausrüstung der Truppe lassen über die Angriffsplanung keinen Zweifel aufkommen. Die GSSD ist mindestens 400000 Mann stark, doppelt so groß wie die NVA der DDR. Sie besteht aus 3 Panzerarmeen und 2 motorisierten Schützenarmeen, einer Luftarmee und Marineeinheiten. Ausgerüstet ist sie mit 7000 Panzerkampfwagen und 2350 Schützenpanzerwagen, letztere sind besonders mobile Kampfwagen zur Unterstützung der Infanterie. Die 16. Luftarmee hat 900 Kampfflugzeuge des Typs Mig 17, Mig 21, SU 7 und SU 19, sowie 173 Hubschrauber. Die SU 7 ist ein Angriffs-Schlachtflugzeug mit einer maximalen Reichweite von 1 450 km. Die SU 19 – 1974 bei der GSSD eingeführt – kann Zusatztanks aufnehmen und in der Luft aufgetankt werden, womit ein bedeutender Aktionsradius ermöglicht wird. Die Reichweiten der verschiedenen Flugzeugtypen und möglichen Ziele sind auf der nebenstehenden Karte abgebildet.

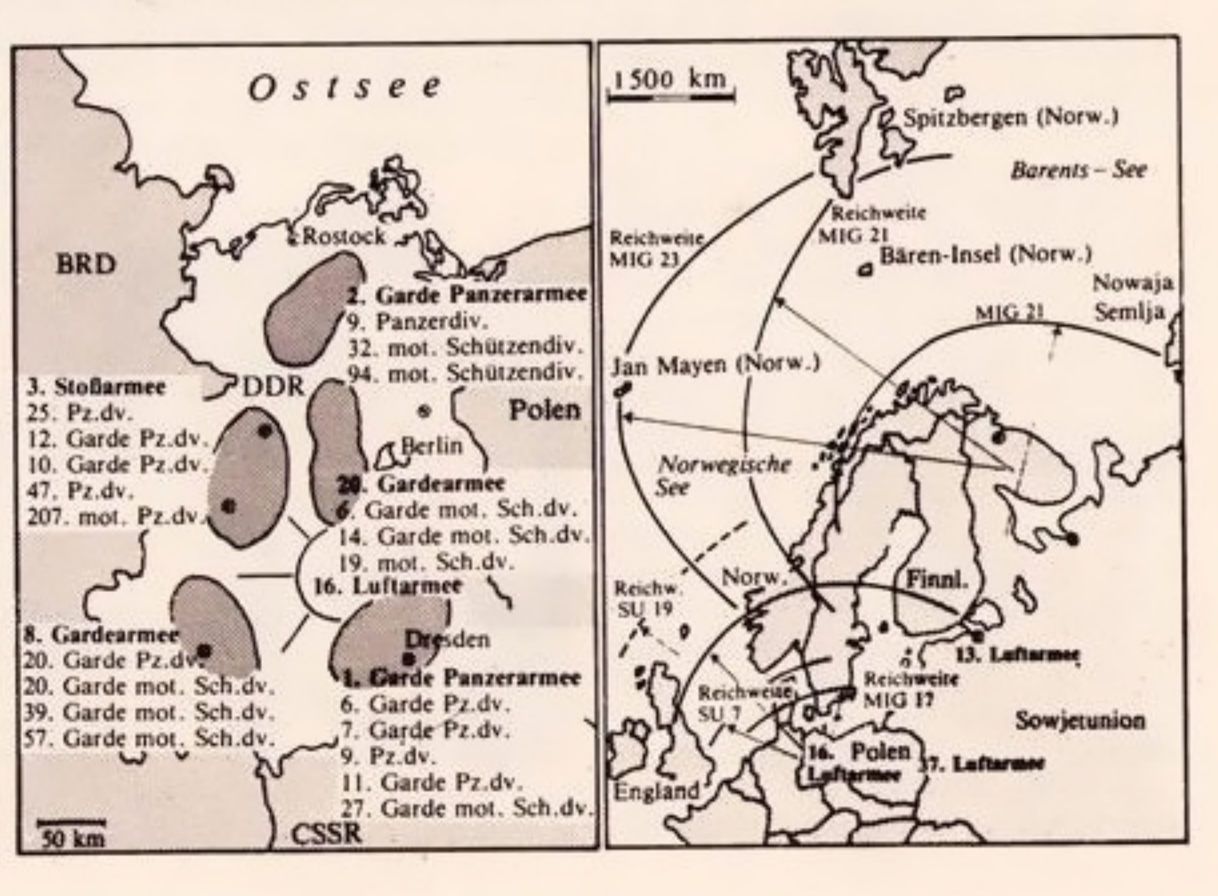
Alle in der DDR (sowie in anderen Staaten des Warschauer Paktes) stationierten Truppen haben Bereitschaftsstand I, d.h. 75 bis 100% der Einsatzstärke auf die Dauer, und genießen Priorität bei der Einführung von neuen Waffensystemen.

Jährlich zweimal werden in einem Großmanöver mit Flugzeugen der Aeroflot Teile der Truppen ausgetauscht und die Ausrüstungen auf den neuesten Stand gebracht. Dirigiert werden sie von der zivilen Luftkontrolle des Flughafens Schönefeld. Im November 1978 nahmen auch Militär-Großtransporter des Typs Il 76 am Manöver teil – als Aeroflot-Zivilmaschinen angemalt. Bei dieser Gelegenheit wurden in 25 Tagen 120 000 neue Soldaten in die DDR gebracht.

Die Dienstzeit der Sowjetsoldaten in der DDR beträgt 2 Jahre. Einzelausgang haben nur die Offiziere und Unteroffiziere, die Mannschaften dürfen die Kaserne nur gruppenweise verlassen. Der Sold beträgt 14,40 Mark im Monat. In den Kasernen gilt absolutes Alkoholverbot, auf einem blühenden Schwarzmarkt verhökern Sowjetsoldaten ihre Wertgegenstände an NVA-Soldaten – gegen Alkohol.

In der NVA betätigen sich Kader der GSSD als Ausbilder. Die Beziehungen zwischen den Angehörigen der beiden Armeen ließen an Herzlichkeit dermaßen zu wünschen übrig, daß 1969, ein Jahr nach dem Einmarsch in die CSSR, eine ,,Waffenbrüderschaftsordnung'' von der NVA-Führung erlassen werden mußte. Jährlich finden ''Wochen der Waffenbrüderschaft'' mit gemeinsamen Veranstaltungen statt.

Größe und Ausrüstung der GSSD – mit Sorgfalt im neuen Weißbuch über die Sicherheit der BRD aufgelistet – nimmt die Bundesregierung und die NATO-Führung zum Anlaß, ihre Militärmacht zu vergrößern, genau wie die Sowjetunion sich ihrerseits dabei auf die NATO beruft.



Regierungsbildung in Indien gescheitert, die politische Krise weitet sich aus

z.hef. Vier Wochen nach dem Rücktritt der Regierung Desai, 24 Tage nach ihrem eigenen Amtsantritt, trat in Indien am 20. August die Regierung Charan Singh zurück. Die Kongreß(I)-Partei, geführt von Indira Gandhi, hatte erklärt, sie werde die Regierung in einer Vertrauensabstimmung im Parlament nicht unterstützen. Für Dezember hat der indische Präsident Reddy Neuwahlen ausgeschrieben.

Die sich rasch entwickelnde politische Krise hat ihre Wurzeln in der schnellen Verschärfung der Klassenkämpfe. Die Bauern führen im ganzen Land, wenngleich zersplitterte, Massenkämpfe durch. Die Streikstatistiken zeigen Zahlen, die denen des Jahres 1974 nahekommen. Streiks haben große Teile des Staatsapparates lahmgelegt, so die Polizei in mehreren Bundesstaaten. 1975 hatten Imperialisten und Sozialimperialisten und die mit ihnen verbündeten Klassen, Großgrundbesitzer und Teile der Bourgeoisie, versucht, die Massenbewegung mit Notstandsterror unter Indira Gandhi zu zerbrechen. Desai führte im Juni dieses Jahres erneut Sondergerichtshöfe, Internierung ohne Anklagen und Streikverbote für Staatsangestellte ein. Aber Desai war 1977 ausdrücklich mit einem Programm gegen den Notstand an die Macht gekommen. Weder er noch seine Partei taugten damit für den Kurs der noch offeneren Unterdrückung, den die herrschenden Klassen jetzt brauchen. Dazu kommt, daß der Aufschwung der Klassenkämpfe die Konkurrenz der Imperialisten, vor allem zwischen den Supermächten, um die Ausbeutung Indiens noch verschärft. Desai wurde fallengelassen, ebenso sein Nachfolger Singh. Indira Gandhi hat die größten Chancen auf Zugewinn in den Wahlen. Sie hat die Ausschreibung von Neuwahlen begrüßt, ebenso die revisionistische, von den Sozialimperialisten ausgehaltene Partei.

Aber die Massenkämpfe sind heute weiter entwickelt als 1974/75. Die Marxisten-Leninisten haben ihren politischen Einfluß ausgeweitet. Die beiden größten, aus der Spaltung der Kommunistischen Partei Indien Marxisten-Leninisten (CPI-ML) 1970 hervorgegangenen Organisationen führten nach langjährigen politischen Auseinandersetzungen vom 24. bis 26. Juni 1979 Beratungen durch, auf denen sie „den Wunsch der kommunistischen Revolutionäre, sich unter dem Banner der CPI(ML) zusammenzuschließen, zum Ausdruck brachten", wie es im Kommuniqué heißt. PCC (Provisorisches ZK) der CPI(ML) und CC (Zentralkomitee) der CPI(ML) beschlossen ein gemeinsames Aktionsprogramm.

Philippinen: Das Moro-Volk kämpft für nationale Unabhängigkeit

z.mat.Sydney. Nachdem im vergangenen Jahr immer deutlicher geworden war, daß die Regierung Marcos das im Dezember 1976 abgeschlossene Abkommen von Tripoli nicht einhalten wollte, hat die Nationale Befreiungsfront der Moros MNLF den bewaffneten Kampf wieder ausgeweitet. Das Tripoli-Abkommen zwischen der Philippinischen Regierung und der MNLF war durch Vermittlung der Konferenz der islamischen Staaten, die die MNLF als einzige rechtmäßige Vertretung des Moro-Volkes anerkennt, geschlossen worden und hatte Prinzipien für die Autonomie des Moro-Volkes und für einen Waffenstillstand festgelegt. Marcos hat den Waffenstillstand nie eingehalten. Im Mai hatte er, um das Abkommen zu unterlaufen, Wahlen für die Provinzregierungen in zwei „autonomen Gebieten" organisieren lassen, die die Fortsetzung der Kontrolle Manilas über die südlichen Inseln, das Gebiet der Moro, garantieren sollen. Das Moro-Volk hat eine hundert Jahre alte Tradition im Kampf gegen den Kolonialismus. Seit sieben Jahren führt die MNLF den Kampf für Befreiung von der als Erbe des Kolonialismus aufgezwungenen Fremdherrschaft. Über 30000 Soldaten der MNLF stehen im Kampf. Vor den Wahlen hat die MNLF zum Boykott aufgerufen, mit dem Erfolg, daß die Wahlbeteiligung nur 10% betrug. Alle Versuche der Regierung, zur Dekoration der neuen Provinzregierung Verräter aus den Reihen der MNLF anzuwerben, waren vergebens. Auch die islamischen Staaten haben das Wahlmanöver verurteilt.

Inzwischen stehen mehr als 60% der philippinischen Armee im Gebiet der Moro im Einsatz, der Rest ist überwiegend auf den nördlichen Inseln gebunden, wo die Kommunistische Neue Volksarmee NPA den Kampf führt. Beide Befreiungsbewegungen stützen sich gegenseitig. „Zwischen unseren Kräften hat es Kontakte im Feld auf taktischer Ebene gegeben, von Operation zu Operation, nicht formell beschlossen", sagte ein MNLF-Sprecher. Gleichzeitige Offensiven „würden sicherlich für beide von Vorteil sein, und wenn wir einen gleichzeitigen Angriff durchführen würden, würde das dem Feind einen nachhaltigen Schlag versetzen." Er erklärte, daß nach dem Wahlmanöver die Position der MNLF „einen Schritt weiter ist als das bisher anerkannte Tripoli-Abkommen. Viele wollen jetzt den militärischen Kampf zu Ende führen und die nationale Freiheit erreichen."

z.mat.Sydney. Nachdem im vergangenen Jahr immer deutlicher geworden war, daß die Regierung Marcos das im Dezember 1976 abgeschlossene Abkommen von Tripoli nicht einhalten wollte, hat die Nationale Befreiungsfront der Moros MNLF den bewaffneten Kampf wieder ausgeweitet. Das Tripoli-Abkommen zwischen der Philippinischen Regierung und der MNLF war durch Vermittlung der Konferenz der islamischen Staaten, die die MNLF als einzige rechtmäßige Vertretung des Moro-Volkes anerkennt, geschlossen worden und hatte Prinzipien für die Autonomie des Moro-Volkes und für einen Waffenstillstand festgelegt. Marcos hat den Waffenstillstand nie eingehalten. Im Mai hatte er, um das Abkommen zu unterlaufen, Wahlen für die Provinzregierungen in zwei „autonomen Gebieten" organisieren lassen, die die Fortsetzung der Kontrolle Manilas über die südlichen Inseln, das Gebiet der Moro, garantieren sollen. Das Moro-Volk hat eine hundert Jahre alte Tradition im Kampf gegen den Kolonialismus. Seit sieben Jahren führt die MNLF den Kampf für Befreiung von der als Erbe des Kolonialismus aufgezwungenen Fremdherrschaft. Über 30000 Soldaten der MNLF stehen im Kampf. Vor den Wahlen hat die MNLF zum Boykott aufgerufen, mit dem Erfolg, daß die Wahlbeteiligung nur 10% betrug. Alle Versuche der Regierung, zur Dekoration der neuen Provinzregierung Verräter aus den Reihen der MNLF anzuwerben, waren vergebens. Auch die islamischen Staaten haben das Wahlmanöver verurteilt.

Inzwischen stehen mehr als 60% der philippinischen Armee im Gebiet der Moro im Einsatz, der Rest ist überwiegend auf den nördlichen Inseln gebunden, wo die Kommunistische Neue Volksarmee NPA den Kampf führt. Beide Befreiungsbewegungen stützen sich gegenseitig. „Zwischen unseren Kräften hat es Kontakte im Feld auf taktischer Ebene gegeben, von Operation zu Operation, nicht formell beschlossen", sagte ein MNLF-Sprecher. Gleichzeitige Offensiven „würden sicherlich für beide von Vorteil sein, und wenn wir einen gleichzeitigen Angriff durchführen würden, würde das dem Feind einen nachhaltigen Schlag versetzen." Er erklärte, daß nach dem Wahlmanöver die Position der MNLF „einen Schritt weiter ist als das bisher anerkannte Tripoli-Abkommen. Viele wollen jetzt den militärischen Kampf zu Ende führen und die nationale Freiheit erreichen."

Polynesien fordert Einstellung aller französischen Atomversuche auf Mururoa

z.inl. Im Kampf der Dritten Welt für das Verbot und die Vernichtung aller Kernwaffen sind im August zwei wichtige Entschließungen gefaßt worden. Die polynesische Territorialversammlung fordert Einstellung aller Atomversuche der französischen Imperialisten auf dem Mururoa-Atoll. Das Südpazifische Forum (ein Zusammenschluß von zwölf Staaten der Region) verurteilt einstimmig die US-imperialistischen Pläne, die Insel Palmyra in eine Atommülldeponie zu verwandeln. Der „internationale" Müll solle auf Palmyra abgeladen werden, so Carter, weil Wiederaufbereitung die Möglichkeit zum Bau der Atombombe bedeute. Das Kernwaffenmonopol der Imperialisten sollen die Völker des Pazifik zudem mit der Bedrohung ihrer Fischreichtümer bezahlen.

„Unsere rentabelste Industrie ist die Atombombe", sprach der französische Präsident der tahitischen Handelskammer beim Besuch Giscards in der Kolonie „Französisch"-Polynesien im Juli. Am 26.7. registrierte das Observatorium in Auckland die seit vier Jahren heftigste Nuklearexplosion auf Mururoa. 65% des Bruttosozialprodukts Polynesiens sind laut „Figaro" vom CRP, dem pazifischen Versuchszentrum und seinen Folgeerscheinungen abhängig. Mit der Unabhängigkeit Algeriens hatte der französische Imperialismus auch seine Versuchsbasen in der Sahara verloren, als CRP ließ er sie 1963 auf Mururoa und Fangataufa – zwei Atollen 1200 km von Tahiti entfernt – wieder aufbauen, dazu die Militärbasis Papeete auf Tahiti selbst. Tausende wurden für die Bauarbeiten umgesiedelt.

150000 Einwohner zählt der polynesische Archipel, dessen 130 Inseln über eine Wasserfläche von der Größe Europas verstreut sind. Nach hundert Jahren kolonialer Unterdrückung muß Polynesien heute 95% aller Konsumgüter einführen. Die Produktion von Kopra, dem wichtigsten Export, läßt sich nur in Promille der Weltproduktion ausdrücken. Neben der Landwirtschaft gab es nur noch eine Phosphatmine, die 1966 schloß, 2000 wurden entlassen. In den letzten Jahren nimmt der Kampf für nationale Unabhängigkeit und gegen die Atombasen einen neuen Aufschwung. Ein Beispiel: Während einer Gefängnisrevolte 1978 hißten die Gefangenen die tahitische



Der Kämpfer C. Ching wird in ein französisches Gefängnis deportiert.

Japan: Gewerkschaften festigen ihre Einheit

Gewerkschaftskongreß fordert Friedensvertrag mit den Supermächten

z.pek. Am 11. August hat der japanische Ministerpräsident Ohira eine Lohnverordnung für die Angestellten und Beamten des staatlichen Verwaltungsapparates bekanntgegeben. Die Löhne werden rückwirkend ab 1. April um 3,7% erhöht. Die von den Angestellten im öffentlichen Dienst erhobene Forderung nach Einführung der 5-Tage-Woche wurde von der Regierung abgelehnt. Es soll lediglich „versuchsweise" ein arbeitsfreier Samstag pro Monat eingeführt werden. Die Höhe dieser Lohnverordnung liegt unter der offiziellen Inflationsrate, die für Juli mit 4,3% gegenüber dem Vorjahr angegeben wurde. Der Durchschnitt der von den Arbeitern in der Frühjahrsoffensive der Gewerkschaften in diesem



Kongreß der japanischen Reisbauern. Die Forderung nach Erhöhung der Abnahmepreise wird von den Gewerkschaften der Arbeiter unterstützt.

Jahr erkämpften Lohnabschlüsse lag bei 10000 Yen (ca. 90 DM), bzw. 6%.

Die Angestellten und Beamten über 58 Jahre erhalten nach der Regierungsverordnung überhaupt keine Lohnerhöhung. Das Rentenalter liegt heute – bei Fehlen einer gesetzlichen Regelung – für über 90% der japanischen Arbeiter und Angestellten zwischen 55 und 60 Jahren. Über die Senkung der Löhne der älteren Arbeiter wollen die japanischen Kapitalisten die Grundlage für eine allgemeine Erhöhung des Rentenalters auf 65 Jahre schaffen. Erstmals sind in diesem Jahr die Durchschnittslöhne der Arbeiter in der Altersgruppe von 50 bis 59 Jahren mit 215700 Yen (1925 DM) unter das Niveau der Arbeiter in der Altersgruppe von 45 bis 49 Jahren, 217000 Yen (1937 DM), gesunken. Eine Gesetzesvorlage zur allgemeinen Festlegung des Rentenalters auf 65 Jahre ist im Frühjahr vom japanischen Sozialministerium vorgelegt worden.

Ebenfalls im August wurden auf Grund des für den öffentlichen Dienst gültigen Beamtengesetzes, das Streikrecht und Tarifautonomie aberkannt, Disziplinarstrafen gegen 800 Mitglieder der Postarbeitergewerkschaft verhängt, die an den Streiks der 180000 Postarbeiter im April beteiligt waren. Die Strafen reichten von Verwarnungen über Lohnentzug für mehrere Monate bis zu Entlassungen.

Dieses Beamtengesetz ist Ergebnis der Besetzung Japans durch die US-Supermacht nach dem Zweiten Weltkrieg. Schon während dieses imperialistischen Krieges nahm der Kampf der Arbeiterklasse in Japan immer heftigere Formen an, große Streikkämpfe trotzten der Bourgeoisie die elementaren Rechte der Tarifautonomie und des Streiks ab. Während 1936 die Gewerkschaftsbewegung erst 420000 Mitglieder zählte, wuchs sie bis 1948 auf über 6,7 Millionen an. Den Kern der Arbeiterbewegung bildete der öffentliche Dienst. Angeschlagen durch die Niederlage im Krieg sah die japanische Bourgeoisie ihre politische Herrschaft direkt bedroht. Ihre Hilfsappelle an die Besatzermacht und deren militärischen Unterdrückungsapparat wurden erhört. Kriegsgeneral Mc Arthur führte die Feder bei der Unterzeichnung des Gesetzes über das Verbot von Streiks im öffentlichen Dienst. Es war eine Notstandsmaßnahme gegen den Ansturm auf die Klassenherrschaft der japanischen Imperialisten.

Der gegenwärtige Aufschwung der wirtschaftlichen Kämpfe gerät unweigerlich in scharfen Widerspruch zu diesem aus dem Besatzungsstatut herrührenden Knebelgesetz. Von insgesamt 30 Millionen Arbeitern sind inzwischen 14 Millionen gewerkschaftlich organisiert. In der Stahl-, Automobil-, Elektro- und Werftindustrie haben die Arbeiter einen mächtigen Dachverband aufgebaut, den Japanischen Rat der Metallarbeitergewerkschaften. Er leitet die alljährliche Frühjahrsoffensive des Lohnkampfs der gesamten Branche.

Auch branchenübergreifend sind Dachgewerkschaften aufgebaut worden: der Generalrat der Gewerkschaften Japans (Sohyo) mit 4,3 Mio. Mitgliedern und die Japanische Konföderation der Arbeit (Domei) mit 2,3 Mio. Der einheitliche Zeitpunkt der Tarifkämpfe im Frühjahr wird bewußt als Element der Stärkung der Einheit genutzt. Das Nationale Kampfkomitee der Frühjahrsoffensive hat die Aufgabe, die Lohnkämpfe zentral zu koordinieren, durch Untersuchungen Herausbildung und Verbreitung der notwendigen Forderungen zu organisieren und den Kontakt zu den Betrieben zu halten; denn noch müssen die Lohn*abschlüsse* gegen den einzelnen Kapitalisten ausgefochten werden.

In der Frühjahrsoffensive standen die Lohnabhängigen des öffentlichen Dienstes an vorderster Front. Im April rief der Gewerkschaftsverband für die privaten Eisenbahnen zu einer gemeinsamen Offensive der Arbeiter der privaten und der staatlichen Bahn- und Transportgesellschaften auf, „um die Front von Regierung und Industrie für neuerliche Lohnsenkung zu brechen". Am 20. April wurde der landesweite Streik ausgerufen. 220 der insgesamt 243 Einzelgewerkschaften der privaten Eisenbahnlinien unterstützten den Aufruf. Auch die drei Gewerkschaften der staatlichen Eisenbahn, die Arbeiter der städtischen Verkehrsbetriebe in acht Großstädten, 800 Stewardessen und 120 Navigatoren der Japan Airlines waren an den Streikaktionen beteiligt. Nahezu das gesamte Personen- und Güterverkehrsnetz des Landes war lahmgelegt. Innerhalb von drei Tagen mußten Kapitalisten und Regierung Lohnerhöhungen von 9700 Yen (87 DM) zustimmen.

Auf seinem Jahreskongreß im Juni beschloß der Generalrat der Gewerkschaften, die Forderungen der kleinen Bauern nach Erhöhung ihrer Erzeugerpreise zu unterstützen. Darin drückt sich der wachsende Zusammenschluß der Arbeiter mit ihrem wichtigen Bündnispartner, der Masse der vom Ruin bedrohten Bauern aus. Zehntausende von ihnen sind in den letzten Jahren auf den Arbeitsmarkt geschleudert worden, ihre ungelernte und niedrigst bezahlte Arbeitskraft drückt auf den gesamten Lohnstandard in der Industrie. Dieser Druck, durch den Arbeitsmarkt vermittelt, wird von der Regierung durch die planmäßige Vertreibung der Bauern von ihrem Land verschärft, von den Kapitalisten gierig aufgegriffen, um die Eckmarken für die Bezahlung vor allem der älteren Arbeiter, die die oberen Lohngruppen belegen, einzureißen.

Wenn das politische Programm des Generalrats der Gewerkschaften die demokratische Forderung nach einem Friedensvertrag mit den beiden Supermächten als Siegermächten des Zweiten Weltkrieges aufstellt, so zieht die Arbeiterbewegung Bilanz nicht nur aus den jetzigen Erfahrungen ihrer wirtschaftlichen Kämpfe, in denen das Besatzerrecht der US-Supermacht der japanischen Finanzbourgeoisie das Geschäft der Unterdrückung elementarer Rechte des Streiks und der Koalitionsfreiheit erleichtert. Sie zieht Konsequenzen aus der historischen Erfahrung, daß diese Besatzungsmacht die Herrschaft ihres Hauptfeindes vor der proletarischen Revolution zu schützen sucht. Die Bedingungen für den Sturz dieser Ausbeuterklasse wachsen mit der Beseitigung des Besatzungsstatuts. Und für diese Forderung gibt es eine gute Grundlage in den seit Jahren zunehmenden Kämpfen der Bauern, der Fischer, der Volksmassen gegen die militärische Bedrohung und Provokation durch beide Supermächte.



Kongreß der japanischen Reisbauern. Die Forderung nach Erhöhung der Abnahmepreise wird von den Gewerkschaften der Arbeiter unterstützt.

Jahr erkämpften Lohnabschlüsse lag bei 10000 Yen (ca. 90 DM), bzw. 6%.

Die Angestellten und Beamten über 58 Jahre erhalten nach der Regierungsverordnung überhaupt keine Lohnerhöhung. Das Rentenalter liegt heute – bei Fehlen einer gesetzlichen Regelung – für über 90% der japanischen Arbeiter und Angestellten zwischen 55 und 60 Jahren. Über die Senkung der Löhne der älteren Arbeiter wollen die japanischen Kapitalisten die Grundlage für eine allgemeine Erhöhung des Rentenalters auf 65 Jahre schaffen. Erstmals sind in diesem Jahr die Durchschnittslöhne der Arbeiter in der Altersgruppe von 50 bis 59 Jahren mit 215700 Yen (1925 DM) unter das Niveau der Arbeiter in der Altersgruppe von 45 bis 49 Jahren, 217000 Yen (1937 DM), gesunken. Eine Gesetzesvorlage zur allgemeinen Festlegung des Rentenalters auf 65 Jahre ist im Frühjahr vom japanischen Sozialministerium vorgelegt worden.

Unterdrückungsapparat wurden erhört. Kriegsgeneral Mc Arthur führte die Feder bei der Unterzeichnung des Gesetzes über das Verbot von Streiks im öffentlichen Dienst. Es war eine Notstandsmaßnahme gegen den Ansturm auf die Klassenherrschaft der japanischen Imperialisten.

Der gegenwärtige Aufschwung der wirtschaftlichen Kämpfe gerät unweigerlich in scharfen Widerspruch zu diesem aus dem Besatzungsstatut herrührenden Knebelgesetz. Von insgesamt 30 Millionen Arbeitern sind inzwischen 14 Millionen gewerkschaftlich organisiert. In der Stahl-, Automobil-, Elektro- und Werftindustrie haben die Arbeiter einen mächtigen Dachverband aufgebaut, den Japanischen Rat der Metallarbeitergewerkschaften. Er leitet die alljährliche Frühjahrsoffensive des Lohnkampfs der gesamten Branche.

preise zu unterstützen. Darin drückt sich der wachsende Zusammenschluß der Arbeiter mit ihrem wichtigen Bündnispartner, der Masse der vom Ruin bedrohten Bauern aus. Zehntausende von ihnen sind in den letzten Jahren auf den Arbeitsmarkt geschleudert worden, ihre ungelernte und niedrigst bezahlte Arbeitskraft drückt auf den gesamten Lohnstandard in der Industrie. Dieser Druck, durch den Arbeitsmarkt vermittelt, wird von der Regierung durch die planmäßige Vertreibung der Bauern von ihrem Land verschärft, von den Kapitalisten gierig aufgegriffen, um die Eckmarken für die Bezahlung vor allem der älteren Arbeiter, die die oberen Lohngruppen belegen, einzureißen.

Wenn das politische Programm des Generalrats der Gewerkschaften die demokratische Forderung nach einem Friedensvertrag mit den beiden Supermächten als Siegermächten des Zweiten Weltkrieges aufstellt, so zieht die Arbeiterbewegung Bilanz nicht nur aus den jetzigen Erfahrungen ihrer wirtschaftlichen Kämpfe, in denen das Besatzerrecht der US-Supermacht der japanischen Finanzbourgeoisie das Geschäft der Unterdrückung elementarer Rechte des Streiks und der Koalitionsfreiheit erleichtert. Sie zieht Konsequenzen aus der historischen Erfahrung, daß diese Besatzungsmacht die Herrschaft ihres Hauptfeindes vor der

Sozialimperialistische Aufrüstung der Mongolischen VR

z.hku. Im August 1939 haben mongolische und sowjetische Truppen gemeinsam die Aggressionsarmee der japanischen Imperialisten am Fluß Chalchyn-Gol aus der Mongolei vertrieben. Sie vereitelten damit die japanischen Pläne, durch einen Vorstoß vom besetzten Nord-China aus über die Mongolei den sowjetischen Fernen Osten unter Kontrolle zu bekommen. – Das Gedenken an diesen Sieg verfälschen heute die Sozialimperialisten zur Aufrüstung der Mongolischen VR gegen die VR China: „In mongolisch-sowjetischer Waffenbrüderschaft ist die Unabhängigkeit und territoriale Integrität der MVR zuverlässig geschützt worden. Auch heute wird jede äußere Einmischung zuverlässig zurückgewiesen." (Nachrichtenagentur Nowosti) So nebenher wird in der revisionistischen Presse formuliert, daß ‚die ausländischen Interventen von chinesischem Territorium her eindrangen' (Neues Deutschland 18.8.), und mit Karten wird hervorgehoben, daß der Chalchyn-Gol heute Grenzfluß zur *VR China* ist. – Fußend auf dem „Freundschaftsvertrag" von 1966 sind seit über 10 Jahren sowjetische Truppen „vorübergehend" in der Mongolei stationiert; ihre Zahl ist in den letzten Jahren erhöht worden, wenn auch die Gesamtstärke nicht bekannt ist. Die Sozialimperialisten mißbrauchen das Land zur politischen Diversion und zur Schürung von Widersprüchen unter den nationalen Minderheiten der VR China. So fand im Juni eine „Konferenz asiatischer Buddhisten für den Frieden" in Ulan-Bator statt, zu der auch der tibetische Dalai Lama geladen war.

Persischer Golf „Kriegsgebiet" Lloyds verdoppelt Prämie

z.rül.London. Vertreter von arabischen Öltransportgesellschaften und Versicherungsfirmen der Organisation arabischer ölexportierender Staaten (OAPEC) vereinbarten am 22.8. in Baghdad, in Zukunft für alle arabischen Handelsflotten ein eigenes Versicherungssystem aufzubauen. Gleichzeitig forderten sie die Aufhebung eines Beschlusses des britischen Versicherungsverbands Lloyds, der seit dem 15.8. für den Persischen Golf einen „Kriegsgebietsrisikozuschlag" erhebt, weil dort Angriffe auf Öltanker durch „Terroristen" zu befürchten seien. Mit dieser Begründung, die auf entsprechende Verlautbarungen des US-Außenministeriums zurückging, wurde die zusätzliche Versicherungsprämie für Schiffe, die den Persischen Golf befahren, von 2,5 auf 5 Pence je 100 Pfund Versicherungswert verdoppelt.

Westafrikanische Staaten regulieren den Senegalfluß

z.jon. Die Organisation für die Nutzung des Senegalflusses, bestehend aus Senegal, Mauretanien und Mali, hat den Baubeginn für zwei Staustufen auf November festgesetzt. Diama in Senegal soll die Versalzung des Mündungsgebietes stoppen, die Bewässerung von 450000 ha Ackerland und den Bau eines Hafens ermöglichen. Manantali in Mali dient ebenfalls der Schiffbarmachung des Senegal – Mali erhält Zugang zum Meer – und der Elektrifizierung. Hauptziel der Flußregulierung ist die Selbständigkeit in der Nahrungsmittelversorgung. Senegal, das 1978 107000 t Weizen einführte, will die Getreideproduktion verfünffachen. –

Kampf um das UNCSTD-Aktionsprogramm

Finanzfonds und Kontrollorgan Hauptpunkte der Auseinandersetzung

z.anb.Wien. Ministerialdirigent Reinhard Loosch, Leiter der westdeutschen Delegation auf der UNCSTD in Wien, im Forschungsministerium Hauffs verantwortlich für den Bereich internationale Zusammenarbeit, erschien am Freitag (31.8.), dem letzten Konferenztag, mit rotgeränderten Augen zur Pressekonferenz. Man sei etwas übermüdet, erklärte er, aber ,,einigermaßen zufrieden''.

Der Forschungsminister lasse sich entschuldigen, die Energieklausur des Kabinetts ... man verstehe. Stattdessen möge man mit einer schriftlichen Erklärung zum Ergebnis der UNCSTD vorlieb nehmen. Darin betont Hauff, ,,daß die offene und konstruktive Haltung aller Konferenzteilnehmer, trotz verbleibender Meinungsunterschiede, dazu geführt habe, daß eine tiefgreifende Konfrontation habe vermieden werden können. (...) Nicht völlig zufriedenstellen kann (...), daß die 14tägige Konferenz mehr Zeit auf die Regelung organisatorisch-finanzieller Fragen verwendet habe, als auf die Frage, wie Forschung und Entwicklung dazu beitragen können, schnell, unbürokratisch und wirksam die tatsächlichen Bedürfnisse der Entwicklungsländer zu befriedigen.'' (Bonn, den 31.8.79)

Hinter diesen nüchternen Feststellungen versteckt Hauff den wesentlichen Erfolg der Dritten Welt, die es nicht zugelassen hat, daß diese Weltkonferenz in ein Symposion der neokolonialen Einnistung umfunktioniert wurde. Gleichzeitig wird die Verantwortlichkeit der Imperialisten für einen Wust an Sabotage und Spaltungsintrigen vertuscht. Es ist an diesem Punkt nützlich, die Erklärung von Bukarest zu zitieren, in der die Länder der Dritten Welt vor Beginn der Konferenz ihren Standpunkt vereinheitlicht haben:

,,Die Entwicklungsländer anerkennen die Notwendigkeit und die besondere Bedeutung, die in der Entfaltung und im Ausbau der wirtschaftlichen, technischen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit unter ihnen selbst liegt, (...) insbesondere in Übereinstimmung mit dem Aktionsplan von Buenos Aires zur technologischen Kooperation zwischen den Entwicklungsländern, um darüber, einzeln wie kollektiv, das Vertrauen auf die eigene Kraft, ihre internationale Solidarität und die Einheit ihrer Aktion zu stärken. (...) Sie erklären feierlich ihr entschlossenes Festhalten an dem von der Gruppe der 77 vorgelegten Aktionsprogramm.'' (UNCSTD Dokument, 18.8.79) Sie bekräftigen die darin enthaltenen Forderungen nach freiem und umfassendem Zugang zu den wissenschaftlichen und technologischen Kenntnissen, die Einrichtung eines speziellen Finanzierungsfonds für Entwicklung und dessen Kontrolle über einen neu einzurichtenden UNO-Ausschuß mit freier Mitgliedschaft für alle Staaten und direkter Verantwortlichkeit gegenüber der Generalversammlung. Nachdrücklich heißt es am Schluß: ,,Konkrete Schritte sind zu unternehmen, um die Sache der nationalen Befreiung der Völker (...) zu unterstützen, damit sie gleichfalls in die Lage versetzt werden, aus der Anwendung von Wissenschaft und Technik für ihre Entwicklung Nutzen zu ziehen.''

Geld sei noch nie das Problem gewesen, warf Ministerialdirigent Loosch ein, als er gefragt wurde, warum die Höhe des Finanzierungsfonds bis 5 Minuten vor Ende der Konferenz noch immer offen sei. Zwei Tage zuvor war es im Zweiten Ausschuß der Konferenz zu einem Eklat gekommen. Der Vertreter der US-Imperialisten, ein katholischer Geistlicher mit dem vertrauensseligen Beinamen ,,Father'' Hesburgh, hatte nach 10 Tagen Verhandlung und hartnäckigster Opposition der Imperialisten gegen den Finanzfonds erklärt, er habe den Eindruck, die Dritte Welt verstehe ihn beständig falsch. Vorausgegangen waren dem hektische Beratungen unter den Imperialisten, nachdem allgemein bekannt wurde, daß die Gruppe der 77 mit dem Boykott der Konferenz antworten würde, wenn nicht unverzüglich eine Änderung in der Haltung der Imperialisten eintrete. Sie trat ein.

Die Einrichtung des Fonds ist beschlossene Sache, und obwohl es sich für die Imperialisten um eine ,,Interimsregelung'' auf zwei Jahre handelt, werden sie *davon* nicht mehr herunterkommen. Anstelle der von der Dritten Welt verlangten Zahlung der Imperialisten von 0,05% des Bruttosozialprodukts jedoch, sieht das Schlußdokument freiwillige Zahlungen bei einer Gesamthöhe von 250 Mio. Dollar für 1980-81 vor. Die Einrichtung des zwischenstaatlichen neuen Organs ist ebenfalls durchgesetzt worden, es ist offen für alle Mitgliedsstaaten, repräsentiert somit das für die Imperialisten ungünstige Kräfteverhältnis der Generalversammlung. Aber seine *Tätigkeit* ist vorläufig auf die Erarbeitung einer Studie festgelegt worden, die das Aktionsprogramm der Gruppe der 77 erneut zum Gegenstand hat. Das ,,Intergovernmental Comittee'' hat den Auftrag, langfristig die Beitragsentrichtung der Imperialisten und die Organisierung der politischen Kontrolle des Entwicklungsfonds für Technik und Wissenschaft zu klären. Der entsprechende Beschlußentwurf ist dem Generalsekretär vorzulegen, der dazu bis Ende des Jahres eine Sondertagung einberufen wird.

250 Mio. Dollar für zwei Jahre auf ,,freiwilliger'' Basis, das ist, möchte man einwenden, gemessen an den geforderten 2 Mrd. bis 1985 und 4 Mrd. ab 1985, so gut wie nichts. Vom Geldkern her sieht es so aus, politisch bedeutet es für die Imperialisten eine Niederlage. Sie wollten mit allen Mitteln verhindern, als die *einzig* Verantwortlichen für die Plünderung und Erpressung der Länder der Dritten Welt in der Frage von Technik und Wissenschaft zum Nutzen der Entwicklung aktenkundig zu werden. Noch nach der ersten Konferenzwoche wand sich die Sowjetunion hin und her angesichts des massiven Drucks der Dritten Welt und erklärte sich für ,,nicht verantwortlich für die Wirkungen des Kolonialismus und Imperialismus''. Ihr schlossen sich die neuen Bourgeois des RGW bereitwillig an. Ohne Erfolg.

Wie nicht anders zu erwarten, betont Loosch die *Freiwilligkeit* der Beitragszahlung. Aber so recht mag er sich nicht freuen. Ist es doch so, daß jetzt jede weitere Weigerung, zu zahlen, von der Dritten Welt als offener Bruch des gegebenen Wortes angegriffen werden wird. Wer mag sich da noch hinstellen und sagen, man tue doch *auf anderem Wege* soviel für Entwicklungshilfe, wie es die Delegation der BRD offensichtlich mehrfach versucht hat? Loosch: ,,Damit sind wir leider ins Leere gestoßen.'' Der Ablenkungsversuch, doch lieber über den Bau von ,,Sonnendörfern'' in Afrika, mit westdeutschem Know How und Kapital, zu verhandeln, ,,stieß auf mehr oder weniger deutliche Gleichgültigkeit.''

Das ,,Interim'' buchen die Imperialisten auf der Plusseite ihres Kontos, es bedeutet, so rechnen sie, noch einmal Zeitgewinn. Gemessen an ihren Forderungen im Aktionsprogramm hat die Gruppe der 77 bestimmte taktische Rückzüge gemacht, wo Spaltungswirkung am massivsten die Einheit bedrohte. Das neue Kontrollorgan ist deshalb weder, wie es die Imperialisten wollten, ein Instrument des ECOSOC (Wirtschafts- und Sozialrat der UNO, in dem die Imperialisten die Mehrheit haben), noch *direkt* der Generalversammlung unterstellt. Es berichtet zwar an die GV ,,über'' den ECOSOC, diesem ist jedoch jegliches Einmischungsrecht abgesprochen worden. Er darf lediglich Stellung nehmen.

An diesen Streitpunkten wird deutlich, welche gewaltige Leistung die Länder der Dritten Welt in der UNO vollbringen. Ihr entscheidendes Instrument gegen die politische Obstruktion und die materielle Erpressung der Imperialisten ist ihre politische Einheit. Ihre Gegner wissen das nur zu genau. Loosch: ,,Natürlich hatte die Konferenz auch ihr Positives. Zahlreiche *bilaterale* Verhandlungen sind am Rande geführt worden. Und man hatte den Eindruck, daß alle froh waren, einmal konkret zu werden.'' Konkret in bezug auf die Schuldenlast gegenüber der BRD, konkret in bezug auf ausstehende Lizenzzahlungen, konkret in bezug auf mögliche Öffnung des westdeutschen Marktes für Exporte der Dritten Welt, vorausgesetzt, sie werden mit westdeutscher Kapitalbeteiligung produziert ...

lungen versteckt Hauff den wesentlichen Erfolg der Dritten Welt, die es nicht zugelassen hat, daß diese Weltkonferenz in ein Symposion der neokolonialen Einnistung umfunktioniert wurde. Gleichzeitig wird die Verantwortlichkeit der Imperialisten für einen Wust an Sabotage und Spaltungsintrigen vertuscht. Es ist an diesem Punkt nützlich, die Erklärung von Bukarest zu zitieren, in der die Länder der Dritten Welt vor Beginn der Konferenz ihren Standpunkt vereinheitlicht haben:

,,Die Entwicklungsländer anerkennen die Notwendigkeit und die besondere Bedeutung, die in der Entfaltung und im Ausbau der wirtschaftlichen, tech-

ein, als er gefragt wurde, warum die Höhe des Finanzierungsfonds bis 5 Minuten vor Ende der Konferenz noch immer offen sei. Zwei Tage zuvor war es im Zweiten Ausschuß der Konferenz zu einem Eklat gekommen. Der Vertreter der US-Imperialisten, ein katholischer Geistlicher mit dem vertrauensseligen Beinamen ,,Father'' Hesburgh, hatte nach 10 Tagen Verhandlung und hartnäckigster Opposition der Imperialisten gegen den Finanzfonds erklärt, er habe den Eindruck, die Dritte Welt verstehe ihn beständig falsch. Vorausgegangen waren dem hektische Beratungen unter den Imperialisten, nachdem allgemein bekannt wurde, daß die Gruppe der 77 mit dem Boy-

250 Mio. Dollar für zwei Jahre auf ,,freiwilliger'' Basis, das ist, möchte man einwenden, gemessen an den geforderten 2 Mrd. bis 1985 und 4 Mrd. ab 1985, so gut wie nichts. Vom Geldkern her sieht es so aus, politisch bedeutet es für die Imperialisten eine Niederlage. Sie wollten mit allen Mitteln verhindern, als die *einzig* Verantwortlichen für die Plünderung und Erpressung der Länder der Dritten Welt in der Frage von Technik und Wissenschaft zum Nutzen der Entwicklung aktenkundig zu werden. Noch nach der ersten Konferenzwoche wand sich die Sowjetunion hin und her angesichts des massiven Drucks der Dritten Welt und erklärte sich für ,,nicht verant-

,,Ist das Fließband die Antwort auf die Forderung nach Technologietransfer?'' (EG-Broschüre). Damit versuchten die Imperialisten auf der UNCSTD ihre neokolonialen Einnistungsversuche zu ummänteln. – *Bild links*: Fahrradproduktion in Obervolta, *Bild rechts*: Schulunterricht per Fernsehen in entlegenen Gebieten Nigers.

Patente und Lizenzen – Instrumente der Plünderung und Erpressung

z.anb.Wien. In der Phase des Frühkapitalismus als Ausdruck des Zwangsgesetzes der Konkurrenz entstanden, ist das imperialistische Patent- und Lizenzrecht heute das Instrument der Monopole, vermittels dessen diese die private Verfügungsgewalt über die geistigen Potenzen der gesellschaftlichen Produktion in eine Quelle ihres Extraprofits verwandeln; einerseits durch die Verfügung über den Zugang zu den Produktionstechnologien, die in den *Patenten* beschrieben sind, andererseits über die in den *Lizenzen* enthaltene Anwartschaft auf Teile des Mehrwerts, der beim Verkauf von mit solchen Produktionsverfahren hergestellten Waren realisiert wird.

90% aller modernen technologischen Kenntnisse sind durch Patente der Imperialisten ,,geschützt'' vor dem Zugriff der jeweiligen Konkurrenz und vor allem der Länder der Dritten Welt. Denn sie sind es vor allem, die pro Jahr zwischen 20 und 30 Mrd. DM zahlen müssen, um sich Zugang zu der modernen Technologie zu verschaffen. Von insgesamt 27 Mio. Einzelpatenten hat die weltgrößte zentrale Datenbank, das Internationale Patent-Dokumentationszentrum INPADOC mit Sitz in Wien 10 Mio. gespeichert.

,,Die verbreitete Ansicht der Entwicklungsländer, daß durch Patente ihr industrieller Fortschritt eingeschränkt wird, ist unbegründet. Da

zenzrecht heute das Instrument der Monopole, vermittels dessen diese die private Verfügungsgewalt über die geistigen Potenzen der gesellschaftlichen Produktion in eine Quelle ihres Extraprofits verwandeln; einerseits durch die Verfügung über den Zugang zu den Produktionstechnologien, die in den *Patenten* beschrieben sind, andererseits über die in den *Lizenzen* enthaltene Anwartschaft auf Teile des Mehrwerts, der beim Verkauf von mit solchen Produktionsverfahren hergestellten Waren realisiert wird.

90% aller modernen technologischen Kenntnisse sind durch Patente der Imperialisten ,,geschützt'' vor dem Zugriff der jeweiligen Konkurrenz und vor allem der Länder der Dritten Welt. Denn sie sind es vor allem, die pro Jahr zwischen 20 und 30 Mrd. DM zahlen müssen, um sich Zugang zu der modernen Technologie zu verschaffen. Von insgesamt 27 Mio. Einzelpatenten hat die weltgrößte zentrale Datenbank, das Internationale Patent-Dokumentationszentrum INPADOC mit Sitz in Wien 10 Mio. gespeichert.

,,Die verbreitete Ansicht der Entwicklungsländer, daß durch Patente ihr industrieller Fortschritt eingeschränkt wird, ist unbegründet. Da
fast alle Patente nur in wenigen Ländern (vor allem Industrieländern) Gültigkeit haben, können in allen übrigen Ländern die betreffenden Technologien frei genutzt werden. In den Patentschriften werden die Verfahren detailliert beschrieben.'' (Werbeschrift des INPADOC)

Mit dem Niedergang der Kolonialmächte und dem Verlust ihrer Besitztümer, an deren Stelle unabhängige Staaten getreten sind, ist den Imperialisten unangenehm bewußt geworden. daß



,,Interdependenz'': Abidjan, Elfenbeinküste. Verladen von *US*-Weizen aus *SU*-Frachter auf *NL*-LKW

ihr Monopolrecht auf die technischen Voraussetzungen der Produktion kein internationales Recht mit weltweiter Geltung darstellt. Denn die übergroße Mehrheit der Länder der Dritten Welt lehnt die Einrichtung nationaler Patentämter ab; das hat den Imperialisten die *direkte* Kontrolle über die in diesen Ländern angewandte Technologie aus der Hand geschlagen. Umso verbissener verteidigen diese das indirekte, aber nicht weniger despotische Instrumentarium ihres Patentrechtes:

1. Der Zugang zu den Informationen ist nach wie vor an den Kauf von Pa-



,,Interdependenz'': Abidjan, Elfenbeinküste. Verladen von *US*-Weizen aus *SU*-Frachter auf *NL*-LKW

ihr Monopolrecht auf die technischen Voraussetzungen der Produktion kein internationales Recht mit weltweiter Geltung darstellt. Denn die übergroße Mehrheit der Länder der Dritten Welt lehnt die Einrichtung nationaler Patentämter ab; das hat den Imperialisten die *direkte* Kontrolle über die in diesen Ländern angewandte Technologie aus der Hand geschlagen. Umso verbissener verteidigen diese das indirekte, aber nicht weniger despotische Instrumentarium ihres Patentrechtes:

1. Der Zugang zu den Informationen ist nach wie vor an den Kauf von Pa-
tenten gefesselt – und das kostet; 2. die Waren, die die Dritte Welt mit solchen modernen Produktionsverfahren herstellt, haben auf den imperialistischen Märkten nur dann Zutritt, wenn – und das kostet abermals – entsprechende Lizenzen erworben wurden. Werden hingegen die gleichen Waren in einem Land der Dritten Welt mit imperialistischem Kapital produziert, haben sie auf allen Märkten, die das Monopol sich durch seine Patente hat schützen lassen, ,,freien Zugang''.

Rund die Hälfte der Kredite von 550 Mio. $ für die ersten Baustufen stammen aus den USA, der UdSSR und Westeuropa. Die Imperialisten haben die Planung jahrelang verschleppt. Sie versuchen, den gemeinsamen Bau von Diama und Manantali zu verhindern, der für den Erfolg der Regulierung notwendig ist. Sie haben mit ihren Bedingungen die geschätzten Kosten des Projekts 1974 – 1977 um 350% hochgetrieben. Jetzt stellen vor allem arabische und afrikanische Länder Kredite zur Verfügung. Zuletzt hat der Afrikanische Entwicklungsfonds mit einem kostenlosen Kredit bei 50-jähriger Laufzeit, der 7% der Baukosten abdeckt, die endgültige Festlegung des Bautermins ermöglicht.

,,Palästinensischer Kongress von Nordamerika'' gegründet

z.gek. 300 Delegierte der 15000 Palästinenser in den USA und Kanada haben am 24. August in Chicago den ,,Palästinensischen Kongress von Nordamerika'' gegründet. ,,Unser Verband unterstützt die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO und den Kampf für die Befreiung Palästinas'', hat der Sprecher des Verbandes erklärt. Und weiter: ,,Eine unserer wichtigsten Aufgaben wird sein, das amerikanische Volk mit den wahren Tatsachen über Palästina bekannt zu machen. Wir haben großes Vertrauen in das amerikanische Volk.'' – Nachdem der UNO-Botschafter der USA, Young, wegen einem nicht genehmigten Treffen mit dem PLO-Vertreter bei den Vereinten Nationen, Terzi, hatte zurücktreten müssen, hat eine ,,Gipfelkonferenz'' der – im allgemeinen von schwarzen Bourgeois geführten – Organisationen der Afro-Amerikaner der USA beschlossen, mit der PLO Beziehungen aufzunehmen, ohne allerdings ihr Programm der vollständigen Befreiung Palästinas ganz anzuerkennen. In der UNO mußten die US-Imperialisten die Demütigung einstecken, daß nur aufgrund einer persönlichen Intervention von Arafat die Delegationen der Dritten Welt im Sicherheitsrat eine Resolution vorläufig zurückzogen, worin das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes einschließlich des Rechts auf Gründung eines eigenen Staates anerkannt wurde – eine Resolution, gegen die die Carter-Regierung ihr Veto angekündigt hatte. Auch so wurde die zunehmende Isolation der US-Imperialisten in der Palästinafrage deutlich.

Mexiko lehnt Entschädigungszahlungen an die USA ab

z.elb. Die mexikanische Regierung hat Verhandlungen mit den US-Imperialisten über Entschädigungszahlungen von Mexiko an die USA für die ölverschmutzte Küste Texas' strikt abgelehnt. Sie erinnert die US-Imperialisten daran, daß kein internationales Gesetz Mexiko für die Schäden verantwortlich macht, die durch das nach der Explosion der Ölquelle Ixtoc I auslaufende Öl verursacht werden; Carter stimmt dem zu. Wie das? – Alle Versuche der US-Imperialisten, den Preis des mexikanischen Erdöls unter den von der OPEC festgesetzten zu drücken, um es sich billig anzueignen, sind gescheitert. 85% des mexikanischen Erdölexports werden in die USA geliefert; die USA verlangen die gesamte für den Export bestimmte Fördermenge, Mexiko lehnt ab. Carter hatte sich im Februar eine Abfuhr in bezug auf die Lieferung von mexikanischem Erdgas unter Weltmarktpreis geholt. Im September wird Präsident López Portillo die USA besuchen. Erneut werden die US-Imperialisten Mexiko zu bewegen versuchen, Erdgaslieferungen zu US-Bedingungen zuzustimmen. Daher der Rückzug Carters. Andererseits dünken sich die US-Imperialisten in einer günstigen Lage, da Mexiko durch die Explosion der Ölquelle mehr als 240 Mio. Liter Öl verloren hat. – Anfang September wird Ixtoc I durch zwei Entlastungsbohrungen voraussichtlich unter Kontrolle sein.

Grenzgebiet Mexiko / USA: ,,zum Kampfgebiet geworden''

z.gek. So hat der Abschnittskommandeur der Grenz- und Einwanderungspolizei der USA in Kalifornien gegenüber einem Reporter der New York Times die Lage charakterisiert. Mit messerscharfen Metallgittern, elektronischen Sensoren, Scheinwerfern und Lautsprechern, vor allem mit schwer bewaffneten, großteils aus Indochina kriegserfahrenen Grenzpatrouillen in Fahrzeugen und Hubschraubern versuchen die US-Imperialisten die mexikanischen Volksmassen daran zu hindern, den Verkehr mit den geraubten nördlichen Gebieten (dem heutigen Südwesten der USA) aufrechtzuerhalten. Tausende werden täglich gefangengenommen und abgeschoben. Raub, Folter, Vergewaltigung, aber auch offener Mord gehören zu den regulär angewandten Abschreckungsmitteln. 6 mexikanische Grenzgänger sind in diesem Jahr schon erschossen worden, darunter zwei mit Handschellen gefesselte Jugendliche. Das sind nur die bekanntgewordenen Fälle. Im Imperial Valley nahe der Grenze sind die Gräber von 50 ermordeten Mexikanern gefunden worden. Eine Untersuchungskommission des US-Kongresses hat sich nach Kalifornien bequemen müssen und ist noch beschäftigt. – Alarmiert sind die US-Imperialisten, seit ihre Besatzungstruppen immer häufiger auf organisierten Widerstand der Volksmassen in den Städten und Dörfern an der Grenze treffen. Im Juni meuterten die Grenzpolizisten in San Ysidro, nachdem sie jede Nacht auf Straßensperren getroffen, mit Steinen bombardiert und beschossen worden waren, was zu einigen Ausfällen geführt hatte. Erst als die Truppe um 200 Mann verstärkt worden war, wagte sie sich wieder in die Grenzorte hinein.

ZANU Propaganda- und Erziehungsarbeit – Den Kolonialismus auf allen Gebieten bekämpfen.

z.jük. Mit Intensivierung des bewaffneten Kampfes und der Befreiung weiterer Gebiete Zimbabwes vom Kolonialismus wachsen die politischen Aufgaben der ZANU. Der Kolonialismus muß auf allen Gebieten bekämpft werden. Durch Propaganda und Erziehungsarbeit bereitet die ZANU die Volksmassen Zimbabwes zielstrebig auf die vollständige Eroberung der politischen Macht vor. Ein neues System der Erziehung wird gegenwärtig von den Kadern der ZANU zusammen mit den Volksmassen erarbeitet. Die Aufgaben der zuständigen Abteilung beim ZK der ZANU gliedern sich: zum einen in Analyse des kolonialen Erziehungssystems in Zimbabwe, zum zweiten Vermittlung von Grundkenntnissen, theoretisch und praktisch, unter der Jugend, sowie zum dritten: Schaffung einer neuen Kultur des Volkes. Zusammen mit der Abteilung Arbeit und Soziales beim ZK der ZANU werden diese Aufgaben in den befreiten Gebieten sowie in Flüchtlingslagern außerhalb Zimbabwes durchgeführt. Der verantwortliche Kader für Erziehung und Kultur nannte uns in einem Gespräch drei Hauptquellen für die Erarbeitung des neuen Erziehungssystems: ,,Das, was uns die Väter des Sozialismus gelehrt haben; zweitens, positive Aspekte des kolonialen Erziehungssystems, und drittens eigene Erfahrungen. Der bewaffnete Kampf ist die beste Schule.“

Die Untersuchung des kolonialen Erziehungssystems erstreckt sich sowohl auf die Inhalte als auch auf die Methode der Kolonialisten. ,,Die kolonialen Bücher sind entweder direkt oder verhüllt, lassen aber alle bewußt die Geschichte unseres Volkes vor der Kolonisierung weg und beginnen mit der Kolonisierung.“ Verbreitet werden die Ideologien des Kolonialismus und Imperialismus, im allgemeinen britisch gefärbt. Demgegenüber entwickelt die ZANU eigene Schulbücher und Unterrichtsmethoden. Ein Grundschulsystem ist schon geschaffen, ein Mittelschulsystem in Arbeit. ,,Wir wollen auch in Zukunft, daß unsere Leute wissen, wohin wir wollen in unserem Kampf.“ Eine Kampagne, um die Shona-Sprache lesen und schreiben zu lernen, ist eingeleitet. Diese Sprache, die die große Masse des Volkes von Zimbabwe spricht, wird von den Kolonialisten genau wie die im nordwestlichen Teil des Landes gesprochene Matabele-Sprache unterdrückt. Den Massen wird Englisch als Sprache aufgezwungen. Die Shonaschrift wurde bereits erarbeitet, so daß Lesen und Schreiben massenhaft erlernt und auch im Unterricht verwandt werden kann. Fertiggestellt ist eine 7-teilige Buchserie in Shona, die Grundschulkenntnisse verbreitet. Die ersten Ausgaben werden demnächst gedruckt von der ZANU. Auch englische Schulbücher werden dann aufgelegt. Die Abteilung Publizistik arbeitet an der Herausgabe einer Zeitung in Shona. ,,Mathematikbücher haben wir auch schon angefangen. Die müssen wir auch neu machen. Sagen die Imperialisten z.B.: wenn du am Tage 1000 DM Profit machst, wieviel machst du dann in 30 Tagen, sagen wir zum Beispiel: von Zanla Kämpfern braucht einer am Tag regelmäßig 30 Patronen, wieviel brauchen sie dann zusammen in 30 Tagen? Wir erreichen damit, daß unsere jungen Leute lernen *und* eine Beziehung zum Kampf herstellen.“

Wichtigster Bestandteil des Erziehungssystems ist schon heute die Verbindung zur praktischen Arbeit: ,,Die Produktion ist der wichtigste Faktor. Sie müssen lernen Häuser bauen, landwirtschaftliche Arbeiten zu machen.“ Auch Grundkenntnisse der industriellen Fertigung werden erlernt. Die Produktion in den befreiten Gebieten sowie den Lagern beschränkt sich gegenwärtig meist auf Landwirtschaft, Häuserbau, Möbelproduktion sowie geringe Leichtindustrie, wobei es Nachschubprobleme sind, die eine Ausdehnung behindern. Militärische Übungen sind regelmäßiger Bestandteil des Unterrichts. Umfassend sind die Aufgaben auf dem Gebiete der Kulturarbeit. Zum einen werden die Traditionen, Gebräuche und Überlieferungen auf ihre Nützlichkeit für die Schaffung eines neuen Zimbabwe untersucht: ,,Was liegt einem Brauch zugrunde, was ist sein Wert? Es ist gefährlich, einen Brauch anzugreifen, wenn man ihn nicht untersucht hat.“ Gefördert wird von der ZANU die insgesamt stark gemeinschaftliche Kultur der Volksmassen Zimbabwes. Z.B. kann ein Lied kaum allein gesungen werden. ,,Wir ermutigen die Massen, solche Lieder zu machen und zu singen. Unsere Kinder machen auch gern Gedichte. Als ich in der Schule war, habe ich Gedichte geschrieben über Blumen etc. Unsere Kinder schreiben Gedichte über den Krieg, über Bombenverletzungen, Massaker usw., über die Realität. Das nennen wir neue Kultur. Die Kultur des Krieges ist eine sehr befreiende Kultur. Als ich Junge war und ein Gewehr sah, hatte ich Furcht. Heute, wenn man ein Gewehr hat, fühlt man sich sicher. Wenn die Genossen in den Kampf gehen, Pamberi ne Chimurenga rufen und die Gewehre heben, dann haben sie eine Vorstellung darüber, das Land zu befreien. Das wollen sie. Das ist die Kultur des Krieges.“

Um die Bedingungen für den Aufbau eines befreiten Zimbabwe zu sichern, hat die Abteilung Arbeit und Soziales verschiedene Untersuchungen eingeleitet über die ökonomische Lage, die Verteilung des Arbeiter- und Bauernkörpers, die tatsächliche Funktion der Weißen in der Wirtschaft. Die Imperialisten verbreiten, wenn die Volksmassen Zimbabwes sich befreien, ,,bricht alles zusammen“. Dazu erklärte uns der Genosse: ,,Wir glauben, daß, wenn wir das Land befreien, viele Rassisten abhauen werden, weil sie meist eben nur Ausbeuter- und Antreiberfunktionen haben. Man muß klären, welche Arbeiten sie tatsächlich gemacht

chen. Sagen die Imperialisten z.B.: wenn du am Tage 1000 DM Profit machst, wieviel machst du dann in 30 Tagen, sagen wir zum Beispiel: von Zanla Kämpfern braucht einer am Tag regelmäßig 30 Patronen, wieviel brauchen sie dann zusammen in 30 Tagen? Wir erreichen damit, daß unsere jungen Leute lernen *und* eine Beziehung zum Kampf herstellen.“

Wichtigster Bestandteil des Erziehungssystems ist schon heute die Verbindung zur praktischen Arbeit: ,,Die Produktion ist der wichtigste Faktor. Sie müssen lernen Häuser bauen, landwirtschaftliche Arbeiten zu machen.“ Auch Grundkenntnisse der industriellen Fertigung werden erlernt. Die Produktion in den befreiten Gebieten sowie den Lagern beschränkt sich gegenwärtig meist auf Landwirtschaft, Häuserbau, Möbelproduktion sowie geringe Leichtindustrie, wobei es Nachschubprobleme sind, die eine Ausdehnung behindern. Militärische Übungen sind regelmäßiger Bestandteil des Unterrichts. Umfassend sind die Aufgaben auf dem Gebiete der Kulturarbeit. Zum einen werden die Traditionen, Gebräuche und Überlieferungen auf ihre Nützlichkeit für die Schaffung eines neuen Zimbabwe untersucht: ,,Was liegt einem Brauch zugrunde, was ist sein Wert? Es ist gefährlich, einen Brauch anzugreifen, wenn man ihn nicht untersucht hat.“ Gefördert wird von der ZANU die insgesamt stark gemeinschaftliche Kultur der Volksmassen Zimbabwes. Z.B. kann ein Lied kaum allein gesungen werden. ,,Wir ermutigen die Massen, solche Lieder zu machen und zu singen. Unsere Kinder machen auch gern Gedichte. Als ich in der Schule war, habe ich Gedichte geschrieben über Blumen etc. Unsere Kinder schreiben Gedichte über den Krieg, über Bombenverletzungen, Massaker usw., über die Realität. Das nennen wir neue Kultur. Die Kultur des Krieges ist eine sehr befreiende Kultur. Als ich Junge war und ein Gewehr sah, hatte ich Furcht. Heute, wenn man ein Gewehr hat, fühlt man sich sicher. Wenn die Genossen in den Kampf gehen, Pamberi ne Chimurenga rufen und die Gewehre heben, dann haben sie eine Vorstellung darüber, das Land zu befreien. Das wollen sie. Das ist die Kultur des Krieges.“

Um die Bedingungen für den Aufbau eines befreiten Zimbabwe zu sichern, hat die Abteilung Arbeit und Soziales verschiedene Untersuchungen eingeleitet über die ökonomische Lage, die Verteilung des Arbeiter- und Bauernkörpers, die tatsächliche Funktion der Weißen in der Wirtschaft. Die Imperialisten verbreiten, wenn die Volksmassen Zimbabwes sich befreien, ,,bricht alles zusammen“. Dazu erklärte uns der Genosse: ,,Wir glauben, daß, wenn wir das Land befreien, viele Rassisten abhauen werden, weil sie meist eben nur Ausbeuter- und Antreiberfunktionen haben. Man muß klären, welche Arbeiten sie tatsächlich gemacht
haben und welche nicht. Wegen der Frage, es bricht alles zusammen. Z.B. wird gesagt, daß bei den Ärzten, die im Land sind, gerade 5% Schwarze sind. Wenn nun über 80% das Land verlassen, bricht alles zusammen. Wenn man aber untersucht, daß 90% der Ärzte die medizinische Versorgung ausschließlich der Rassisten übernommen haben und der Rest die der Schwarzen, dann kann man sehen, daß für letztere gar nicht alles zusammenbrechen kann. Solche Untersuchungen werden wir in allen Wirtschaftszweigen machen. Wir müssen prüfen, wo sind die tatsächlichen Punkte, wo es zusammenbricht, wenn die Rassisten abhauen.“ Ein Ergebnis dieser Arbeit wird sein, daß die ZANU selbständig die Ausbildung von Fachkräften planen kann, ausgehend von den Erfordernissen, die *sie* für wichtig hält. So ist auch in dieser Frage das Prinzip: ,,Wir sind unsere eigenen Befreier.“

Der Plan der britischen Imperialisten ist sorgfältig ausgetüftelt

z.ges. Für den 10. September hat die britische Regierung zur Verfassungskonferenz über Zimbabwe eingeladen. Die britische Regierung will dieser Verfassungskonferenz mit ihrem Außenminister Lord Carrington, Vorstandsvorsitzender der australisch-neuseeländischen Bank und Direktor der Barclay's Bank, die in den Finanzangelegenheiten des rhodesischen Kolonialregimes führend ist, präsidieren. An der Konferenz sollen neben der Delegation der Patriotischen Front auch eine Delegation der Muzorewa-Smith-Regierung teilnehmen. Die Verfassungskonferenz geht auf eine Übereinkunft der Commonwealth-Ministerpräsidenten während der Commonwealthkonferenz Ende Juli in Lusaka zurück. Die Patriotische Front hat bereits entschieden, daß sie an der Konferenz teilnehmen wird, wie sie auch an der Genfer Konferenz und der Konferenz in Malta teilnahm, die ebenfalls das Ziel hatten, den bewaffneten Befreiungskampf zu stoppen und das Volk von Zimbabwe um die Früchte dieses Kampfes zu betrügen. Auf Grundlage des bewaffneten Kampfes hat die Patriotische Front in den vergangenen Jahren den Kampf an der diplomatischen Front geführt und die Manöver der Imperialisten, die Kontrolle über Zimbabwe zu behalten, im wesentlichen durchkreuzt. Worauf setzt die britische Regierung bei ihrem jetzigen Manöver und was sind die Ausgangsbedingungen für die Verfassungskonferenz in London?

Nachdem 1976 die Genfer Konferenz gescheitert war, weil das Smithregime an der Macht bleiben wollte und die Patriotische Front unbeirrbar am Ziel der Unabhängigkeit Zimbabwes festhielt und den bewaffneten Kampf fortsetzte, mußte die britische Regierung eine direkte Beteiligung der US-Imperialisten an ihren Manövern zulassen. Unter Führung der US-Imperialisten wurde auf der einen Seite die ,,innere Lösung“ vorangetrieben, während auf der anderen Seite mit der Patriotischen Front hinhaltende Verhandlungen geführt wurden, mit dem Ziel, sie zu spalten, die ZAPU in die ,,innere Lösung“ zu verstricken und die ZANU als führende Kraft des Befreiungskampfes zu isolieren. Für die US-Imperialisten war dieses Doppelmanöver eine ausgezeichnete Gelegenheit, die britische Kolonialmacht aus ihrer Rolle zu drängen und über die Innere Lösung zur unmittelbaren Garantiemacht des Kolonialregimes in Zimbabwe zu werden. Seit dem II. Weltkrieg haben die US-Imperialisten in Afrika alles darangesetzt, die britische Kolonialmacht zu beerben. Ausgehend von Südafrika ist für die US-Imperialisten Zimbabwe ein Eckpfeiler im Kampf für die Beherrschung des afrikanischen Kontinents. Der US-amerikanische Neokolonialismus braucht zur Sicherung seiner Vorherrschaft gegenüber der anderen Supermacht unbedingt koloniale Positionen. Im Nahen Osten ist Israel eine solche Position. Im südlichen Afrika sollen Namibia und Zimbabwe zur Südafrikanischen Republik hinzukommen, die die US-Imperialisten weitgehend in ihre Abhängigkeit gebracht haben. Bis zuletzt versuchte die britische Regierung, Nkomo als ihren Mann in die innere Lösung hineinzubringen. Der britische Lonrho-Konzern schaffte Smith im firmeneigenen Flugzeug zu einem Treffen mit Nkomo. Blieb die innere Lösung zu schmal und damit auf direkte Intervention angewiesen, dann mußten die britischen Imperialisten gegenüber den US-Imperialisten verlieren. Während die US-Imperialisten darauf warteten, daß die britische Regierung die Muzorewa-Smith-Regierung anerkennt, um dann nachzuziehen und die Briten auszubooten, ergriff die Thatcher-Regierung deshalb eine eigene Initiative. Die Commonwealth-Konferenz bot dafür die geeignete Plattform und hatte den Vorteil, daß die US-Imperialisten draußen gehalten sind. Das ist die erste Ausgangsbedingung der Londoner Konferenz. Sie entspricht einer Entscheidung der Patriotischen Front, mit den US-Imperialisten nicht mehr zu verhandeln, nachdem diese Smith in die USA geholt hatten und mit Hilfe der inneren Lösung an die Stelle der britischen Kolonialmacht zu treten versuchten.

Was aber läßt die britische Regierung hoffen, nun statt zu einer ,,angloamerikanischen“ zu einer britischen Lösung zu kommen? Zunächst erstrebt die britische Regierung eine Spaltung der Patriotischen Front. Die Fortschritte der Patriotischen Front bei der Befreiung des Landes während der letzten Jahre sind unzweifelhaft. 80% des Landes sind befreit, 60% des weißen Farmlandes sind von den Kolonialisten geräumt. Obwohl das Kolonialregime noch Einfälle in die befreiten Gebiete unternehmen kann, ist es im wesentlichen auf die Städte und die Hauptverbindungslinien im Land und nach Südafrika zurückgedrängt. Aber an diesen großen Fortschritten des bewaffneten Befreiungskampfes hat die ZAPU praktisch keinen Anteil. Das gemeinsame Oberkommando bleibt auf dem Papier. Es soll im Inneren des Landes funktionieren, aber in Zimbabwe selber sind die bewaffneten Kräfte der ZAPU immer weniger vertreten. Ihre Streitkräfte stehen in Sambia und sind dort durch die militärischen Überfälle der Kolonialisten kräftig gebeutelt worden. Die britischen Imperialisten rechnen sich aus, daß Nkomo bei der Fortsetzung des bewaffneten Befreiungskampfes bloß an Einfluß verlieren kann und daß er seine bewaffneten Kräfte, wenn überhaupt, nur bei einer britischen Lösung ins Spiel bringen kann.

Gleichzeitig zielen die britischen Imperialisten auf die Spaltung zwischen der Patriotischen Front und den Frontstaaten. Alle Frontstaaten müssen bei der Fortsetzung des Krieges Opfer bringen. Mocambique und Sambia sind den militärischen Angriffen des Kolonialregimes ausgeliefert, die sich immer mehr auf Sambia konzentrieren. Beide Länder sind durch die Ein-





gierung bei ihrem jetzigen Manöver und was sind die Ausgangsbedingungen für die Verfassungskonferenz in London?

Nachdem 1976 die Genfer Konferenz gescheitert war, weil das Smithregime an der Macht bleiben wollte und die Patriotische Front unbeirrbar am Ziel der Unabhängigkeit Zimbabwes festhielt und den bewaffneten Kampf fortsetzte, mußte die britische Regierung eine direkte Beteiligung der US-Imperialisten an ihren Manövern zulassen. Unter Führung der US-Imperialisten wurde auf der einen Seite die ,,innere Lösung“ vorangetrieben, während auf der anderen Seite mit der

mit Nkomo. Blieb die innere Lösung zu schmal und damit auf direkte Intervention angewiesen, dann mußten die britischen Imperialisten gegenüber den US-Imperialisten verlieren. Während die US-Imperialisten darauf warteten, daß die britische Regierung die Muzorewa-Smith-Regierung anerkennt, um dann nachzuziehen und die Briten auszubooten, ergriff die Thatcher-Regierung deshalb eine eigene Initiative. Die Commonwealth-Konferenz bot dafür die geeignete Plattform und hatte den Vorteil, daß die US-Imperialisten draußen gehalten sind. Das ist die erste Ausgangsbedingung der Londoner Konferenz. Sie entspricht einer Entscheidung der Patriotischen Front, mit

worden. Die britischen Imperialisten rechnen sich aus, daß Nkomo bei der Fortsetzung des bewaffneten Befreiungskampfes bloß an Einfluß verlieren kann und daß er seine bewaffneten Kräfte, wenn überhaupt, nur bei einer britischen Lösung ins Spiel bringen kann.

Gleichzeitig zielen die britischen Imperialisten auf die Spaltung zwischen der Patriotischen Front und den Frontstaaten. Alle Frontstaaten müssen bei der Fortsetzung des Krieges Opfer bringen. Mocambique und Sambia sind den militärischen Angriffen des Kolonialregimes ausgeliefert, die sich immer mehr auf Sambia konzentrieren. Beide Länder sind durch die Ein-





Auf Einladung des ZK der ZANU besuchte eine Delegation des ZK des KBW Anfang August das Hauptquartier der ZANU in Maputo. Die Bilder zeigen Gespräche mit Genossen Mugabe und eine Versammlung der ZANU zum ZANU-Day. Genosse Tekere und Genosse Schmierer sprechen zur Versammlung. Am Präsidium u.a. Genosse Muzenda, Genosse Urimbo, Genosse Mutumbuka, Genosse Hove, Genosse Klocke und Genosse Trigona, Vertreter der Labour Party von Malta.

Dokumente zur Zimbabwe-Konferenz in London am 10. September

Kommunique der Commonwealth-Konferenz in Lusaka

,,Das Folgende wurde durch das Treffen der Regierungschefs des Commonwealth in Lusaka unter dem Vorsitz von Präsident Kaunda von Sambia vereinbart:

Die Regierungschefs haben freimütig die gegenwärtigen Probleme im südlichen Afrika und ihre Folgen für das Commonwealth und die internationale Gemeinschaft insgesamt erörtert. Während sie anerkennen, daß gewisse Entwicklungen seit ihrem Treffen in London neue Aspekte hinzugefügt haben, bleiben sie besorgt durch die potentiellen Gefahren, die in der bestehenden Situation begründet liegen. Sie haben deshalb die dringende Notwendigkeit unterstrichen, befriedigende Lösungen für die verbleibenden Probleme in dieser Region zu finden. In Bezug auf die Situation in Rhodesien bekräftigen die Regierungschefs deshalb:

A. daß sie vollständig einer echten schwarzen Mehrheitsherrschaft für das Volk von Zimbabwe verpflichtet sind,

B. sie anerkannten in diesem Zusammenhang, daß die Verfassung der inneren Lösung in gewissen wichtigen Hinsichten mangelhaft ist;

C. sie anerkannten vollständig, daß es die verfassungsmäßige Verantwortung der britischen Regierung ist, Zimbabwe auf der Basis der Mehrheitsherrschaft die legale Unabhängigkeit zu gewähren;

D. sie anerkannten, daß die Suche nach einer dauerhaften Lösung alle Parteien des Konflikts beteiligen muß;

E. sie waren sich zutiefst bewußt über die dringende Notwendigkeit, eine solche Lösung zu erzielen und dem Volk von Zimbabwe und seinen Nachbarn Frieden zu bringen;

F. sie anerkannten, daß Unabhängigkeit auf der Basis der Mehrheitsherrschaft die Annahme einer demokratischen Verfassung erfordert, die geeignete Sicherungen für Minderheiten enthält;

G. Sie bekräftigten, daß die Regierung, die unter einer solchen Unabhängigkeitsverfassung zu bilden sei, durch freie und faire Wahlen zustandekommen müsse, die angemessen überwacht unter Aufsicht der britischen Regierung und mit Beobachtern des Commonwealth durchgeführt werden müsse;

H. sie begrüßten, daß die britische Regierung zum Ausdruck brachte, daß das geeignete Verfahren zum Erreichen dieser Ziele für sie darin bestünde, eine Verfassungskonferenz einzuberufen, zu der alle Parteien eingeladen würden;

I. sie anerkannten dementsprechend, daß ein wichtiges Ziel darin bestehen müßte, als Bestandteil der Durchführung einer dauerhaften Lösung einen Waffenstillstand und ein Ende der Sanktionen herbeizuführen.“

Britischer Vorschlag für die Grundzüge einer Unabhängigkeitsverfassung

(Bestandteil des Einladungsschreibens zu der geplanten Verfassungskonferenz in London an die Patriotische Front)

,,1) Zimbabwe wird ein unabhängiger und souveräner Staat, in dem alle Bürger vor dem Gesetz die gleichen Rechte haben.

2) Es wird einen ,,konstitutionellen“ Staatspräsidenten geben.

3) Regierungschef wird der Premierminister sein, der ein Mitglied des Unterhauses sein und die Unterstützung der Mehrheit der Mitglieder des Unterhauses haben muß. Das Recht auf Ernennung und Entlassung von Ministern wird in Übereinstimmung mit dem Vorschlag des Premierministers ausgeübt.

4) Das Parlament wird aus einem Senat und einem Unterhaus bestehen. Der Senat wird indirekt gewählt, seine Mitglieder werden in der Mehrheit Afrikaner sein. Er hat das Recht, durch das Unterhaus verabschiedete Gesetze zu verschieben, nicht jedoch zu blockieren. Das Unterhaus wird auf der Grundlage eines allgemeinen Erwachsenenwahlrechts direkt gewählt.

5) Während einer festgesetzten Mindestperiode nach der Unabhängigkeit wird das Unterhaus eine Minderheit von Sitzen enthalten, die für Abgeordnete reserviert sind, die von der europäischen Bevölkerung gewählt werden. Das Verhältnis dieser Sitze zur Gesamtzahl der Sitze des Unterhauses wird Gegenstand der Diskussion zwischen der britischen Regierung und den rhodesischen Parteien sein.

6) Das Parlament wird das Recht haben, die Verfassung abzuändern. Die Verfassung wird das Verfahren festlegen, das bei der Durchführung solcher Veränderungen einzuhalten ist, es wird in den Grundzügen den Festlegungen ähneln, die in anderen Unabhängigkeitsverfassungen enthalten sind, die von Großbritannien gewährt wurden.

7) Die Verfassung wird die Unabhängigkeit der Justiz schützen.

8) In Übereinstimmung mit dem Gesetz werden die öffentlichen Bediensteten die Anweisungen der Minister ausführen. Das Recht, Angehörige des öffentlichen Dienstes zu ernennen, zu entlassen und zu disziplinieren wird bei einer unabhängigen Kommission für den Öffentlichen Dienst liegen. Die Verfassung wird die Pensionsansprüche des öffentlichen Dienstes schützen.

9) Die Kommandanten der Polizeikräfte und der Verteidigungskräfte werden in Übereinstimmung mit den allgemeinen politischen Direktiven handeln, die von dem Premierminister oder dem verantwortlichen Minister ausgegeben werden. Der Kommandant für die Polizei und jeder Kommandant der Verteidigungsstreitkräfte wird verantwortlich sein für die Verwaltung und die operative Führung seiner Streitkräfte.



schränkungen des freien Verkehrs mit Zimbabwe wirtschaftlich empfindlich getroffen. Mocambique fehlt die Verbindung zum Hinterland. Sambia ist in seiner Verbindung zum Meer und zu seinen Märkten äußerst eingeschränkt. Sambia hat deshalb die Verkehrsverbindungen mit Zimbabwe schon vor einiger Zeit wieder geöffnet. Mocambique hält die Sanktionen aufrecht, läuft aber Gefahr, aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage in die Abhängigkeit von den Sozialimperialisten zu geraten, die seine Schwierigkeiten ausnutzen. Angola steckt bis über den Hals in solcher Abhängigkeit. Tansania, das eine logistische Basis für den Befreiungskampf darstellt, wurde durch die Aggression Idi Amins in einen teuren Krieg hineingezogen, an dessen Folgen es noch längere Zeit wird tragen müssen. Botswana ist zwischen den Kolonialregimen fast völlig eingekeilt. Die Spaltungshoffnungen der Briten zielen vor allem auf Sambia, den Standort der ZAPU, das ökonomisch und wirtschaftlich durch das Kolonialregime am meisten unter Druck geraten und an einer schnellen Lösung besonders interessiert ist. Wenn es nicht gelingt, die Frontstaaten insgesamt abzuspalten, dann sollen sie wenigstens selber gespalten werden. Da die Sozialimperialisten die Kriegssituation nutzen, um im südlichen Afrika weiter vorzudringen, ist das Interesse auf eine möglichst rasche Beendigung des Krieges nicht auf Sambia beschränkt. Tansania mußte erleben, wie ein durch die SU aufgerüstetes Uganda zu einer militärischen Bedrohung wurde. Es ist über jedes weitere Vordringen des Sozialimperialismus beunruhigt. Mag sein, daß Tansania zu Kompromissen bereit ist, wenn nur die beiden Supermächte keine zusätzlichen Einmischungsmöglichkeiten erhalten.

In Zimbabwe selber wollen die britischen Imperialisten die vorhandene Spaltung zwischen Stadt und Land nutzen. Zwar ist das Land weitgehend unter Kontrolle der ZANU, aber die Städte und die Hauptverbindungslinien sind noch fast vollständig in der Hand der Kolonialisten. Das läßt jeder imperialistischen Lösung beträchtliche Bastionen und verhindert, daß die Befreiungsstreitkräfte innerhalb kurzer Zeit den vollständigen militärischen Sieg erringen. Bei einer Kompromißlösung, die sich auf die Städte stützen würde, könnten die Imperialisten daran gehen, von den Städten aus das Land wieder unter Kontrolle zu bekommen.

Dies wird erleichtert, insofern das Muzorewa-Smith-Regime bereits eine gewisse Basis unter der afrikanischen Bourgeoisie gefunden hat und eine Kompradorenbourgeoisie heranzuzüchten versucht. Zwar hauen gegenwärtig im Monat rund zweitausend der weißen Kolonialisten ab, doch rücken in ihre Positionen und teilweise in ihren Besitz afrikanische Kräfte nach, wodurch die koloniale Ausbeutung und Unterdrückung ein afrikanisches Gesicht erhält, was neue und höhere ideologische Anforderungen an den bewaffneten Befreiungskampf stellt.

Die britische Bourgeoisie hat auf der Lusakakonferenz einige Zugeständnisse gemacht. Sie hat eingestanden, daß eine legale Lösung erst noch zu erzielen ist. Von dieser Feststellung wird die britische Regierung nicht herunterkommen. Aber die britische Regierung hat diese Zugeständnisse nicht ins Blaue hinein gemacht, sondern mit ausgetüftelten Spaltungsabsichten gegenüber einer komplizierten Situation des Befreiungskampfes. Sowieso zielt sie darauf ab, die Verfassung der inneren Lösung zur Verhandlungsgrundlage zu machen, einige ihrer „Mängel", das Vetorecht der Kolonialisten, zu beseitigen und so weiteres Personal für eine dem britischen Imperialismus genehme Lösung zu finden. Unter den Menschenrechten soll die Garantie des Privateigentums fixiert werden. Gegenüber dem US-Imperialismus hat die britische Regierung bereits Boden gut gemacht. Könnte sie Nkomo auf ihre Seite ziehen und die Frontstaaten spalten, dann hätte sie auch gegenüber dem bewaffneten Befreiungskampf Vorteile erzielt. Aber diese Rechnung braucht überhaupt nicht aufzugehen. Auf einen Waffenstillstand läßt sich die Patriotische Front nicht ein. Nach gemeinsamer Beratung hat sie bekräftigt, daß ihr Prinzip – verhandelt werden kann nur über die Übergabe der Macht an die Befreiungsorganisationen – bestehen bleibt. Das Dokument von Lusaka läßt Raum, um sich auf dieser Grundlage auch mit den Frontstaaten zusammenzuschließen. Am Ende hätten dann die beiden Supermächte *und* der britische Imperialismus das Nachsehen. Erste und entscheidende Bedingung ist die Einheit der Patriotischen Front auf Grundlage des bewaffneten Befreiungskampfes. Die Interessen des Volkes von Zimbabwe wie der Völker der Frontstaaten verlangen die vollständige Unabhängigkeit Zimbabwes.

schen den Kolonialregimen fast völlig eingekeilt. Die Spaltungshoffnungen der Briten zielen vor allem auf Sambia, den Standort der ZAPU, das ökonomisch und wirtschaftlich durch das Kolonialregime am meisten unter Druck geraten und an einer schnellen Lösung besonders interessiert ist. Wenn es nicht gelingt, die Frontstaaten insgesamt abzuspalten, dann sollen sie wenigstens selber gespalten werden. Da die Sozialimperialisten die Kriegssituation nutzen, um im südlichen Afrika weiter vorzudringen, ist das Interesse auf eine möglichst rasche Beendigung des Krieges nicht auf Sambia beschränkt. Tansania mußte erleben, wie ein durch die SU aufgerüstetes Uganda zu einer militärischen Bedrohung wurde. Es ist über jedes weitere Vordringen des Sozialimperialismus beunruhigt. Mag sein, daß Tansania zu Kompromissen bereit ist, wenn nur die beiden Supermächte keine zusätzlichen Einmischungsmöglichkeiten erhalten.

In Zimbabwe selber wollen die britischen Imperialisten die vorhandene Spaltung zwischen Stadt und Land nutzen. Zwar ist das Land weitgehend unter Kontrolle der ZANU, aber die Städte und die Hauptverbindungslinien sind noch fast vollständig in der Hand der Kolonialisten. Das läßt jeder imperialistischen Lösung beträchtliche Bastionen und verhindert, daß die Be-

kommen. Aber die britische Regierung hat diese Zugeständnisse nicht ins Blaue hinein gemacht, sondern mit ausgetüftelten Spaltungsabsichten gegenüber einer komplizierten Situation des Befreiungskampfes. Sowieso zielt sie darauf ab, die Verfassung der inneren Lösung zur Verhandlungsgrundlage zu machen, einige ihrer „Mängel", das Vetorecht der Kolonialisten, zu beseitigen und so weiteres Personal für eine dem britischen Imperialismus genehme Lösung zu finden. Unter den Menschenrechten soll die Garantie des Privateigentums fixiert werden. Gegenüber dem US-Imperialismus hat die britische Regierung bereits Boden gut gemacht. Könnte sie Nkomo auf ihre Seite ziehen und die Frontstaaten spalten, dann hätte sie auch gegenüber dem bewaffneten Befreiungskampf Vorteile erzielt. Aber diese Rechnung braucht überhaupt nicht aufzugehen. Auf einen Waffenstillstand läßt sich die Patriotische Front nicht ein. Nach gemeinsamer Beratung hat sie bekräftigt, daß ihr Prinzip – verhandelt werden kann nur über die Übergabe der Macht an die Befreiungsorganisationen – bestehen bleibt. Das Dokument von Lusaka läßt Raum, um sich auf dieser Grundlage auch mit den Frontstaaten zusammenzuschließen. Am Ende hätten dann die beiden Supermächte *und* der britische Imperialis-

Das Byrd-Amendment 1971: Die US-Imperialisten beanspruchen die Reichtümer Zimbabwes

z.rül. Am 17. November 1971 unterzeichnete US-Präsident Nixon ein „Verteidigungs-Beschaffungs-Gesetz" mit der Zusatzklausel, daß jede Beschränkung des Imports „strategischer Güter" in die USA verboten ist, sofern diese Güter bereits aus Ländern im Machtbereich der Sozialimperialisten importiert werden. Der Beschluß über dieses – auf Antrag des US-Senators Byrd aufgenommene – „Byrd-Amendment" leitete den offenen Bruch der im Mai 1968 vom UN-Sicherheitsrat beschlossenen und seitdem mehrfach von der UNO-Generalversammlung erneuerten Sanktionen gegen das rhodesische Siedlerregime durch die US-Imperialisten ein.

Vor allem auf die reichen Rohstoffvorräte der rhodesischen Siedlerkolonie hatten es die US-Imperialisten abgesehen. Die profitabel ausbeutbaren Chromvorräte des Landes wurden auf 562 Mio. Tonnen geschätzt (1976), zusammen mit den Vorräten in Südafrika (ca. 1089 Mio. Tonnen) sind das 95% der Weltvorräte. Die Chrombergwerke in Rhodesien wie in Südafrika gehören US-Monopolen. Hinzu kommen beträchtliche Vorräte an Nickel, Kupfer, Gold und Asbest sowie 90% der Weltvorräte an Lithium (5,7 Mio. Tonnen). Bereits im ersten Jahr nach dem offiziellen Bruch des Embargos importierten die US-Imperialisten für über 13 Mio. US-Dollar strategische Rohstoffe aus Zimbabwe.

Keine der imperialistischen Mächte hielt sich zu irgendeiner Zeit an die UN-Sanktionen. Scheinfirmen in Südafrika und den damaligen portugiesischen Kolonien dienten zur Tarnung der Importe aus Rhodesien. Bereits unmittelbar nach der „Unabhängigkeitserklärung" des Siedlerregimes von Großbritannien im November 1965 hatten die Imperialisten, vor allem die US-Imperialisten, eine drastische Steigerung der Bergbauproduktion eingeleitet. Über 100 Mio. Pfund steckten sie bis 1976 in die Bergbauproduktion, der Wert der Bergbauproduktion stieg von 46 Mio. Rhod. Dollar (1964) auf 230 Mio. Rhod. Dollar (1976). Seit 1969 leitete das Siedlerregime mit der Verabschiedung des Land Tenure Acts (Landbesitzgesetz) die erneute Vertreibung der Volksmassen aus allen Gebieten ein, in denen die imperialistischen Monopole Rohstoffe gefunden hatten und diese ausbeuten wollten.

Der bewaffnete Kampf des Volkes von Zimbabwe, den dieses 1966 gegen die imperialistische Ausbeutung und koloniale Unterdrückung aufgenommen hatte, zog dieser Profitmacherei aber bereits Anfang der siebziger Jahre für die Imperialisten immer schmerzhaftere Schranken. Dieser Kampf wurde von der ZANU geführt, und vor allem die OAU leistete ihm wertvolle Unterstützung. Nach einer dreijährigen Unterbrechung, während derer die ZANU die Massen im ganzen Land ideologisch und politisch mobilisierte und organisierte und ein Netz von Stützpunkten aufbaute, eröffnete sie 1972 im gesamten Norden des Landes erneut den bewaffneten Kampf.



Vom Inneren des Landes aus leitet die ZANU den bewaffneten Befreiungskampf gegen das Kolonialregime. Das Bild zeigt eine Versammlung in den befreiten Gebieten in der Nordprovinz an einem Ort 60 km von Sinoia entfernt. Sprecher ist Genosse Tongogara, Sekretär der ZANU für Verteidigung.

1976: Kissinger will das „Rhodesien-Problem" zugunsten des US-Imperialismus lösen

z.jon. Obwohl sie noch über beträchtlichen Kolonialbesitz dort verfügen, wurden die britischen Imperialisten durch die „einseitige Unabhängigkeitserklärung" der rhodesischen Siedler von der Ausübung der direkten Kolonialherrschaft im südlichen Afrika ausgeschlossen. Vor allem die US-Imperialisten versorgten die Siedlerregimes in Pretoria und Salisbury mit Waffen und Spesen, zogen die Früchte der Ausplünderung ein und preisen sich obendrein noch, „nie afrikanische Kolonialmacht gewesen zu sein".

1975 verjagten die Völker die portugiesischen Kolonialisten. Die sozialimperialistische Supermacht setzte sich in Angola fest. Der Befreiungskrieg der Zimbabwer vertrieb die Siedler von ihren Gütern. Die US-Imperialisten gaben ihre „traditionelle Zurückhaltung in Afrika" auf und nahmen die Erhaltung der rhodesischen Kolonie selbst offen in die Hand. Ihr Plan war dabei: Ablösung des britischen Kolonialstatuts durch einen „unabhängigen Staat" von eigenen Gnaden, zu diesem Zweck Spaltung der Unabhängigkeitsbewegung und der Front der afrikani

hung einerseits, der Abhängigkeit von Kupferexporten andererseits für erpreßbar hielt, ölte Kissinger: „Wir treten für Selbstbestimmung, Herrschaft der Mehrheit, gleiche Rechte und Menschenwürde für alle Völker des südlichen Afrika ein." Zugleich bot er „Hilfe" bei der Suche nach Bodenschätzen an.

Die Frontstaaten forderten sofortige Übergabe der Macht in Zimbabwe an die Befreiungsbewegung durch die britische Kolonialmacht. Im September 1976 präzisierte Kissinger seine Vorstellungen von „Selbstbestimmung": Stopp des Guerillakrieges und der Wirtschaftssanktionen gegen die rhodesischen Siedler, „Übergangsregie-

rung" für zwei Jahre, in denen Staat und Armee in den Händen der Siedler bleiben und das Privateigentum geschützt werden soll. Südafrika wurde weiter aufgerüstet, um die „gleichen Rechte" der Siedler und imperialistischen Monopole in Zimbabwe zu schützen.

Im Kampf gegen die neokolonialen Kissingerpläne schlossen sich ZANU und ZAPU mit Unterstützung der Frontstaaten zur Patriotischen Front zusammen. Sie fordern vollständige Beseitigung des Siedlerstaates. In Sithole und Muzorewa fanden die US-Imperialisten die Marionetten, mit denen sie ein Jahr später die „Innere Lösung" zur Verlängerung der imperialistischen Herrschaft in Zimbabwe auskochten.



hielt sich zu irgendeiner Zeit an die

Genosse Tongogara, Sekretär der ZANU für Verteidigung.

1976: Kissinger will das „Rhodesien-Problem" zugunsten des US-Imperialismus lösen

z.jon. Obwohl sie noch über beträchtlichen Kolonialbesitz dort verfügen, wurden die britischen Imperialisten durch die „einseitige Unabhängigkeitserklärung" der rhodesischen Siedler von der Ausübung der direkten Kolonialherrschaft im südlichen Afrika ausgeschlossen. Vor allem die US-Imperialisten versorgten die Siedlerregimes in Pretoria und Salisbury mit Waffen und Spesen, zogen die Früchte der Ausplünderung ein und preisen sich obendrein noch, „nie afrikanische Kolonialmacht gewesen zu sein".

1975 verjagten die Völker die portugiesischen Kolonialisten. Die sozialimperialistische Supermacht setzte sich in Angola fest. Der Befreiungskrieg der Zimbabwer vertrieb die Siedler von ihren Gütern. Die US-Imperialisten gaben ihre „traditionelle Zurückhaltung in Afrika" auf und nahmen die Erhaltung der rhodesischen Kolonie selbst offen in die Hand. Ihr Plan war dabei: Ablösung des britischen Kolonialstatuts durch einen „unabhängigen Staat" von eigenen Gnaden, zu diesem Zweck Spaltung der Unabhängigkeitsbewegung und der Front der afrikanischen Staaten, Unterdrückung des Befreiungskampfes mithilfe schwarzer Marionetten.

Im April 1976 reiste US-Außenminister Kissinger durch Afrika und kündigte seine „Initiative für eine friedliche Lösung" an. In Sambia, das er wegen der sowjetisch-kubanischen Bedrohung einerseits, der Abhängigkeit von Kupferexporten andererseits für erpreßbar hielt, ölte Kissinger: „Wir treten für Selbstbestimmung, Herrschaft der Mehrheit, gleiche Rechte und Menschenwürde für alle Völker des südlichen Afrika ein." Zugleich bot er „Hilfe" bei der Suche nach Bodenschätzen an.

Die Frontstaaten forderten sofortige Übergabe der Macht in Zimbabwe an die Befreiungsbewegung durch die britische Kolonialmacht. Im September 1976 präzisierte Kissinger seine Vorstellungen von „Selbstbestimmung": Stopp des Guerillakrieges und der Wirtschaftssanktionen gegen die rhodesischen Siedler, „Übergangsregierung" für zwei Jahre, in denen Staat und Armee in den Händen der Siedler bleiben und das Privateigentum geschützt werden soll. Südafrika wurde weiter aufgerüstet, um die „gleichen Rechte" der Siedler und imperialistischen Monopole in Zimbabwe zu schützen.

Im Kampf gegen die neokolonialen Kissingerpläne schlossen sich ZANU und ZAPU mit Unterstützung der Frontstaaten zur Patriotischen Front zusammen. Sie fordern vollständige Beseitigung des Siedlerstaates. In Sithole und Muzorewa fanden die US-Imperialisten die Marionetten, mit denen sie ein Jahr später die „Innere Lösung" zur Verlängerung der imperialistischen Herrschaft in Zimbabwe auskochten.



Eine Gruppe von ZANLA-Kämpfern in den befreiten Gebieten in Maranke, einer Ortschaft südlich von Umtali, Mai 1979.

Die Genfer Verhandlungen von 1976: die „Innere Lösung" wird vorbereitet

z.hef. Auf Einladung der britischen Regierung fanden vom 28. Oktober bis zum 14. Dezember 1976 in Genf Verhandlungen über die Unabhängigkeit Rhodesiens statt. „Wir werden gleichzeitig in Genf verhandeln und in Zimbabwe Krieg führen", damit hatte Genosse Mugabe schon vor der Konferenz klar gemacht, daß die ZANU sich auf keinen Betrug am Volk von Zimbabwe einlassen würde. ZANU und ZAPU lehnten den britischen Vorschlag einer 15monatigen Übergangsperiode ab (Smith wollte sogar 25 Monate). Schon hier begannen die Imperialisten zu spalten. Während zunächst alle zimbabwischen Organisationen einheitlich dafür waren, keiner Übergangszeit von mehr als zwölf Monaten zuzustimmen, wichen Muzorewa und Sithole nach Verhandlungen mit Smith und der britischen Regierung davon ab. Während der Übergangszeit, so der britische Vorschlag, sollte a) eine kleine gesetzgebende Versammlung zur Ausarbeitung einer Verfassung, und b) ein Ministerrat unter dem britischen Hochkommissar bestehen, wobei die Befehlsgewalt über Armee und Polizei in den Händen weißer Siedler bleiben sollte. Muzorewa und Sithole verhandelten auch hierüber mit Smith. Die Patriotische Front forderte einen 25-köpfigen Ministerrat, mehrheitlich von ZANU und ZAPU gestellt, der unter Berücksichtigung der Vollmachten des Hochkommissars alle Vollmachten haben sollte. Die Konferenz wurde am 14. Dezember ergebnislos vertagt und erst 14 Monate später in Malta wieder eröffnet, ohne die Delegationen des Smith-Regimes, ohne Sithole und Muzorewa. In der Zwischenzeit hatten die US-Imperialisten mit den britischen Imperialisten die „anglo-amerikanischen Vorschläge" veröffentlicht. Damit versuchten sie, ihre wahren Absichten zu verdecken. Denn zur gleichen Zeit konstruierten die US-Imperialisten die neokoloniale „innere Lösung" in Zimbabwe, die im März 1978 unterzeichnet wurde.



Während die Verteidigung der bereits befreiten Gebiete durch die in Volksmilizen organisierten Bauern erfolgt, konzentriert sich die ZANLA auf die Befreiung derjenigen Gebiete, die noch unter der Kontrolle des Feindes sind. ZANLA-Einheit in Maranke, südlich von Umtali, Mai 1979.

Für die jeweiligen Streitkräfte wird es unabhängige Kommissionen mit vorgeschriebenen Befugnissen auf den Gebieten der Personal- und Disziplinarangelegenheiten geben.

10) Die Kommission für die öffentlichen Dienste wie auch die Kommissionen für die Streitkräfte werden auf einer Grundlage ernannt und mit Richtlinien ausgestattet, die sowohl die Notwendigkeit in Betracht ziehen, einen hohen Standard der Effektivität zu sichern, wie auch die gerechtfertigten Forderungen der Mehrheit der Bevölkerung berücksichtigen, in wachsendem Umfang in allen Bereichen der öffentlichen Funktionen vertreten zu sein. Das Recht auf Ernennung der höheren Offiziere und Beamten wird bei dem Premierminister liegen, der dieses nach Konsultation mit der entsprechenden Kommission ausübt.

11) Es wird eine vollständig einklagbare Deklaration der Rechte geben und einen unabhängigen Beamten, der ihre Umsetzung unterstützt."

„Wir müssen noch die Verbindungswege des Feindes vernichten und ihn in den großen Städten vernichten"

Interview der Kommunistischen Volkszeitung mit Genossen Robert Mugabe, Präsident der ZANU

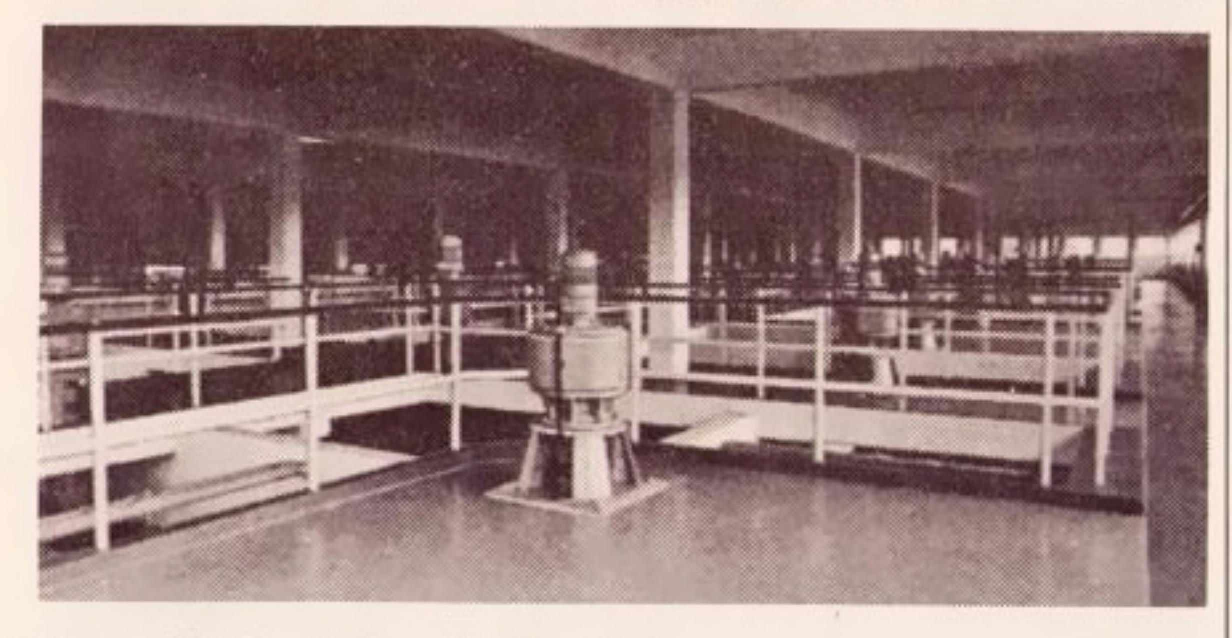
Kommunismus und Klassenkampf Nr. 9 / September 1979

Aus den Einladungsschreiben der britischen Regierung:

"Der beiliegende Verfassungsvorschlag stellt in den Grundzügen diejenige Verfassung dar, die nach Ansicht der britischen Regierung für das rhodesische Volk akzeptabel sein sollte und auf deren Grundlage die britische Regierung zur Gewährung der Unabhängigkeit bereit wäre. Die britische Regierung wäre ebenso bereit, die Gewährung der Unabhängigkeit auf der Grundlage anderer Vorschläge, die von einer Partei eingebracht werden und über die die Parteien Übereinstimmung erzielen können, zu erörtern. In der Zeit bis zum 10. September ist die britische Regierung zu Konsultationen auf offizieller Ebene mit den Parteien in dem Ausmaß, welches die Parteien für nützlich halten, bereit, um die Konferenz vorzubereiten und die Positionen zu klären."

Die Kapitalistenklasse monopolisiert das Wasser

z.joh. In dem statistisch zuletzt erfaßten Jahr 1974 lag der Wasserverbrauch in der BRD bei 32,4 Mrd. m³ (Bodenseeinhalt ca. 50 Mio. m³). Der Löwenanteil floß direkt dem Nutzen durch die Kapitalisten zu: 11,7 Mrd. m³ verbrauchte die Industrie, insbesondere die chemische, 15,3 Mrd. m³ die Elektrizitätswirtschaft. Der Wasserverbrauch der privaten Haushalte, der Massen, betrug gerade 10%, 2,8 Mrd. m³, verschwindend gering fiel der Verbrauch der Landwirtschaft aus: 0,7 Mrd. m³. Das Wasser hat die Kapitalistenklasse gänzlich zu ihrem Monopol gemacht. Ihr Staatsapparat kontrolliert die Nutzung von Flüssen und Seen und das Grundwasser. Über diesen Hebel haben sich die Industriekapitalisten den direkten Zugriff auf Seen und Flüsse gesichert, das Grundwasser nahmen sie per Eigentum am Boden. So können sie 90% des Wasserbedarfs der Industriebetriebe aus „eigenen Quellen" decken. Über 90% der Bevölkerung müssen ihr Wasser über die staatlichen Einrichtungen beziehen. Die Errichtung einer öffentlichen Wasserversorgung seit etwa 1900 hat die Kapitalistenklasse benutzt, ihr Monopol auf das Wasser immer weiter auszubauen. Durch Auflagen und Schikanen des Wasserhaushaltsgesetzes will sie auch die restlichen 10%, überwiegend Bauern, zu fassen kriegen.



Wasseraufbereitungsanlage, Flockungsbecken

Den Bauern wird das Wasser geraubt

z.gug. „Aus einem noch nicht völlig geklärten Zusammenwirken mehrerer Ursachen ist im hessischen Ried bereits längerfristig ... ein Absinken des Grundwassers zu beobachten", schreibt die Bundesregierung in ihrem Umweltgutachten 1978. Die Grundwasserbestände im Ried sind von 1969 bis 1976 z.T. von 1,50 m unter Gelände auf 8,50 m gesunken. Was heißt aber „ungeklärte Ursachen"? 60000 Kubikmeter täglich pumpen die Kapitalisten an Grundwasser aus dem Ried ab. Die Folgen: Vernichtung von Waldbeständen, Geländeabsenkungen, Gebäudeschäden, Zerstörung der Vegetation. In der Augustausgabe des „Hessenbauer" wird berichtet: „In nahezu allen Teilen Hessens ... ist in Weizenbeständen ein verstärktes Auftreten von notreifen, weißgefärbten Weizenpflanzen zu beobachten, deren Ähren teilweise oder total taub sind ... Bei der Mehrzahl der Fälle dürfte ... die vorzeitige Reife ganzer Weizenbestände auf ... Wasser- oder Nährstoffmangelerscheinungen zurückzuführen sein." Wollen die Bauern den Folgen des Grundwasserraubs überhaupt entgegenwirken, müssen sie sich teures Wasser kaufen, um damit die Felder von oben zu berieseln. Daß sie dafür sauberes und nicht verdrecktes, erwärmtes Wasser erhalten, ist keineswegs sicher. In Hessen hatten die Bauern dazu u.a. die Abwässer der Chemiefabrik Merck in Gernsheim erhalten, die bereits durch Vergraben von Giftstoffen das Grundwasser verseucht hatte. Die Giftstoffe sind nachweisbar jetzt in der Kuhmilch aus dieser Gegend enthalten.



1400 Bauern demonstrierten am 23.1.1977 in Groß-Rohrheim im Ried gegen die Grundwasserabsenkung durch die Kapitalisten und den Staat.

Die Volksmassen müssen zahlen, um Wasser zu bekommen

z.reb. Mit 1,29 DM pro m³ gaben die Wasserwerke für das Jahr 1978 den durchschnittlichen Preis in der BRD an. Die Preise schwanken erheblich von Region zu Region. Hinzu kommt überall noch der Preis für das Abwasser, das direkt vom bürgerlichen Staat auf Grund der Wasseruhren der Wasserwerke berechnet wird. Zum Teil werden in Großstädten wie Hamburg schon an die DM 2,50 pro m¼ für Wasser und Abwasser gezahlt. Bei einem monatlichen Verbrauch von 4–6 m¼ pro Person, muß ein 4-Peronnenhaushalt zwischen 40 und 60 DM pro Monat zahlen. Mit diesen Kosten zahlen die Volksmassen für die Wasserverseuchung durch die Kapitalisten. Wasser selbst hat keinen Wert, denn es ist in der Natur vorhanden und „in Mitteleuropa in einer größeren Gesamtmenge, als es auch bei extremsten Wachstumserwartungen jemals verbraucht werden könnte". (Umweltschutzbericht 78). Im Preis des Wassers schlagen sich einzig und allein die Gewinnungs- und Transportkosten nieder. Die Kapitalisten entnehmen aus dem Grundwasser und Quellen fast ebensoviel Wasser wie die Wasserwerke. Sie machen dies natürlich weitgehend in ihrer Umgebung. Der allgemeine Grundwasserspiegel wird dadurch gesenkt, die Wasserquellen in der unmittelbaren Umgebung der großen Industriezentren sind „besetzt", das sonstige Wasser verschmutzt. Das Trinkwasser für die Massen muß so aus immer größeren Entfernungen herange-

Jahr	DM / cbm	Grundgebühr DM / 10 cbm	DM / cbm für Arbeiter (Tarif + Grundgebührenanteil)	DM / cbm für Kapitalist (Tarif – 5%)	Durchschn. Preis	Einwohner im Versorgungsgebiet	Wasserverbrauch von Haushalten und Gewerbe in Mio. cbm	Überzahlung durch die Volksmassen pro ccm (DM)	Überzahl. pro Jahr (Mio. DM)
1964	0,60	19,00	2,50	0,57	2,02	230000	6,75	0,48	2,43
1970	0,95	20,00	2,95	0,90	2,43	250000	9,23	0,52	3,60

... Wasser- oder Nährstoffmangelerscheinungen zurückzuführen sein." Wollen die Bauern den Folgen des Grundwasserraubs überhaupt entgegenwirken, müssen sie sich teures Wasser kaufen, um damit die Felder von oben zu berieseln. Daß sie dafür sauberes und nicht verdrecktes, erwärmtes Wasser erhalten, ist keineswegs sicher. In Hessen hatten die Bauern dazu u.a. die Abwässer der Chemiefabrik Merck in Gernsheim erhalten, die bereits durch Vergraben von Giftstoffen das Grundwasser verseucht hatte. Die Giftstoffe sind nachweisbar jetzt in der Kuhmilch aus dieser Gegend enthalten.

1400 Bauern demonstrierten am 23.1.1977 in Groß-Rohrheim im Ried gegen die Grundwasserabsenkung durch die Kapitalisten und den Staat.

Die Volksmassen müssen zahlen, um Wasser zu bekommen

z.reb. Mit 1,29 DM pro m³ gaben die Wasserwerke für das Jahr 1978 den durchschnittlichen Preis in der BRD an. Die Preise schwanken erheblich von Region zu Region. Hinzu kommt überall noch der Preis für das Abwasser, das direkt vom bürgerlichen Staat auf Grund der Wasseruhren der Wasserwerke berechnet wird. Zum Teil werden in Großstädten wie Hamburg schon an die DM 2,50 pro m¼ für Wasser und Abwasser gezahlt. Bei einem monatlichen Verbrauch von 4–6 m¼ pro Person, muß ein 4-Peronnenhaushalt zwischen 40 und 60 DM pro Monat zahlen. Mit diesen Kosten zahlen die Volksmassen für die Wasserverseuchung durch die Kapitalisten. Wasser selbst hat keinen Wert, denn es ist in der Natur vorhanden und „in Mitteleuropa in einer größeren Gesamtmenge, als es auch bei extremsten Wachstumserwartungen jemals verbraucht werden könnte". (Umweltschutzbericht 78). Im Preis des Wassers schlagen sich einzig und allein die Gewinnungs- und Transportkosten nieder. Die Kapitalisten entnehmen aus dem Grundwasser und Quellen fast ebensoviel Wasser wie die Wasserwerke. Sie machen dies natürlich weitgehend in ihrer Umgebung. Der allgemeine Grundwasserspiegel wird dadurch gesenkt, die Wasserquellen in der unmittelbaren Umgebung der großen Industriezentren sind „besetzt", das sonstige Wasser verschmutzt. Das Trinkwasser für die Massen muß so aus immer größeren Entfernungen herange-

bracht werden. Hamburg bezieht einen Teil seines Wassers aus dem Harz, Stuttgart vom Bodensee. Die Grundwasserbohrungen müssen immer tiefer getrieben werden, die Vorrichtungen zur Aufbereitung und Sammlung des Wassers müssen immer größer und teurer werden.

Jahr	DM / cbm	Grundgebühr DM / 10 cbm	DM / cbm für Arbeiter (Tarif + Grundgebührenanteil)	DM / cbm für Kapitalist (Tarif – 5%)	Durchschn. Preis	Einwohner im Versorgungsgebiet	Wasserverbrauch von Haushalten und Gewerbe in Mio. cbm	Überzahlung durch die Volksmassen pro ccm (DM)	Überzahl. pro Jahr (Mio. DM)
1964	0,60	19,00	2,50	0,57	2,02	230000	6,75	0,48	2,43
1970	0,95	20,00	2,95	0,90	2,43	250000	9,23	0,52	3,60
1975	1,35	35,00	4,85	1,28	3,96	275000	12,47	0,89	8,32

Selbst dort, wo die Kapitalisten ihr Wasser von öffentlichen Wasserwerken beziehen, lassen sie sich das noch von den Massen finanzieren. Über die Grundgebühren für die Massen und die Sondertarife für die Kapitalisten wird diese Plünderung durchgeführt. Die Zahlen stammen von den Südhessischen Wasserwerken, beim Durchschnittspreis wurde davon ausgegangen, daß 75% des Wassers an Haushalte, 25% an die Kapitalisten gehen.

Die Kapitalisten verseuchen das Wasser um ihres Profits willen

z.joh. „Infolge ihrer vorwiegend industriellen Herkunft treten schwer abbaubare organische Verbindungen ... in erheblichen ... Konzentrationsschwankungen auf. Dies kann Durchbrüche durch die Aktivkohlefilter der Wasseraufbereitungsanlagen mit Auswirkungen bis in das Trinkwasser begünstigen." So muß das Umweltgutachten 78 der Bundesregierung einräumen und dabei Ausmaß und Urheber der Zerstörung der Natur andeuten. In verdruckster Offenherzigkeit wird eingeräumt: „Die Wassergütewirtschaft hat mit der ständig wachsenden Vielfalt der (Belastungen) einen hohen Grad komplexer Unübersichtlichkeit erreicht." Die kapitalistische Profitwirtschaft ist unfähig, die Produktion unter Schützung der Natur zu entwickeln. Der Schmutz und Dreck, den sie einfach unter sich läßt, ist gewaltig. – Die Schmutzfracht eines Gewässers wird nach „Einwohnerwert" (EW) bestimmt, das ist die je Tag und Einwohner im Wasser enthaltene amtliche Normschmutzmenge, deren Abbau einen Sauerstoffbedarf von 54 g erfordert. – Von den 57 Mio. EW, die in den Rhein abgelassen werden, stammen 42 Mio. EW von der Industrie, weitere 5 Mio. EW von gemischten und 10 Mio. EW von kommunalen Einleitern. Die 6 größten Einleiter verursachen 50% der Gesamtbelastung des Rheins. Zu etwa 90% wird das Abwasser von der Industrie unmittelbar in Gewässer oder den Untergrund geleitet. Nur 15% davon wird in irgendeiner Weise vorher behandelt. Selbst für die Anforderungen der Produktion ist das Schmutzwasser nicht mehr geeignet. Immer aufwendigere und teurere Klär- und Aufbereitungsanlagen sind erforderlich. Immer mehr Kapitalisten schaffen zur Sicherung eines guten Wasserstandards geschlossene Wasserkreisläufe, was subventioniert wird. Für den Gebrauch der Massen muß die Brühe gechlort werden, um Seuchen zu verhindern. Dabei entstehen krebserzeugende Substanzen. Ein Chloridgehalt von 200 mg/l, den die Weltgesundheitsorganisation als „Beanstandungsgrenze" nimmt, wird deshalb nicht überschritten, da die Korrosionsschäden sonst zunehmen.



Fischsterben im Rhein, Nebenprodukt der kapitalistischen Industrie.



In Deutschland wurde die Kanalisation der Städte erst in der Mitte des 19. Jahrhunderts begonnen, nachdem mit dem Anwachsen der Städte im Kapitalismus immer häufiger Epidemien ausbrachen. Die Kanalisation in den Dörfern folgte erst Jahrzehnte später. In Hamburg wurde ab 1848, Frankfurt ab 1863, in Berlin ab 1873 mit der Kanalisation begonnen. Bild: Mauerung eines Abwasserkanals.

Elektrizität – in staatsmonopolistischer Regie

z.haj. Die Erzeugung und Vernutzung von elektrischer Energie folgt physikalischen und chemischen Gesetzmäßigkeiten, die – seit sie erkannt worden sind – in einer ungeheuren Vielfalt von Verfahren und verbunden mit einer ungeheuren Steigerung der menschlichen Produktivkraft Anwendung gefunden haben. Die Umwandlung von Bewegungsenergie in elektrische Energie zur Erzeugung von Strom, sei es durch Ausnutzung natürlicher Bedingungen wie der Wasserläufe oder der Gezeiten, oder sei es über die Erzeugung von Wärme durch Verbrennung von Kohle, Gas oder Öl, oder schließlich durch die Atomspaltung, stellen die Imperialisten als auf das Äußerste gefährdet vor und ebenso gefährdet damit die ganze Existenz der Menschheit. Bedroht sind die imperialistischen Interessen der Kapitalisten.

Denn: in der kapitalistischen Gesellschaft ist die Anwendung dieser Gesetzmäßigkeit daran geknüpft, daß sie den Kapitalisten Profit bringt. Profit können die Imperialisten bloß machen, wenn sie ihre Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen verstehen, also billiger produzieren. Die Hetze der Imperialisten gegen die Völker der Dritten Welt aufgrund deren Beschränkung der Ölräubereien kann man gut verstehen: die westdeutschen Imperialisten z.B., die noch 1950 zu 80% den benötigten Strom auf Kohlebasis herstellten, machten im Verlaufe der 60er Jahre selbst modernste Zechen dicht, um einen gehörigen Extraprofit durch Umstellung auf das leichter zu verarbeitende und noch dazu durch Räuberei weit unter Wert zu habende Erdöl und Erdgas zu machen. Mitte der 60er Jahre liefern Stein- und Braunkohle noch die

von Verfahren und verbunden mit einer ungeheuren Steigerung der menschlichen Produktivkraft Anwendung gefunden haben. Die Umwandlung von Bewegungsenergie in elektrische Energie zur Erzeugung von Strom, sei es durch Ausnutzung natürlicher Bedingungen wie der Wasserläufe oder der Gezeiten, oder sei es über die Erzeugung von Wärme durch Verbrennung von Kohle, Gas oder Öl, oder schließlich durch die Atomspaltung, stellen die Imperialisten als auf das Äußerste gefährdet vor und ebenso gefährdet damit die ganze Existenz der Menschheit. Bedroht sind die imperialistischen Interessen der Kapitalisten.

Denn: in der kapitalistischen Gesellschaft ist die Anwendung dieser Gesetzmäßigkeit daran geknüpft, daß sie den Kapitalisten Profit bringt. Profit können die Imperialisten bloß machen, wenn sie ihre Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen verstehen, also billiger produzieren. Die Hetze der Imperialisten gegen die Völker der Dritten Welt aufgrund deren Beschränkung der Ölräubereien kann man gut verstehen: die westdeutschen Imperialisten z.B., die noch 1950 zu 80% den benötigten Strom auf Kohlebasis herstellten, machten im Verlaufe der 60er Jahre selbst modernste Zechen dicht, um einen gehörigen Extraprofit durch Umstellung auf das leichter zu verarbeitende und noch dazu durch Räuberei weit unter Wert zu habende Erdöl und Erdgas zu machen. Mitte der 60er Jahre liefern Stein- und Braunkohle noch die

Basis für 73% der Stromerzeugung, während Erdöl und Erdgas mit 14% bereits die Wasserkraftwerke überflügelt haben. 1973, in dem Jahr des „Ölschocks" der Imperialisten, wurden die westdeutschen Bourgeois mitten in ihren schönsten Höhenflügen empfindlich getroffen: Erdöl und Erdgas lieferten die Basis für die Erzeugung von 26% des Stroms, die Kohle bloß noch für 60%.

Weil der im Strompreis der Industrie aufgrund des Ölpreises enthaltene Extraprofit ein wichtiger Faktor für den Erfolg der kapitalistischen Rationalisierung bildet, denken die westdeutschen Imperialisten auch nicht im Traum daran, diese Basis der Stromerzeugung aufzugeben. Der Ruf nach der Bildung einer Eingreiftruppe ist ja inzwischen auch schon zum Bestandteil des imperialistischen Energieprogramms geworden.

Schon dies äußere Interesse der westdeutschen Imperialisten in der Sicherung der strategischen Basis der Energieversorgung erzwingt für die Kapitalisten gebieterisch, der Konkurrenz gegeneinander wie dem Treiben der mit der Stromerzeugung befaßten Kapitalisten Schranken zu setzen. Aus dem Jahr 1935 stammt das heute mit Erweiterungen gültige „Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft", das die „deutsche Energiewirtschaft (Elektrizitäts- und Gaserzeugung) der Aufsicht des Reichs (unterstellt)". Die Errichtung von Stromerzeugungsanlagen ist anzeigepflichtig, die Stromerzeugung wird zur öffentlichen Angelegenheit auf Lizenz und mit unbeschränkten Verfügungsrechten des imperialistischen Staates erklärt. Wie die Organisation des Bahntransports oder der Post, betreibt die Kapitalistenklasse damit auch die Erzeugung des Stroms und die Errichtung der Leitungssysteme als Staatsmonopol.

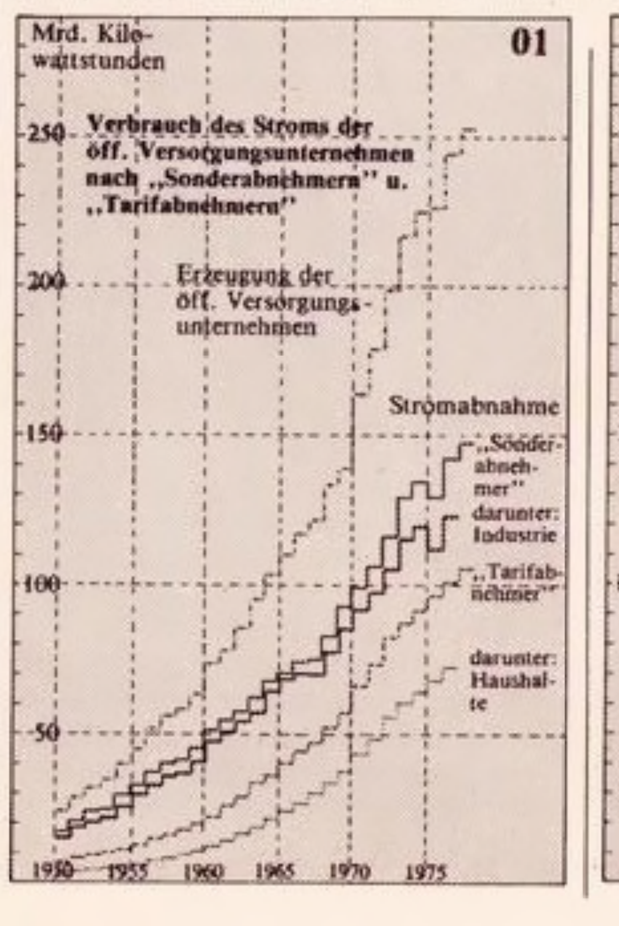
Mit diesem staatlichen Monopol in Händen hat es die herrschende Klasse keineswegs dabei belassen, Maßnahmen zur Erschließung und Sicherung äußerer billiger Rohstoffquellen und gewisse Vorsorgemaßnahmen für den imperialistischen Kriegsfall zu treffen. Die westdeutschen Imperialisten haben mit Hilfe ihres auf die Gewalt des imperialistischen Staatsapparates gegründeten Monopols der Stromerzeugung und -versorgung eine weitere innere Quelle des Extraprofits und der Bereicherung erschlossen: die Arbeiterlöh-

grammls geworden.

Schon dies äußere Interesse der westdeutschen Imperialisten in der Sicherung der strategischen Basis der Energieversorgung erzwingt für die Kapitalisten gebieterisch, der Konkurrenz gegeneinander wie dem Treiben der mit der Stromerzeugung befaßten Kapitalisten Schranken zu setzen. Aus dem Jahr 1935 stammt das heute mit Erweiterungen gültige „Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft", das die „deutsche Energiewirtschaft (Elektrizitäts- und Gaserzeugung) der Aufsicht des Reichs (unterstellt)". Die Errichtung von Stromerzeugungsanlagen ist anzeigepflichtig, die Stromerzeugung wird zur öffentlichen Angelegenheit auf Lizenz und mit unbeschränkten Verfügungsrechten des imperialistischen Staates erklärt. Wie die Organisation des Bahntransports oder der Post, betreibt die Kapitalistenklasse damit auch die Erzeugung des Stroms und die Errichtung der Leitungssysteme als Staatsmonopol.

Mit diesem staatlichen Monopol in Händen hat es die herrschende Klasse keineswegs dabei belassen, Maßnahmen zur Erschließung und Sicherung äußerer billiger Rohstoffquellen und gewisse Vorsorgemaßnahmen für den imperialistischen Kriegsfall zu treffen. Die westdeutschen Imperialisten haben mit Hilfe ihres auf die Gewalt des imperialistischen Staatsapparates gegründeten Monopols der Stromerzeugung und -versorgung eine weitere innere Quelle des Extraprofits und der Bereicherung erschlossen: die Arbeiterlöh-

ne. Die Möglichkeit dafür ist gegeben in dem Umfang, wie im Laufe der 60er Jahre die Hauswirtschaft der Arbeiterbevölkerung Hand in Hand mit der Ausdehnung der Frauenarbeit in der Industrie in größerem Umfang von der Belieferung mit Strom abhängig wird. Ein Waschvollautomat befindet sich z.B. 1962 bloß in 8,6% der Haushaltungen, 1972 in 45,2% und 1977 bereits in 2 von 3 Haushalten. Obwohl der Strom auch gegenwärtig der absoluten Masse nach vor allen Dingen Produktionsmittel der Kapitalisten bleibt – einschließlich Eigenproduktion der Industrie gerechnet werden über 80% des Stroms von der Industrie verbraucht –, tritt eine qualitative Än-







Für Ausfallzeiten müssen die Kapitalisten an die Arbeiter Schlechtwettergeld von 68% des Nettolohns zahlen. Im Winter erhalten sie eine Zulage von 2 DM je Stunde an Wintergeld. Diese Lohngelder lassen sich die Kapitalisten zurückerstatten. 1978 zahlte die Bundesanstalt für Arbeit fast 1400 Mio. DM Schlechtwettergeld und Wintergeld. Bild: Kanalisationsbauten im Winter.





Streik der Pariser Kanalarbeiter vom Oktober bis Dezember 1977. Hauptforderungen waren: Erhöhung der Löhne (mit damals 2400-2700 FF im Monat auf miserablem Niveau); ein 13. Monatslohn; sowie die Einrichtung einer gewerkschaftlichen Sanitäts- und Hygienekommission. In früheren Streiks haben sich die Pariser Kanalarbeiter den Normalarbeitstag von 6 Std. 40 Min. und ein Rentenalter von 50 Jahren erkämpft. Viele leiden dennoch an Blei- oder Gasvergiftungen oder der Spirochetose, einer von Ratten übertragenen Infektionskrankheit.

derung ein: der Verbrauch von elektrischer Energie wird zum unabdingbaren Reproduktionsmittel der Arbeiterbevölkerung. 1950 bis 1960 steigt der Verbrauchsanteil der Haushalte an der öffentlich erzeugten Strommenge nur langsam von 12,8 auf 16,6%. Zwischen 1960 und 1970 wächst der Verbrauchsanteil auf 26,3% an und hat inzwischen etwa 30% der von den Unternehmen der öffentlichen Elektrizitätswirtschaft erzeugten Strommenge erreicht (Schaubild 01).

Der Zeitpunkt, zu dem die unersättliche Profitgier der Kapitalisten aus diesem Umstand der Abhängigkeit der Haushalte der Lohnabhängigen von der Stromzufuhr Kapital zu schlagen beginnt, ist ziemlich markant in der Entwicklung des durchschnittlichen Tarifs ablesbar (Schaubild 02). Entgegen der durchschnittlichen bestehenden Teuerung fällt der durchschnittliche Tarif bis in die zweite Hälfte der 60er Jahre und erfährt dann eine explosive Beschleunigung nach oben. Illustriert wird dieser Vorgang durch den Vergleich der Stromkosten der Kapitalisten je 1000 DM Bruttosozialprodukt und dem gewaltigen Anstieg der Ausgaben für Strom durch die privaten Haushalte je 1000 DM Bruttolohnsumme (Schaubild 03). Durch ihr Monopol der Stromerzeugung und deren staatsmonopolistischer Organisation hat es die Kapitalistenklasse erreicht, daß der erzeugte Strom auf zwei voneinander getrennten Märkten umgesetzt wird: dem Markt für „Sonderabnehmer“ – auf diesem wird unabhängig von der Tarifforderung zwischen den großen Monopolen und den Energiegesellschaften frei gehandelt mit Preisen etwa zwischen 3 und 4 Pfennig und 17 bis 21 Pfennig – und zweitens dem Markt für „Tarifabnehmer“ auf dem der Haushaltstarif zwischen 20 bei großem und 60 bis 70 Pfennig je Kilowattstunde bei geringe-

nehmen der öffentlichen Elektrizitätswirtschaft erzeugten Strommenge erreicht (Schaubild 01).

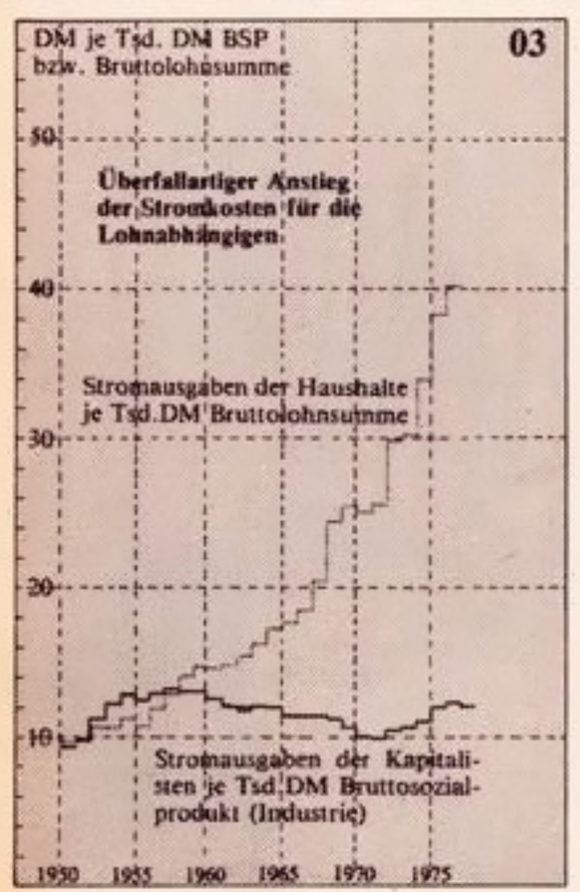
Der Zeitpunkt, zu dem die unersättliche Profitgier der Kapitalisten aus diesem Umstand der Abhängigkeit der Haushalte der Lohnabhängigen von der Stromzufuhr Kapital zu schlagen beginnt, ist ziemlich markant in der Entwicklung des durchschnittlichen Tarifs ablesbar (Schaubild 02). Entgegen der durchschnittlichen bestehenden Teuerung fällt der durchschnittliche Tarif bis in die zweite Hälfte der 60er Jahre und erfährt dann eine explosive Beschleunigung nach oben. Illustriert wird dieser Vorgang durch den Vergleich der Stromkosten der Kapitalisten je 1000 DM Bruttosozialprodukt und dem gewaltigen Anstieg der Ausgaben für Strom durch die privaten Haushalte je 1000 DM Bruttolohnsumme (Schaubild 03). Durch ihr Monopol der Stromerzeugung und deren staatsmonopolistischer Organisation hat es die Kapitalistenklasse erreicht, daß der erzeugte Strom auf zwei voneinander getrennten Märkten umgesetzt wird: dem Markt für „Sonderabnehmer“ – auf diesem wird unabhängig von der Tarifforderung zwischen den großen Monopolen und den Energiegesellschaften frei gehandelt mit Preisen etwa zwischen 3 und 4 Pfennig und 17 bis 21 Pfennig – und zweitens dem Markt für „Tarifabnehmer“ auf dem der Haushaltstarif zwischen 20 bei großem und 60 bis 70 Pfennig je Kilowattstunde bei geringe-

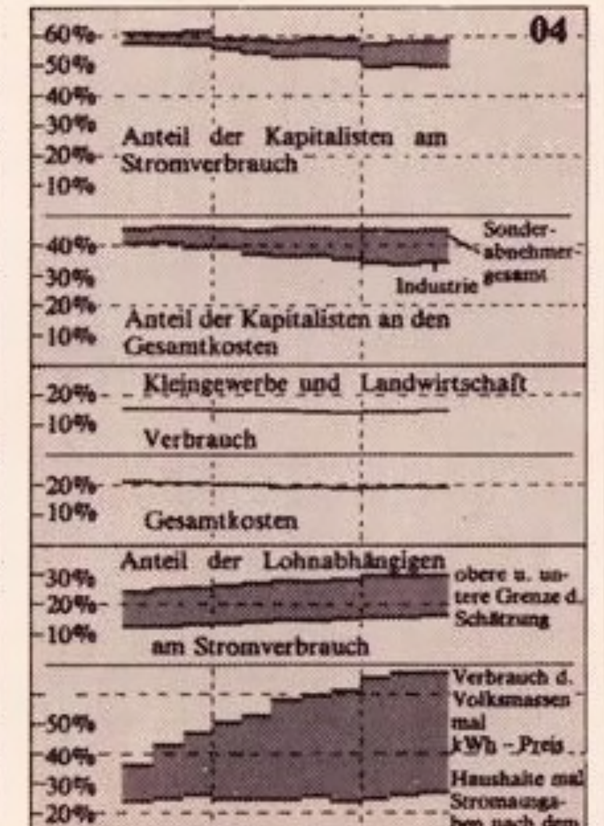
rem Verbrauch zu liegen kommt, ergänzt durch eine Reihe von Sondertarifen vor allen Dingen für kleines Gewerbe und Landwirtschaft.

Das erste Ergebnis dieses Zugriffs der Kapitalisten auf die Arbeiterlöhne über ihr staatlich gesichertes Monopol der Stromerzeugung und -versorgung ist also der Extraprofit durch Entlastung aller Monopolkapitalisten durch Versorgung mit Strom weit unter dem Durchschnittspreis auf Kosten der Arbeiterbevölkerung und der kleinen Gewerbetreibenden und Landwirte, die auf die Tarifordnung des Wirtschaftsministers verpflichtet sind. Rechnet man als unteres Minimum bloß Durchschnittsverbrauch und -ausgaben des 4-Personen-Arbeiterhaushalts hoch, so ergibt sich ein *Verbrauch von 15,6%* gegenüber einem *Anteil von 25,8% am Erlös* der Versorgungsgesellschaften, oder eine Plünderung von Arbeiterlöhnen (gegenüber dem Durchschnittspreis) von 3,2 Mrd. DM allein im Jahre 1977 (Schaubild 04). Diese sicher untere Schätzung für den Umfang der Plünderung der Lohnabhängigen deckt immerhin bereits 10% der gesamten Stromerzeugungskosten. Dazu kommen die Kosten für die „Bereitstellung“. So werden praktisch über den Grundpreis die Kosten für die Unterhaltung und den Ausbau des Stromnetzes vollständig den arbeitenden Klassen aufgelastet. Damit schließlich nicht genug: weil die Sache schon staatsmonopolistisch gegen die Lohnabhängigen, Bauern und kleinen Selbstständigen betrieben wird, muß auch der imperialistische Staatsapparat zu seinem Recht kommen: auf jeder DM Grundpreis und dem Preis jeder Kilowattstunde liegt die Ausgleichsabgabe von 5,6% und auf dem ganzen die Mehrwertsteuer von 13%. Geht man von einem Preis von 4 Pfennig die Kilowattstunde für die Monopolkapitalisten und 28 Pfennig im Durchschnitt für den sparsam wirtschaftenden Arbeiterhaushalt aus, so ergibt sich, daß die Lohnabhängigen für diese für die Profite der Kapitalisten grandiose Lohnräuberei auf Basis der Lieferung vollständig gleichen Stroms zum guten Ende gleich noch den *7-fachen Steuerbetrag* für die Aufrechterhaltung dieses staatsmonopolitisch organisierten Raubs zahlen müssen. – Man muß schon ein ziemlich hoch bestochener sozialdemokratischer Arbeiteraristokrat sein, um in Kenntnis dieser in der Statistik festgehaltenen Tatsachen die Hetze der Imperialisten gegen die um einen angemessenen Ölpreis kämpfenden Völker nachzuplappern und so einen Flankenschutz zu geben für die von den Kapitalisten jetzt ins

deckt immerhin bereits 10% der gesamten Stromerzeugungskosten. Dazu kommen die Kosten für die „Bereitstellung“. So werden praktisch über den Grundpreis die Kosten für die Unterhaltung und den Ausbau des Stromnetzes vollständig den arbeitenden Klassen aufgelastet. Damit schließlich nicht genug: weil die Sache schon staatsmonopolistisch gegen die Lohnabhängigen, Bauern und kleinen Selbstständigen betrieben wird, muß auch der imperialistische Staatsapparat zu seinem Recht kommen: auf jeder DM Grundpreis und dem Preis jeder Kilowattstunde liegt die Ausgleichsabgabe von 5,6% und auf dem ganzen die Mehrwertsteuer von 13%. Geht man von einem Preis von 4 Pfennig die Kilowattstunde für die Monopolkapitalisten und 28 Pfennig im Durchschnitt für den sparsam wirtschaftenden Arbeiterhaushalt aus, so ergibt sich, daß die Lohnabhängigen für diese für die Profite der Kapitalisten grandiose Lohnräuberei auf Basis der Lieferung vollständig gleichen Stroms zum guten Ende gleich noch den *7-fachen Steuerbetrag* für die Aufrechterhaltung dieses staatsmonopolitisch organisierten Raubs zahlen müssen. – Man muß schon ein ziemlich hoch bestochener sozialdemokratischer Arbeiteraristokrat sein, um in Kenntnis dieser in der Statistik festgehaltenen Tatsachen die Hetze der Imperialisten gegen die um einen angemessenen Ölpreis kämpfenden Völker nachzuplappern und so einen Flankenschutz zu geben für die von den Kapitalisten jetzt ins

Auge gefaßte weitere Welle von Ausplünderung durch Strompreiserhöhung. Und noch von einem weiter verbreiteten und wie sich zeigt, ziemlich teuren Irrtum muß man sich trennen: daß irgend etwas „besser‘ würde oder „fortschrittlich“ daran sei, wenn die Kapitalistenklasse gesellschaftliche Tätigkeiten zum Monopol ihres Staatsapparates macht. Das Gegenteil ist der Fall. Das erleichtert höchstens die Erkenntnis, daß das ganze Gebäude der kapitalistischen Klassenherrschaft umgestürzt werden muß und die Arbeiterklasse ohne Ergreifung der politischen Macht ihre Befreiung nicht erreichen kann. Die objektiven Bedingungen dafür sind überreif.





Lenin über die Elektrifizierung der Sowjetunion

z.gug. Nach ihrer Befreiung waren die Arbeiter und Bauern der Sowjetunion vor die Aufgabe gestellt, die feudalen Strukturen des Landes zu beseitigen und mit den Verwüstungen, die die Imperialisten im 1. Weltkrieg in Rußland angerichtet hatten, fertig zu werden. 21,7 Mio. km² umfaßte das Land, die Zahl der Bevölkerung lag bei ca. 137 Mio., wovon 116 Millionen auf dem Land lebten. Die Produktion der Großindustrie betrug 1920 nur ein Fünftel der Produktion unter dem zaristischen Rußland 1913, die Kohleförderung war auf dem Stand von 1898, 1700 Werst (1 Werst = 1,07 km) Schienen und 3672 Eisenbahnbrücken waren zerstört, die Produktion der Landwirtschaft entsprach einem Drittel der Vorkriegsproduktion. Die Arbeiter und Bauern der Sowjetunion konnten unter ihrer Herrschaft all diese Probleme lösen, die gewaltigen Aufbauarbeiten, die sie geleistet haben, lassen sich daran ermessen.

VIII. Gesamtrussischer Sowjetkongreß – Bericht über die Tätigkeit des Rats der Volkskommissare, Dezember 1920

Solange wir in einem kleinbäuerlichen Lande leben, besteht für den Kapitalismus in Rußland eine festere ökonomische Basis als für den Kommunismus. Das darf man nicht vergessen. Jeder, der das Leben auf dem Lande aufmerksam beobachtet und es mit dem Leben in der Stadt verglichen hat, weiß, daß wir den Kapitalismus nicht mit der Wurzel ausgerottet und dem inneren Feind das Fundament, den Boden, nicht entzogen haben. Dieser Feind behauptet sich dank dem Klein-

angerichtet hatten, fertig zu werden. 21,7 Mio. km² umfaßte das Land, die Zahl der Bevölkerung lag bei ca. 137 Mio., wovon 116 Millionen auf dem Land lebten. Die Produktion der Großindustrie betrug 1920 nur ein Fünftel der Produktion unter dem zaristischen Rußland 1913, die Kohleförderung war auf dem Stand von 1898, 1700 Werst (1 Werst = 1,07 km) Schienen und 3672 Eisenbahnbrücken waren zerstört, die Produktion der Landwirtschaft entsprach einem Drittel der Vorkriegsproduktion. Die Arbeiter und Bauern der Sowjetunion konnten unter ihrer Herrschaft all diese Probleme lösen, die gewaltigen Aufbauarbeiten, die sie geleistet haben, lassen sich daran ermessen.

VIII. Gesamtrussischer Sowjetkongreß – Bericht über die Tätigkeit des Rats der Volkskommissare, Dezember 1920

Solange wir in einem kleinbäuerlichen Lande leben, besteht für den Kapitalismus in Rußland eine festere ökonomische Basis als für den Kommunismus. Das darf man nicht vergessen. Jeder, der das Leben auf dem Lande aufmerksam beobachtet und es mit dem Leben in der Stadt verglichen hat, weiß, daß wir den Kapitalismus nicht mit der Wurzel ausgerottet und dem inneren Feind das Fundament, den Boden, nicht entzogen haben. Dieser Feind behauptet sich dank dem Klein-

betrieb, und um ihm den Boden zu entziehen, gibt es nur ein Mittel: die Wirtschaft des Landes, auch die Landwirtschaft, auf eine neue technische Grundlage, auf die technische Grundlage der modernen Großproduktion, zu stellen. Eine solche Grundlage bildet nur die Elektrizität.

Kommunismus – das ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes. Sonst wird das Land ein kleinbäuerliches Land bleiben, und das müssen wir klar erkennen. Wir sind schwächer als der Kapitalismus, nicht nur im Weltmaßstab, sondern auch im Innern unseres Landes. Das ist allbekannt. Wir haben das erkannt, und wir werden es dahin bringen, daß die wirtschaftliche Grundlage aus einer kleinbäuerlichen zu einer großindustriellen wird. Erst dann, wenn das Land elektrifiziert ist, wenn die Industrie, die Landwirtschaft und das Verkehrswesen eine moderne großindustrielle technische Grundlage erhalten, erst dann werden wir endgültig gesiegt haben ...

Kürzlich bot sich mir Gelegenheit, in einer entlegenen Gegend des Moskauer Gouvernements, im Kreis Wolokolamsk, einem Bauernfest beizuwohnen. Dort hatten die Bauern elektrische Beleuchtung erhalten. Es wurde eine Kundgebung im Freien veranstaltet, und ein Bauer trat auf und hielt eine Rede, in der er dieses neue Ereignis im Leben der Bauern begrüßte. Er sagte: Wir Bauern lebten in Finsternis, und nun ist bei uns ein Licht aufgegangen, ein unnatürliches Licht, das unsere bäuerliche Finsternis erhellen wird. Ich wunderte mich nicht über diese Worte. Gewiß, für die parteilose Bauernmassse ist das elektrische Licht ein unnatürliches Licht, für uns aber ist es unnatürlich, daß die Bauern und Arbeiter jahrhunderte-, jahrtausendlang in solcher Finsternis, in Elend, in Unterdrückung durch die Gutsbesitzer leben konnten ...

Genossen, man darf und soll die Ihnen vorgelegten Richtlinien an Ort und Stelle vergleichen, weiterbearbeiten, überprüfen und dafür sorgen, daß in jeder Schule, in jedem Zirkel auf die Frage, was Kommunismus ist, nicht nur das geantwortet wird, was im Parteiprogramm steht, sondern daß auch davon gesprochen wird, wie aus dem Zustand der Finsternis herauszukommen ist...

Wir müssen es dahin bringen, daß jede Fabrik, jedes Kraftwerk zu einer Stätte der Aufklärung wird, und wenn Rußland sich mit einem dichten Netz von elektrischen Kraftwerken und mächtigen technischen Anlagen bedeckt haben wird, dann wird unser kommunistischer Wirtschaftsaufbau zum Vorbild für das kommende sozialistische Europa und Asien werden. *(Stürmischer, nicht enden wollender Beifall).*“ (Bd. 31, S. 513–515)

III. Kongreß der Kommmunistischen Internationale, Juli 1921

„Jetzt ist bereits die Einberufung eines Gesamtrussischen Kongresses der Elektrotechniker organisiert worden, der im August 1921 zusammentreten und diese Arbeit einer eingehenden Prüfung unterziehen wird. Dann wird sie endgültig vom Staat bestätigt werden. Die Elektrifizierungsarbeiten erster Ordnung sind auf zehn Jahre berechnet; sie werden ungefähr 370 Millionen Arbeitstage erfordern.

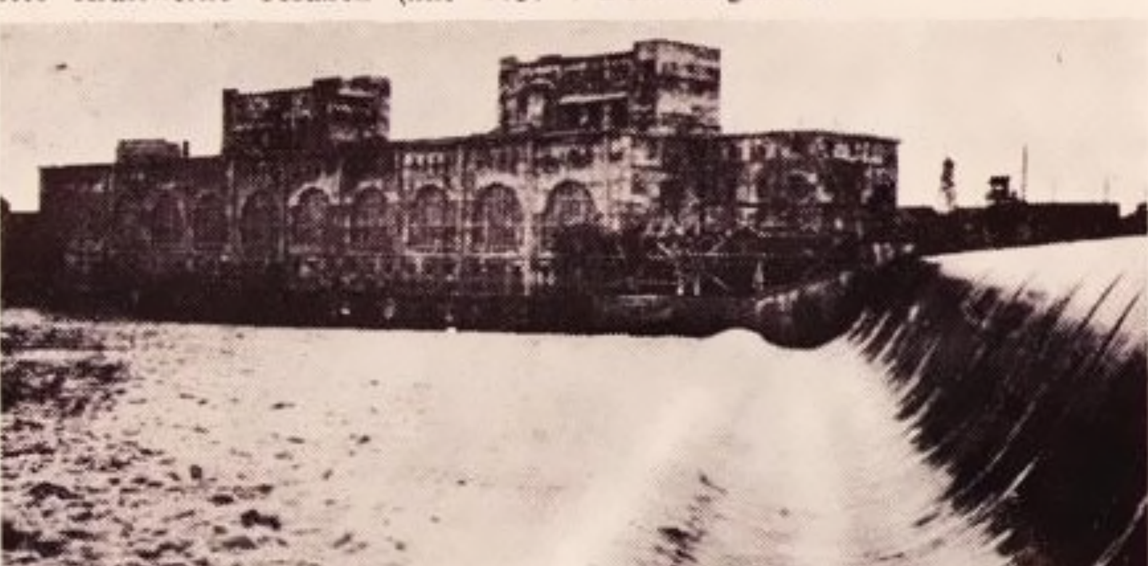
Genossen, man darf und soll die Ihnen vorgelegten Richtlinien an Ort und Stelle vergleichen, weiterbearbeiten, überprüfen und dafür sorgen, daß in jeder Schule, in jedem Zirkel auf die Frage, was Kommunismus ist, nicht nur das geantwortet wird, was im Parteiprogramm steht, sondern daß auch davon gesprochen wird, wie aus dem Zustand der Finsternis herauszukommen ist...

Wir müssen es dahin bringen, daß jede Fabrik, jedes Kraftwerk zu einer Stätte der Aufklärung wird, und wenn Rußland sich mit einem dichten Netz von elektrischen Kraftwerken und mächtigen technischen Anlagen bedeckt haben wird, dann wird unser kommunistischer Wirtschaftsaufbau zum Vorbild für das kommende sozialistische Europa und Asien werden. (Stürmischer, nicht enden wollender Beifall).“ (Bd. 31, S. 513–515)

III. Kongreß der Kommmunistischen Internationale, Juli 1921

„Jetzt ist bereits die Einberufung eines Gesamtrussischen Kongresses der Elektrotechniker organisiert worden, der im August 1921 zusammentreten und diese Arbeit einer eingehenden Prüfung unterziehen wird. Dann wird sie endgültig vom Staat bestätigt werden. Die Elektrifizierungsarbeiten erster Ordnung sind auf zehn Jahre berechnet; sie werden ungefähr 370 Millionen Arbeitstage erfordern.

Während wir 1918 nur 8 neu errichtete Kraftwerke besaßen (mit 4757



1926. Das Wasserkraftwerk Wolchowstroi bei Leningrad wird fertiggestellt.

kW), haben wir 1919 diese Zahl auf 36 erhöht (mit 1648 kW), und 1920 auf 100 (mit 8699 kW).

Wie bescheiden dieser Anfang für unser riesiges Land auch sein mag, so ist doch der Anfang gemacht worden, die Arbeit hat begonnen und geht immer besser vor sich. Der russische Bauer ist nach dem imperialistischen Krieg, nachdem eine Million von Kriegsgefangenen in Deutschland die moderne fortgeschrittene Technik kennengelernt hat, und nach der schweren,aber stählenden Erfahrung des dreijährigen Bürgerkrieges nicht mehr derselbe, der er in der alten Zeit war. Mit jedem Monat sieht er immer klarer und deutlicher, daß einzig und allein die Führung durch das Proletariat imstande ist, die Masse der kleinen Landwirte aus der Knechtschaft des Kapitals zu befreien und zum Sozialismus zu führen.“ (Bd. 32, S. 482)

IX. Gesamtrussischer Sowjetkongreß, Dezember 1921

„Keine geringe Rolle spielte die Ausbreitung kleiner Kraftwerke auf dem Lande. Es muß offen gesagt werden, daß hierfür sehr oft etwas abgezweigt worden ist. Aber auch in den Abzweigungen liegt ein gewisser Nutzen. Durch diese kleinen Kraftwerke wurden auf dem Lande Zentren der neuen modernen Großindustrie geschaffen. Obzwar winzig klein, zeigen sie doch den Bauern, daß Rußland nicht bei der Handarbeit haltmacht, nicht beim primitiven Holzpflug stehenbleibt, sondern vorwärtsschreitet, anderen Zeiten entgegen. Und in die Massen der Bau-



„Keine geringe Rolle spielte die Ausbreitung kleiner Kraftwerke auf dem Lande. Es muß offen gesagt werden, daß hierfür sehr oft etwas abgezweigt worden ist. Aber auch in den Abzweigungen liegt ein gewisser Nutzen. Durch diese kleinen Kraftwerke wurden auf dem Lande Zentren der neuen modernen Großindustrie geschaffen. Obzwar winzig klein, zeigen sie doch den Bauern, daß Rußland nicht bei der Handarbeit haltmacht, nicht beim primitiven Holzpflug stehenbleibt, sondern vorwärtsschreitet, anderen Zeiten entgegen. Und in die Massen der Bau-



1924. Telegraphenmasten werden im Dorf aufgestellt.

ern dringt allmählich der Gedanke ein, daß wir Rußland auf eine andere Basis stellen müssen und können. Die Fristen sind hierfür, wie ich schon sagte, nach Jahrzehnten bemessen, aber die Arbeit hat bereits begonnen, der Gesichtskreis der Bauern erweitert sich, und zwar teilweise gerade dank dem Umstand, daß unsere kleinen Kraftwerke schneller zunehmen, als die großen. Haben wir uns 1921 mit der Inbetriebnahme eines großen Kraftwerkes verspätet, so wird es dafür Anfang 1922 ihrer zwei geben: die Kraftwerke Kaschira bei Moskau und Utinka Sawod bei Petrograd. In dieser Beziehung haben wir jedenfalls einen Weg eingeschlagen, auf dem unser Vormarsch sicher ist, wenn wir mit der gleichen Energie wie früher an die Lösung unserer Aufgaben herangehen.“ (Bd. 33, S. 154)

Wie mit dem Dreizack

z.ges. Gewaltenteilung sei gut für die Volksmassen. So seien sie am besten vor Willkür geschützt. Ohne Gewaltenteilung könne es keinen Rechtsstaat geben, und deshalb sei die Gewaltenteilung in der Verfassung fixiert. Die Parlamente in den Ländern und im Bund machen die Gesetze, die Regierungen in Bund und Ländern leiten die Durchführung der Gesetze durch den Beamtenapparat, und die Gerichte überwachen die Durchführung und Einhaltung der Gesetze. Die Gewaltenteilung geht noch weiter. Das Bundesverfassungsgericht überprüft die Gesetze, die die Parlamente beschlossen haben, ob sie auch mit der Verfassung, dem Grundgesetz, übereinstimmen. Der Beamtenapparat unterliegt in seinen Maßnahmen einem eigenen Gerichtswesen, der Verwaltungsgerichtsbarkeit, sodann gibt es noch Arbeits- und Sozialgerichte. Es gibt also die Legislative, die Exekutive und die richterliche Gewalt. Im Gemeinschaftskundeunterricht muß man sie hersagen können, und diese Gewalten sind ihrerseits nochmal geteilt nach Bund und Ländern, in Bundestag und Bundesrat, nach verschiedenen Strängen des Beamtenapparats und der Gerichtsbarkeit. Wenn Gewaltenteilung vor Willkür schützt, dann haben es die Volksmassen in Westdeutschland gut. Sehen wir näher zu. Wessen Gewalt wird eigentlich geteilt? Um die Gewalt der Volksmassen kann es sich nicht handeln, denn die Volksmassen vor der Willkür der eigenen Gewalt zu schützen, hätte wenig Sinn. In der Verfassung heißt es zwar, daß alle Gewalt vom Volk ausgeht, doch ausgeübt wird sie durch die Organe der Staatsgewalt.

Die Gewalt der Volksmassen beschränkt sich auf den Wahlzettel, alle wirkliche Gewalt ist beim Staat monopolisiert. Und die „Gewalt" des Stimmzettels reicht nicht arg weit. Kann man die Parlamente wenigstens noch wählen, so werden die Beamten berufen und zwar auf Lebenszeit. Das gleiche gilt von den Richtern als besondere Sorte von Berufsbeamten. Das Berufsbeamtentum ist genauso wie die Gewaltenteilung in die Verfassung hineingeschrieben und zum unerschütterlichen Staatsgrundsatz erhoben. Um die Gewalt der Volksmassen handelt es sich nicht. Was nicht existiert, kann nicht geteilt werden. Um wessen Gewalt handelt es sich dann? Um die Staatsgewalt? Das ist der Ausgangspunkt. Um die Staatsgewalt als von den Volksmassen getrennte Gewalt einzuschränken, soll diese geteilt werden. Wer aber hält dann die Staatsgewalt inne? Auch darüber gibt die Verfassung Aufschluß, indem sie das Privateigentum garantiert. Wer das Eigentum an den Produktionsmitteln innehat, verfügt über die Staatsgewalt, und die bürgerliche Staatsgewalt ist dazu da, das Privateigentum an den Produktionsmitteln zu schützen. Von wirkli-

Und gerade so war die Theorie der Gewaltenteilung auch gemeint. Sie sollte die Widersprüche zwischen aufsteigender Bourgeoisie und untergehendem Feudaladel in der absoluten Monarchie austarieren, wobei die Legislative vor allem der Bourgeoisie, die Exekutive dem König und dem Adel gehören und die richterliche Gewalt unabhängig sein sollte. Von Volkssouveränität war gar keine Rede. Diese kam erst später als schmückendes Beiwort zur Gewaltenteilung dazu, die ihrem Wesen nach gegen die Volkssouveränität, auf den Ausgleich zwischen den herrschenden Klassen gegenüber den unterdrückten Klassen der Arbeiter und Bauern zielte. Als die Bourgeoisie zur allein herrschenden Klasse wurde, behielt sie die Gewaltenteilung der Form nach bei, um ihre Gewalt hinter jener der Parlamente, der Regierung und des Beamtenapparates wie der Gerichte zu verbergen. Nicht erst in der proletarischen Revolution wird diese Theorie über den Haufen geworfen, indem die Arbeiterklasse an der Spitze der Volksmassen die ungeteilte politische Herrschaft ergreift und sie über Räteorgane und Volksgerichte auch ungeteilt ausübt. Auch die bürgerlichen Revolutionen, soweit sie demokratisch waren, warfen diesen Plunder über den Haufen. Der Konvent der französischen Revolution war gesetzgebendes, vollziehendes und rechtsprechendes Organ in einem. So ließ er sich zum Beispiel das Todesurteil für Ludwig XVI. nicht nehmen. Aber damals mußte sich das bürgerliche Privateigentum gegenüber dem feudalen Eigentum auch erst durchsetzen. Die bürgerlichen Privateigentümer, einmal als herrschende Klasse etabliert, halten die Gewaltenteilung in der Theorie hoch, um mit Hilfe der Fäden des Privateigentums sie um so einheitlicher in ihrem Interesse fungieren zu lassen. Der entscheidende Apparat, Steuerapparat, Polizei und Armee werden mit Hilfe der hohen Beamten fest kontrolliert. So gesichert, laufen die parlamentarischen Wahlen nur darauf hinaus, entsprechend der politischen Situation eine verschlissene Regierung der Bourgeoisie durch eine neue, effektivere reibungslos zu ersetzen. Das ist mit der Grossen Koalition 1968 eingeleitet worden und wurde nach den Bundestagswahlen von 1969 und der Neubildung der Regierung vollends vollzogen. Die Bilanz von 10 Jahren SPD-FDP-Regierung ist äußerst positiv für die Bourgeoisie. In allen Bereichen der Staatsgewalt ist es gelungen, die Schrauben anzuziehen. Während man noch dem Echo von Brandts „mehr Demokratie wagen" nachlauschte, war die Regierung schon daran, Rechte zu beschneiden, das Berufsbeamtentum durch Radikalenerlaß zu sichern, die Steuerschraube in bisher ungekanntem Mass anzuziehen, das Fangnetz der sozialen Sicherheit aufs

Willkür der eigenen Gewalt zu schützen, hätte wenig Sinn. In der Verfassung heißt es zwar, daß alle Gewalt vom Volk ausgeht, doch ausgeübt wird sie durch die Organe der Staatsgewalt.

Die Gewalt der Volksmassen beschränkt sich auf den Wahlzettel, alle wirkliche Gewalt ist beim Staat monopolisiert. Und die „Gewalt" des Stimmzettels reicht nicht arg weit. Kann man die Parlamente wenigstens noch wählen, so werden die Beamten berufen und zwar auf Lebenszeit. Das gleiche gilt von den Richtern als besondere Sorte von Berufsbeamten. Das Berufsbeamtentum ist genauso wie die Gewaltenteilung in die Verfassung hineingeschrieben und zum unerschütterlichen Staatsgrundsatz erhoben. Um die Gewalt der Volksmassen handelt es sich nicht. Was nicht existiert, kann nicht geteilt werden. Um wessen Gewalt handelt es sich dann? Um die Staatsgewalt? Das ist der Ausgangspunkt. Um die Staatsgewalt als von den Volksmassen getrennte Gewalt einzuschränken, soll diese geteilt werden. Wer aber hält dann die Staatsgewalt inne? Auch darüber gibt die Verfassung Aufschluß, indem sie das Privateigentum garantiert. Wer das Eigentum an den Produktionsmitteln innehat, verfügt über die Staatsgewalt, und die bürgerliche Staatsgewalt ist dazu da, das Privateigentum an den Produktionsmitteln zu schützen. Von wirkli-
cher Gewaltenteilung könnte nur die Rede sein, wenn die herrschenden Klassen selber geteilt und gespalten wären und der eine Teil der herrschenden Klassen die eine Gewalt und der andere Teil die andere Gewalt kontrollierte, um so innerhalb des Staatsapparates ein Gleichgewicht der herrschenden Klassen oder wenigstens die Bewegungsform für ihre Widersprüche zu finden.

wig XVI. nicht nehmen. Aber damals mußte sich das bürgerliche Privateigentum gegenüber dem feudalen Eigentum auch erst durchsetzen. Die bürgerlichen Privateigentümer, einmal als herrschende Klasse etabliert, halten die Gewaltenteilung in der Theorie hoch, um mit Hilfe der Fäden des Privateigentums sie um so einheitlicher in ihrem Interesse fungieren zu lassen. Der entscheidende Apparat, Steuerapparat, Polizei und Armee werden mit Hilfe der hohen Beamten fest kontrolliert. So gesichert, laufen die parlamentarischen Wahlen nur darauf hinaus, entsprechend der politischen Situation eine verschlissene Regierung der Bourgeoisie durch eine neue, effektivere reibungslos zu ersetzen. Das ist mit der Grossen Koalition 1968 eingeleitet worden und wurde nach den Bundestagswahlen von 1969 und der Neubildung der Regierung vollends vollzogen. Die Bilanz von 10 Jahren SPD-FDP-Regierung ist äußerst positiv für die Bourgeoisie. In allen Bereichen der Staatsgewalt ist es gelungen, die Schrauben anzuziehen. Während man noch dem Echo von Brandts „mehr Demokratie wagen" nachlauschte, war die Regierung schon daran, Rechte zu beschneiden, das Berufsbeamtentum durch Radikalenerlaß zu sichern, die Steuerschraube in bisher ungekanntem Mass anzuziehen, das Fangnetz der sozialen Sicherheit aufs
engste mit dem Gewaltapparat der inneren Sicherheit zu verknüpfen und eine Lage zu schaffen, in der jede demokratische Bestrebung für die Volksmassen tatsächlich zum schwer kalkulierbaren Wagnis geworden ist. Der Apparat ist der gleiche geblieben, bloß größer und gewaltiger geworden; die Notwendigkeit, ihn zu zerschlagen, statt zu reformieren, ist umso sichtbarer.

Die SPD an der Regierung: Bilanz der Tätigkeit der Ministerien seit Beginn der Großen Koalition. Die Ministerien des Inneren, der Justiz, der Finanzen und der Wirtschaft

Quellenheft zum Revolutionären Volksbildungsprogramm

Das Bundesministerium des Inneren

Siebzehntes Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes

Art. 11. (Freizügigkeit) (1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.

(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz *oder auf Grund eines Gesetzes* und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es *zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes,* zur Bekämpfung von Seuchengefahr, *Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen,* zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Art. 12. (Freiheit der Berufswahl) (1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz *oder auf Grund eines Gesetzes* geregelt werden.

(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen, öffentlichen Dienstleistungspflicht.

(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Art. 12 a. (Wehrpflicht. Arbeitsverpflichtung im Verteidigungsfall) (1) *Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.*

(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden;

Art. 35. (Rechts- und Amtshilfe. Naturkatastrophe) (1) Alle Behörden des Bundes und der Länder leisten sich gegenseitig Rechts- und Amtshilfe.

(2) *Zur Hilfe bei einer Naturkatastrophe oder bei einem besonders schweren Unglücksfall kann ein Land Polizeikräfte anderer Länder, Kräfte und Einrichtungen anderer Verwaltungen sowie des Bundesgrenzschutzes und der Streitkräfte anfordern.*

(Änderungen kursiv hervorgehoben)
Beck-Texte zu Notstandsgesetzen; München 1968, S. 9ff, dtv-Ausgabe Nr. 5023, 2. Aufl.

Das Bundesministerium der Justiz

Betriebsverfassungsgesetz vom 15.1.1972 – Auszug

§ 2 Stellung der Gewerkschaften und Vereinigung der Arbeitgeber

(1) Arbeitgeber und Betriebsrat arbeiten unter Beachtung der geltenden Tarifverträge vertrauensvoll und im Zusammenwirken mit den im Betrieb vertretenen Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen zum Wohl der Arbeitnehmer und des Betriebs zusammen.

(2) Zur Wahrnehmung der in diesem Gesetz genannten Aufgaben und Befugnisse der im Betrieb vertretenen Gewerkschaften ist deren Beauftragten nach Unterrichtung des Arbeitgebers oder seines Vertreters Zugang zum Betrieb zu gewähren, soweit dem nicht unumgängliche Notwendigkeiten des Betriebsablaufs, zwingende Sicherheitsvorschriften oder der Schutz von Betriebsgeheimnissen entgegenstehen.

§74 Grundsätze für die Zusammenarbeit

(27) Maßnahmen des Arbeitskampfes zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat sind unzulässig; Arbeitskämpfe tariffähiger Parteien werden hierdurch nicht berührt. Arbeitgeber und Betriebsrat haben Betätigungen zu unterlassen, durch die der Arbeitsablauf oder der Frieden des Betriebes beeinträchtigt werden. Sie haben parteipolitische Betätigung im Betrieb zu unterlassen; die Behandlung von Angelegenheiten tarifpolitischer, sozialpolitischer und wirtschaftlicher Art, die den Betrieb oder seine Arbeitnehmer unmittelbar betreffen, wird hierdurch nicht berührt.

BGBl. I, S.13

Das Bundesministerium der Finanzen

des und der Länder leisten sich gegenseitig Rechts- und Amtshilfe.

(2) *Zur Hilfe bei einer Naturkatastrophe oder bei einem besonders schweren Unglücksfall kann ein Land Polizeikräfte anderer Länder, Kräfte und Einrichtungen anderer Verwaltungen sowie des Bundesgrenzschutzes und der Streitkräfte anfordern.*

(Änderungen kursiv hervorgehoben)
Beck-Texte zu Notstandsgesetzen; München 1968, S. 9ff, dtv-Ausgabe Nr. 5023, 2. Aufl.

Das Bundesministerium der Justiz

Betriebsverfassungsgesetz vom 15.1.1972 – Auszug

§ 2 Stellung der Gewerkschaften und Vereinigung der Arbeitgeber

(1) Arbeitgeber und Betriebsrat arbeiten unter Beachtung der geltenden Tarifverträge vertrauensvoll und im Zusammenwirken mit den im Betrieb vertretenen Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen zum Wohl der Arbeitnehmer und des Betriebs zusammen.

(2) Zur Wahrnehmung der in diesem Gesetz genannten Aufgaben und Befugnisse der im Betrieb vertretenen Gewerkschaften ist deren Beauftragten nach Unterrichtung des Arbeitgebers oder seines Vertreters Zugang zum Betrieb zu gewähren, soweit dem nicht unumgängliche Notwendigkeiten des Betriebsablaufs, zwingende Sicherheitsvorschriften oder der Schutz von Betriebsgeheimnissen entgegenstehen.

§74 Grundsätze für die Zusammenarbeit

(27) Maßnahmen des Arbeitskampfes zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat sind unzulässig; Arbeitskämpfe tariffähiger Parteien werden hierdurch nicht berührt. Arbeitgeber und Betriebsrat haben Betätigungen zu unterlassen, durch die der Arbeitsablauf oder der Frieden des Betriebes beeinträchtigt werden. Sie haben parteipolitische Betätigung im Betrieb zu unterlassen; die Behandlung von Angelegenheiten tarifpolitischer, sozialpolitischer und wirtschaftlicher Art, die den Betrieb oder seine Arbeitnehmer unmittelbar betreffen, wird hierdurch nicht berührt.

BGBl. I, S.13

Das Bundesministerium der Finanzen

H. Schmidt: Interview mit der Süddeutschen Zeitung am 21.12.72

Wo sehen sie die Grenzen der Steuerlast?

Diese Grenzen sind weder in absoluten DM-Beträgen noch in Prozentsätzen vom Bruttosozialprodukt oder vom Volkseinkommen oder in ähnlichen Relationen endgültig zu definieren. In den Zeiten naturaler Tauschwirtschaften im frühen Mittelalter wären die gegenwärtigen Steuerlastquoten unerträglich hoch gewesen. Die Bauern hätten keinen Zehnten, sondern ein Viertel an Klöster und Feudalherrn abgeben müssen. Heute werden 23% nicht gerade als angenehm empfunden, aber doch jedenfalls verkraftet. Wir hatten in den frühen 60er Jahren wie auch am Ende der 60er Jahre schon einmal 24% erreicht beziehungsweise überschritten. Damit scheint mir jedenfalls gesichert, daß die 24%-Schwelle in keiner Weise irgendeine magische Bedeutung haben kann.

BMF, Reden und Interviews, H. Schmidt, S.108

Das Bundesministerium für Wirtschaft

Das Programm für Zukunftsinvestitionen

Die Bundesregierung hat am 23. März 1977 das nachfolgende Programm beschlossen:

1. Ziele und Rahmenbedingungen des Programms

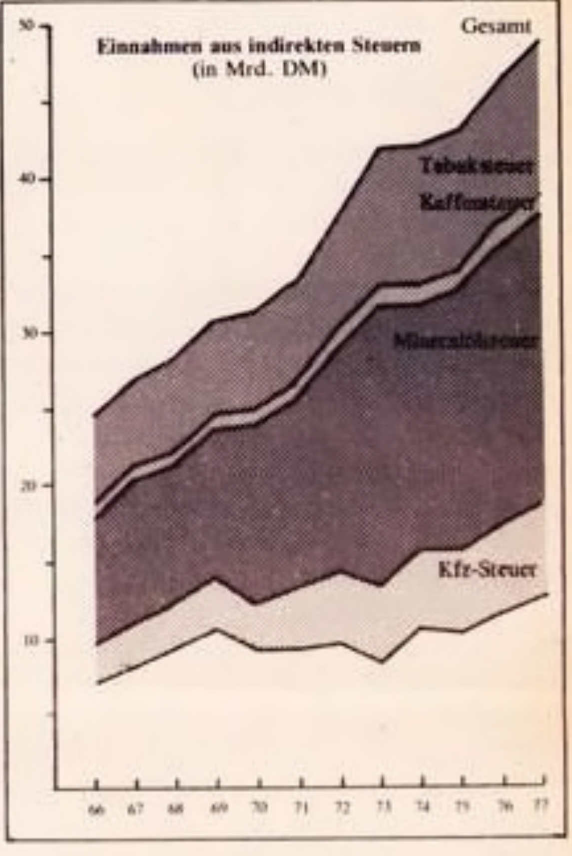
Die Wiedergewinnung und Sicherung eines hohen Beschäftigungsstandes, das dafür notwendige Wirtschaftswachstum und der verstärkt spürbare Strukturwandel erfordern in den nächsten Jahren nicht nur deutlich höhere private Investitionen, sondern auch besondere Anstrengungen zur Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur und zur Verbesserung der Umweltbedingungen. Die Bundesregierung hat daher in der Regierungserklärung vom 16. Dezember 1976 die Ausarbeitung eines mehrjährigen öffentlichen Investitionsprogramms zur wachstums- und umweltpolitischen Vorsorge („Programm für Zukunftsinvestitionen") angekündigt. Das Programm wird gemeinsam mit Ländern und Gemeinden vorbereitet und finanziert.

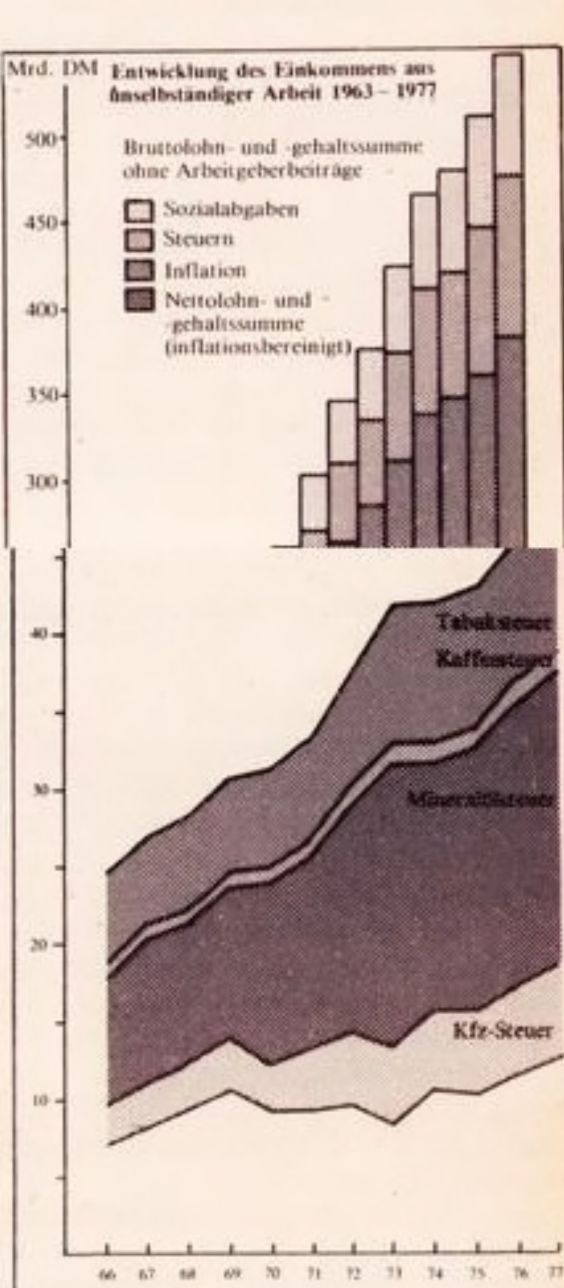
Die mit diesem Programm vorgesehenen zusätzlichen Investitionsausgaben der öffentlichen Hand sollen auch zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft beitragen. Gleichzeitig erhalten damit die Investitionen im Rahmen der öffentlichen Ausgaben ein größeres Gewicht ... Das Programm sieht Investitionsausgaben von insgesamt 16 Mrd. DM vor. Bund, Länder und Gemeinden werden davon zusammen 13,7 Mrd. DM aufwenden. Der Bund allein erbringt mit 8,2 Mrd. DM rd. 60 v. H. der öffentlichen Leistungen. Die Ausgaben der Länder werden sich auf 3,4 Mrd. DM (rd. 25 v. H.) belaufen. Die zusätzlichen Investitionsausgaben sonstiger Träger betragen rd. 2,2 Mrd. DM. Die Investitionsausgaben der öffentlichen Hand sollen im Ergebnis aus Krediten finanziert werden ...

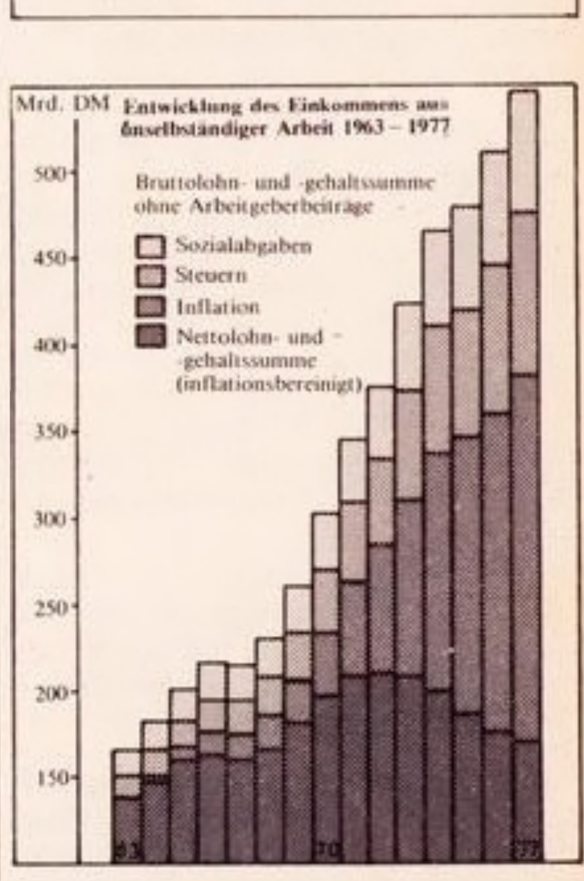
Drucksache 8/72 des Deutschen Bundestages



Der „Spiegel", 25.8.1975: „Im Ferienhäuschen des Kanzlers am holsteinischen Brahmsee machten H. Schmidt und Hans-Dietrich Genscher, assistiert von den Bundes-Bankiers Karl Klasen und Otmar Emminger, am vergangenen Mittwoch Kassensturz."







Zahlenangaben bis einschließlich 1975: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 1960 – 1976, hg. v. Statistisches Bundesamt Wiesbaden, S. 136 f., Zahlen für 1976 und 1977: Statistisches Jahrbuch 1978, S. 492 u. S. 516

